

**BEITRÄGE ZUR GESCHICHTE
DER DEUTSCH-POLNISCHEN
BEZIEHUNGEN IN DEN JAHREN
1925 - 1930**

Inaugural-Dissertation

zur

**Erlangung des Grades eines Doktors der Philosophie
der Philosophischen Fakultät der Freien Universität Berlin**

vorgelegt von

Maria Oertel

aus Leipzig

1960

BEITRÄGE ZUR GESCHICHTE DER DEUTSCH-POLNISCHEN BEZIEHUNGEN IN DEN JAHREN 1925 - 1930

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung des Grades eines Doktors der Philosophie
der Philosophischen Fakultät der Freien Universität Berlin

vorgelegt von

Maria Oertel

aus Leipzig

Gedruckt mit Genehmigung
der Philosophischen Fakultät der Freien Universität Berlin

Dekan: Professor Dr. Erich Loos

Referent: Professor Dr. Walter Bußmann

Korreferent: Professor Dr. Thomas Nipperdey

Tag der mündlichen Prüfung: 19.6.1968

I N H A L T

Vorwort	5
Quellen und Literatur	9
Teil I	
Einleitung	19
I. Die Ostgrenze in der Diskussion vor der Konferenz von Locarno	31
Die Vorgeschichte (31) - Das deutsche Memorandum vom 20. Januar 1925 (33) - Die Frage des Gewaltverzichts im deutsch-polnischen Schiedsvertrag (35) - Rauschers Bericht vom 13. Februar 1925 (41) - Die Haltung Großbritanniens (43) - Belgien und Italien (44) - Die Stellungnahme Frankreichs (45) - Die Reaktion in Polen (50) - Der Meinungsaustausch mit Prag (58) - Der Fortgang der Diskussion bis zur Juristenkonferenz in London (60) - Die Verschlechterung der deutsch-polnischen Beziehungen im Sommer 1925 (69) - Die Teilnahme Polens und der Tschechoslowakei an der Konferenz (77) - Die Konferenz von Locarno und ihr Ergebnis (79)	
II. Die polnische Kandidatur für einen Sitz im Rat des Völkerbundes	89
III. Finanzsanierung und Grenzrevision	97
Politische und wirtschaftliche Verhältnisse in Polen bis zum Staatsstreich Piłsudskis (97) - Das Problem der Auslandsanleihen in Polen (103) - Die deutsche Stellungnahme zur polnischen Sanierung: Die Ansicht Stresemanns - Die Pläne der Ostabteilung - Rauschers Warnungen (108) - Deutsche Propaganda gegen eine Auslandsanleihe für Polen (120) - Hoffnungen auf England (122)	
IV. Die Entwicklung der Revisionsfrage bis zum Ende der zwanziger Jahre	129
Der deutsche Widerstand gegen ein Ostlocarno (129) - Die deutschen Gebietsforderungen im Osten (140) - Friedliche Grenzrevision (143) - Die Haltung Polens (152) - Hilfe der Westmächte ? (162)	

Teil II

Einleitung

176

I. Die Liquidation deutschen Eigentums in Polen

180

Das polnische Liquidationsrecht (181) - Das polnische Annullationsgesetz (185) - Das Wiederkauftsrecht (188) - Der Beginn der Liquidationsverhandlungen (190) - Die Liquidationsfrage im Jahre 1926 (196) - Der polnische Generalabrechnungsvorschlag (206) - Der Beschluß des Völkerbundsrates vom 15. Juni 1929 (215) - Der Young-Plan (218) - Das deutsch-polnische Liquidationsabkommen vom 31. Oktober 1929 (219) - Die Aufnahme des Abkommens in Deutschland und Polen (224) - Neue Verhandlungen über eine Verbesserung des Abkommens (230) - Die polnische Agrarreform (232)

II. Der Handelsvertrag

240

Der Ausbruch des Wirtschaftskrieges (240) - Die Handelsvertragsverhandlungen bis zum Abbruch im Frühjahr 1927 (248) - Vom März 1927 bis zum Wiener Protokoll (260) - Neue Verhandlungen bis zum Sturze von Hermes (287) - Der Abschluß des Wirtschaftsabkommens (302)

Der Beginn der Krise

308



Vorwort

Die hier vorgelegte Arbeit beansprucht nicht, das überaus vielschichtige Problem des Verhältnisses zwischen Polen und Deutschland während der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre in jeder Hinsicht und in allen seinen Einzelheiten erschöpfend zu behandeln. Sie soll nur in einigen zentralen Fragen einen Beitrag liefern zum Verständnis dieses wichtigen Abschnittes in den Beziehungen beider Länder zwischen den Weltkriegen. Der Beginn mit dem Jahre 1925 ist nicht allein mit Rücksicht darauf gewählt, daß über die vorangegangene Zeit seit der Friedenskonferenz eine Bonner Arbeit zu erwarten ist. Die Vorbereitungen für die Ministerzusammenkunft von Locarno und der folgende Eintritt Deutschlands in den Völkerbund leiteten zugleich auch eine neue Phase in den Beziehungen zwischen Berlin und Warschau ein, indem die Frage der in Versailles gezogenen polnischen Westgrenze und alle damit in Zusammenhang gebrachten Streitpunkte zu einem bevorzugten Gegenstand der internationalen Diskussion wurden, sowohl in der öffentlichen Meinung als auch auf diplomatischem Felde. Damit ist die grundsätzliche Schwierigkeit im deutsch-polnischen Verhältnis bereits berührt, die, wie sich zeigen wird, außerordentlich viele Aspekte hatte und, vornehmlich auf deutscher Seite, bei keiner noch so geringfügigen Entscheidung in polnischen Angelegenheiten aus dem Auge verloren wurde. Die Grenzfrage umfaßte einen ganzen weiten Bereich von hoher Wichtigkeit, der aber auf der anderen Seite doch nicht den "direkten" polnisch-deutschen Beziehungen zugezählt werden kann. Die Diskussion in der Öffentlichkeit war zwar auf beiden Seiten überaus lebhaft, doch zwischen den verantwortlichen Stellen der zwei Hauptbeteiligten pflegte über diesen empfindlichsten Punkt im gegenseitigen Verhältnis mit ganz vereinzelt Ausnahmen beharrliches Schweigen zu herrschen. Umso heftiger trafen die sich durchkreuzenden Bemühungen beider dort aufeinander, wo der Schlüssel zur Entscheidung zu liegen schien, in London, Paris, Washington und Genf.

Zu einer zweiten Gruppe lassen sich Fragen zusammenfassen wie Danzig, Oberschlesien und die deutsche Minderheit in Polen, die sich ebenfalls der unmittelbaren diplomatischen Behandlung zwi-

schen Berlin und Warschau entzogen - das Forum für derartige Auseinandersetzungen war hauptsächlich der Völkerbund in Genf. Danzig war Freie Stadt unter seinem Patronat, auch Oberschlesien hatte durch die Genfer Konvention von 1922 in gewissem Maße einen Sonderstatus mit eigenem Schiedsgericht; bei der Minderheit handelte es sich um polnische Staatsbürger, und jeder direkte deutsche Vorstoß in dieser Hinsicht konnte leicht als Einmischung in die inneren Angelegenheiten Polens abgewiesen werden. Erst als Ratsmacht im Völkerbund war Deutschland in der Lage, Klagen Danzigs und der Minderheit zu unterstützen und in Genf eine allgemeine Neuregelung des Minderheitenrechts herbeizuführen zu suchen. Der Zusammenhang mit dem Grenzproblem und vor allem die unheilvolle Bedeutung, die auch diese Fragen für das deutsch-polnische Verhältnis gewannen, kann nicht nachdrücklich genug hervorgehoben werden. Auf ihre Behandlung in diesem Rahmen mußte dennoch verzichtet werden, weil eine solche Stofffülle die Möglichkeiten einer Dissertation bei weitem übersteigen würde. Wenigstens für Danzig ist aber auf eine umfassende und ausgezeichnete Arbeit hinzuweisen: C. M. Kimmich: *The Weimar Republic and the Free City of Danzig. Official German attitudes and policies toward Danzig 1919-1934.* Oxford 1964.

Dem dritten Bereich, dem auch der zweite Teil dieser Arbeit gewidmet ist, können dann schließlich alle die Gebiete zugeordnet werden, die sich für unmittelbare deutsch-polnische Erörterungen anbieten, hauptsächlich viele Fragen aus dem Übergang der Staatshoheit in den von Deutschland abgetretenen Ostgebieten und das ganze Problem der wirtschaftlichen Beziehungen.

In Deutschland ist für den gesamten hier berührten Zeitraum bisher keine zusammenfassende Darstellung vorhanden. Das 1958 erschienene Buch von Christian Höltje: *"Die Weimarer Republik und das Ostlocomo-Problem"* konnte selbst für dieses begrenzte Thema nicht erschöpfend sein, weil die Akten des Auswärtigen Amtes damals noch nicht zugänglich waren; es hat außerdem den entscheidenden Mangel, keinerlei polnische, tschechische oder russische Quellen und Literatur berücksichtigt zu haben, wodurch es auch allzu oft in Gefahr gerät, Schwarz und Weiß sehr einseitig zu

verteilen. Zum speziellen Problem der wirtschaftlichen Auseinandersetzung erschien 1963 eine wirtschaftswissenschaftliche Dissertation von Berthold Puchert: "Der Wirtschaftskrieg des deutschen Imperialismus gegen Polen 1925-1934", die auf polnische Akten und die deutschen im Zentralarchiv Potsdam gestützt ist, deren Ergebnisse man jedoch nicht in allen Einzelheiten wird akzeptieren können. Ein vielschichtiges Problem ist darin sehr eng in das Schema der marxistischen Geschichts- und Wirtschaftstheorie gepreßt worden.

Auf polnischer Seite hat Jerzy Krasuski 1962 und 1964 in zwei Bänden "Stosunki polsko-niemieckie 1919-1925" und "1926-1932" eine dankenswerte Bestandsaufnahme und Übersicht für die wichtigen Fragen des deutsch-polnischen Verhältnisses in diesen Jahren gegeben, auf der Grundlage der polnischen Akten und wiederum der in Potsdam vorhandenen deutschen Bestände. Ihre Verbreitung in Deutschland ist indessen wegen der mangelnden Kenntnis des Polnischen eng begrenzt; auch bleibt darin noch immer eine Reihe von Lücken offen, wie zum Beispiel das bisher überhaupt wenig bekannte Problem der polnischen Finanzsanierung zeigen wird.

In der hier vorgelegten Arbeit konnten nicht nur die Bestände des Bundesarchivs in Koblenz und der Nachlaß Hermann Müllers im Archiv des Bundesvorstandes der SPD, sondern zum ersten Mal auch in vollem Umfang die Akten des deutschen Auswärtigen Amtes verwendet werden, mit deren teilweiser Publikation eben erst begonnen worden ist. Im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes stand ebenfalls deutsche und polnische Presse zu den hier interessierenden Fragen in großem Umfang zur Verfügung. Die Ergebnisse der polnischen Forschung sind so weit wie möglich berücksichtigt worden, auch die in einzelnen Aufsätzen und Dokumentationen zur Verfügung stehenden polnischen Quellen.

Die Anordnung des Stoffes erfolgte nach sachlichen Gesichtspunkten, da die meisten der behandelten Probleme mehrere Jahre lang aktuell waren oder verhandelt worden sind, so daß bei einer rein chronologischen Folge Zusammenhang und Übersicht verloren zu gehen drohten.

Die Anregung zu dieser Arbeit verdanke ich meinem verehrten Lehrer, Herrn Professor Dr. Walter Bußmann, dem ich auch für sein Interesse und für seine großzügige Förderung meiner Studien tief verpflichtet bin. Dank für die Unterstützung dieser Forschungen schulde ich ebenso den Mitarbeitern im Bundesarchiv Koblenz, im Archiv der Sozialdemokratischen Partei in Bonn und ganz besonders im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes und den deutschen Mitgliedern der Herausgeber-Kommission für die Veröffentlichung der Akten zur deutschen auswärtigen Politik. Das Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin ermöglichte mir die Beschaffung von Mikrofilmen aus dem Nationalarchiv Washington mit deutschen Akten, die in Bonn noch nicht zugänglich sind - auch ihm sei an dieser Stelle dafür gedankt.

Berlin, im Januar 1968

Maria Oertel

Quellen und Literatur

I. Ungedruckte Quellen

Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes

Büro Reichsminister

Aktenzeichen	Inhalt	Bände
RM 10	Polen	1 - 15
RM 15-1	Verhandlungen mit den Alliierten über einen Sicherheitspakt	1 - 8
RM 15-2	Rückwirkungen dieser Verhandlungen auf andere Staaten	1
RM 15-3	Rückwirkungen des Vertragswerks von Locarno	1 - 2
RM 18	Völkerbund	3 - 13
	Politische Schriftstücke aus dem Nachlaß von RM Stresemann	1 - 8
	Nachlaß des Reichsministers Stresemann	19 - 86 265 - 302 309 ; 312 350 - 351

Büro Staatssekretär

B pol	Verhandlungen mit Polen über Han- delsvertrag und Liquidation	1 - 10
CF	Haager Konferenz I	1 - 12
Fab	Räumung der besetzten Gebiete	13 - 20
FS	Sicherheitsfrage	1 - 24 (+ 9 app.)
FS	Pressestimmen zur Sicherheitsfrage	1 - 6
L	Ostfestungen	13 - 14
O	Rußland, Polen, Randstaaten	1 - 6
ORu	Rückwirkungen der Garantiepaktverhand- lungen auf die deutsch-russischen Be- ziehungen	1 - 5 (+ 2 app.)
P	Privatbriefe	1 - 18
Po	Politische Beziehungen Deutschland- Polen	1 - 4
Vögen	Völkerbund	1 - 6
Vöra	Völkerbund	1 - 13 (+ 4 app.)
Vötag	Völkerbund	4 - 17

Geheimakten

Polen.Pol. 2 A	Verhandlungen mit Polen zur Regelung schwebender Fragen	1
Polen.Pol. 2 C	Option	1
Polen.Pol. 2 G	Das deutsch-polnische Grenzproblem	1
Polen.Pol. 2 G Nr.1	Das deutsch-polnische Grenzproblem. Propaganda.	Sir Robert Donald Hutchison Kaufmann Korostovetz
Polen.Pol. 4	Sicherheitspakt	1 - 2
Polen.Pol.25 B Nr.1	Deutschtum im Ausland	6 - 7
Polen.Finanz- wesen 1	Staatsfinanzen	1 - 2
Polen.Finanz- wesen 2	Anleihen, Wertpapiere	1 - 5
Polen.Handel 13	Handelsvertrag	16
Polen.Handel 13A	Handelsvertrag	16 - 17

Direktoren-Handakten

Dirksen	Politische Aufzeichnungen	1
	Geheimsachen	1
	Polen	1 - 8 14 - 20 25 - 36 40 - 41
	Randstaaten	1 - 7
	Völkerbund	2,4,17 - 19
Gaus	Aufzeichnungen des Herrn Staatssekretärs von Schubert	1 - 6
Ritter	Polen	1 - 13
Wallroth	Polen. Wirtschaft.	1

Politische Abteilung IV. Polen

Pol. 1	Allgemeine auswärtige Politik	2 - 5
Pol. 2	Politische Beziehungen Polen- Deutschland	5 - 33
Pol. 2 C	Option	20 - 21
Pol. 2 G	Das deutsch-polnische Grenzproblem	1 - 10
Pol. 3	Polnisch-Englische Beziehungen	1 - 2

Politische Abteilung IV. Polen

Pol. 3	Polnisch-Französische Beziehungen	4 - 7
Pol. 3	Polnisch-Russische Beziehungen	4 - 8
Pol. 3	Polnisch-Tschechische Beziehungen	4
Pol. 5	Polen. Innere Politik	9, 11 - 13
Pol. 25 OS	Deutschtum in Oberschlesien	7 - 8

Abteilung IV Wirtschaft. Polen

Wirtschaft 1		
Geheim		1
Handel 13 A	Handelsvertrag	10 - 13

Rechtsabteilung

VM Völkerrechtsangelegenheiten		
	Locarno	1 - 5
	Sicherheitsverhandlungen der Rechtsabteilung	1
	Ständige Vergleichskommissionen	1 - 2
	Schiedsvertrag mit Polen	1
	Verhandlungen mit Polen (Allgemeines)	1

Deutsche Gesandtschaft Warschau

P 3	Polens innere Politik	1 - 8
P 6	Nationalitäten, Minderheiten, Judenfragen	1 - 10
P 11	Beziehungen zwischen Polen und Sowjetrußland	5 - 8
P 13	Beziehungen Polens zu den Randstaaten	14 - 19
R 1 a	Agrarreform	1 - 5
R 1 a	Agrarreformbeschwerden der deutschen Minderheit	1
R 3 c	Deutsch-polnische allgemeine Verhandlungen	1 - 3
R 3 e	Ruhrgebiet	
R 3 f	Ausführung des Versailler Vertrages durch Polen	
R 3 k	Kellogg-Pakt	1
R 3 l	Haager Konferenz 1	1
R 4 g	Schlichtungsabkommen	1
R 4 h	Liquidationsverzichtverhandlungen	1
R 4 m	Deutsch-polnisches Arrangement; Haager Verträge; Gegenwirkungen	1, 3, 4, 5

Der 1. Teil zum I. Band der Serie B der Akten zur deutschen auswärtigen Politik, der wichtige Dokumente zur auch in dieser Studie berührten Völkertumsfrage enthält, erschien erst nach dem Abschluß dieser Arbeit. Die angeführten Belege beziehen sich daher ausnahmslos auf die Originalakten im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes.

Archiv des Bundesvorstandes der SPD Bonn

Nachlaß des Reichskanzlers Hermann Müller

Bundesarchiv Koblenz

Alte Reichskanzlei R 43 I

Auswärtige Angelegenheiten. Polen. Nr. 117 - 127

Handelsverträge. Polen. Nr. 1106 - 1109

Sicherheitsfrage Nr. 424 - 427
431 - 432
441, 445 - 448

Deutschtum in den abgetretenen Gebieten Nr. 549 - 550

Kabinettsprotokolle Nr. 1402 - 1403
1415, 1419 - 1442

Bankwesen. Reichsbank. 634 - 635

National Archives of the United States Washington

Akten des deutschen Auswärtigen Amtes: Mikrofilm Nr. T - 120

Geheimakten Roll-Nr. Serial-Nr.

Polen. Pol.1 Allgemeine auswärtige Politik 2906/6173/E 462790-9

Polen. Pol.2 Politische Beziehungen Polens 3723/K170/Ko23847
-3728 -Ko27474

Polen. Pol.3 Politische Beziehungen Polens
zu Frankreich 3737/K177/Ko30216-53

Polen. Pol.3 Politische Beziehungen Polens
zu Rußland 3738/K179/Ko31016-33

Die Akten sind in folgender Weise zitiert:

Name des Archivs; Nummer des Telegramms oder Berichts; Name der diplomatischen Mission; Datum; Aktenzeichen, Bandnummer.

Sind nur Zahlen angegeben, beziehen sie sich auf die Mikrofilme des Nationalarchivs Washington, in der Reihenfolge: Filmrolle, Serial, Seitenzahl.

II. Gedruckte Quellen

- A k t e n zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945. Serie B. 1925-1933. Bd.I,1. Göttingen 1966.
- D o c u m e n t s diplomatiques belges 1920-1940. Tome II. 1925-1931. Brüssel 1964.
- D o c u m e n t s on British Foreign Policy 1919-1939. Series IA. 1918-1925. Vol.I. 1925-1926. London 1966. Series II. Vol.I. London 1947.
- D o k u m e n t y i materiały do historii stosunków polsko-radzickich. Tom IV. Kwiecień 1921-maj 1926. Warszawa 1965.
- D o k u m e n t y vnešnej politiki SSSR. Bd.VII. 1924. Bd.VIII. 1925. Moskva 1963 und 1964.
- L o c a r n o - Konferenz 1925. Eine Dokumentensammlung. Hrsg. vom Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR. Berlin 1962.
- S t r e s e m a n n, Gustav: Vermächtnis. Bd.I-III. Berlin 1932.
- S u r v e y of International Affairs 1925. Vol.II. London 1928. Dass. 1932. London 1933.
- V e r h a n d l u n g e n des Reichstags. Stenographische Berichte. III.Wahlperiode 1924. IV.Wahlperiode 1928.Bd. 385 ff.
- Politische V e r t r ä g e . Eine Sammlung von Urkunden. Hrsg. von Viktor Bruns und Georg v. Gretschaninow. Bd.I-II. Berlin 1936-1938.
- Z a l e s k i , August: Przemowy i deklaracje. Warszawa 1929.

III. Benutzte Literatur

- A b e r n o n, Edgar Vincent Viscount d': Ein Botschafter der Zeitwende. Bd.I-III. Leipzig 1929-1930.
- B a l c e r a k, Wiesław: Polityka zagraniczna Polski w dobie Locarna. Wrocław 1967.
- B a r a ń s k i, Zbigniew: Niemiecki tranzyt kolejowy przez Polskę w latach 1919-1939 jako zagadnienie prawa międzynarodowego.(Przegląd Zachodni. X,3. 1954. S.519-545.)
- B a u m o n t, Maurice: Briand. Diplomat und Idealist. Göttingen 1966. (Persönlichkeit und Geschichte. 43).
- B e c k, Raimund: Die Internationalisierung von Territorien. Stuttgart 1962.
- B e n c k i s e r, Nikolas: Herriot und die Außenpolitik Frankreichs. (Außenpolitik.4. 1953. S. 116-120).
- B i b l i o g r a p h i e zur Außenpolitik der Republik Polen 1919-1939. Bearb. von Max Gunzenhäuser.
- B i b l i o g r a p h i e zur Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen und Grenzlandfragen 1919-1939. Bearb.von Max Gunzenhäuser. Stuttgart 1942. (Bibliographien der Weltkriegsbücherei. 33-36).
- B i e r s c h e n k, Theodor: Die deutsche Volksgruppe in Polen 1934-1939. Würzburg 1954.
- B ö h m e, Klaus Richard: Die deutsch-polnischen Handelsbeziehungen 1923-1933 (Zeitschrift für Ostforschung.12.1963. S. 500-518).

- B r e c h t , Arnold: Aus nächster Nähe. Lebenserinnerungen eines beteiligten Beobachters. 1884-1927. Stuttgart 1966.
- B r e t t o n , Henry: Stresemann and the Revision of Versailles. Stanford 1953.
- B r e y e r , Richard: Das Deutsche Reich und Polen 1932-1937. Außenpolitik und Volksgruppenfragen. Würzburg 1955. (Marburger Ostforschungen.3.)
- C h a n d l e r , Lester Vernon: Benjamin Strong. Central Banker. Washington 1958.
- C u r t i u s , Julius: Sechs Jahre Minister der deutschen Republik. Heidelberg 1948.
- C y g a ń s k i , Mirosław: Mniejszość niemiecka w Polsce centralnej w latach 1919-1939. Łódź 1962.
- D e b i c k i , Roman: Foreign policy of Poland 1919-1939. New York 1962.
- D y c k , Harvey Leonard: Weimar Germany and Soviet Russia 1926-1933. A Study in Diplomatic Instability. London 1966.
- D z i e j e gospodarcze Polski do 1939 r. Hrsg. von Benedykt Zientara u.a. Warszawa 1965.
- Najnowsze d z i e j e Polski. Materiały i studia z okresu 1914-1939. Tom.I. Warszawa 1958.
- Wschodnia e k s p a n s j a Niemiec w Europie Środkowej. Zbiór studiów nad tzw. niemieckim 'Drang nach Osten'. Pod redakcją G.Labudy. Poznań 1963. (Studium Niemco - znawcze Instytutu Zachodniego.5).
- E r d m a n n , Karl Dietrich: Der Europa-Plan Briands im Licht der englischen Akten. (GWU 1. 1950. S. 16-32).
- d e r s . Das Problem der Ost- oder Westorientierung in der Locarnopolitik Stresemanns. (GWU 6. 1955. S.133-162).
- E s c h e n b u r g , Theodor: Die improvisierte Demokratie. Gesammelte Aufsätze zur Weimarer Republik. München 1963.
- E y c k , Erich: Geschichte der Weimarer Republik. Bd.I-II. Erlenbach-Zürich 1956.
- G ä r t n e r , Margarete: Botschafterin des guten Willens. Bonn 1955.
- G a l o s , Adam, Felix H. Gentzen und Witold Jakóbczyk: Dzieje Hakiaty. Poznań 1966. (Studium Niemcoznawcze Instytutu Zachodniego.10).
- Deutsche Ausgabe: Die Hakatisten. Der Deutsche Ostmarkenverein 1894-1934. Berlin 1966.
- G a t z k e , Hans W.: Von Rapallo nach Berlin: Stresemann und die deutsche Rußlandpolitik. (VJfZ.IV. 1956. S. 1-30).
- G ą s i o r o w s k i , Zygmunt J.: Stresemann and Poland before Locarno.
- d e r s . Stresemann and Poland after Locarno.(Journal of Central European Affairs. 18. 1958/59. S.25-47; S. 292-317).
- d e r s . Beneš and Locarno. Some unpublished documents.(The Review of Politics.XX,2. 1958. S. 209-224).
- G o t t w a l d , Robert: Deutsch-amerikanische Beziehungen in der Ära Stresemann. Berlin 1965.

- G r a b s k i, Władysław: Dwa lata pracy u podstaw państwowości naszej. 1924-1925. Warszawa 1927.
- H e i k e, Otto: Das Deutschum in Polen 1918-1939. Bonn 1955.
- H e r r i o t, Edouard: Jadis: D'une guerre à l'autre. 1914-1936. Paris 1952.
- H ö l t j e, Christian: Die Weimarer Republik und das Ostlocarno-Problem. 1919-1934. Würzburg 1958. (Marburger Ostforschungen.8.)
- H u b a t s c h, Walter: Hindenburg und der Staat. Göttingen 1966.
- K a e c k e n b e e c k, Georges: The International Experiment of Upper Silesia. A Study in Working of the Upper Silesian Settlement 1922-1937. Oxford/London 1942.
- K a p i t a ł y obce w Polsce 1918-1939. Materiały i dokumenty. Hrsg. von Z.Landau und J.Tomaszewski. Warszawa 1964.
- K a r p i Ń s k i, Zygmunt: Bank Polski 1924-1939. Warszawa 1958.
- K i m m i c h, C.M.: The Weimar Republic and the Free City of Danzig. Official German attitudes and policies toward Danzig 1919-1934. Oxford 1964. (Masch.-schr.; das Werk wird Ende 1968 gedruckt erscheinen unter dem Titel: The Free City: Danzig and German Foreign Policy 1919-1934. New Haven, Connecticut.)
- K l i n k h a m m e r, Reimund: Die Außenpolitik der SPD in der Zeit der Weimarer Republik. Diss.Phil. Freiburg 1955.
- K o r b e l, Josef: Poland between East and West. Soviet and German Diplomacy toward Poland 1919-1933. Princeton 1963.
- K r a s u s k i, Jerzy: Stosunki polsko-niemieckie 1919-1925. Dass. 1926-1932. (Studium Niemcoznawcze Instytutu Zachodniego. 3 und 7. Poznań 1962 und 1964).
- K r u s z e w s k i, Charles: The German-Polish tariff war 1925-1934 and its aftermath. (Journal of Central European Affairs.3. 1943/44. S. 294-315).
- K u c n e r, Alfred: Mniejszość niemiecka w Polsce i dążenie rządu niemieckiego do utrzymania jej stanu posiadania w b. zaborze pruskim. (Przegląd Zachodni. XIV,2. 1958. S. 272-305).
- L a n d a u, Zbigniew: Bank Dillon, Read and Co. a Polska. (Sprawy Międzynarodowe. XIII,2. 1960. S.53-75).
- d e r s . Władysław Grabski a pożyczki zagraniczne. (Kwartalnik Historyczny. LXVI,4. 1959. S. 1185-1205).
- d e r s . Misja Kemmerera. (Przegląd Historyczny. XLVIII,2. 1957. S. 270-284).
- d e r s . Plan stabilizacyjny. Geneza, założenia, wyniki. Warszawa 1963.
- d e r s . Pożyczka dillonowska. (Kwartalnik Historyczny. LXIV, 3. 1957. S. 79-85).
- d e r s . Polskie zagraniczne pożyczki państwowe. 'Warszawa 1961.
- d e r s . Wpływ zamachu majowego na gospodarkę Polski. (Przegląd historyczny. LIII,3.1962. S. 502-519).
- L a p t e r, Karol: Międzynarodowe tło przewrotu majowego. (Sprawy Międzynarodowe. IX. 1956).
- L a r o c h e, Jules: La Pologne de Piłsudski. Souvernirs d'une ambassade 1926-1935. Paris 1953.

- M a t t h i a s, Erich: Die deutsche Sozialdemokratie und der Osten 1914-1945. Eine Übersicht. Tübingen 1954.
- M o r e a u, Emile: Souvenirs d'un Gouverneur de la Banque de France. 1926-1928. Paris 1954.
- O s t e u r o p a - Handbuch: Polen. Hrsg. von Werner Markert. Köln/Graz 1959.
- Die deutschen O s t g e b i e t e zur Zeit der Weimarer Republik. Bonn 1966. (Studien zum Deutschtum im Osten.3.)
- Die deutsche O s t g r e n z e von 1937. Bonn 1967. (Studium zum Deutschtum im Osten.4.)
- P e t r i e, Sir Charles: The Life and Letters of the Right Hon. Sir Austen Chamberlain. Bd.I-II. London 1939-1940.
- P i e t r z a k, Michał (Hrsg.): 'Jak doszło do wojny domowej i 'Przewrót majowy'. (Kwartalnik Historyczny. LXVI,1. 1969. S.127-154).
- P i ł s u d s k a, Aleksandra: Wspomnienia. London 1960.
- P o b ó g - M a l i n o w s k i, Władysław: Najnowsza historia polityczna Polski 1864-1945. Bd.II,1. 1918-1939. London 1956.
- P r o b l e m polsko-niemiecki w Traktacie Wersalskim. Praca zbiorowa pod redakcją Janusza Pajewskiego. Poznań 1963.
- P r z e w r ó t majowy w raportach poselstwa RP w Londynie. Hrsg. von Z.Landau. (Kwartalnik Historyczny. LXVI,1. 1959. S. 154-158).
- P u c h e r t, Berthold: Der Wirtschaftskrieg des deutschen Imperialismus gegen Polen 1925-1934. Berlin 1963.
- R a t y Ń s k a, Barbara: Niemcy wobec stabilizacji waluty polskiej w latach 1925-1926. (Sprawy Międzynarodowe. XIII,9. 1960. S. 70-83).
- R a u s c h n i n g, Hermann: Die Entdeutschung Westpreußens und Posens. Zehn Jahre polnischer Politik. Berlin 1930.
- R e i c h a r d t, Fritz: Andreas Hermes. Neuwied am Rhein 1953.
- R e k, Tadeusz: Chjeno-Piast 1922-1926 w świetle obrad Sejmu i Senatu. Warszawa 1955.
- d e r s . Pierwsze lata dyktatury Piłsudskiego 1926-1930 w świetle sprawozdań sejmowych i senackich. Warszawa 1956.
- R i e k h o f f, Harald v.: Piłsudski's Conciliatory Overtures to Stresemann. (Canadian Slavonic Papers. IX,1. 1967. S. 74-85).
- R o g a l a, Władysław: Polityka niemieckiej mniejszości narodowej w Wielkopolsce w latach 1919-1923.
- d e r s . Wzrost nastrojów rewizjonistycznych wśród niemieckiej mniejszości narodowej w Polsce w latach 1924-1926. (Przegląd Zachodni. XIII,1. 1957. S. 173-187. und XV,3. 1959. S. 298-317).
- R o o s, Hans: Polen und Europa. Studien zur polnischen Außenpolitik 1931-1939. Tübingen 1957.
- R o t h s c h i l d, Joseph: Piłsudski's Coup d'Etat. New York 1966.
- S a h m, Heinrich: Erinnerungen aus meinen Danziger Jahren 1919-1930. Marburg 1955.

- S a l d e r n, Adelheid v.: Hermann Dietrich. Ein Staatsmann der Weimarer Republik. München 1964. (Schriften des Bundesarchivs.13.)
- S c h a c h t, Hjalmar: 76 Jahre meines Lebens. Bad Wörishofen 1953.
- S c h i e l e, Martin: Die Agrarpolitik der DNVP in den Jahren 1925/ 1928. Berlin 1928. (Deutschnationale Flugschrift 320).
- S c h m i d t, Paul: Statist auf diplomatischer Bühne. Bonn 1949.
- S c h w a r z s c h i l d, Leopold: Die letzten Jahre vor Hitler. Aus dem "Tagebuch" 1929-1933. Hamburg 1966.
- S e n n, Alfred Erich: The Great Powers, Lithuania and the Vilna Question 1920-1928. Leiden 1966. (Studien zur Geschichte Osteuropas.XI.)
- Polskie Siły zbrojne w drugiej wojnie światowej. Bd.I,1. Polityczne i wojskowe położenie Polski przed wojną. London 1951.
- S k r z y Ń s k i, Alexander: Polska a pokój. Warszawa 1923.
- S p e n z, Jürgen: Die diplomatische Vorgeschichte des Beitritts Deutschlands zum Völkerbund. 1924-1926. Göttingen 1966.
- S t a a t, Wirtschaft und Politik in der Weimarer Republik. Festschrift für Heinrich Brüning. Hrsg. von F. A. Hermens und Th. Schieder. Berlin 1967.
- S t a m p f e r, Friedrich: Die vierzehn Jahre der ersten deutschen Republik. 3. Aufl. Hamburg 1953.
- S u a r e z, Georges: Briand. Sa vie et son oeuvre avec son journal et de nombreux documents inédits. Bd.VI. L'Artisan de la Paix: 1923-1932. Paris 1952.
- T h i e m e, Paul und Bruno Schuster: Das polnische Liquidationsverfahren. Ein Handbuch für die Praxis. Berlin 1924.
- T h i m m e, Anneliese: Gustav Stresemann. Eine politische Biographie zur Geschichte der Weimarer Republik. Hannover 1957.
- T o m a s z e w s k i, Jerzy: Polityka stabilizacyjna Władysława Grabskiego. 1923-1925. (Najnowsze dzieje Polski. Tom I. S. 77-122).
- d e r s . Stabilizacja waluty w Polsce. 1924-1925. Warszawa 1961.
- T u r n e r, Henry Ashby jr.(Hrsg.): Rede Stresemanns vor dem Zentralvorstand der DVP am 22.November 1925. (VHfZ. 15,4. 1967. S. 412-432).
- V a l l e n t i n, Antonina: Stresemann. Vom Werden einer Staatsidee. Leipzig 1930.
- V i e f h a u s, Erwin: Die Minderheitenfrage und die Entstehung der Minderheitenschutzverträge auf der Pariser Friedenskonferenz 1919. (Marburger Ostforschungen.11.1960).
- W a l t e r s, Francis Paul: A History of the League of Nations. Bd.I-II. London 1952.
- W a n d y c z, Piotr Stefan: France and Her Eastern Allies 1919-1925. French-Czechoslovak-Polish Relations from the Paris Peace Conference to Locarno. Minneapolis 1962.

Abkürzungen

AA	Auswärtiges Amt
BA	Bundesarchiv
DBFP	Documents on British Foreign Policy
DDB	Documents Diplomatiques Belges
GA	Geheimakten
GW	Gesandtschaft Warschau
GWU	Geschichte in Wissenschaft und Unterricht
HA	Handakten
Nachlaß	Nachlaß Gustav Stresemanns im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes
RM	Reichsminister
St.S.	Staatssekretär
Tel.	Telegramm
VHfZ	Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

Einleitung

Zu alten, hauptsächlich durch die polnischen Teilungen heraufbeschworenen politischen Gegensätzen und schweren emotionalen Belastungen im Verhältnis zwischen Polen und Deutschland fügte die Versailler Friedenskonferenz im Jahre 1919 eine neue Quelle künftiger Zwietracht. Deutschland mußte dem wiedererstandenen Polen kleinere Teile Schlesiens und fast die gesamten Provinzen Posen und Westpreußen überlassen, wodurch Ostpreußen vom Reich getrennt war. Danzig wurde Freie Stadt unter einem Völkerbundskommissar, gehörte jedoch zum polnischen Zollgebiet und wurde auch außenpolitisch von Warschau vertreten. Im südlichen Ostpreußen blieben zwar die Kreise Allenstein und Marienwerder nach einem überwältigenden deutschen Abstimmungssieg bei Deutschland, doch mußte sich das Reich trotz eines ebenfalls beträchtlichen Erfolges beim Plebiszit von 1921 der Teilung Oberschlesiens fügen; es behielt wohl einen größeren Teil des Landes, verlor jedoch die wirtschaftlich wertvollsten Gebiete. Diese von Deutschland niemals anerkannte Grenzziehung im Osten vergiftete die Beziehungen der beiden Nachbarländer in ganz ungewöhnlicher Weise - schuf sie doch auch das zwischen den Weltkriegen nicht gelöste Minderheitenproblem, weil das nationalstaatliche Prinzip in diesem Teil des östlichen Mitteleuropa mit seiner Vermischung der Völker und Konfessionen von vornherein zum Scheitern verurteilt gewesen war.

Eine seltene Einmütigkeit der öffentlichen Meinung, vor allem der politischen Parteien, ist auf beiden Seiten im Hinblick auf die deutsch-polnische Grenze anzutreffen. In Deutschland konnte ohne Übertreibung gesagt werden, es gäbe "von den Völkischen bis zu den Kommunisten" keine Partei, "die vor ihrem Gewissen anerkennen könnte, daß die Grenzziehung im Osten dem Gedanken des Selbstbestimmungsrechts der Völker entspräche"¹⁾ - mochten die Motive auch noch so verschieden sein, die "Rote Fahne" wachte nicht weniger eifrig über alle Schritte der Reichsregierung, die als eine Anerkennung der Ostgrenze ausgelegt werden konnten, als die deutsch-nationale Presse. Die Parteien von den Sozialdemokraten bis zum

1) Stresemann in der Kölnischen Zeitung vom 12. März 1925.

Zentrum äußerten sich wohl zurückhaltender und nüchterner über die Grenzfrage und waren auch sicher eher bereit, auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet zu einer deutsch-polnischen Annäherung beizutragen als die "nationale Rechte", die unablässig nach der Grenzrevision rief und vorher jede entgegenkommende Geste gegenüber Polen ablehnte, aber zur Anerkennung der bestehenden Grenzen waren auch sie nicht bereit²⁾. Diese Haltung der Parteien war eine willkommene Unterstützung der deutschen Außenpolitik.

In Polen, das durch seine Wiederherstellung nach den politischen Bedürfnissen der Sieger des ersten Weltkrieges und die darin von Anfang an begründeten Gegensätze zu Deutschland und Rußland ein bedingungsloser Anhänger des Versailler Traktates war - wenn auch keineswegs vollkommen von ihm befriedigt -, bildete die durch eben diese Spannungen hervorgerufene Gefahr und Bedrohung die gemeinsame Grundlage für die Haltung der politischen Parteien. Die Existenz eines Grenzproblems, wie man es in Deutschland verstand, wurde kaum jemals zugegeben. Nie würde man die Zugehörigkeit auch nur eines Streifens des polnischen Territoriums überhaupt in Frage stellen lassen - im Gegenteil, es gab vor allem zu Beginn der zwanziger Jahre Strömungen, die erst in einer Verbindung Ostpreußens und Danzigs mit Polen die Befriedigung der polnischen territorialen Wünsche gegenüber Deutschland erblickten³⁾. Auch hier waren die Äußerungen der politischen Rechten, der Nationaldemokratie und solcher Organisationen wie des Związek Obrony Kresów Zachodnich gegen Deutschland schärfer und militanter als die der Mitte und der Linken, auch hier waren die gemäßigten Parteien eher zu einem Ausgleich mit Deutschland auf einzelnen Gebieten bereit, doch dürfen in der Grenzfrage die Parteigegensätze nicht überschätzt werden. Gerade 1924 und 1925, als die internationale Diskussion dieses Problems lebhafter wurde, erfolgte eine deutliche

- 2) Vgl. Matthias, S. 51 ff., 64 ff. Reden der Abgeordneten Haas (DDP) und Kaas (Zentrum) vom 22. März 1927. (Verhandlungen des Reichstags. Stenographische Berichte. Bd. 392. S. 9833 ff., 9867). Auch Tendenzen zur Aussöhnung mit Polen im Zentrum - gefördert von der "Germania" und auf Veranlassung der Kurie vom österreichischen Bundeskanzler Seipel - gingen doch niemals so weit, daß sie die Hinnahme der Ostgrenze einschlossen. (Aufzeichnung Dirksens vom 21. März 1927. AA St.S. Po. 3.)
- 3) Vgl. Krasuski, Bd. I, S. 175 ff.

Annäherung auf der Grundlage des nationaldemokratischen Programms. Der Gegensatz zwischen der Nationaldemokratie und den gemäßigten Parteien hatte wohl auch hauptsächlich im russischen Problem gelegen; in der Beurteilung des Bündnisses mit Frankreich und Rumänien, in dem Wunsche nach engeren Beziehungen zur Tschechoslowakei und in der Haltung gegen Deutschland waren 1925 die Unterschiede kaum mehr von entscheidender Bedeutung.

Diesem Hinweis auf den grundsätzlichen deutsch-polnischen Konflikt, der immer wieder und in jeder Hinsicht der Anbahnung wenigstens korrekter Beziehungen hemmend im Wege stand und zwischen beiden Völkern eine auch von weit verbreiteter gegenseitiger Abneigung⁴⁾ getragene Spannung der allgemeinen Atmosphäre aufrechterhielt, soll ein kurzer Überblick folgen über jene Jahre seit der Friedenskonferenz, die dem in dieser Arbeit ausführlich behandelten Zeitraum vorangegangen sind.

Der Verlust der Ostgebiete wurde in Deutschland als eine der bittersten Bestimmungen des Vertrages von Versailles empfunden. Und wenn auch selbstverständlich nach seiner Unterzeichnung am 28. Juni 1919 von den Alliierten keine Milderung dieser deutschen Verpflichtungen mehr zu erlangen war, so gab doch die unsichere Lage im Osten noch eine ganze Zeit lang zu immer neuen Hoffnungen Anlaß. Polen hatte sich zwar schon Anfang 1919 Posens bemächtigt und versuchte dasselbe auch in Oberschlesien, doch standen immer noch deutsche Truppen weit im Osten, besonders im Baltikum, und die Verhältnisse in Galizien, der Ukraine, Weißrußland und Litauen waren überaus schwankend und undurchsichtig, vor allem seit die sowjetrussischen Truppen nach Westen vorzudringen begannen. War schon kurz nach dem Waffenstillstand in Deutschland der Gedanke erwogen worden, sich mit der Entente gegen den Bolschewismus zu verbünden und dafür nicht nur ein größeres Heer, sondern

⁴⁾ Hier sollte wohl nicht so einseitig wie bei Bierschenk (S. 97 ff.) nur die "Deutschfeindlichkeit" des polnischen Volkes untersucht werden. In Deutschland brachte man Polen in sehr weiten Kreisen, bis hinein in die Wilhelmstraße, so viel Verachtung entgegen, daß Lord D'Abernon sich einmal zu der Bemerkung veranlaßt sah, in Berlin sei "sogar der Wind, der dort weht, antipolnisch". (Bd. III, S. 59).

auch Vorteile an der Ostgrenze zu erlangen⁵⁾, so schien der im April 1920 ausbrechende polnisch-russische Krieg die entgegengesetzte Möglichkeit zu eröffnen. Daß die deutschen Kommunisten und Unabhängigen Sozialdemokraten den für Polen so bedrohlichen sowjetischen Vormarsch begrüßten, war keine Überraschung, er fand aber auch Sympathien in ganz anderen Kreisen, deren prominentester Vertreter General von Seeckt war⁶⁾. Dem eben wieder aufgerichteten und in fast jeder Beziehung noch schwachen polnischen Staat wurde keinerlei Widerstandskraft zugetraut. Da deutsche Hilfe für Polen nicht in Frage kam, würde es für das Reich unter Umständen von Vorteil sein, der Niederlage Polens zuzusehen, wenn sich die Respektierung der alten russisch-deutschen Grenze von 1914 durch die Rote Armee erreichen ließ. Derartige Zusicherungen sind in vager Form gemacht worden, doch die verantwortliche deutsche Regierung war sich der Gefahr wohl bewußt, die bei der labilen inneren Lage des Reiches in einem Vorrücken der sowjetischen Truppen in die Nähe der deutschen Grenze lag. Dem Dilemma, das daraus entstand, daß auch sie auf der anderen Seite einen polnischen Erfolg nicht wünschte, entzog sie sich durch die Erklärung der deutschen Neutralität am 20. Juli 1920. Damit wurde vor allem die Entente daran gehindert, Waffen und Truppen zu rascher Hilfe für Polen durch Deutschland zu transportieren. Empfindlichen Schaden richtete am Anfang auch die gleichzeitig zwar nicht formell erklärte, aber tatsächlich angewandte Wirtschaftsblockade an, durch die das Reich jeden deutschen Export nach Polen zu unterbinden suchte⁷⁾. Der polnische Sieg vom August 1920 setzte den Hoffnungen dann zunächst ein Ende, beim Zusammenbruch Polens die verlorenen Ostgebiete zurückgewinnen zu können. Nicht unterbrochen wurde dagegen die Verbindung von Berlin nach Moskau, bei der Polen immer eine besondere Rolle spielte. Sie fand im April 1922 in Rapallo einen neuen Höhepunkt und beschwor wieder die schlimmste Gefahr für Polen herauf, daß sich die beiden großen feindlichen Nachbarn zu seinem Schaden verbinden könnten⁸⁾.

5) Korbelt, S. 59 ff.

6) Eyck, Bd. II, S. 231.- Korbelt, S. 72 ff.

7) Siehe dazu S. 27-28.

8) Siehe auch S. 70, Anm. 80; S. 144-145.

Während der entscheidenden Tage des russisch-polnischen Krieges hatte eine der Volksabstimmungen stattgefunden, die im Friedensvertrag vorgesehen waren, in den Bezirken Allenstein und Marienwerder. Nach dem Abzug der deutschen Truppen und eines Teiles der Behörden hatten Briten und Italiener diese Gebiete besetzt, zwei Interalliierte Kommissionen sollten einen reibungslosen Ablauf des Plebiscits gewährleisten. Wenn auch die Kriegsereignisse und die damals für unvermeidlich gehaltene Niederlage Polens ebenso wie das Stimmrecht von etwa 150.000 Personen, meistens Deutschen, die in den beiden Bezirken geboren, aber inzwischen abgewandert waren, nicht ohne Einfluß auf den Ausgang blieben, so widerlegte er doch vollkommen die polnischen Behauptungen über den polnischen Charakter dieser Landesteile. Am 11. Juli 1920 entschieden sich in Allenstein nur 2,2 % der Abstimmenden für Polen, in Marienwerder 7,6 % - ein deutliches Zeichen dafür, daß auch der größte Teil der Masuren und Ermländer den Anschluß an Deutschland vorzog. Die 1921 gezogene Grenze entsprach weitgehend diesem Ergebnis; nur gegen die Zuteilung des gesamten östlichen Weichselufers an Polen, wodurch für Ostpreußen nur ein höchst unzulänglicher Zugang zu diesem wichtigen Strom übrig blieb, sah sich das Reich zu einem Protest veranlaßt.

Vielgefährlicher und schwieriger war die Lage in Oberschlesien, für das im Artikel 88 des Friedensvertrages ebenfalls ein Plebiscit vorgesehen war. Polen, das ursprünglich auf die Zuteilung des gesamten Gebietes gehofft hatte, suchte mehrmals die Entscheidung durch Gewalt vorwegzunehmen. Der erste schlesische Aufstand im August 1919 konnte noch von deutschen Truppen niedergeschlagen werden. Nach dem Inkrafttreten des Friedensvertrages am 10. Januar 1920 besetzten dagegen die Alliierten das umstrittene Gebiet, von denen die Franzosen die polnische Seite offen begünstigten. Deutsche und polnische Vorbereitungen für den Tag der Abstimmung schufen in Oberschlesien eine haßerfüllte und immer gereiztere Stimmung in der Bevölkerung, die sich nicht selten in blutigen Zusammenstößen entlud. Auf dem Höhepunkt des polnisch-russischen Krieges, im August 1920, brach ein zweiter Aufstand aus. Mit Mühe gelang es der Interalliierten Kommission, die in Oberschlesien

die Regierungsgewalt ausübte, den deutschen und den polnischen Abstimmungskommissar zu einer Vereinbarung zu bewegen, die für das Plebiszit wenigstens eine gewisse Ruhe garantierte. Am 20. März 1921 wurden 60 % der Stimmen für den Verbleib Oberschlesiens bei Deutschland abgegeben und nur 40 % für den Anschluß an Polen. Dieses für die Polen enttäuschende Ergebnis ermutigte sie Anfang Mai 1921 noch zu einem dritten Versuch, das Abstimmungsgebiet in ihre Gewalt zu bringen. Es war der längste und blutigste der drei Aufstände. Von den Alliierten zeigten sich nur die Italiener entschlossen, ihn zu bekämpfen; den entscheidenden Anteil an seinem Mißlingen hatten deutsche Freikorps und schließlich der Druck des Obersten Rates der Alliierten. Wie es schon im Friedensvertrag vorgesehen gewesen war, ordnete die Botschafterkonferenz eine Teilung des Landes an, die nicht nur beiden Seiten eine erhebliche polnische beziehungsweise deutsche Minderheit brachte, sondern Polen auch den wertvollsten Teil des Industriegebiets überließ. Um wenigstens die schlimmsten Härten der Auseinanderreissung eines kulturell und wirtschaftlich einheitlichen Landes zu mildern, schlossen Polen und Deutschland am 15. Mai 1922 nach langen Verhandlungen unter dem Protektorat des Völkerbundes in Genf eine Oberschlesien-Konvention ab, die in wichtigen Fragen Übergangslösungen für eine Reihe von Jahren vorsah⁹⁾.

Verhängnisvoll wirkte sich natürlich schon in diesen ersten, von Wirren erfüllten Jahren nach dem Kriegsende auch die Lage und Behandlung der deutschen Bevölkerung in den polnisch gewordenen Gebieten auf das Verhältnis der beiden Nachbarländer aus. Polen hatte zwar am 28. Juni 1919 mit den Alliierten einen Minderheitenschutzvertrag unterzeichnen müssen, der seinen großen nichtpolnischen Bevölkerungsteilen die ungestörte Erhaltung ihrer Eigenart garantieren sollte - einzelne derartige Bestimmungen fanden sich auch später in der polnischen Verfassung -, doch wurde dies in Polen stets als eine erzwungene Beeinträchtigung der Souveränität empfunden und mit allen Mitteln zu umgehen gesucht. Die Min-

9) Vgl. G. Kaeckenbeeck: The International Settlement of Upper Silesia. Oxford 1942. - Krasuski, Bd. I, S. 158-164.

derheitenfrage bestimmte in den Jahren bis 1924 in starkem Maße auch Polens ablehnende Haltung gegenüber dem Völkerbund: da der Vertrag von 1919 den Minderheiten ausdrücklich zusicherte, sich bei Verletzungen ihrer Rechte nach Genf wenden zu können, erschien Polen dort allzu oft in der Rolle des Angeklagten, um zu wirklicher Mitarbeit bereit zu sein.

Als nach dem Waffenstillstand die deutschen Garnisonen und zum Teil auch schon Behörden aus den Ostgebieten zurückgezogen werden mußten, folgte ihnen in den Wirren der Kämpfe um die Provinz Posen und später wieder während des polnisch-russischen Krieges eine große Zahl von Deutschen nach, die vermutlich nicht immer dazu gezwungen waren. Polnischer nationalistischer Überschwang nach der Wiederaufrichtung des Staates tat mit rigorosen Verwaltungsmaßnahmen und auch Schikanen ein übriges, um den bisher privilegierten Angehörigen der alten Teilungsmacht den weiteren Aufenthalt in Polen zu verleiden. Bis 1924 hatte die Rechte in den Warschauer Kabinetten in den meisten Fällen das Übergewicht und erklärte es ganz offen zu ihrem Programm, angesichts der deutschen Auffassung vom "Saisonstaat Polen" und der Möglichkeit des Wiedergewinns der alten Ostprovinzen den Prozeß der "Entdeutschung" in den polnischen Westgebieten rasch und ohne jedes Zaudern vorantreiben zu wollen¹⁰⁾. Dazu gehörten die Verringerung der Zahl deutscher Schulen und ähnlicher Einrichtungen, die Schließung von Vereinen verschiedenster Art und das Verbot politischer Organisationen der Minderheit, ohne daß ihre Staatsfeindlichkeit in allen Fällen bewiesen wurde. Um die Jahreswende 1923 zu 1924 war ein regelrechter Kampf mit Ausweisungen im Gange: Übergriffe der Fremdenpolizei der deutschen Länder, besonders in Bayern und Mecklenburg, gegenüber polnischen Arbeitern führten in Polen zu Repressalien in der Gestalt neuer Ausweisungen von Deutschen aus Posen und Pommerellen - eine Entwicklung, die den Absichten der Berliner Regierung direkt zuwiderlief. Hier bemühte man sich schon seit längerem nicht nur aus innerpolitischen und finanziellen Gründen, sondern auch mit Rücksicht auf die deutschen Revisionswünsche, die deutsche Bevölkerung zum Bleiben in Polen zu bewegen¹¹⁾.

10) Rede Sikorskis in Posen. Tel. 100 Warschau vom 11. April 1923.
AA RM 10,2.

11) Siehe auch S. 137 ff., S. 180 ff.

Vor dem Hintergrund aller dieser hier kurz angedeuteten Ereignisse, die die anhaltende scharfe Spannung zwischen Berlin und Warschau erklärlich erscheinen lassen, hatten seit dem Sommer 1919 auch direkte deutsch-polnische Verhandlungen über eine ganze Reihe von Fragen stattgefunden. Diplomatische Vertretungen gab es zwar seit dem März 1920, jedoch drei Jahre lang nur mit Geschäftsträgern an der Spitze, die noch dazu meistens für ihre Aufgaben ungeeignet waren. Die hier zu erwähnenden deutsch-polnischen Gespräche fanden in der Mehrzahl der Fälle auf den Druck und sogar unter Aufsicht der Alliierten statt, später auch auf Empfehlungen des Völkerbundes.

Sie begannen im August 1919 in Berlin und wurden nach einer Unterbrechung wegen der Vorfälle in Oberschlesien zunächst bis zum November fortgeführt. Ihr erstes Ergebnis war eine Amnestie für politische Vergehen, die hauptsächlich auch den während des ersten schlesischen Aufstandes Verhafteten zugute kam. Es folgte am 22. Oktober 1919 ein Wirtschaftsabkommen, das deutsche Kohlenlieferungen im Austausch gegen Lebensmittel aus Polen vorsah, Deutschland die Benutzung der Weichsel gestattete und den Postverkehr zwischen dem Reich und seinen bisherigen Ostprovinzen regelte. Im November einigten sich die Delegationen schließlich auf die vorläufige Weiterarbeit deutscher Beamter in diesem Gebiet gegen einen polnischen Verzicht auf die Liquidation ihres Eigentums, über die Modalitäten des Abzugs der deutschen Truppen aus Posen und Pommerellen und die Rückkehr der noch in Ostpreußen stehenden Verbände sowie über die allmähliche Übergabe der Zivilverwaltung in polnische Hand.

Diese verhältnismäßig rasch gewonnenen Vereinbarungen erweckten den Verdacht der Franzosen, Polen könnte sich hinter ihrem Rücken mit Deutschland verständigen. Es zeigte sich in diesem Falle einmal mehr die für Polen auch in den nächsten Jahren noch überaus belastende Tatsache, daß die polnische Außenpolitik weniger in Warschau als in Paris gemacht wurde. Während der Dauer der Friedenskonferenz kamen dazu die beständigen Rivalitäten zwischen der Warschauer Regierung Piłsudskis und der von den Nationaldemokraten, insbesondere von Roman Dmowski beherrschten polnischen

konferenzdelegation, die die gesamte polnische Außenpolitik in ihrer Hand zu vereinen trachtete. Ihrem Betreiben und einer Intervention Clémenceau's war es zu verdanken, daß die deutsch-polnischen Verhandlungen nach Paris verlegt werden mußten, wo sie im Januar 1920 unter dem Vorsitz des französischen Generals Lerond noch kurze Zeit fortgingen. In dem endlich aufgestellten Verhandlungsprogramm tauchten bereits alle die Fragen auf, die bis zum Ende der zwanziger Jahre noch zu fast endlosen Auseinandersetzungen Anlaß geben sollten: hauptsächlich die finanziellen Abrechnungen für die abgetretenen deutschen Ostgebiete, die Zahlung von Renten und Pensionen an dort ansässige frühere Angehörige des deutschen Heeres, die Rückgabe der Versicherungsfonds an Polen, die polnische Währung, die damals ja noch aus der Okkupationszeit stammte, auch die Rückgabe von Archiven und Bibliotheken. Da hier meistens Belastungen für die deutsche Seite zu erwarten waren, zeigte sie nur geringes Interesse an ernsthaften Verhandlungen, umso weniger als Polen am 10. Januar 1920 auf französischen Druck hin auch noch das Wirtschaftsabkommen vom Oktober 1919 für nichtig erklären mußte - es hatte in den Augen der Franzosen von Anfang an als viel zu vorteilhaft für Deutschland gegolten. So machten dann die am 12. April 1920 wieder in Paris unter französischer Aufsicht begonnenen Gespräche keinerlei Fortschritte; die Haltung beider Partner versteifte sich, als Deutschland politische Fragen ins Spiel brachte wie die der deutschen Minderheit in Polen, die Artikel 256 und 297 des Friedensvertrages, die Option¹²⁾ und den Transit nach Ostpreußen. In der gespannten Atmosphäre und unter dem Eindruck der deutschen Stellungnahme zum polnisch-russischen Krieg verliefen die Verhandlungen vollends im Sande; die polnische Erbitterung stieg noch angesichts der Verhängung des Wirtschaftsboykotts durch Deutschland im Zusammenhang mit seiner Neutralitätserklärung vom 20. Juli 1920. Offiziell war nur die Lieferung von Kriegsmaterial untersagt - wegen einzelner Bestimmungen des Friedensvertrages durfte Deutschland kein allgemeines Exportverbot erlassen -, doch in der Praxis wurde in jedem Einzelfall die Ausfuhr verhindert. Polen, das auf deutsche Maschinenlieferun-

12) Siehe dazu S. 70 ff., S. 180 ff.

gen, auf den Import von Sprengstoffen für den Bergbau und von Kunstdünger für seine Landwirtschaft angewiesen war, wurde zunächst durch diese Maßnahme hart getroffen. Im Laufe der Zeit verlor jedoch die erst nach zwei Jahren gänzlich aufgehobene Blockade ihre Wirksamkeit, weil Polen auf dem Umweg über Holland, die Tschechoslowakei oder Österreich doch die begehrten Waren beziehen konnte. Nach dem Ende des polnisch-russischen Krieges im Oktober 1920 war an sich die Voraussetzung für die deutsche Exportsperrre weggefallen, und bis zum Ende des Jahres kam es zu verschiedenen inoffiziellen Kontakten zwischen der polnischen und der deutschen Regierung, bei denen sich kurze Zeit eine Lösung abzeichnete in dem Sinne, daß die Blockade aufgehoben werden sollte für die Einstellung der Liquidation deutschen Eigentums in Polen für einen bestimmten Zeitraum. Wiederum unter französischem Druck mußte die polnische Regierung schließlich davon zurücktreten, und es folgte stattdessen im Januar 1921 eine neue Aufforderung der Botschafterkonferenz zu Verhandlungen unter einem französischen Schiedsrichter. Sie begannen im April 1921 in Paris, teilten aber das Schicksal der vorangegangenen: zwar kam endlich eine Vereinbarung über den Transit von Deutschland nach Ostpreußen zustande, doch bewirkte der dritte polnische Aufstand in Oberschlesien im Mai 1921 wieder eine lange Unterbrechung. Deutschland verzögerte die Gespräche außerdem auch auf Grund polnischer Übergriffe gegen die Minderheit und vornehmlich wegen der unrechtmäßigen Vertreibung deutscher Ansiedler und Domänenpächter¹³⁾. Die Konstellation war schließlich ähnlich, wie sie es auch in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre wieder eine Zeit lang sein sollte: trotz des Drängens der deutschen Industrie und des Reichswirtschaftsministeriums nach der Aufhebung der Exportsperrre wollte das Auswärtige Amt über die wirtschaftlichen Beziehungen nur verhandeln, wenn gleichzeitig auch die schon erwähnten politischen Fragen eine günstige Lösung fänden, was nun wieder Polen zurückwies.

Im Februar 1922 endlich zogen sich die Alliierten von der Überwachung der deutsch-polnischen Besprechungen zurück, und Frank-

13) Siehe S. 186.

reich verwies seinen Bündnispartner Polen wieder auf den Weg, den es seit 1919 für so schädlich gehalten hatte, auf den von zweiseitigen deutsch-polnischen Verhandlungen. Bis zum Sommer dieses Jahres schien sich eine leichte Entspannung zwischen Berlin und Warschau anzubahnen. Nach einem Gespräch Rathenaus mit Außenminister Skirmunt in Genua im April 1922 erhoffte man in Polen von diesem deutschen Außenminister eine weniger intransigente Haltung; der Vertrag von Rapallo machte wegen der Frage des Transits von Deutschland nach der Sowjetunion die Verhandlungen mit Polen auch für das Reich wieder interessant; am 15. Mai kam endlich die Oberschlesien-Konvention zustande, und wenig später traf auch der erste deutsche Gesandte in Warschau ein. Tatsächlich wurde am 20. Juli zugleich mit der Vereinbarung eines Verhandlungsprogramms die Wirtschaftsblockade aufgehoben. Die Gespräche, deren Themen immer noch die bereits erwähnten Probleme sein sollten, begannen am 6. September 1922 in Dresden, in optimistischerer Stimmung als die meisten früheren. Dennoch kamen bis zum Sommer 1923 nur wenige Vereinbarungen über finanztechnische und Währungsfragen zustande. Hinsichtlich des Transits nach der Sowjetunion scheiterte man an der Interpretation des Begriffs "Waren von militärischer Bedeutung", die Polen von der Durchfuhr ausschließen wollte. Die Ruhrkrise beeinflusste die Atmosphäre höchst ungünstig; in Deutschland wurde zunächst eine Beteiligung Polens an den französischen Sanktionen und dadurch eine Gefahr für Ostpreußen und Oberschlesien befürchtet, später auch die Einstellung der polnischen Kohlenlieferungen nach Deutschland. Wenn Polen schließlich - teilweise unter russischem Druck - mehrfach erklärte, unter allen Umständen passiv bleiben zu wollen, schwand das deutsche Mißtrauen doch nicht völlig. Die polnische Öffentlichkeit stand dem französischen Unternehmen keineswegs in allen ihren Teilen ohne Sympathie und Verständnis gegenüber; ganz offen wurde das sogar im Senat ausgesprochen, als im Mai 1923 mit Marian Seyda ein der politischen Rechten angehörender Mann Außenminister wurde: der Ruhrkampf habe auch für Polen besondere Bedeutung, da von seinem Ausgang für lange Zeit Deutschlands Rolle in Europa und damit auch seine Stellung zu Polen abhänge¹⁴⁾.

14) Rede vom 8. Juni 1923. AA IV Po Pol. 1,2.

Als wiederum nach langer Pause im Februar 1924 deutsch-polnische Verhandlungen begannen, gelang es der deutschen Seite trotz des polnischen Widerstrebens, zunächst die Fragen in den Vordergrund zu stellen, an denen ihr am meisten lag, Option und Staatsangehörigkeit. Ihr Schicksal wird in anderem Zusammenhang noch zu erwähnen sein¹⁵⁾, ebenso wie das desjenigen Problems, das im Laufe des Jahres 1924 mehr und mehr an Bedeutung gewann und schließlich einer der Hauptgegenstände der zweiseitigen Gespräche wurde, der Wirtschaftsbeziehungen¹⁶⁾. Im übrigen dagegen konzentrierte sich seit der Jahreswende von 1924 zu 1925 die allgemeine Aufmerksamkeit in Europa und hauptsächlich in Warschau und Berlin wieder auf das Grundproblem des deutsch-polnischen Verhältnisses, die Grenzziehung zwischen beiden Ländern. Ihm soll der erste Teil dieser Arbeit gewidmet sein.

15) S. 70 ff., S. 182-183 , bes. Anm. 3.

16) S. 240 ff.

T e i l I

I. Die Ostgrenze in der Diskussion vor der Konferenz von Locarno

1) Vorgeschichte

Es ist bekannt, daß die deutsche Reichsregierung schon 1922 einen Vorschlag zur Regelung der ganz besonders von Frankreich in den Vordergrund gestellten Sicherheitsfrage gemacht hatte, der damals jedoch keine Zustimmung fand. Stresemann griff den Gedanken eines Rheinpaktes im September 1923 in einer Rede in Stuttgart wieder auf, und spätestens seit dem bald darauf folgenden Besuche des französischen Botschafters wußte man in der Wilhelmstraße, daß Frankreich nicht gewillt war, sein enges Verhältnis zu Polen gänzlich preiszugeben, und versuchen würde, die Frage der deutschen Ostgrenzen mit einem der Sicherung Frankreichs geltenden Garantiepakt im Westen zu verknüpfen. Solche Überlegungen mögen der Anlaß gewesen sein zu einem Erlaß, den Stresemann schon am 8. März 1924 an den deutschen Gesandten in Warschau und den deutschen Botschafter in Paris richtete mit der Bitte um ihre Stellungnahme¹⁾.

Es frage sich, so schreibt Stresemann, ob es bei der bekannten Haltung Frankreichs "nicht zweckmäßig wäre, in der Frage der östlichen Sicherheiten das Praevenire zu spielen". Eine gleiche Sicherung wie Frankreich könnte man Polen durch eine nochmalige ausdrückliche Anerkennung der deutschen Ostgrenze freilich nicht zugestehen, doch käme hier der Abschluß eines allgemeinen Schiedsvertrages in Betracht. Als Muster nennt der Minister Verträge, die der amerikanische Staatssekretär Bryan kurz vor dem ersten Weltkrieg mit mehreren Staaten schloß. Sie sahen die Verpflichtung vor, alle Streitfragen vor eine internationale Schiedskommission zu bringen, die bei rein politischen Streitfällen zwar keinen endgültig bindenden Spruch zu fällen berechtigt war, jedoch ein Gutachten abgeben mußte, bis zu dessen Erstattung keine der Parteien zu Gewaltmaßnahmen greifen durfte. Damit würden kriegerische Verwicklungen so gut wie unmöglich gemacht. Für Streitfälle

1) Erlaß III E 658 vom 8. März 1924. AA St.S.O. ,1.

mehr rechtlichen Charakters könnte ein obligatorisches Schiedsverfahren vorgesehen werden. So jedenfalls sah der Vertrag aus, den Deutschland am 3. Dezember 1921 mit der Schweiz geschlossen hatte, dessen Präambel allerdings auch den Satz enthielt, daß beide Parteien die Unversehrtheit ihres Gebietes unverbrüchlich achten wollen. Eine solche Anerkennung des territorialen Besitzstandes wollte Stresemann jedoch in einem Vertrage mit Polen vermeiden sehen und empfahl daher, das Abkommen mit der Schweiz gar nicht zu erwähnen. Außerdem sollte das Angebot bei der Regierung in Warschau ganz ohne Zusammenhang mit der Sicherheitsfrage gemacht werden, nur mit der Begründung, man halte es für dringend erwünscht, die gegenseitigen Beziehungen auf eine neue Basis zu stellen.

Daß Polen ein besonderes Interesse an einem solchen Schiedsvertrag haben würde, glaubte Stresemann nicht annehmen zu können, da es sich bei den zahlreichen deutsch-polnischen Streitfragen fast immer um deutsche Wünsche handelte, doch hielt er das Vertragsangebot auch für vorteilhaft, wenn Polen es ablehnen sollte. Deutschland könne bei künftigen internationalen Verhandlungen auf seine Loyalität Polen gegenüber verweisen:

"Diese Loyalität könnte dann viel weniger in Zweifel gezogen werden, als wenn wir den Vorschlag erst bei den internationalen Verhandlungen selbst machten. Falls bei diesen Verhandlungen, wie vorauszusehen, von der Gegenseite viel weitergehende Forderungen gestellt werden, würde man an unserem Gegenvorschlag nur die negative und nicht die positive Seite sehen. Auch innerpolitisch wird die Behandlung der Angelegenheit leichter sein, wenn wir das Angebot nicht erst auf Druck der Alliierten hin machen".

Während Hoesch in einem kurzen Telegramm seine Zustimmung äußerte vor allem im Hinblick auf den günstigen Einfluß eines solchen Angebotes auf die öffentliche Meinung über "unsere allgemeine Friedenseinstellung"²⁾, glaubte Rauscher, von dem geplanten Schritt abraten zu sollen. Schon den Zeitpunkt hielt er nicht für günstig, da in jüngster Zeit

"die Idee einer durch französischen Einfluß zu erreichenden Garantie der polnischen Westgrenzen viel zu sehr Gemeingut der öffentlichen Diskussion geworden"

2) Tel. 142 Paris vom 14. März 1924. AA St.S. O, 1.

sei, als daß man in Polen den deutschen Vorschlag nicht als Ablenkungsmanöver empfinden würde. Eine glatte Ablehnung hielt Rauscher für nicht sehr wahrscheinlich. Polen würde wohl Interesse bekunden, aber nicht ohne den Hinweis, daß die beste Lösung ein allgemeiner Garantiepakt unter Einbeziehung der französischen Bundesgenossen sei. Sollte sich Polen wider Erwarten zu zweiseitigen Verhandlungen bereitfinden, würde wohl auf jeden Fall der deutsch-schweizerische Vertrag mit der für Deutschland unbequemen Präambel als Muster vorgeschlagen werden. Aber selbst bei kaum anzunehmender Unkenntnis dieses Vertrages verlange Polen ganz gewiß zuerst die Anerkennung des status quo. Eine deutsche Ablehnung dieser Grenzgarantie würde jedoch "in jeder Weise unerwünscht wirken", und aus diesen Gründen konnte sich Rauscher keinerlei Erfolg von dem Angebot eines Schiedsvertrages an Polen versprechen³⁾. Seine Überlegungen gaben hier den Ausschlag, und der Plan wurde zunächst fallen gelassen.

2) Das deutsche Memorandum vom 20. Januar 1925

Indes, das Problem tauchte bald wieder auf, als am 20. Januar 1925 das berühmte Memorandum über einen Sicherheitspakt Lord D'Abernon überreicht wurde. Schon in der ersten Unterhaltung des deutschen Staatssekretärs mit dem britischen Botschafter aus diesem Anlaß ließ von Schubert keinen Zweifel darüber aufkommen, daß eine ausdrückliche Anerkennung oder Garantie der Ostgrenzen unter keinen Umständen in Betracht käme.

In dem Memorandum wurde diese Frage nicht besonders erwähnt, wenn es auch klar war, daß der Satz:

"Zum Abschluß derartiger Schiedsverträge, die eine friedliche Austragung rechtlicher und politischer Konflikte sicherstellen, ist Deutschland auch gegenüber allen anderen Staaten bereit"⁴⁾

vor allem Polens wegen eingefügt worden war.

Es wurde in der Wilhelmstraße oft betont, daß die "Ostfragen mit den aktuellen politischen Problemen, die zu unserer Sicherheits-

3) Bericht G 4 / 24 Warschau vom 11. März 1924. AA RM 15-1,1.

4) AA RM 15-1,1.

demarche Anlaß gegeben haben, überhaupt nichts zu tun" hätten und daß die Frage der Ostgrenzen sich sehr wohl von der der deutschen Westgrenzen trennen ließe, da das jetzt akute Problem die Räumung der Kölner Zone sei. Im übrigen hätten sich auch die 1911 erwogenen Sicherheitspakte nicht auf die Ostgrenzen bezogen, ja der Wert des Abkommens werde geradezu geschwächt, wenn auch diese Frage einbezogen würde, da "jeder vernünftige Mensch" die Grenze als unvernünftig und unhaltbar ansehe⁵⁾.

"Lediglich um der Französischen Regierung eine Façade zu bieten, hinter der sie das aus der Vorgeschichte der Sicherheitsfrage hinreichend bekannte Verlangen nach Einbeziehung Polens in den Sicherheitspakt fallen lassen könnte, haben wir mit unseren Anregungen die Erklärung verbunden, daß wir zum Abschluß von Schiedsverträgen mit allen unseren Nachbarstaaten bereit seien"⁶⁾.

So schrieb es Stresemann an den Grafen Brockdorff-Rantzau, und auch in Unterhaltungen in London und Paris wurde deutscherseits kaum ein Hehl aus dieser Auffassung gemacht - das Angebot eines Schiedsvertrages an Polen war ein Entgegenkommen für Frankreich. Daß es möglich war, dies so offen auszusprechen, ohne auf heftigen Widerspruch zu stoßen, ist auch ein Hinweis auf die Veränderung des politischen Klimas gegenüber den ersten Nachkriegsjahren. Die Begründung für die Ablehnung jeglicher Garantie für den östlichen Nachbarn war meistens sehr einfach. Das Deutsche Reich könne Gebiete wie Oberschlesien und den Korridor "schlechterdings nicht verschmerzen", und es sei eben einfach unmöglich, den Versailler Traktat insgesamt oder teilweise noch einmal zu unterzeichnen. Vor allem galt es zu vermeiden, irgendein Hindernis aufzurichten auf dem Wege zu der angestrebten Grenzrevision. Daß diese zwangsläufig in absehbarer Zeit akut werden würde, darüber gab man sich in Berlin optimistisch. Die Bestimmungen des Vertrages von Versailles seien ganz einfach töricht und schufen unstabile und unhaltbare Verhältnisse. Nicht ohne Hinweis auf die augenblickliche schlechte Wirtschaftslage in Polen erklärte man, Polen sei in seinem jetzigen Ausmaße gar nicht lebensfähig und werde es bald als im eigenen Interesse liegend empfinden, sich

5) Instruktion Stresemanns für Hoesch zur Übergabe des deutschen Memorandums an Herriot vom 5. Februar 1925. AA RM 15-1,1.

6) 19. März 1925. AA RM 15-1,2.

mit Deutschland über die Grenze zu verständigen.

Der Schiedsvertrag war vorläufig die einzige Sicherheit, die Deutschland Polen bieten wollte. In der Öffentlichkeit und in diplomatischen Unterhaltungen wurden deutsche Politiker nicht müde, immer wieder zu erklären, auch dies sei eine starke Garantie, mit der sich Polen jetzt zufrieden geben müsse. Man möge über den Wert von Schiedsverträgen verschieden denken, ein Zeichen von Angriffswillen seien sie ganz gewiß nicht. Polen habe die Sicherheit, daß eine Grenzrevision nur auf friedlichem Wege versucht werden würde.

3) Die Frage des Gewaltverzichts im deutsch-polnischen Schiedsvertrag

Im Zusammenhang hiermit nun steht ein Punkt, dem man in der Wilhelmstraße bis auf eine Ausnahme keine besondere Aufmerksamkeit schenkte, vielleicht auch nicht zu schenken brauchte, weil erstaunlicherweise weder England noch Frankreich schließlich darauf bestanden: auf einem deutlich ausgesprochenen deutschen Gewaltverzicht im Verträge mit Polen, was ja bei den zahlreichen deutschen Beteuerungen, nur eine friedliche Revision anzustreben, nahegelegen hätte. Die Begründungen, die man für die Ablehnung einer solchen Erklärung fand, hinterlassen einen recht zwiespältigen Eindruck:

Am 12. Februar 1925 beschäftigte sich Staatssekretär von Schubert in einem Schreiben an den Grafen Brockdorff-Rantzau mit der Möglichkeit, daß ein derartiger ausdrücklicher Verzicht auf eine gewaltsame Grenzänderung von Deutschland verlangt werden könnte.

"Man würde uns sagen, ein solcher Verzicht bedeute keine positive Anerkennung der Grenzen, sondern sei nur das, was wir ja mit unserem eigenen Angebot bezweckten, nämlich der Ausschluß des Angriffskrieges. Meiner Ansicht nach würden wir jedoch mit einem so formulierten Verzicht auf die s c h i e f e Ebene gebracht werden, und wir werden uns deshalb dagegen wehren müssen"⁷⁾.

Noch merkwürdiger und wenig überzeugend liest sich eine Äußerung Schuberts gegenüber dem Botschaftsrat Dufour-Féronce in London, die er in ähnlicher Form auch in einer Unterhaltung mit dem Nuntius Pacelli machte:

7) AA St.S. FS, 2. (Die Sperrung ist nicht im Originaltext).

"Wir können auch nicht erklären, daß wir die Ostgrenzen nicht mit Gewalt ändern wollen. Einmal würde dies auch, wenn auch indirekt, eine Garantierung der Grenzen bedeuten können, und zweitens gibt es bekanntlich im Zivilrecht eine Bestimmung, wonach Klauseln in Rechtsverträgen eo ipso ungültig sind, wenn sie gegen die guten Sitten verstoßen. Eine derartige Erklärung auf das Gebiet des Völkerbundesrechts übertragen, würde aber aus demselben Grunde unmöglich sein"⁸⁾.

Es wird sich bei der Debatte um den Typus des abzuschließenden Schiedsvertrages - entweder nach deutschem Muster mit dem schon genannten Unterschied zwischen Schieds- und Vergleichsverfahren oder nach französischem Vorschlag mit einem restlosen Schiedsgerichtsbobligatorium für alle Arten von Streitfällen - noch zeigen, daß auch ein Mann wie Leopold von Hoesch sich der Zwiespältigkeit und Angreifbarkeit der deutschen Position in diesem Punkte wohl bewußt war. Den Wunsch, die Kriegsmöglichkeit bei den Schiedsverträgen als ultima ratio schließlich doch wahren zu wollen, hielt er für unvereinbar mit dem "Gedanken des Friedens - schaffens", auf den der deutsche Paktvorschlag gestützt war⁹⁾.

Ähnliche Überlegungen mögen auch in der Sozialdemokratischen Partei angestellt worden sein. Bevor Hilferding und Breitscheid im Februar 1925 zum Kongreß der französischen Sozialisten nach Grenoble fuhren, informierte Staatssekretär von Schubert sie über die deutschen Absichten. Hilferding erkundigte sich sogleich, ob dann das Versprechen gegeben werden könne, keine gewaltsame Änderung der Grenzen Polens vornehmen zu wollen. Der Staatssekretär hielt zwar eine solche vertrauliche Äußerung gegenüber den Franzosen für möglich, sah es aber im übrigen lieber, wenn nur erklärt würde, der angebotene Schiedsvertrag schließe nach menschlichem Ermessen den Krieg zwischen Deutschland und Polen aus¹⁰⁾. Von der Presse in Grenoble befragt, wie weit Deutschland bei einer Anerkennung der Ostgrenzen gehen würde, sagte jedoch Breitscheid:

8) Brief Schuberts an Dufour vom 23. März 1925. AA St.S. P, 2a. Aufzeichnung Schuberts über ein Gespräch mit dem Nuntius vom 20. März 1925. AA St.S. FS, 5. (Die Sperrung ist nicht im Originaltext).

9) Brief Hoeschs an Schubert vom 8. August 1915. AA St.S. FS, 12.

10) Aufzeichnung Schuberts vom 3. Februar 1925. AA St.S. FS, 1.

"Wenn ich mir nicht verhehlen kann, daß die Ostgrenzen in ihrer heutigen Form eine Unmöglichkeit sind ... so trete ich dafür ein, daß Deutschland sich verpflichtet, die Änderung nicht auf kriegerischem Wege herbeizuführen, sondern im Völkerbund die Mittel zu einer gütlichen Verständigung zu suchen"11).

Die unnachgiebige Haltung des Auswärtigen Amtes in diesem Punkte führte jedoch Ende März 1925 zu einem "hochpolitischen Zwischenfall", den Schubert als den schwersten bezeichnete, den er in den letzten zwei Jahren mitgemacht habe¹²⁾. Chamberlain hatte am 24. März im Unterhaus die deutschen Vorschläge erläutert und auf eine Zwischenfrage Lloyd George's über die Ostgrenze unter anderem erklärt:

"...She [Germany] is prepared to say that she renounces the idea of recourse to war to change the frontiers in the East, but she is not prepared to say in regard to those frontiers that she renounces the hope someday to modify some of their provisions by friendly negotiations, by diplomatic procedure, or, it may be, for aught I know, by the good offices of the League of Nations..."13).

Sofort nach der Rede eilte der deutsche Botschafter Sthamer aus der Diplomatenloge herab und bat Chamberlain um eine Unterredung. Er sei nicht ganz sicher, so sagte Sthamer, ob er den Minister richtig verstanden habe; der von Deutschland vorgeschlagene Schiedsvertragstypus lasse aber an sich die Möglichkeit eines kriegerischen Konfliktes offen, falls einem Schiedsspruch nicht Folge geleistet würde, wenn sie auch praktisch so gut wie ausgeschlossen sei.

"Chamberlain geriet hierüber in große Erregung und erklärte, nicht übel Lust zu haben, ins Unterhaus zurückzukehren und die ganzen Verhandlungen dadurch aufzuwerfen, daß er erkläre, Deutschland sei von seinen Vorschlägen zurückgetreten".

Sthamer konnte ihn nach einiger Zeit beruhigen mit dem Hinweis, das Memorandum werde natürlich unverändert aufrecht erhalten, enthielte aber tatsächlich nur den Vorschlag von Schiedsverträgen nach deutschem Muster¹⁴⁾.

11) Neue Zürcher Zeitung Nr. 286 vom 22. Februar 1925.

12) Erich Eyck (Geschichte der Weimarer Republik. Bd. II. S. 18-19) schildert nur den Beginn.

13) The Times vom 25. März 1925. (Die Sperrung ist nicht im Originaltext).

14) Tel. 49 London vom 25. März 1925. AA St.S. FS, 5.

Chamberlain mochte sich auch deswegen zunächst zufrieden gegeben haben, weil Lord D'Abernon ihm vermutlich berichtet hatte über seine Versuche, die deutsche Regierung doch zu einem ausdrücklichen Gewaltverzicht zu bewegen. Der erste war gänzlich erfolglos geblieben. Als der britische Botschafter Schubert erzählte, er habe aus einer Unterhaltung mit dem Reichskanzler den Eindruck gewonnen, Deutschland sei zu einer Erklärung bereit, die Grenzen Polens nicht mit Gewalt ändern zu wollen, verneinte der Staatssekretär dies sehr entschieden. Deutschland wolle nur einen Schiedsvertrag, der den Krieg de facto ausschließe, und eine Erwähnung der Grenzen müsse überhaupt unterbleiben. Zwei Tage später kam Lord D'Abernon auf diesen Punkt zurück. Auch Stresemann habe ihm einmal gesagt, Deutschland sei zu der genannten feierlichen Verpflichtung bereit, was Schubert wieder ganz energisch bezweifelte. Der Schiedsvertrag genüge, um den Verdacht der Franzosen auszuräumen, Deutschland wolle sich nach dem Abschluß des Paktes im Westen sogleich auf Polen stürzen. Diesmal aber beharrte der Botschafter auf seinem Standpunkt, es sei doch mindestens notwendig, in einem solchen Schiedsvertrage ausdrücklich zu erwähnen, daß Streitigkeiten nicht durch Gewalt ausgetragen werden dürfen. Schubert versuchte zunächst, das als vollkommen überflüssig zu umgehen, erklärte sich dann aber einverstanden, in die Präambel einen Satz aufzunehmen wie "Von dem Wunsche erfüllt, die gewaltsame Austragung von internationalen Konflikten zu vermeiden und anstattdessen die Entwicklung des Verkehrs usw.". Obwohl dies nun keineswegs der feierliche Verzicht auf jede Anwendung von Gewalt in Bezug auf die Ostgrenzen war, hielt es Lord D'Abernon nach Schuberts Worten schon für eine große Verbesserung, glaubte aber, daß dieser Punkt noch Schwierigkeiten machen werde¹⁵⁾.

Nach der Rede Chamberlains hatte man auch in der Wilhelmstraße zunächst eine "Richtigstellung" erwogen, war aber wieder davon abgekommen, weil man sich doch scheute, in aller Öffentlichkeit zu erklären, man sei nicht zum Verzicht auf Krieg bereit. Es sollte erst die Reaktion der deutschen Presse abgewartet werden.

15) Aufzeichnungen Schuberts vom 10. und 12. März 1925. AA St.S. FS, 4.

Wenig später nach dem Eintreffen des Sthamerschen Telegramms am 26. März meldete sich jedoch Lord D'Abernon bei Schubert an: er sei von Chamberlain mit einer Demarche beim Reichskanzler beauftragt, den er aber wegen einer Reise nicht hatte treffen können. Nun möchte er die Auskunft über die Haltung der deutschen Regierung vom Auswärtigen Amt haben. In zwei langen und komplizierten Gesprächen legten beide noch einmal ihren Standpunkt dar und konnten sich insbesondere nicht darüber einigen, ob Chamberlain von einem vertragsmäßigen Gewaltverzicht gesprochen habe oder nicht. Schubert wollte in einem Memorandum den deutschen Standpunkt ausführlich darlegen, Lord D'Abernon riet dringend davon ab: man müsse nie mehr antworten als man gefragt sei. Er hielt es für die beste Lösung, wenn er ein Telegramm nach London schicke, der Reichskanzler sei verreist, und der Staatssekretär habe nach einer Rücksprache mit dem Außenminister gesagt, Chamberlains Bericht sei in allen Einzelheiten absolut korrekt. Der Botschafter verabschiedete sich, ohne daß man sich geeinigt hatte. Er gab aber zu bedenken, wie wichtig die Reden Chamberlains und Baldwins für das Gelingen des ganzen Garantiepaktes doch gewesen seien.

Es dauerte noch zwei Tage mit mehreren Gesprächen und einem nächtlichen Anruf, bei denen um jede Formulierung des deutschen und des englischen Textes lange und hartnäckig gekämpft wurde, bis Schubert am Nachmittag des 28. März Lord D'Abernon eine Erklärung in die Botschaft bringen konnte, von der dieser sich befriedigt zeigte und die er wörtlich nach London telegraphieren wollte. Vorher hatte man sich noch die völlige Geheimhaltung des Zwischenfalles, auch vor den Franzosen, zugesagt. Gelungen ist sie freilich nicht - Anfang April erschienen die ersten Gerüchte darüber in der Presse. Die deutsche Erklärung lautete folgendermaßen:

"...Die Deutsche Regierung weist den Gedanken von sich engl. renounce any idea/, mit kriegerischen Mitteln eine Änderung der gegenwärtigen deutsch-polnischen Grenze herbeizuführen. Sie ist der Ansicht, daß das gegebene Mittel, die Kriegsmöglichkeit zwischen Deutschland und Polen auf vertraglichem Wege auszuräumen, der Abschluß eines weitgehenden Schiedsvertrages ist, dessen technische Einzelheiten in mündlichen Verhandlungen festzustellen sind.

Wenn daher Herr Chamberlain und Herr Baldwin in ihren Unter-

hausreden vom 24.d.M. zum Ausdruck gebracht haben, daß die Deutsche Regierung nicht eine Änderung der deutsch-polnischen Grenze mit kriegerischen Mitteln herbeiführen wolle, daß sie aber die bestimmte Erwartung habe, daß diese Grenze zu gegebener Zeit auf anderem Wege geändert werden würde, so ist damit die Auffassung der Deutschen Regierung richtig wiedergegeben worden...¹⁶⁾.

Geschickt war wiederum die Festlegung umgangen worden, einen ausdrücklichen Gewaltverzicht in den Vertrag mit Polen aufzunehmen.

Einige Monate später, auf der Juristenkonferenz in London, wurde dieses Thema von englischer Seite noch einmal zur Sprache gebracht, doch der deutsche Vertreter, Ministerialdirektor Gaus vom Auswärtigen Amt, lehnte aufs neue ab. Man wolle keinen Angriffskrieg gegen Polen führen; da sich Deutschland aber inzwischen - als Voraussetzung für den gesamten Garantiepakt - zum Eintritt in den Völkerbund bereit erklärt hatte, sehe es keinen Anlaß, über den angebotenen Schiedsvertrag und die Bestimmungen der Völkerbundssatzung hinaus derartige Verpflichtungen zu übernehmen.

"Man möge doch bedenken, daß der ganze Rheinpakt gerade nach der alliierten Formulierung seiner Substanz nach nichts anderes als der Verzicht auf Kriegsführung sei. Wenn jetzt eine gleiche Verpflichtung auch gegenüber Polen vorgesehen sei, besteht kein wesentlicher Unterschied mehr zwischen dem West- und dem Ostpakt...Dadurch würde selbstverständlich der Sinn der deutschen Anregungen genau in das Gegenteil verkehrt".

Gaus argumentierte nicht, wie es der Staatssekretär getan hatte, mit der schiefen Stellung, in die man angeblich insbesondere vor der deutschen Öffentlichkeit geraten würde, sondern mit den deutschen Beziehungen zur Sowjetunion. Auf ihre Pflege könne man nicht verzichten, sie würden aber durch den Schiedsvertrag mit Polen und den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund schon außerordentlich stark belastet¹⁷⁾. Der deutsche Standpunkt hat sich hier durchsetzen können, und in der Präambel des deutsch-polnischen Schiedsvertrages von Locarno ist von niemandem ein klar ausgesprochener Verzicht Deutschlands auf jede Gewaltanwendung zur

16) Aufzeichnungen Schuberts über seine Gespräche mit Lord D'Abernon am 26., 27. und 28. März 1925 und der Text der Erklärung in AA St.S. FS, 5.

17) Bericht von Ministerialdirektor Gaus vom 18. Sept. 1925 über die Juristenbesprechung in London vom 31. Aug. bis 4. Sept. 1925. AA RM 15-1, 7. Gedruckt in: Locarno-Konferenz. Nr. 20.

Änderung der Ostgrenzen gesehen worden.

4) Rauschers Bericht vom 13. Februar 1925

Soweit es hier übersehen werden kann, ist überhaupt nur einmal der Versuch gemacht worden, eine deutsche Garantie für die polnischen Westgrenzen in Erwägung zu ziehen und das Für und Wider ernsthaft zu erörtern, und zwar durch den deutschen Gesandten in Warschau, Ulrich Rauscher. Rauscher wußte selbst, auf was für gefährliches Terrain er sich mit seinem Bericht vom 13. Februar 1925¹⁸⁾ begab und schrieb einen Begleitbrief an den Staatssekretär, um sich vor Mißdeutungen zu schützen. Er habe es für richtig gehalten, sich einmal den Kopf über die Einbeziehung der polnischen Grenzen in einen Garantiepakt zu zerbrechen, "unter möglichstster Ausschaltung des rein Gefühlsmäßigen, das natürlich a limine zu einer Ablehnung führen würde".

Noch im Sommer 1924 hatte Rauscher eine solche Garantie für unmöglich gehalten, und die Gründe, die dagegen sprachen, verschwieg er auch jetzt nicht. Sie sei nicht nur innerpolitisch äußerst gefährlich, sondern auch in ihrer Wirkung auf die Deutschen in den Polen überlassenen Gebieten, die sich zum zweiten Male und definitiv abgetreten und nun auch der moralischen Unterstützung des Mutterlandes beraubt fühlen müßten. Eine Garantie hieße auch nicht nur die Unverletzlichkeit der Grenzen aussprechen, sondern sie bis zu einem gewissen Grade als nach Recht und Billigkeit bestehend anerkennen. Dies nun sei besonders schwer bei einer Grenze, die nicht nur von den Deutschen, sondern auch immer häufiger im Ausland als ungerecht und unsinnig empfunden werde. Möglicherweise könne auch eine freiwillige Anerkennung dieses Teils des Versailler Traktates den Kampf gegen andere besonders schmerzliche Bestimmungen erschweren. Am meisten stehe aber zu befürchten, daß eine deutsche Garantie für die polnische Westgrenze "in höchst unerwünschtem Umfang zur Konsolidierung Polens" beitragen würde, indem sie in Polen das Gefühl des Bedrohtheits ganz erheblich abnehmen ließe und das geldgebende Ausland zu verstärktem Engagement in der polnischen Wirtschaft ermutige.

18) G1/25. AA RM 15-1,1.

Der Grund, weshalb Rauscher überhaupt das Problem aufs neue zur Diskussion stellte, lag für ihn darin, daß der französische Ministerpräsident die Räumungsfrage mit dem Sicherheitspakt verknüpft habe,

"daß also je nach Gestaltung dieses Sicherheitspaktes das Schicksal der besetzten Gebiete sich verschieden, günstiger oder ungünstiger, gestaltet".

Die Wiedergewinnung des Rheinlandes war für Rauscher eine im Bereich des Möglichen liegende politische Aufgabe, während er die Rückkehr der im Osten abgetretenen Gebiete zu Deutschland zwar auch für "das unausgesprochene Endziel jeder deutschen Politik", nicht aber für ein "Ziel für heute und morgen" hielt. Er war daher der - sehr unpopulären - Meinung, daß ein Opfer wie die Grenzgarantie für Polen für entscheidende Vorteile in der damals aktuellen Entwaffnungs-, Räumungs- und Sicherheitsfrage wohl gebracht werden könnte.

Diese Ansicht konnte Rauscher umso leichter vertreten, als er damals nicht an die Aussicht glaubte, sich je auf friedlichem Wege mit Polen über die Rückgabe des Korridors einigen zu können - dann wäre eine solche Garantie in der Tat ein entscheidendes Hindernis gewesen. Wenn aber

"die Frage von Oberschlesien und dem Korridor einmal wirklich akut wird, so wird sie es auf Grund der tatsächlich vorhandenen Machtverhältnisse, denen gegenüber jeder Garantiepakt zu dem wird, was alle internationalen Verträge in solchen Augenblicken sind, zu einem Stück Papier..."

Innerpolitisch hielt Rauscher 1925 die Garantie bei der damaligen Zusammensetzung der Reichsregierung für am ehesten erträglich; für die Haltung der deutschen Minderheit in Polen wollte er sich bei entsprechender psychologischer Vorbereitung "angesichts ihrer hervorragend realpolitischen Haltung fast verbürgen". Gerade für diese Minderheit seien wohl beim Abschluß eines für Polen so lebenswichtigen Garantievertrages erhebliche Konzessionen zu erreichen. Ob es ein gangbarer Weg war, der hier gezeigt wurde, sei dahingestellt. Es ist nicht erkennbar, daß diese Gedankengänge in der Wilhelmstraße überhaupt ein Echo gefunden haben und ernsthaft diskutiert worden sind.

5) Die Haltung Großbritanniens

Bei der Durchsicht der Nachrichten freilich, die man in Berlin über die Reaktion in den westlichen Hauptstädten auf den deutschen Vorschlag eines Sicherheitspaktes und insbesondere zum Problem der deutschen Ostgrenzen erhielt, das hier allein interessieren kann, ist es nicht verwunderlich, daß die deutsche Regierung sich zu keinerlei Entgegenkommen in diesem Punkte genötigt sah.

Am frühesten war die Haltung Englands erkennbar. In der englischen Presse wurde verhältnismäßig oft die Grenzziehung zwischen Deutschland und Polen besprochen in einem Sinne, in dem sich zum Beispiel schon 1924 der Hauptschriftleiter des "Observer", Garvin - mit Sir Austen Chamberlain gut befreundet - in der Londoner deutschen Botschaft geäußert hatte: die durch den Versailler Vertrag im Osten Europas geschaffenen Grenzen beunruhigten alle ernstdenkenden politischen Kreise Englands. Diese seien sich sehr wohl bewußt, daß hier die größte Gefahr für den Frieden Europas liege¹⁹⁾. Und je mehr und je lebhafter die englische Presse die Grenzfrage diskutierte und je häufiger sie die Notwendigkeit einer Grenzkorrektur im Osten bejahte, desto weniger konnte natürlich von Deutschland eine Garantie dieser Grenze verlangt werden. Stresemann empfand dies durchaus als eine wertvolle Unterstützung²⁰⁾. Aber nicht nur aus englischen Zeitungsartikeln konnte die deutsche Regierung entnehmen, daß Großbritannien selbst sich schwerlich zu einer Garantie der polnischen Westgrenzen bereitfinden würde. Die Abneigung der englischen Regierung gegen das Genfer Protokoll beruhte nicht zuletzt darauf, daß England dann auch Grenzen wie den polnischen seinen Schutz hätte gewähren müssen. Längst bevor Chamberlain am 12. März 1925 in Genf vor dem Völkerbundsrat eine glatte englische Absage an eine Lösung der Sicherheitsfrage im französischen Sinne gab und sowohl eine Sonderbindung nur mit Frankreich und Belgien als auch Garan-

19) Bericht A 3667 London vom 11. Dezember 1924. AA IV Po POL.2,13.

20) Rede Stresemanns vor dem Auswärtigen Ausschuß des Reichstages am 11. März 1925. Nachlaß Bd.277.

tien im Osten ablehnte²¹⁾, wußte man in Berlin von dieser britischen Haltung aus den Berichten der Londoner Botschaft.

Schon Anfang Februar hatte der Pressechef des Foreign Office einem "Vertrauensmann" erklärt, mit Rücksicht auf die britische öffentliche Meinung könne sich ein Sicherheitspakt unter keinen Umständen mit einer Garantie der deutsch-polnischen Grenze befassen²²⁾. Aus Kreisen der Labour Party war ähnliches zu hören²³⁾. Schließlich ist auch aus den deutschen Akten in keiner Weise zu entnehmen, daß in den zahlreichen Unterhaltungen, die Lord D'Abernon in Berlin über die Sicherheitsfrage führte, eine englische Garantie überhaupt zur Sprache gekommen ist oder daß der Botschafter ein besonderes Interesse Englands an einer deutschen Garantie für die polnischen Westgrenzen bekundet hätte. Ganz im Gegenteil, abgesehen von seinen schon erwähnten Versuchen, Deutschland wenigstens zu einem Gewaltverzicht im Verträge mit Polen zu bewegen, konnten Lord D'Abernon's deutsche Gesprächspartner stets den Eindruck gewinnen, daß er für ihre Ausführungen über die Unmöglichkeit einer deutschen Anerkennung der Ostgrenzen und den angebotenen Ausweg des Schiedsvertrages mit Polen "volles Verständnis hatte" und "lebhaft zustimmte". Daß er in diesem Sinne auch seinen Einfluß in London geltend machte, kann wohl angenommen werden.

6) Belgien und Italien

Die Stellungnahme Belgiens schien zunächst nicht ganz klar. Der deutsche Geschäftsträger hatte jedenfalls bei der Überreichung des deutschen Memorandums am 23. Februar 1925 den "unbestimmten Eindruck", daß der belgische Außenminister Hymans die Ausführungen über die Ostfrage zwar besonders aufmerksam angehört hatte, daß er aber "die Begründung unserer Stellungnahme sowie die ins Auge gefaßte Lösung reichlich skeptisch beurteilte"²⁴⁾. Doch der deutsche Gesandte in Brüssel, Keller, war der wohl zutreffenden

21) Brief Chamberlains an Lord D'Abernon vom 18. März 1925. Petrie, Bd. II, S. 267-268.

22) Tel. 80 London vom 11. Febr. 1925. AA RM 15-1,1.

23) Bericht A 353 London vom 9. Febr. 1925. AA St.S. FS, 2.

24) Tel. 39 Brüssel vom 23. Febr. 1925. AA RM 15-1,1.

Auffassung, daß Belgien "kein direktes Interesse an einer Sicherung der Ostländer" habe, und daß es seine Stellungnahme von der Englands abhängig machen würde²⁵⁾.

Genau bekannt war dagegen schon Anfang März 1925 die Ablehnung Italiens, sich an einer Garantie für die deutsch-polnische Grenze zu beteiligen, und am 24. März versicherte Contarini dem deutschen Botschafter in Rom aufs neue, daß Italien sich allen polnischen und französischen Einwirkungsversuchen in dieser Richtung energisch widersetze²⁶⁾.

7) Die Stellungnahme Frankreichs

Daß es auf die Haltung Frankreichs wegen seines Verhältnisses zu Deutschlands östlichen Nachbarstaaten in ganz besonderem Maße ankommen würde, war selbstverständlich, wenn man in Berlin vielleicht auch nicht vorhergesehen haben mochte, daß sich das Interesse der französischen Presse in so großem Umfang, wie es dann geschah, der Ostfrage zuwenden würde.

Wie in Kammer und Senat die rechtsstehenden Parteien, vor allem unter dem Einfluß Poincaré's, so wandte sich auch die rechtsgerichtete Presse ganz entschieden gegen eine Trennung der Sicherheitsfrage im Westen von einer Garantie für Frankreichs östliche Bundesgenossen unter dem Motto: "der Friede am Rhein hängt ab vom Frieden an der Weichsel"²⁷⁾. Neben der Forderung, daß die deutschen Vorschläge nur im engsten Einvernehmen mit Warschau und Prag geprüft und beantwortet werden dürften und daß Frankreich die Interessen seiner Bündnispartner unter allen Umständen wahren müsse, wurden nachdrückliche Warnungen nach England gerichtet. Man täusche sich dort, so hieß es, in der Meinung, Großbritannien sei an Polens Sicherheit nicht unmittelbar interessiert; ein Angriff auf Polen sei der Beginn der Vernichtung des Versailler Vertrages, und eine Änderung der Karte Europas könne England nicht

25) Brief Kellers vom 9. Febr. 1925. AA St.S. FS, 2. Vgl. auch Aufzeichnung Hyman's vom 23. Febr. 1925. DDB. II. Nr. 24.

26) Tel. 83 Rom vom 10. März 1925. AA RM 15-1, 1. - Tel. 99 Rom vom 24. März 1925. AA St.S. FS, 6. - Vgl. Krasuski, Bd. 1, S. 417-419.

27) Wandycz, S. 331. Vgl. auch Balcerak, S. 49.

gleichgültig sein. Erst müsse Deutschland klar und präzise darauf verpflichtet werden, den Versailler Vertrag und den territorialen status quo anzuerkennen, dann könne man verhandeln. Äußerungen wie die Victor Basch's in der den Sozialisten nahestehenden "Ere nouvelle" waren zunächst sehr in der Minderzahl. Er nannte die Aufregung der großen französischen Presse einen "hysterischen Patriotismus", der für ein Land wie Frankreich erniedrigend sei.

"Wir haben mit Polen einen Vertrag geschlossen, dem wir treu bleiben wollen, aber Frankreich wird seine unmittelbaren Interessen nicht denen einer Nation opfern, deren aggressiver Chauvinismus für den Frieden Europas und der Welt dieselbe Gefahr bedeutet wie der aggressive Chauvinismus Serbiens im Jahre 1914. Würden wir die übertriebenen Forderungen Polens verteidigen, so würden wir uns einem neuen Krieg aussetzen, und wir werden doch schließlich um der schönen Augen der Polen willen nicht darauf verzichten, für unsere eigene Sicherheit Bürgschaften zu suchen, die wir nicht entbehren können²⁸

Die lebhafte und andauernde, von Polen energisch geförderte Diskussion der Ostfrage in der französischen Öffentlichkeit verstärkte in Berlin die Befürchtung, daß dieses Problem sich als ein schweres Hindernis auf dem Wege zu dem angestrebten Sicherheitspakt erweisen könnte. Mit Spannung erwartete man deswegen die ersten Äußerungen verantwortlicher französischer Politiker nach der Überreichung des deutschen Memorandums am 9. Februar 1925. Schon vorher, Ende Januar, hatte Botschafter Leopold von Hoesch eine "inoffizielle, private Unterhaltung" mit Painlevé gehabt über Räumungs- und Sicherheitsfragen. Painlevé hatte zunächst das alte Bedenken gegen einen Rheinpakt wieder erwähnt, daß dadurch die Sicherheit im Osten nicht gewährleistet werde. Er hatte aber großes Interesse bekundet, als Hoesch andeutete, man könne einen solchen Pakt vielleicht durch einen deutsch-polnischen Schiedsvertrag vervollständigen, und war der Meinung, so gewinne die Idee für Frankreich erheblich an Bedeutung²⁹). Mitte Februar führte Hoesch, der die deutschen Vorschläge wegen einer Krankheit nicht selbst in Paris hatte überreichen können, das erste ausführliche Gespräch mit Herriot. Er hatte es als Zeichen von Loyalität für richtig gehalten, von sich aus das Problem der Ostgrenze anzuschneiden,

28) Wandycz, S. 331. - AA St.S. FS-Presse, 1. - Artikel Basch's vom 10. März 1925. WTB Nr. 443.

29) Tel. 42 Paris vom 24. Januar 1925. AA RM 15-1, 1.

und Herriot auseinandergesetzt, daß eine Garantie des gegenwärtigen Besitzstandes im Osten nicht in Frage käme. Deutschland müsse unter allen Umständen die friedlichen Revisionsmöglichkeiten wie zum Beispiel nach dem Artikel 19 der Völkerbundssatzung wahren. Doch werde durch die Bereitschaft zum Abschluß eines Schiedsvertrages mit Polen der Verzicht Deutschlands auf jeden Versuch gewaltsamer Änderung des status quo dokumentiert.

"Herriot erhob, ohne ausdrücklich einer derartigen Lösung zuzustimmen, keine Einwendungen gegen meine Darlegung, sondern schien eher günstig darüber zu denken"³⁰⁾.

Dies war nun zwar keine französische Zusage, ließ aber in Berlin die Hoffnung bestehen, den gewünschten Unterschied in der Behandlung der deutschen Westgrenze und der zu Polen auch in Frankreich durchsetzen zu können.

Daß ein französisches Nachgeben so sicher doch noch nicht war, zeigten die Nachrichten, die Ende Februar in die Öffentlichkeit drangen über eine Rede Herriots und die anschließende Debatte im Senatsausschuß für Auswärtige Angelegenheiten, in der der französische Ministerpräsident im Kreuzfeuer von Fragen der Senatoren einige Angaben über die bis dahin streng geheimgehaltenen deutschen Vorschläge gemacht hatte. Besondere Besorgnis erregte in Berlin die Betonung des Grundsatzes, daß Frankreich das Angebot nur "dans le cadre intact et complet de tout le traité de Versailles" ins Auge fassen könne, was die Auslegung zuzulassen schien, daß ein Vertrag doch auf die deutsche Ostgrenze ausgedehnt werden solle. Hoesch wurde beauftragt, Herriot zu fragen, ob seine Äußerungen diese Bedeutung hätten. Das Gespräch fand am 2. März statt, und Herriot schilderte zunächst den Verlauf der Sitzung im Senatsausschuß, wo ihm insbesondere Poincaré heftig widersprochen und die polnischen Interessen verteidigt hatte³¹⁾.

30) Tel. 113 Paris vom 17. Februar 1925. AA RM 15-1, 1.

31) Poincaré hatte am 13. März auch dem polnischen Botschaftsrat in Paris versichert, man täte, was man könnte in der Senatskommission für Auswärtige Angelegenheiten, damit die bestehenden Verträge unangetastet blieben. Er habe gefürchtet, daß der Premier nach den letzten deutschen Vorschlägen, die im Grunde englische Vorschläge seien, schwankend würde. Doch die Einmütigkeit der Senatskommission habe dies verhindert und er, Poincaré, sei überzeugt, daß Herriot der polnischen Sache sehr günstig gesonnen sei, "ale trzymajcie go halten Sie ihn", afin qu'il ne

Auf Hoeschs Hinweis, eine Garantie der Ostgrenzen sei für Deutschland völlig unannehmbar, antwortete der französische Premier zwar nicht ablehnend, aber doch überaus vorsichtig und sich nach keiner Seite festlegend: ihm sei völlig gegenwärtig, was der Botschafter ihm über diesen Punkt gesagt habe und er sehe darin einen Fortschritt.

"Andererseits könne natürlich Frankreich Polen nicht ohne weiteres fallen lassen. Eine andere Frage sei, ob Polen nicht allzu anspruchsvoll sei, worüber er sich aber des näheren nicht auslassen könne. Jedenfalls sei Polen letzte Tage hier sehr energisch aufgetreten und er erwarte im weiteren Verlauf dieser Woche eine Fülle von polnischen Beschwerden und Klagen. Lage sei für französische Regierung sehr delikats und müsse mit größter Vorsicht behandelt werden"³²⁾.

Ob man zu diesem Zeitpunkt den später vorgeschlagenen Ausweg einer französischen Garantie für den deutsch-polnischen Schiedsvertrag in Paris schon erwogen hat, ist ohne Kenntnis der französischen Akten nicht zu sagen³³⁾. In Berlin jedenfalls zuckte der Botschafter de Margerie mit den Achseln, als Stresemann ihn bat, er möge ihm doch einen Rat geben, was man eigentlich tun solle, um Polen zu beruhigen, da er doch einsehe, daß eine erneute Garantierung der Ostgrenze durch Deutschland unmöglich sei³⁴⁾.

Neue Zweifel an der Haltung Herriots erweckte in Berlin ein Telegramm aus Moskau. Nach einer sowjetischen Geheiminformation, die Litvinov dem Grafen Brockdorff-Rantzau mitteilte, sollte der polnische Außenminister Graf Skrzyński bei seinem Besuch in Paris im März einen "scharfen Auftritt" mit Herriot gehabt und ihn dabei direkt gefragt haben, ob Frankreich Polen verraten wolle. Herriot sei durch die Haltung Skrzyńskis so beeindruckt gewesen, daß er die feste Zusage gemacht habe, Frankreich werde niemals in

glisse pas". Zitat nach den polnischen Akten bei Krasuski, Bd. I, S. 408.

32) Tel. 151 Paris vom 2. März 1925. AA RM 15-1,1.

33) Eine Stelle in Herriot's Memoiren scheint doch darauf hinzuweisen. Er schreibt über sein Gespräch mit Beneš am 16. März 1925: "Je lui précise que ma politique, puisque la Grande-Bretagne ne veut pas garantir directement les frontières de la Pologne ou de la Tchécoslovaquie, est de l'amener à garantir l'arbitrage qui garantirait ces frontières". (S. 190).

34) Aufzeichnung Stresemanns über sein Gespräch mit Margerie am 16. März 1925. AA RM 15-1,1.

eine Änderung der polnischen Grenzen willigen³⁵⁾. Rauscher jedoch, der den polnischen Außenminister am besten kennen mußte, hielt den Wert dieser Mitteilung für sehr gering. Er bezweifelte ganz entschieden, daß Skrzyński jemals einen heftigen Auftritt herbeizuführen in der Lage sei; eher werde er mit einer "weinerlichen Sentimentalität" auf den französischen Regierungschef Eindruck gemacht und möglicherweise auch pathetische Zusicherungen erhalten haben, Frankreich werde nie an die Existenz Polens rühren lassen, vielleicht noch mit dem berühmten Zusatz von der Untastbarkeit der Verträge. Rauscher neigte aber nach seinen Eindrücken in Warschau mehr und mehr der Annahme zu, daß dem Grafen Skrzyński in Paris auch die Grenzen gezeigt worden waren, bis zu denen ein französisches Entgegenkommen auf polnische Wünsche sich erstrecken könne. Frankreich würde wohl das Verhältnis zu Polen sehr viel nüchterner beurteilen, wenn es sich gezwungen sähe, "durch Tatsachen zu der polnischen Westgrenzenfrage Stellung zu nehmen"³⁶⁾.

Am 10. April 1925 stürzte Herriot, sein Nachfolger im Außenministerium wurde Aristide Briand. Die wichtigsten Verhandlungen über das deutsche Paktangebot fanden in den folgenden Wochen zwischen Paris und London statt, weil Deutschland eine gemeinsame Antwort der Alliierten bekommen sollte. In Berlin war man über diese Unterhandlungen nur unzureichend unterrichtet; da die ablehnende Haltung Englands in der Ostfrage aber kein Geheimnis mehr war, konnte man immerhin damit rechnen, daß der deutsche Standpunkt wenigstens ein gewisses Entgegenkommen finden würde. Schon Anfang Mai hatte Berthelot, der die von Briand wieder geschaffene Stellung eines Generalsekretärs im Quai d'Orsay innehatte, Hoesch erklärt, es würde schwer sein, bei völliger Ausschaltung des Ostens zu einer Einigung zu kommen, jedoch die Berechtigung der deutschen Bedenken gegen die Übernahme östlicher Garantieverpflichtungen anerkannt³⁷⁾. Und vierzehn Tage, bevor die Antwort der Alliierten in Berlin bekannt wurde, schickte Hoesch ein optimi-

35) Tel. 238 Moskau vom 4. April 1925. AA RM 10,3.

36) Brief Rauschers an Schubert vom 8. Mai 1925. AA St.S. P,4.

37) Tel. 306 Paris vom 1. Mai 1925. AA RM 15-1,3.

stisches Telegramm über ein Gespräch mit Briand. Die französisch-englische Einigung sei erreicht, und Briand habe ihm gesagt,

"französische Regierung aufgreife Vorschlag so, wie er von Deutschland gemacht sei, das heißt sie hinnehme Gedanken Garantierung Westgrenzen und habe andererseits Verständnis dafür, daß Deutschland zur Zeit Entwicklung Ostfragen nicht durch nochmalige ausdrückliche Bekräftigung beziehungsweise Garantierung Grenzverhältnisse im Osten vorgreifen wolle"³⁸

In welcher Weise die am 16. Juni in Berlin überreichte Antwortnote der Alliierten in diesem Punkte doch noch eine Enttäuschung brachte, wird in einem späteren Kapitel behandelt werden.

8) Die Reaktion in Polen - Die Territorialklausel

Wann Polen von der französischen Regierung über die deutschen Vorschläge unterrichtet worden ist, ist nicht genau bekannt. Es dürfte in der zweiten Hälfte des Februar 1925 gewesen sein, denn vermutlich hat der polnische Außenminister bei seiner Rede vor der Sejmkommission für Auswärtige Angelegenheiten am 25. Februar den Inhalt der deutschen Vorschläge bereits gekannt³⁹). Auf deutscher Seite ist kaum ernsthaft erwogen worden, in Warschau einen ähnlichen Schritt zu unternehmen wie die Überreichung des deutschen Memorandums in London, Paris, Brüssel und Rom. Das erklärt sich zum Teil aus der damals rein negativen Tendenz der deutschen Politik gegenüber Polen, die eine solche Geste nicht zuließ, es entsprach auch dem Bestreben, die Ostfragen als weniger wichtig hinter der Bedeutung des angebotenen Rheinpaktes zurücktreten zu lassen. Man fürchtete zudem in Berlin, daß die polnische Regierung die deutschen Vorschläge sofort in die Öffentlichkeit bringen würde, was so lange wie irgend möglich vermieden werden sollte, um durch eine vorzeitige öffentliche Diskussion nicht den gesamten Sicherheitspakt zu gefährden. Aber auch als im Laufe des Frühjahrs die deutsche Anregung bekannt geworden war und mit der Regierung in Prag in gewissem Umfange ein Meinungsaustausch stattfand, sind zwischen Warschau und Berlin keinerlei offizielle Verhandlungen über den angebotenen Schiedsvertrag geführt worden, er wurde bei den üblichen diplomatischen Gesprächen kaum einmal erwähnt.

³⁸) Tel. 402 Paris vom 4. Juni 1915. AA St.S. FS, 8.

³⁹) Siehe S. 55.

Der polnische Gesandte in Berlin, Kazimierz Olszowski, hatte zwar am Abend des 9. Februar den deutschen Staatssekretär nach einem Dinner auf die Sicherheitsfrage angesprochen und sich erkundigt, ob das Auswärtige Amt Demarchen gemacht habe, aber von Schubert eine verneinende Antwort bekommen. Das war am Tage der unter strengster Geheimhaltung erfolgten Überreichung des deutschen Memorandums bei Herriot nicht verwunderlich. Schubert gab zwar zu, daß man sich im Auswärtigen Amt lebhaft mit dem Sicherheitsproblem beschäftige, eine von Olszowski begonnene Erörterung der Bedeutung der östlichen Grenzfrage in diesem Zusammenhang schnitt er jedoch ab⁴⁰⁾.

Mit Ausnahme von einigen Gesprächen zwischen Herbert von Dirksen, dem damaligen Ministerialdirigenten in der Ostabteilung des Auswärtigen Amtes, und dem polnischen Gesandten wurde das Thema nicht mehr berührt. Olszowski suchte den Staatssekretär erst Anfang April wieder auf, um zu einem Militärunglück zu kondolieren, sprach noch kurz über den Stand der Handelsvertragsverhandlungen und verließ Schubert "ziemlich eilig", ohne ein Wort zur Sicherheitsfrage gesagt zu haben⁴¹⁾.

Ganz ähnlich war es in Warschau. Rauscher hatte die Weisung bekommen sich zurückzuhalten und schnitt infolgedessen von sich aus die Frage nicht an. Lediglich in einem "inoffiziellen Gespräch" mit dem Vertreter des Grafen Skrzyński, Bertoni, erläuterte er diesem Sinn und Inhalt der von Deutschland vorgeschlagenen Schiedsverträge⁴²⁾. Die Hoffnung, vom polnischen Außenminister selbst etwas über die Stellungnahme Polens zu den deutschen Anregungen zu erfahren, nachdem Graf Skrzyński Rauscher wenige Tage später hatte zu sich bitten lassen, erwies sich als trügerisch: der Graf ging mit keinem Wort auf den Garantiepakt oder die Schiedsgerichtsfrage ein. Rauscher glaubte die Gründe dafür zum Teil in der Persönlichkeit Skrzyńskis zu finden, der vor klarer Aussprache und Übernahme von Verantwortung zurückschreckte, vor allem aber darin, daß in Paris noch keine Entscheidung gefallen war.

"Ich bin der festen Überzeugung, daß ich hier von amtlicher Seite über die schwebenden Fragen kein Wort hören werde,

40) Aufzeichnung Schuberts vom 10. Februar 1925. AA St.S. FS, 2.

41) Aufzeichnung Schuberts vom 3. April 1925. AA St.S. FS, 6.

42) Brief Rauschers an Schubert vom 26. März 1925. AA St.S. FS, 5.

ehe nicht die Haltung des französischen Ministeriums und damit die polnischen Chancen in Paris festgelegt sind"⁴³⁾.

Die erwähnten Gespräche zwischen Olszowski und Dirksen fanden am 7. und 9. März 1925 statt. Der polnische Gesandte erkundigte sich nach dem Inhalt der geplanten Schiedsverträge, bekam aber von Dirksen zur Antwort, man habe deutscherseits nur Anregungen gegeben und keine endgültigen Lösungen vorschlagen wollen, über Einzelheiten könne man später verhandeln. Wie sich bald herausstellte, ging es Olszowski vor allem darum zu erfahren, ob eine sogenannte Territorialklausel in den Schiedsvertrag eingefügt werden sollte, das heißt, ob auch territoriale Wünsche vor das Schiedsgericht gebracht werden könnten. Er schien darüber sehr beunruhigt und polemisierte lebhaft gegen eine solche Klausel. Sie sei für Polen, das seine Grenzen im Versailler Verträge garantiert bekam, völlig unannehmbar; es würde sich in dauernder Unsicherheit befinden, und dies könne nur unleidliche Zustände schaffen. Sei die Territorialklausel im Vertragsentwurf enthalten, würde die Verhandlung nur eine Minute dauern. Zwei Tage später, anlässlich eines Frühstücks bei Olszowski, setzte Dirksen ihm die Einzelheiten des beabsichtigten Schiedsvertrages auseinander, vor allem den Unterschied zwischen einem Schiedsverfahren für Rechtsstreitigkeiten und dem Vergleichsverfahren für politische Fragen. Der polnische Gesandte zeigte sich diesmal außerordentlich interessiert und stellte keine Fragen mehr nach der Territorialklausel. Dirksen hatte den Eindruck, er habe inzwischen aus Warschau die Weisung bekommen, eine ruhigere Sprache zu führen⁴⁴⁾.

Diese Territorialklausel hatte überhaupt zunächst in der Diskussion über die Schiedsverträge eine erhebliche Rolle gespielt. In der polnischen Presse und Propaganda und, davon beeinflusst, auch in Frankreich war sofort nach dem Bekanntwerden der deutschen Vor-

43) Bericht G 5/25 Warschau vom 3. April 1925. AA GA Polen Pol. 2 A, 1.

44) Aufzeichnungen Dirksens vom 7. und 9. März 1925. AA St.S. FS, 3. Über ein weiteres Gespräch Gaus', Dirksens und Zechlins mit Olszowski am 13. März, das in den deutschen Akten nicht festgehalten ist, s. Balcerak, S. 88-89.

schläge der - völlig unzutreffende - Verdacht aufgetaucht, Deutschland wolle den Schiedsvertrag mit Polen zur Änderung seiner Ostgrenzen benutzen. Man befürchtete, es werde sofort nach dem Abschluß des Paktes die Grenzfrage vor ein Schiedsgericht bringen⁴⁵⁾. Diese Vorstellungen stammten aber keineswegs nur aus der Presse. Auch Lord D'Abernon gestand dem deutschen Staatssekretär, er habe bisher geglaubt, im Grunde dächte Deutschland eben doch an die sofortige Aufrollung des Ostproblems. Schubert war höchst erstaunt darüber, vor allem, weil er schon wenige Tage vorher in einem Gespräch mit Margerie und nach Berichten der Pariser Botschaft die Erfahrung hatte machen müssen, daß man sich auch im Quai d'Orsay über die Bedeutung der Schiedsverträge und die damit verbundenen deutschen Absichten durchaus im Unklaren war. Margerie besonders - nach Schuberts Meinung in diesem Punkte vom polnischen Gesandten beeinflusst - hatte betont, es könne Polen doch unmöglich zugemutet werden, seine Grenzen einem von Deutschland gewünschten Schiedsgericht zu unterwerfen. Es kostete den Staatssekretär viele Mühe, die Botschafter Großbritanniens und Frankreichs zu überzeugen, daß Deutschland unter keinen Umständen jetzt die Grenzfrage im Osten erörtert sehen wolle und mit dem Schiedsvertrag keine solche Absicht verbinde. Er setzte dann noch einmal den in den deutschen Schiedsverträgen üblichen Unterschied zwischen Schieds- und Vergleichsverfahren auseinander - die Grenzfrage als "hochpolitische Angelegenheit" falle doch sowieso nur unter das letztere. Während Lord D'Abernon zunächst nur mit dem Bemerkten reagierte, dies "sei so die richtige deutsche Spitzfindigkeit", gab Margerie zu, der Gesichtspunkt sei ihm ganz neu. Vielleicht sei der polnische Widerstand gegen die Schiedsvertragsidee hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß Polen glaube, seine Grenzen durch ein Schiedsgericht ändern lassen zu müssen. Beide Botschafter bekundeten Interesse, als Schubert andeutete, man könne ja vielleicht Polen entgegenkommen und eine "negative Klausel" in den Vertrag aufnehmen, die besagt, er beziehe sich nicht auf die Grenzen. Doch schiene ihm persönlich dies wenig zweckmäßig und mindere den Wert des Vertrages. Gerade wenn Deutschland eine

⁴⁵⁾ Tel. 172 und 173 Paris vom 6. und 7. März 1925. AA RM 15-1,2.
Pressetel. 4521 Paris vom 21. März 1925. AA St.S. FS-Presse, 3.

solche Ausnahme vorschlage, könnte ihm unterstellt werden, die Grenzen eben auf andere Weise, das heißt mit Gewalt ändern zu wollen⁴⁶⁾. Ähnlich hatte schon Stresemann in einer Unterhaltung mit Margerie argumentiert⁴⁷⁾. Offenbar ist aber doch gerade auf französischen Druck hin dann in Locarno die Aufnahme der von Polen gewünschten negativen Territorialklausel in den Schiedsvertrag mit Deutschland unterblieben⁴⁸⁾.

Anfang März 1925, als die deutschen Vorschläge in Polen bekannt wurden, brach in der Presse ein Sturm der Entrüstung los⁴⁹⁾. Aus der erwähnten Befürchtung heraus, Deutschland versuche nur, auf dem Wege des Schiedsgerichts territoriale Ansprüche gegenüber Polen geltend zu machen, nannte man den Vorschlag das Projekt einer neuen Teilung Polens und seine Annahme gleichbedeutend mit dem Kriege, forderte Rüstungsverstärkungen und drohte mit Mobilmachung gegen jeden, der die polnischen Grenzen attackiere. Es waren keineswegs nur die nationalistischen Zeitungen, die das deutsche Angebot für gänzlich unbefriedigend erklärten, auch die sozialistischen Blätter und der krakauer "Czas" lehnten es ab, setzten sich allerdings gleichzeitig sehr energisch für die Annahme des Genfer Protokolls ein, das die einzige Garantie für die polnische Sicherheit sei. Wenn man bei der "traditionellen englischen Gleichgültigkeit" gegenüber Polen sich durchaus darüber klar war, daß Großbritannien den deutschen Plänen eher günstig gesonnen sei, so glaubte man in der polnischen Öffentlichkeit

46) Aufzeichnung Schuberts vom 16. März 1925. AA St.S. FS, 4.

Aufzeichnung Schuberts vom 17. März 1925. AA HA Gaus, 1.

47) Aufzeichnung Stresemanns vom 17. März 1925. AA RM 15-1, 2.

48) Krasuski, Bd. I, S. 437-438. Berthelot und Fromageot haben demnach in Locarno der polnischen Delegation mit großem Nachdruck nahegelegt, auf die Klausel zu verzichten, da sie so gedeutet werden könne, als sei der deutsch-polnische Grenzstreit außerhalb der Vereinbarungen von Locarno geblieben und auch die freiwillige deutsche Anerkennung der Unverletzlichkeit der Verträge bezöge sich nicht auf ihn.

49) Bericht A 80/25 Warschau vom 12. März 1925. AA IV Po Pol. 2, 15. Pressebericht des Konsulats Krakau vom 26. Febr. 1925. 3726/K170 K 025592 ff. Dass. vom 12. März 1925. AA IV Po Pol. 2, 14. In Posen und anderen Städten organisierte der Verband zum Schutze der Westgebiete Kundgebungen, auf denen scharfe Resolutionen gegen Deutschland und den vorgeschlagenen Pakt verkündet wurden. Vgl. Balcerak, S. 52. Rogala (Przegląd Zachodni. XV, 3. 1959). S. 311 ff.

doch anfangs, Frankreichs ganz sicher zu sein und keinen Pakt befürchten zu müssen, der Polens Interessen unberücksichtigt und die polnisch-französische Alliance zerbrechen lassen würde. Nur einzelne rechtsstehende Blätter äußerten Mißtrauen gegen die Regierung Herriot und erklärten den Frieden erst für gesichert, wenn Frankreich zurückkehre zur "verständigen und nüchternen Politik Poincaré's".

Obwohl die polnische Regierung selbst außerordentlich beunruhigt und sich der Gefahren der deutschen Vorschläge wohl bewußt war, nahm sie doch - wenigstens nach außen hin - eine sehr viel ruhigere Haltung ein als die Presse des Landes. In einer Rede in der Sejmkommission für Auswärtige Angelegenheiten am 25. Februar hob der Außenminister Graf Skrzyński noch einmal die große Bedeutung des Genfer Protokolls hervor, dessen Unterzeichnung für Polen "ein Glaubensbekenntnis" gewesen sei. Doch Polen würde sich auch über einen Garantiepakt freuen, der Frankreichs Grenzen sichere, die den Polen ebenso teuer seien wie den Franzosen. Ein solcher Pakt bedeute kein Zerbrechen der polnisch-französischen Alliance, denn dem widerspreche das Wort, die Loyalität und die Ehre Frankreichs, aber auch das englische Interesse, das Europa nicht einem Zufallsschicksal überlassen wolle. Ein Pakt, der Polen zur Beute seiner Nachbarn mache, sei allerdings unmöglich, denkbar aber ein solcher innerhalb der Maschinerie des Genfer Protokolls⁵⁰⁾.

Kurze Zeit später, in einer Sejmsitzung am 6. März, interpellierte die Mehrheit der Parteien die Regierung, welche Anstrengungen sie bei den Verbündeten Polens gemacht habe, um den deutschen Angriff auf den Versailler Friedensvertrag abzuwehren. Ministerpräsident Grabski antwortete sofort, die Regierung besitze eine authentische Nachricht über eine Erklärung Frankreichs, daß es die deutsche Initiative nur in enger Verbindung mit seinen Verbündeten prüfen und nur einen Pakt annehmen könne, der sich in den Rahmen des Versailler Vertrages einfüge. Im Augenblick seien keinerlei bindende Entscheidungen in der Sicherheitsfrage zu erwarten, dennoch wolle die polnische Regierung ihren Standpunkt klarlegen: Polen wünsche den Frieden und sei bereit, an seiner Festigung mit-

50) Bericht A 65/25 Warschau vom 27. Febr. 1925. AA IV Po Pol. 1, 3.

zuarbeiten. Die Bedingung aber sei die volle Achtung der territorialen Bestimmungen der Verträge; jeder Versuch, den status quo zu gefährden, werde den entschiedenen Widerstand der polnischen Regierung finden⁵¹⁾.

Von Anfang bis Mitte März hielt sich Graf Skrzyński in Paris und Genf auf, um vor allem mit Herriot, aber auch mit Chamberlain das Sicherheitsproblem zu besprechen und die polnischen Interessen nachdrücklich in Erinnerung zu bringen. Die Situation hatte sich insofern verschlechtert, als England eben das Genfer Protokoll endgültig ablehnte und kaum mehr Hoffnung bestand, eine englische Garantie für die polnischen Grenzen zu erlangen. Wie weit die Zusicherungen Herriot's für Polen in Wirklichkeit gegangen sind, ist bisher nicht bekannt⁵²⁾. Skrzyński äußerte sich in der Öffentlichkeit sehr zufrieden darüber: Polen habe volles Vertrauen zu Frankreich, denn Herriot habe ihm gesagt, Frankreich könne seine Sicherheit nicht auf Kosten Polens erkaufen. Auch nach seiner Rückkehr nach Warschau suchte er die aufgeregte polnische Öffentlichkeit in diesem Sinne zu beruhigen, wenn er am 24. März vor dem Auswärtigen Ausschuß des Sejm die deutschen Vorschläge erörterte und aufs neue jede Diskussion über eine Änderung der polnischen Staatsgrenzen ablehnte. Skrzyński wiederholte, er habe sich in Paris überzeugt, daß die Stellung der französischen Regierung eine deutliche und klare sei, und in seinen Gesprächen mit Herriot habe er sich über das tiefe Verständnis für die Gemeinsamkeit der französischen und polnischen Interessen vergewissern können. Doch auch Chamberlain habe ihm in einer Unterredung versichert, daß die englische Regierung keine Revisionspläne aufkommen lassen werde und mit Sympathie die inneren Konsolidierungsarbeiten in Polen verfolge. Sie sei sich dessen bewußt, daß keine polnische Regierung,

51) Tel. 41 Warschau vom 7. März 1925. AA RM 10,3. Balcerak, S. 52.

52) Es ist bedauerlich, daß, wenn schon die französischen Akten nicht veröffentlicht sind und Herriot in seinen Memoiren darüber schweigt, auch Krasuski, dem die polnischen Akten zugänglich waren, keine Einzelheiten über den Inhalt dieser Gespräche mitteilt, sondern sich auf die Anmerkung beschränkt, daß alle französischen Zusicherungen an Skrzyński "offenkundig unwahr" waren. Bd. I, S. 403, Anm. 63. - Ebenso Balcerak, S. 50-51.

ja keine Demokratie überhaupt, die geringste Änderung ihrer Grenzen vornehmen lassen und unterzeichnen könne⁵³⁾.

Diese Verhinderung jeder Debatte über eine Grenzrevision und die Ausdehnung des Garantiepaktes auf Polen standen im Mittelpunkt des polnischen Interesses, dem angebotenen Schiedsvertrag wandte man kaum Aufmerksamkeit zu. Ministerialdirektor Bader im Warschauer Außenministerium erklärte Rauscher offen, den Wert eines Schiedsvertrages schätze er sehr gering ein, denn bei ernststen Konflikten würde er doch versagen, und bei kleineren Streitfällen reize er nur zum "Prozeß-Hanseltum", was den gegenseitigen Beziehungen schade. Das Interesse polnischer Politiker und auch der Presse wandte sich ganz anderen Erwägungen zu für den Fall, daß Polen sich mit einem einfachen Schiedsvertrag würde begnügen müssen. Einige Vorschläge gingen dahin, zunächst einen Versuch zur Verbesserung dieses Schiedsvertrages zu machen. Deutschland solle sich verpflichten, auch auf friedliche Anstrengungen zur Änderung der Grenzen für 15 oder 25 Jahre zu verzichten, oder es solle eine authentische Interpretation des Artikels 10 der Völkerbundsatzung herbeigeführt werden, um diese Bestimmung zu einer wirklichen Garantie des territorialen status quo auszugestalten.

Nicht ganz zu Unrecht bestand in Polen die Hoffnung, daß die Großmächte vielleicht auch noch in anderen Punkten zu einem Entgegenkommen bereit sein würden, falls sie Polen eine Grenzgarantie versagen müßten. Es wurde hierbei an eine engere Verbindung Danzigs mit Polen gedacht, vor allem aber an den seit langem erstrebten ständigen Sitz im Rat des Völkerbundes und an eine Konzession auf dem Gebiete des Minderheitenschutzes. Polen hatte den Vertrag von 1919 stets als einseitige Belastung empfunden und wünschte entweder seine Ausdehnung auf alle Länder mit nationalen Minderheiten oder aber seine Aufhebung⁵⁴⁾.

53) WTB Nr.527. AA RM 10,3. Diese Ausführungen Skrzyńskis riefen in der deutschen Rechtspresse große Aufregung hervor, besonders seine Worte über die Zusicherungen Chamberlains. Sie seien ein Beweis, daß England gar nicht an eine Unterstützung der deutschen Revisionswünsche denke, wie Stresemann offenbar geglaubt habe. Deutsche Zeitung Nr.142 vom 25.März, Kreuz-Ztg. Nr.149 vom 29.März, Der Tag Nr. 78 vom 1.April 1925.

54) Bericht G 3/25 Warschau vom 27.März 1925. 3726/K170/K025663-68. Bericht G 5/25 Warschau vom 3.April 1925. AA GA Polen Pol.2A,1.

Es ist die Frage gestellt worden, ob Minister Skrzyński tatsächlich die Lage und die Einflußmöglichkeiten Polens für so günstig gehalten hat, wie er sie in Reden und Interviews darstellte, oder ob er dies nur tat, um die aufgebrachte Öffentlichkeit zu beruhigen⁵⁵⁾. Es gibt Anzeichen, daß er sich über die wirklichen Aussichten Polens auf eine Beteiligung am Garantiepakt durchaus nicht getäuscht hatte⁵⁶⁾. Auf der anderen Seite war er aber - neben allen Anstrengungen, die polnischen Interessen so gut wie möglich zu wahren - bemüht, den Eindruck zu vermeiden, als stünde Polen dem französischen Sicherheitsbedürfnis im Wege. Auch sollte vielleicht England durch eine positive polnische Haltung zum Sicherheitspakt im Westen überzeugt werden, daß Polen "ein Faktor des Friedens und der Stabilität in Europa"⁵⁷⁾ sei. Die Aufgabe Skrzyńskis, in dieser Lage sein Land schließlich doch auf den Abschluß eines Rheinpaktes ohne gleiche Sicherungen für Polen vorbereiten zu müssen, war nicht ganz einfach.

2) Der Meinungsaustausch mit Prag

Die deutschen Bemühungen, Polen zu isolieren, führten schließlich nicht nur bei den Westmächten, sondern bis zu einem gewissen Grade auch in Prag zum Erfolg. Man hatte zwar hier, um die antipolnische Spitze nicht gar zu offenkundig zu machen, zunächst eben-

55) Wandycz, S. 334.

56) Wandycz, S. 332. Vgl. auch Grabski, S. 92. Über die Gefahr, daß Polen sich auch auf den französischen Bundesgenossen nicht unbedingt verlassen konnte, hatte man sich in Warschau schon seit dem Herbst 1924 nicht mehr getäuscht. Der französische Botschafter hatte damals erklärt, Frankreich werde einen Sicherheitspakt mit England und Belgien schließen, Polen müsse sich mit der Tschechoslovakei arrangieren, vielleicht ließe sich zwischen diesen beiden Gruppen später eine Verständigung herbeiführen. Dazu notierte Sejmmarschall Rataj: "Fatalne... Nie znaczyło nic innego jak wypowiedzenie sojuszu i danie "dobrej rady" na osłode. Jak Sikorski powiada: "Legia honorowa dla Skrzyńskiego i 200-300 milionów franków pożyczki wojskowej mają być szmergeldem dla Polski". (Das bedeutet nichts anderes als die Aufkündigung der Alliance und einen "guten Rat" zum Trost. Wie Sikorski sagt: "Die Ehrenlegion für Skrzyński und 200-300 Millionen Franken Militäranleihe sollen das Schmerzensgeld für Polen sein".) - Maciej Rataj: Dzienniki. (Handschrift in der Biblioteka narodowa; zitiert bei Landau: Władysław Grabski. S. 1193).

57) Balcerak, S. 56.

falls keine offiziellen Schritte unternommen, doch schon Anfang März den deutschen Gesandten Koch ermächtigt, das Sicherheitsproblem gelegentlich zu erörtern und Verständnis für die deutschen Vorschläge zu erwecken. Dieses Verständnis hatte Koch bei Beneš durchaus gefunden, und die deutsche Regierung ließ dem tschechischen Außenminister ihren Dank und ihre Genugtuung über seine Bereitschaft zum Abschluß eines Schiedsvertrags ausdrücken. Sie sei jederzeit zu Verhandlungen bereit und bat um eine Mitteilung, ob die Tschechoslovakei das deutsche Schiedsvertragssystem billige oder Änderungswünsche habe⁵⁸⁾. Dieses Entgegenkommen war für Berlin umso leichter möglich, als die Beziehungen zur Tschechoslovakei, allen Schwierigkeiten wegen der sudetendeutschen Minderheit zum Trotz, viel besser, ruhiger und nicht durch einen Grenzstreit dauernd gespannt waren wie die zu Polen.

Verhandlungen über einen Schiedsvertrag fanden indessen bis zum Sommer doch nicht statt, und mit Mißtrauen verfolgte man in Berlin die Versuche einer polnisch-tschechischen Annäherung im Frühjahr 1925, vor allem den Besuch Beneš's in Warschau im April. Große Aufregung verursachte in der Wilhelmstraße ein Agentenbericht, nach dem während dieses Besuches nicht nur, wie allgemein bekannt war, ein Handelsvertrag, ein Schiedsvertrag und ein Liquidationsabkommen geschlossen worden waren, sondern auch eine geheime Konvention mit einer gegenseitigen Grenzgarantie und dem Versprechen militärischer Hilfeleistung. Diese Befürchtungen erwiesen sich jedoch als gegenstandslos. In betontem Gegensatz zu dem Schweigen, das man gegenüber Warschau wahrte, wurde das bessere Verhältnis zur Tschechoslovakei wiederholt durch freundliche Gesten hervorgehoben, so zum Beispiel, wenn das Auswärtige Amt die deutsche Note vom 20. Juli vor ihrer Veröffentlichung in Prag überreichen ließ, damit Beneš sie nicht erst aus der Presse kennenlerne, oder wenn Stresemann sogar erwog, sich mit Beneš zu einer Besprechung der politischen Lage zu treffen.

Und als ein unzweifelhafter Erfolg in dieser Richtung konnte schließlich in Berlin der Besuch des tschechischen Gesandten

58) Erlaß nach Prag vom 31. März 1925. AA RM 15-1,3.
Vgl. auch Balcerak, S. 159 ff.

Krofta bei Staatssekretär von Schubert am 21. September angesehen werden, bei dem Krofta im Auftrage Beneš's die offizielle Mitteilung machte, die Tschechoslovakei sei zu sofortigen Verhandlungen über einen tschechisch-deutschen Schiedsvertrag bereit. Die Reaktion in Polen auf diesen in Berlin sehr willkommenen Schritt Beneš's - Überraschung und Ratlosigkeit, Empörung über diesen Dolchstoß in den Rücken und offenen Verrat⁵⁹⁾ - zeigte dann auch, daß er für Berlin eine weitere Möglichkeit bot, die beiden Länder gegeneinander auszuspielen und Polen vollkommen zu isolieren⁶⁰⁾.

1o) Der Fortgang der Diskussion bis zur Juristenkonferenz
in London

Die Note, die der französische Botschafter am 16. Juni 1925⁶¹⁾ als Antwort der Alliierten auf die deutschen Vorschläge überreichte, rief in Berlin Enttäuschung hervor. Man nannte sie die "Lorelei-Note", und es hieß dazu "Ich weiß nicht, was soll es bedeuten, daß ich so skeptisch bin"⁶²⁾.

Was die Ostfragen anlangt, so hatte die französische Regierung wohl die britische Zustimmung zu ihrem ersten Entwurf nur um den Preis der Annahme des grundsätzlichen englischen Standpunktes erhalten können und ihre ursprüngliche Absicht fallen lassen müssen, eine englische Garantie für die Ostverträge und ihre engste Verbindung mit dem Rheinpakt durchzusetzen⁶³⁾. Doch bot die Note in ihren Abschnitten IV-VI noch immer genügend Ansatzpunkte für deut-

59) Brief Rauschers an Schubert vom 25. Sept. 1925. AA St.S. FS, 14.

60) Eine ausführliche Darstellung des polnisch-tschechischen Verhältnisses 1925 und der Stellungnahme Beneš's zum Sicherheitsproblem geben Gąsiorowski: Beneš and Locarno (The Review of Politics. XX, 2. 1958. S. 209-224).; Krasuski, Bd. I, S. 421 ff.; Wandycz, S. 334-352, S. 356 ff.

61) AA RM 15-1, 4. Gedruckt in: Locarno-Konferenz. Nr. 14.

62) Lord D'Abernon, Bd. III, S. 204.

63) Der Schriftwechsel der französischen und der britischen Regierung ist veröffentlicht worden im: Livre bleu. Pacte de Sécurité. Paris 1925.; Papers respecting the proposals for a pact of security made by the German Government on Febr. 9th 1925. Miscellaneous Nr. 7. 1925. Materialien zur Sicherheitsfrage. Deutsches Weißbuch. 1925.

sche Kritik, obendrein enthielt sie Unklarheiten, die in Berlin erhebliches Mißtrauen gegen die französischen Absichten hervorriefen.

In Abschnitt IV wurden die Schiedsverträge mit Frankreich und Belgien erläutert, was für die Abkommen mit den beiden östlichen Nachbarn insofern von Bedeutung war, als diese nach Abschnitt V der Note "die gleiche Tragweite" haben sollten. Es war vorgesehen, daß die Schiedsverträge auf alle Konflikte Anwendung finden sollten, und ein zwangsweises Vorgehen nur zulässig sei, wo es

"gemäß den Bestimmungen der zwischen den Parteien bestehenden Verträge oder des Rheinpaktes oder auf Grund der Garantie erfolgen würde, die von den Parteien oder einer von ihnen für einen Schiedsvertrag geleistet wird".

Eine solche Garantie durch eine Macht, die den Versailler Vertrag und den Rheinpakt unterzeichnet hatte, war in Abschnitt V für die Schiedsverträge mit Polen und der Tschechoslovakei ausdrücklich vorgesehen. Sie sollte "unmittelbar zur Wirkung" kommen, wenn eine der Parteien es ablehne, einen Streitfall vor das Schiedsgericht zu bringen, oder einem Schiedsspruch Folge zu leisten und "zu feindlichen Handlungen" schreite. Käme sie ihren Verpflichtungen nicht nach, ohne feindliche Handlungen zu begehen, so sollte der Rat des Völkerbundes die notwendigen Maßnahmen bestimmen.

Abschnitt VI schließlich setzte fest, daß nichts in den Verträgen die Rechte und Verpflichtungen berühren dürfe, die den Mitgliedern des Völkerbundes aus dessen Satzung erwachsen.

Nimmt man dazu noch die als Voraussetzung für die gesamten Verhandlungen gestellte Forderung nach Deutschlands Eintritt in den Völkerbund ohne die mindeste Rücksicht auf die deutschen Bedenken gegen den Artikel 16 der Satzung⁶⁴⁾, so wird die Berliner Unzufriedenheit und Besorgnis über die Note wohl erklärlich.

Der erste Einwand richtete sich gegen das von den Alliierten verlangte Schiedsgerichtsobligatorium, während ja die deutschen Schiedsverträge hier den Unterschied zwischen Schieds- und Vergleichsverfahren machten. Diese Meinungsverschiedenheit konnte durch den folgenden Notenwechsel nicht beseitigt werden, weil die

64) Zum Problem des Artikels 16 vgl. Spenz, S. 36 ff.

Westmächte auch noch in ihrer Note vom 24. August am Obligatorium festhielten⁶⁵⁾. Man hätte im Auswärtigen Amt für die Schiedsverträge mit Frankreich und Belgien im Grunde nichts dagegen einzuwenden gehabt, es im Gegenteil sogar für wünschenswert gehalten, doch für den Osten schien die Idee zunächst unannehmbar. Um sich nicht schwerem Mißtrauen gegenüber den deutschen Absichten auszusetzen, kam aber nur ein einheitlicher Standpunkt für östliche und westliche Schiedsverträge in Betracht, und es galt abzuwägen, in welcher Weise ein restloser Schiedsvertrag mit Polen Deutschland belasten oder in seiner Handlungsfreiheit im Osten einschränken würde.

In der Öffentlichkeit ließen sich mehrere Gründe für den deutschen Vertragstypus und gegen das Obligatorium anführen: dieses sei bei dem damaligen Stande des Völkerrechts eine völlige Überspannung des Schiedsgedankens. Es werde sich auch bei den Verträgen Polens, Frankreichs und Italiens mit der Schweiz, die für alle Streitfälle einen bindenden Schiedsspruch vorsahen, noch zeigen, daß sie sich bei ernsthaften politischen Differenzen als reine Theorie erweisen würden. Doch konnten diese Verträge überhaupt außer Betracht bleiben, da ein Abkommen zwischen Polen und der Schweiz etwas anderes war als zwischen Polen und Deutschland, in deren Beziehungen jederzeit "Streitfragen von vitaler Bedeutung" auftauchen konnten.

Seit der Haager Friedenskonferenz von 1907 war darüber diskutiert worden, welche Arten von Staatenstreitigkeiten gerichtsfähig seien. Die am meisten verbreitete Ansicht ging dahin: alle Rechtsstreitigkeiten, wenn sie nicht "vitale Interessen, Ehre oder Unabhängigkeit" der Staaten berührten. Die Entscheidung darüber lag im freien Ermessen der Vertragspartner, die auf Grund dieser "Interessenklausel" alle wichtigen Fragen dem Schiedsgericht entziehen konnten. Zu einer internationalen Einigung über die unbedingt gerichtsfähigen Fälle war es niemals gekommen. Auch das Völkerbundsstatut kannte kein Obligatorium: der Artikel 13 legte nur in Form einer Empfehlung den Kreis der Rechtsfragen fest, die für

65) Deutsche Note vom 20. Juli 1925. AA RM 15-1,5. Gedruckt in: Locarno-Konferenz Nr. 16. Note der Alliierten vom 24. Aug. 1925. AA RM 15-1,6. Locarno-Konferenz. Nr. 17.

ein Schiedsgericht geeignet waren. Die Mitglieder des Völkerbundes konnten in einem besonderen Protokoll das Obligatorium für einige oder alle dieser Punkte anerkennen. Die deutschen Schiedsverträge deckten sich in der Tragweite der Bindung ungefähr mit diesen Bestimmungen der Völkerbundssatzung, und man konnte schon deshalb in Berlin keinen Anlaß dafür finden, in dem Vertrag mit Polen darüber hinauszugehen.

Bei näherer Betrachtung ergab sich indessen, daß die Belastung, die Deutschland aus einem solchen restlosen Schiedsgerichtsobligatorium erwachsen würde, schließlich doch nicht so groß war, daß man nicht unter gewissen Umständen darauf eingehen könnte⁶⁶⁾. Ein Fürsprecher dieser Regelung war Leopold von Hoesch in Paris, der stets nur mit Unbehagen den deutschen Schiedsvertragstypus französischen Politikern gegenüber vertreten hatte. Das Obligatorium im Westen war für Deutschland von größtem Vorteil, um Frankreich von Eingriffen im Rheinland ohne vorheriges Verfahren abzuhalten, und Hoesch sah keine Möglichkeit, eine loyale und unverdächtig klingende Begründung dafür zu finden, daß man im Osten andersartige Verträge schließen wolle, die die Anwendung von Gewalt als ultima ratio offen ließen. Dies sei doch überhaupt nur ein ganz theoretischer Gewinn. Erkenne man aber das Obligatorium an, könne man sich einer anderen französischen Forderung, nämlich den deutsch-polnischen Schiedsvertrag zu garantieren, mit gutem Grunde widersetzen. Einen solchen französischen "Oberarbitrer" hielt auch Hoesch für ganz unerträglich. Im übrigen respektierte er durchaus die Ansicht, daß ein obligatorischer Schiedsvertrag zwischen zwei großen Staaten die Schiedsraee überspanne, war aber nicht überzeugt, daß damit keinerlei praktische Politik zu machen sei; offenkundige "Absurditäten" müßten bei der Redigierung der Verträge ausgeschlossen werden⁶⁷⁾.

Auch Rauscher hielt das Obligatorium für annehmbar und in einzelnen Punkten sogar für vorteilhaft. Für die deutschen territorial-

66) Auch die SPD war vom Beginn der Debatte an bereit gewesen, das Obligatorium für alle Arten von Streitigkeiten anzuerkennen. Vgl. Klinkhammer, S.138 ff., S. 159.

67) Bericht A 2603 Paris vom 30.Juni 1925. AA St.S. FS,10.
Brief Hoeschs an Schubert vom 8.Aug.1925. AA St.S. FS,12.

len Forderungen an Polen kam der Schiedsvertrag sowieso nicht in Betracht, da diese Fragen im juristischen Sinne nicht strittig waren; er hinderte aber auf der anderen Seite Deutschland auch nicht bei seinen Revisionsbemühungen. Was die übrigen zwischen Deutschland und Polen ungeklärten Fragen anlangte, so sah Rauscher in einem Schiedsgericht einen erheblichen Fortschritt gegenüber dem bisherigen Zustand. Es gäbe dann endlich eine Instanz, die Polen zur Innehaltung geschlossener Verträge veranlassen würde; die deutsche Regierung könne sogar Klagen der Minderheit aufgreifen, die sich auf Vertragsverletzungen stützen, während sie bisher auf wenig wirksame Proteste angewiesen war.⁶⁸⁾

Zu einer ähnlichen Auffassung gelangte man schließlich auch im Auswärtigen Amt, wo man es allerdings am liebsten gesehen hätte, wenn die territorialen Fragen auf jeden Fall aus dem Schiedsvertrag ausgeklammert werden könnten, wenn nicht direkt im Vertrag, so doch während der Verhandlungen⁶⁹⁾.

Anfang September, auf der Juristenzusammenkunft in London, gelang es indessen der Verhandlungskunst des Ministerialdirektors Gaus, die Vertreter der Alliierten doch davon zu überzeugen, daß das System eines restlosen Schiedsgerichtsobligatoriums "technisch unmöglich und politisch gefährlich" sei. Der Artikel 3 des Entwurfs für den Sicherheitspakt enthielt infolgedessen den Unterschied zwischen Rechtsstreitigkeiten mit bindendem Schiedsspruch und politischen Differenzen mit einem Vergleichsverfahren, wie es die deutschen Schiedsverträge vorsahen. Da die Abkommen mit Polen und der Tschechoslovakei denselben Inhalt haben sollten, wurde hier in London auch ihre Tragweite bestimmt.

Sehr viel schwerwiegendere Bedenken rief in Berlin die französische Forderung hervor, daß jede Macht, die den Versailler Vertrag und den Rheinpakt unterzeichnet hatte, sich zum Garanten der östlichen Schiedsverträge machen könne. Dies, verbunden mit dem erwähnten Recht des Garanten, in bestimmten Fällen aus eigenem Ermessen und ohne vorhergehendes Schiedsverfahren in einen Konflikt der beiden Vertragspartner eingreifen zu können, hieß nichts an-

68) Aufzeichnung Rauschers vom 31. August 1925. AA St.S. FS, 13.

69) Aufzeichnung Zechlins vom 25. August 1925. AA HA Gaus, 5.

deres, als daß Frankreich sich die Befugnis wahren wollte, Polen in einem deutsch-polnischen Konflikt jederzeit zu Hilfe zu kommen, ohne durch eine von England garantierte Rheingrenze oder ein langwieriges Verfahren daran gehindert zu sein. Unklar war zunächst geblieben, ob der Artikel VI der Note bedeuten sollte, daß die Völkerbundssatzung doch in jedem Falle den Vorrang hat. Eine Rückfrage Stresemanns bei der französischen Regierung ergab aber, daß dies nicht so war.

Wenn also die französische Regierung ganz aus eigenem Ermessen zu der Ansicht gelangt wäre, daß Deutschland in irgendeinem Konflikt mit Polen eine "feindliche Handlung" begangen habe, wäre sie zu sofortigem Eingreifen ermächtigt gewesen. Das bedeutete, daß diese spezielle Bestimmung des Sicherheitspaktes Vorrang haben sollte vor der Satzung des Völkerbundes, die für ein angegriffenes Mitglied ein Verfahren nach Artikel 12-16 vorsah, und daß diese Bundesatzung in einem wichtigen Punkte "zuungunsten Deutschlands durchbrochen werden sollte"⁷⁰⁾.

Es war im Grunde keine Überraschung, wenn Frankreich, das für den östlichen Bundesgenossen dieselben Garantien wie für seine eigene Grenze nicht hatte erlangen können, nun doch versuchte, für Polen so viel wie möglich zu erreichen und ein sichtbares Zeichen seines "Protektorwillens" zu geben. Doch traf seine Zumutung, praktisch das gegen Deutschland gerichtete polnisch-französische Bündnis in einem Verträge zu sanktionieren, in Berlin auf einmütige Ablehnung. Daran änderte auch die Versicherung nichts, daß die Garantie doppelseitig sei, denn niemand in Deutschland glaubte, daß Frankreich - in einem Sonderbündnis mit Polen und dazu allein entscheidend, ob eine feindliche Handlung vorliege - in einem deutsch-polnischen Konflikt jemals für die deutsche Seite eintreten würde. Das Garantenrecht Frankreichs hätte auch eine dauernde französische Einmischung in deutsch-polnische Differenzen ermöglicht, die man in Berlin nicht zu dulden gesonnen war, Deutschland müsse schließlich die Beziehungen zu seinen Nachbarländern selbst regeln können.

Stresemann war, in dem Punkte auch von Hoesch unterstützt, von Anfang an entschlossen, dieses Verlangen Frankreichs zurückzuweisen.

70) Spenz, S. 81.

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages sprach sich ebenfalls vollkommen einmütig gegen eine solche Garanten-Stellung Frankreichs für die Schiedsverträge mit Polen und der Tschechoslowakei aus.

Unterstützung suchend wandte man sich nach London⁷¹⁾, doch die englische Reaktion bestätigte hier einen schon länger gehegten deutschen Verdacht, daß nämlich England selbst es wohl ablehnte, sich im Osten in irgendeiner Weise zu engagieren, aber grundsätzlich nichts dagegen einzuwenden hatte, Deutschland in dieser Hinsicht Verpflichtungen aufzuerlegen. Sicherlich in dem Glauben, damit in Berlin Gehör und Interesse zu finden, argumentierte man in London, Briand wünsche Frankreichs Verpflichtungen gegenüber Polen zu liquidieren. Er könne dies aber ohne Prestigeverlust in den Augen des eigenen Volkes und der Polen nur, wenn er in der Lage sei, darauf hinzuweisen, daß Frankreich als Garant des deutsch-polnischen Schiedsvertrages weiterhin seine schützende Hand über Polen halte⁷²⁾. Aus den polnischen Akten geht dasselbe hervor: danach erklärte Sir William Tyrrell dem polnischen Gesandten, man wisse in England sehr gut, daß das Hinnehmen der deutschen Ablehnung des französischen Arbitragesystems der erste Schritt zur Aushöhlung der Garantien im Westen sei und daß, um Deutschland von Rußland abzuziehen, der bedingungslose Eintritt des Reichs in den Völkerbund und die Annahme des Schiedsvertragssystems verlangt werden müsse⁷³⁾.

Auch Lord D'Abernon zeigte in Berlin diesmal wenig Verständnis für die zahlreichen deutschen Bedenken gegen die französische Note. Mehrfach beschwor er den Staatssekretär und den Außenminister, doch ja nicht in ihrer Antwort das französische Garantieverlangen unnachgiebig abzuweisen, schließlich sei das Verhältnis zwischen Frankreich und Polen "dasjenige eines Mannes, der sich in eleganter Weise von seiner Maitresse trennen wolle"⁷⁴⁾.

71) Tel. 244 an London vom 22. Juni 1925. AA RM 15-1,4.

72) Bericht A 1983 London vom 9. August 1925. AA RM 15-1,6.

73) Balcerak, S. 117.

74) Aufzeichnung Schuberts vom 8. Juli 1925. AA St.S. FS, 10.

Diese englischen Vorstellungen machten jedoch in Berlin keinen Eindruck. Die deutsche Antwortnote vom 20. Juli 1925 brachte sehr deutlich zum Ausdruck, daß die Forderungen der Alliierten in den eben besprochenen Punkten einseitige Maßnahmen zuungunsten Deutschlands darstellten und mit dem Geiste der Völkerbundssatzung nicht vereinbar seien⁷⁵⁾.

Chamberlain äußerte sich bei der Übergabe der Note nicht zu den Einzelheiten, doch Hoesch hatte von seinem Gespräch mit Briand den allerbesten Eindruck. Der französische Außenminister zeigte Verständnis für die deutschen Besorgnisse und versicherte, er wünsche durchaus keine französischen Sonderrechte, sondern nur jede Kriegsmöglichkeit auszuschalten. Er war sich der Schwierigkeit wohl bewußt, bei Konflikten den Angreifer zu bestimmen und drückte die Hoffnung aus, daß es gelinge, eine Formel zu finden, die die deutschen Besorgnisse auszuräumen vermag und doch bei einem evidenten Friedensbruch dem Angegriffenen den notwendigen Schutz bietet. Für zweifelhafte und ungefährliche Fälle könne man die Schiedsmöglichkeit dann offenlassen.

Wenn sich Hoesch nicht ganz im klaren gewesen war, ob Briand die juristischen Einzelheiten so genau beherrschte, daß seine entgegenkommenden Worte schon als ein Fortschritt im deutschen Sinne aufzufassen waren, so zeigte doch die Antwort vom 24. August⁷⁶⁾, daß sich die konziliantere Haltung Briands durchgesetzt hatte. Wie Margerie bei der Übergabe Stresemann erzählte, war der juristische Berater des französischen Außenministeriums, Fromageot, auch nicht mit allen Einzelheiten einverstanden gewesen. Konkrete Zugeständnisse brachte die Note zwar nicht, deutete aber doch die Möglichkeit einer Kompromißlösung an, um das deutsche Hauptbedenken gegen das unmittelbare Eingreifen eines Garanten der Schiedsverträge zu zerstreuen: es könnte nach Mitteln gesucht werden, die die Unparteilichkeit bei der Entscheidung über das Vorliegen einer feindlichen Handlung sichern, ohne die Wirksamkeit der Garantie zu schmälern.

75) AA RM 15-1,5. Gedruckt in: Locarno-Konferenz. Nr.16.

76) AA RM 15-1,6. Gedruckt in: Locarno-Konferenz. Nr.17.

Der französische Botschafter überbrachte gleichzeitig mit der Note die Einladung zu einer Zusammenkunft der Juristen aus den Außenministerien Belgiens, Deutschlands, Englands, Frankreichs und Italiens, auf der die Grundlagen der in Aussicht genommenen Verträge besprochen werden sollten. Auf dieser Beratung vom 31. August bis zum 4. September 1925, der ein englisch-französischer Vertragsentwurf zugrundelag, war es Gaus gelungen, den deutschen Schiedsvertragstypus durchzusetzen. Eine Einigung über die Garantie der östlichen Schiedsverträge und über ein zwangsweises Vorgehen des Garanten bei feindlichen Handlungen, wie es der Artikel 6 des Entwurfs vorsah, kam dagegen nicht zustande⁷⁷⁾. Gaus hatte diese Frage als ein Problem der hohen Politik zunächst aus den juristischen Besprechungen ausklammern wollen, aber auf Bitten der Vertreter Englands und Frankreichs, Hurst und Fromageot, einer unverbindlichen Erörterung zugestimmt. Nach einer ausführlichen Darlegung des deutschen Standpunktes stellte er den Vertretern der Alliierten die Frage, ob Frankreich ein Sonderrecht erhalten solle, das über die Völkerbundssatzung hinausgehe, oder ob die Garantie sich im Rahmen der Völkerbundsrechte halte. Das erstere sei für Deutschland vollkommen unannehmbar, im zweiten Falle bedeute die Garantie eine überflüssige politische Geste. Eine klare Antwort hat Gaus darauf nicht bekommen, und dieses Problem blieb der Erörterung auf der bevorstehenden Ministerkonferenz vorbehalten. Sir Cecil Hurst legte lediglich noch einmal den Standpunkt der englischen Regierung dar: das französisch-polnische Bündnis sei eine Tatsache, und es habe keinen Sinn, über seine Ursachen und Motive zu debattieren. Es sei aber wichtig, diese Alliance, die "infolge der ganzen polnischen Einstellung große Gefahren in sich schließe, möglichst zu entgiften." Für das beste Mittel halte England einen deutsch-polnischen Schiedsvertrag unter französischer Garantie, welche dann sowohl zugunsten Polens als auch zugunsten Deutschlands funktionieren würde. Im Augenblick könnte sich Frankreich selbst bei einer Aggression von polnischer Seite seiner Bündnispflicht kaum entziehen, auf Grund der Garantie aber auf alle etwaigen aggressiven Absichten Polens hemmend einwirken. Vermutlich

77) Aufzeichnung Gaus' vom 18. Sept. 1925. AA RM 15-1,7. Gedruckt in Locarno-Konferenz, Nr. 20.

werde Polen sich auch weigern, einen Schiedsvertrag ohne die französische Garantie abzuschließen.

In Anbetracht der oben besprochenen deutschen Bedenken gegen diese Forderungen der Alliierten war kaum zu erwarten gewesen, daß in London schon eine Einigung zustande kam. Sie sollte auch später in Locarno noch erhebliche Mühe kosten.

11) Die Verschlechterung der deutsch-polnischen Beziehungen im Sommer 1925

Polen war, ohne daß es allerdings eine Einflußmöglichkeit besaß, über die Beratungen zwischen England und Frankreich über die Note vom 16. Juni und wohl auch über die darauf folgenden Diskussionen unterrichtet worden⁷⁸⁾. Die Lösung, die diese Note vorsah, die französische Garantie für den deutsch-polnischen Schiedsvertrag und das Recht des Garanten zu sofortigem Eingreifen in bestimmten Fällen, war für Polen zweifellos die günstigste und annehmbarste, wenn es schon keine feste Garantie für seine Grenzen erlangen konnte. Doch die strikte Ablehnung, auf die das Projekt in Deutschland stieß, schuf neue Beunruhigung. Das Vertrauen der polnischen Öffentlichkeit, daß Frankreich auf seinem Standpunkt gegenüber allen deutschen Wünschen beharren würde, war keineswegs mehr unerschütterlich, auch wenn Briand und Botschafter Panafieu in Warschau in diesen Wochen mehrfach versicherten, es würden keine Entscheidungen mehr ohne Beratung mit der polnischen Regierung getroffen und an der Garantie für den deutsch-polnischen Schiedsvertrag wolle Paris unter allen Umständen festhalten⁷⁹⁾.

Die durch den Sicherheitspakt neu angefachte Debatte über eine Ostrevision in der deutschen Presse rief heftige Er widerungen auf polnischer Seite hervor, die mehrfach zu diplomatischen Protesten beider Regierungen führten. Überhaupt war im Sommer 1925 die Atmosphäre zwischen Deutschland und Polen auf eine fast unerträgliche Weise angespannt. Der Sicherheitspakt und die Furcht Polens, überhaupt keine Garantie für seine Grenzen zu bekommen, war nur ein Problem, das geeignet war, eine gereizte und ausgesprochen feindliche Stimmung zu erregen; viele Streitpunkte wirkten hier untrennbar zusammen⁸⁰⁾.

78) Vgl. Wandycz, S. 349 ff.

79) Vgl. Balcerak, S. 117, 139.

80) Für das Verständnis der deutschen Politik gegenüber Polen ist es notwendig, daran zu erinnern, daß seit Anfang Dezember 1924, seit einer Unterhaltung des Grafen Brockdorff-Rantzau mit Viktor Kopp Gespräche mit der Sowjetunion stattfanden, in denen Polen eine große Rolle spielte und immer wieder der Gedanke eines deutsch-sowjetischen Zusammenspiels bei der "Zurückdrängung Polens in seine ethnographischen Grenzen" auftauchte - ähnlich wie schon zur Zeit des polnisch-sowjetischen Krieges

Da waren zunächst die vollkommen ins Stocken geratenen Verhandlungen über einen Handelsvertrag, die notwendig geworden waren, als 1925 die Frist für einige Sonderrechte Polens aus dem Friedensvertrag und der Oberschlesienkonvention auf wirtschaftlichem Gebiet ablief. Da man vor dem Sommer zu keiner Einigung mehr gelangt war, brach ein Zollkrieg aus, der sich nicht nur nachteilig auf Handel und einen Teil der Wirtschaft beider Länder auswirkte, sondern auch den politischen Beziehungen jahrelang den größten Schaden zugefügt hat.

Ein anderer Streit erreichte im Sommer 1925 seinen Höhepunkt: die Auseinandersetzung über die noch in Polen lebenden deutschen Optanten, das heißt diejenigen Deutschen in den ehemals preußischen Gebieten, die nach dem Übergang der Staatshoheit an Polen für Deutschland optiert hatten. Nach polnischer Auffassung waren sie dadurch verpflichtet, Polen zu verlassen, nach deutscher Ansicht stand ihnen die Entscheidung hierüber frei. Diese Meinungsverschiedenheiten reichten mehrere Jahre zurück und hatten sich trotz mehrfacher deutsch-polnischer Verhandlungen und trotz der Bemühungen des Völkerbundes nicht lösen lassen. Der Interessengegensatz beruhte darin, daß die Polen möglichst viele Deutsche zum Verlassen ihres Landes zu nötigen suchten, während Deutschland sich mit allen Mitteln für ihr Bleiben einsetzte, um nicht den Anspruch auf die früheren Ostgebiete zu verlieren.

Schwierigkeiten bei der Auslegung von Artikel 3 des Minderheitenschutzvertrages und Artikel 91 des Friedensvertrages, dessen englischer und französischer Wortlaut ursprünglich auch noch verschieden war⁸¹⁾, machten das Problem auch juristisch kompliziert; dazu kam seine enge Verbindung mit der allgemeinen Frage, welche Deut-

von 1920. Obwohl die Bedeutung dieser Frage als eines wichtigen Abschnitts deutscher Ostpolitik keineswegs verkannt wird, erscheint es doch nicht sinnvoll, im Rahmen dieser Arbeit zu wiederholen, was Josef Korbel in ausführlicher Form und auf Grund der zur Zeit erreichbaren Quellen darüber geschrieben hat. (Poland between East and West. Soviet and German Diplomacy toward Poland 1919-1933. Princeton 1963). Vgl. auch Dyck, S. 27
81) Im französischen Text hatte über die Optanten und ihre Abwanderung aus Polen gestanden: "auront la faculté", während es englisch "must" hieß.

schen im neuen polnischen Staat überhaupt die polnische Staatsangehörigkeit erhalten sollten⁸²⁾.

Nach mehreren fehlgeschlagenen Versuchen begannen auf Vorschlag des Völkerbundsrates am 30. April 1924 in Wien noch einmal deutsch-polnische Verhandlungen über die Optantenfrage unter dem Vorsitz des Präsidenten des Oberschlesischen Schiedsgerichts, Kaeckenbeeck. Vorher hatten sich Deutschland und Polen verpflichtet, in bis zum 1. Juni nicht gelösten Fragen die schiedsrichterliche Entscheidung Kaeckenbeecks anzuerkennen. Am 30. August wurde in Wien eine Konvention unterzeichnet, nach deren Bestimmungen die deutschen Optanten auf eine schriftliche Aufforderung der polnischen Behörden hin Polen verlassen mußten. Als Erleichterung hatte die deutsche Delegation erreichen können, daß bis zum 1. August 1925 nur Personen ohne Grundbesitz Polen verlassen sollten, das waren ungefähr 20.000. Optanten mit Besitz in Grenz- und Festungsbezirken (ungefähr 2.000) bekamen eine Frist bis zum 1. November 1925, die Grundbesitzer in den übrigen Gebieten bis zum 1. Juli 1926 (etwa 6.000).

Die deutsche Regierung hatte mit der Unterzeichnung der Wiener Konvention das Recht Polens anerkannt, die Optanten auszuweisen, unternahm jedoch sehr bald eine Reihe von Versuchen, um Polen zum Verzicht auf die Ausübung dieses Rechts zu bestimmen. Sie bot als Gegenleistung den Verzicht Deutschlands auf die Ausweisung der polnischen Optanten an, und ließ im August 1925 auch durchblicken, daß sie zu Entgegenkommen auf wirtschaftlichem Gebiet bereit sei. Das hieß in diesem Falle eine baldige Wiederaufnahme und großzügige Führung der vertagten Handelsvertragsverhandlungen⁸³⁾. Die Regierung in Warschau sah sich, selbst bei gutem Willen, außerstande, hierauf einzugehen, da sie sich gegen die nationaldemokratische Opposition in den Westprovinzen nicht durchsetzen konnte. Ein großer Teil der am 1. August zur Abwanderung verpflichteten deutschen Optanten hatte die Aufforderung nicht abgewartet, sondern Polen bereits früher verlassen. Es kam dadurch in dem in

82) Siehe S. 182-183, bes. Anm. 3. Ausführliche Darstellung mit Literaturangaben bei Krasuski, Bd. I, S. 238-263.

83) Tel. 222 Warschau vom 21. August 1925. AA RM 10,4. Bericht 700/25 Warschau vom 22. August 1925. AA IV Po Pol. 20,20.

Schneidemühl eingerichteten Auffanglager zeitweise zu höchst unerfreulichen Zuständen, was in der deutschen Öffentlichkeit große Erregung hervorrief. Sie wurde noch gesteigert, als Polen nach dem 1. August erklären ließ, die noch in Polen gebliebenen Optanten der ersten Gruppe hielten sich als Ausländer illegal im Lande auf und würden von den polnischen Behörden an die Grenze gebracht werden⁸⁴⁾.

Der eben ausgebrochene Zollkrieg, die Diskussion der Sicherheitsfrage, die die Lösung zuungunsten Polens schon erkennen ließ, und nun der Optantenstreit schufen eine überaus gereizte Stimmung, die ihre Entsprechung auch noch in den diplomatischen Beziehungen fand: Graf Skrzyński hatte Rauscher auf dessen Angebot vom 22. August, die Optantenfrage unter Umständen mit den Wirtschaftsverhandlungen zu verbinden, eine Rücksprache mit dem Ministerrat und seine Antwort zugesagt. Er reiste jedoch am 1. September nach Paris und Genf ab, ohne dieses Versprechen erfüllt zu haben, was Rauscher und das Auswärtige Amt außerordentlich verstimmt⁸⁵⁾.

Erst nach dem Abschluß der Konferenz von Locarno versuchte Chamberlain, den Grafen Skrzyński für eine freundliche Geste gegenüber Deutschland zu gewinnen und bat ihn, er möge auf die Einstellung der Optantenausweisungen hinwirken⁸⁶⁾. Es ist Skrzyński trotz erheblicher Widerstände tatsächlich gelungen zu erreichen, daß die polnische Regierung auf die weitere Ausübung ihres Ausweisungsrechts verzichtete. Die gleich darauf erhobene deutsche Forderung, Polen möge auch das Recht selbst aufgeben, mußte der polnische Außenminister zurückweisen; dazu war die Opposition im Lande viel zu stark, vor allem im Angesicht des polnischen Mißerfolges in Locarno. Rauscher wußte wohl zu würdigen, daß Skrzyński sehr mutig gehandelt hatte⁸⁷⁾, und auch das Foreign Office zeigte sich

(84) Aide-Mémoire der Polnischen Gesandtschaft Berlin vom 8. Aug. 1925. BA R 43 I/Nr. 121.

(85) Tel. 239 Warschau vom 1. Sept. 1925. AA RM 10,4.
Tel. 243 Warschau vom 4. Sept. 1925. AA RM 10,4.
Brief Rauschers an Dirksen vom 4. Sept. 1925 und Rauschers Briefwechsel mit Graf Skrzyński über diese Angelegenheit: AA IV Po Pol. 2C, 20.

(36) Brief Chamberlains an Tyrrell vom 17. Oktober 1925. DBFP 1A, 1. Nr. 6.

(37) Tel. 318 Warschau vom 23. Oktober 1925. AA RM 10,4.
Tel. 320 Warschau vom 24. Oktober 1925. AA RM 10,4.

befriedigt über die polnische Geste. Die Aufnahme in Berlin war dagegen ziemlich kühl und die auch in London erhoffte Besserung des deutsch-polnischen Verhältnisses blieb aus.

Nicht ganz ohne Einfluß auf dieses Verhältnis blieb im Sommer 1925 schließlich die Besorgnis und Unruhe unter den Deutschen in Polen oder jedenfalls unter den Großgrundbesitzern wegen der Debatten über ein polnisches Agrarreformgesetz, das eines der dringendsten Probleme des Landes lösen sollte. Man hegte Befürchtungen, daß von der Landabgabe besonders deutsche Güter betroffen werden könnten, um auf diese Weise den deutschen Besitz und Einfluß in Polen zu verringern. Die Minderheit bekam insgesamt die wachsenden Spannungen zwischen Deutschland und Polen durch scharfe und rigorose Verwaltungsmaßnahmen zu spüren, auf der anderen Seite tat offenkundig ein Teil von ihr das Seinige dazu, keine Ruhe aufkommen zu lassen. Man knüpfte an den Sicherheitspakt und die fortdauernde Diskussion über eine Ostrevision in Deutschland übertriebene Hoffnungen, wieder an das Reich angegliedert zu werden und trat mit den "ungerechtfertigtsten Ansprüchen" auf eine besondere Bevorzugung auf⁸⁸⁾.

Weniger augenfällig für die Öffentlichkeit, aber doch spürbar für die polnischen Diplomaten und Politiker waren die bereits im Sommer 1925 einsetzenden Gegenwirkungen Deutschlands gegen bestimmte außenpolitische Ziele Polens, welche sich hauptsächlich in den Hauptstädten Westeuropas und der USA bemerkbar machten. Es handelte sich bei diesen polnischen Zielen um die Erlangung eines ständigen Sitzes im Völkerbundsrat und um eine Verbesserung der Beziehungen zu den USA, um eine große amerikanische Anleihe für Polen zu ermöglichen.

Der polnische Wunsch nach einem Sitz im Völkerbundsrat war seit Jahren bekannt⁸⁹⁾, tauchte in der Diskussion aber erst wieder häufiger auf, als Deutschland den Beitritt erwog - es sollte auf

88) Aufzeichnung Pünders vom 26. Mai 1925 über den Besuch des Generalkonsuls Hentig aus Posen, der sich lebhaft über die geschilderten Zustände beklagte. BA R 43 I/121. - Brief eines Landrats aus dem Kreis Großwartenberg an Dirksen vom 24. April 1925. 3726/K 170/KO25755-57.

89) Erlaß an alle deutschen Missionen vom 26. November 1924. 3725/K170/KO25480-84.

iese Weise ein Gegengewicht gegen den deutschen Einfluß im Rat geschaffen werden. Abgesehen von einer ganz vorsichtigen Sondierung in London, suchte man zwar deutscherseits noch keine Gelegenheiten herbeizuführen, dieses Thema in diplomatischen Gesprächen zu erörtern, doch bekamen die deutschen Missionen im Ausland am Mai 1925 in einer vertraulichen Denkschrift die Anweisung, wenn die Sprache darauf käme, die folgenden Argumente gegen einen polnischen Ratssitz anzuführen: ein so junger und außenpolitisch unerfahrener Staat, der innerlich wenig gefestigt, dessen Grenzen umstritten, dessen Minderheitenproblem schwerwiegend und ungelöst sei und der schließlich "gezwungenermaßen oder aus Neigung einem ausgesprochenen Militarismus" huldige, erscheine nicht berufen, als Ratsmitglied die Entwicklung des Völkerbundes maßgebend zu beeinflussen⁹⁰⁾.

Am 1. Juli 1925 reiste der polnische Außenminister Graf Skrzyński für mehrere Wochen in die USA, um, wie er selbst sagte, den Amerikanern den Dank des polnischen Volkes für materielle und moralische Hilfe in der Zeit der Wiederaufrichtung Polens auszusprechen und sie über die wirklichen Absichten Polens und die tatsächlichen Verhältnisse in Polen zu unterrichten. Auch war in Warschau nicht unbekannt geblieben, welche Rolle die amerikanische Diplomatie, insbesondere Botschafter Houghton, bei der Vorbereitung der Sicherheitskonferenz spielte, und man mochte wohl die Hoffnung gehegt haben, bei den USA Unterstützung für die polnischen Garantiewünsche zu finden⁹¹⁾. Der Hauptzweck war aber sicherlich, die amerikanische Finanzwelt für eine große Anleihe zu gewinnen, um der polnischen Wirtschaft und Währung zu helfen. Kaum war diese Reise in Berlin bekannt geworden, als die Botschaft in Washington die Weisung bekam, den Wirkungen dieses Besuches und

o) Denkschrift über Völkerbundsfragen vom 19. Mai 1925. AA St.S. Vögen, 4. Der Zustand der Beziehungen Polens zu seinen Nachbarn, d.h. die beständigen Streitigkeiten mit Litauen, der Tschechoslovakei, Deutschland, Dazig, der Sowjetunion und dem Völkerbund waren auch in englischen Augen keine Empfehlung für einen ständigen Ratssitz: "But the fact that she Poland has been unable to live at peace with her neighbours does not seem a very good ground for making her a permanent member of the Council of the League". DBFP IA, 1. Nr. 253.

1) Vgl. Gottwald, S. 56 ff. Balcerak, S. 105 ff.

der polnischen Propaganda so energisch wie möglich entgegenzutreten. Maltzan verwandte viele Mühe darauf, den Auftrag zu erfüllen und scheute sich nicht, zu diesem Zwecke selbst in wichtige Städte der USA zu reisen. Über seine Maßnahmen telegraphierte er am 22. Juli an Stresemann:

"Bisher folgendes veranlaßt:

1. In Chicago politisch führende Finanzleute sowie Presse... über Sachverhalt aufgeklärt und Verständnis gefunden.
2. In Washington am 15. Juli Staatsdepartement eingehend über Polens destruktive Lage und Haltung aufgeklärt. Staatsdepartement steht Besuch Außenministers durchaus zurückhaltend gegenüber. Fand auch hier für meine Ausführungen vollstes Verständnis. Eindruck über destruktive Lage und Haltung Polens hatte Gewährsmann bereits in Europa gewonnen.
3. Am 16. Juli in New York führende Bankiers unter Assistenz Owen Youngs ... aufgeklärt, desgleichen Presse...
4. Begebe mich Anfang August Williamstown, um dort eventuell Ausführungen Außenministers ... entgegenzutreten ... Besuch Außenministers trotz großer polnischer Vorbereitungen bisher in Presse nicht übermäßig kommentiert..."⁹²⁾.

Diese intensiven deutschen Bemühungen, der Reise einen Mißerfolg zu bereiten, konnten dem Grafen Skrzyński natürlich nicht verborgen bleiben und trugen wenig dazu bei, das deutsch-polnische Verhältnis zu bessern.

Im übrigen vermerkte Rauscher mit einer gewissen Verwunderung, daß der polnische Außenminister ausgerechnet zu diesem Zeitpunkt für fünf Wochen Europa verließ, zu dem wichtige Entscheidungen in der Sicherheitsfrage zu erwarten waren. Es konnte daraus leicht auf eine polnische Resignation geschlossen werden, was sich auch durch die Äußerungen Skrzyńskis zu bestätigen schien, die er in Paris auf der Rückreise von Amerika machte.

Daß der Eindruck nicht ganz richtig war, zeigt ein Beschluß des polnischen Ministerrates vom 31. August 1925, der möglicherweise dem Außenminister als Grundlage für seine Gespräche mit Briand und Chamberlain während der Völkerbundsversammlung Anfang September dienen sollte: Polen wünscht darin von der französischen Regierung die Zusicherung, daß durch den Sicherheitspakt

- a) in keiner Weise das Recht Frankreichs eingeschränkt wird, mit Waffengewalt gegen Deutschland vorzugehen im Falle ir-

92) Tel. 24 Magnolia vom 22. Juli 1925. AA RM 10, 4. Vgl. auch Grabski, S. 117 ff.

gendeiner bewaffneten Bedrohung der polnischen Grenzen durch Deutschland.

- b) Frankreich sich allein die Entscheidung vorbehält, ob eine solche Bedrohung vorliegt und dies nicht dem Völkerbund oder einer dritten Seite überläßt.
- c) Frankreich nicht durch das entmilitarisierte Rheinland gehindert wird, Polen Waffenhilfe zu bringen.

In allen diesen Punkten sollte die französische Regierung keine Beschlüsse fassen ohne vorherige Verständigung mit Polen. Weiterhin wurde von Frankreich und England die Anerkennung des Grundsatzes verlangt, daß für die Sicherheit Europas neben dem Rheinpakt der gleichzeitige Abschluß eines polnisch-deutsch-französischen Sicherheitsvertrages unerläßlich sei. Sollte Deutschland sich weigern, würden sich nur Polen und Frankreich Unterstützung zur Aufrechterhaltung ihrer Grenzen garantieren und versichern, daß sie nur im Falle eines deutschen Angriffs zu den Waffen greifen⁹³⁾.

Da zum Zeitpunkt dieses polnischen Beschlusses eine Entscheidung über die französische Garantie für den deutsch-polnischen Schiedsvertrag mit dem Recht des Garanten, nach eigenem Ermessen einzuschreiten, auch auf der Londoner Juristenkonferenz noch nicht getroffen war, mochte Polen wohl hoffen, Frankreich wenigstens hier zum Festhalten an seinem Standpunkt zu bewegen und auch die englische Unterstützung in dieser Frage zu gewinnen.

Der Besuch des sowjetischen Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten, Čičerin, in Warschau kurz vor der Konferenz von Locarno, vom 27. bis zum 29. September 1925, blieb ein Zwischenspiel ohne besondere Wirkung. Sicher konnte diese unerwartete Reise als eine Demonstration aufgefaßt werden, daß sowohl Polen als die Sowjetunion auch eine andere Politik treiben könnten, wenn sie im Westen vernachlässigt würden. Die Gegensätze waren indessen trotz freundlicher Reden und freundlicher Zeitungsartikel viel zu tief, selbst die wirtschaftlichen Beziehungen zu schlecht, als daß wirklich ein Kurswechsel der polnischen und der sowjetischen Politik zu erwarten war. Der von Čičerin vorgeschlagene Nichtangriffspakt

93) Im Wortlaut nach den polnischen Akten zitiert bei Krasuski, Bd.I, S.409-410. - Balcerak, S.118 ff., 144 ff.

scheiterte an der polnischen Forderung, daß auch die baltischen Staaten und Rumänien daran beteiligt werden müßten. Ob eine solche "Verärgerungspolitik" überhaupt im Interesse Polens gelegen hätte, wurde schon damals in der polnischen Presse vielfach bezweifelt: Polen war nicht nur für die bevorstehenden Verhandlungen über den Sicherheitspakt, sondern auch wegen seiner wirtschaftlichen und finanziellen Bedürfnisse so sehr auf das Wohlwollen Großbritanniens angewiesen, daß eine demonstrative Annäherung an die Sowjetunion ihm in London nur schaden konnte.

In Berlin betrachtete man den Besuch Čičerins in Polen mit Gelassenheit und Rauscher begab sich als einziger Missionschef zur Verabschiedung auf den Warschauer Bahnhof, um hervorzuheben, daß die Reise des Volkskommissars nicht eine solche nach, sondern durch Warschau und nach Berlin war⁹⁴⁾.

12) Die Teilnahme Polens und der Tschechoslowakei an der Konferenz

Die Botschafter Belgiens, Englands, Frankreichs und Italiens hatten am 15. September in Berlin die Einladung zur Ministerkonferenz in Locarno überreicht, und Deutschland erklärte wenige Tage später seine Zustimmung. Die Regierung in Berlin suchte nun auch jetzt einen augenfälligen Unterschied zwischen den Verhandlungen mit dem Westen und ihren östlichen Nachbarn aufrecht zu erhalten, indem sie bestrebt war zu verhindern, daß Polen und die Tschechoslowakei überhaupt zu der geplanten Konferenz geladen wurden. Auf keinen Fall dürften sie von Anfang an daran teilnehmen, sondern erst sollten der Rheinpakt und die Schiedsverträge mit Frankreich und Belgien verhandelt werden, diese letzteren könne man dann Polen und der Tschechoslowakei zur Annahme anbieten. Doch war es in der ersten Septemberhälfte Skrzyński und Beneš gelungen, in Genf Briand und Chamberlain davon zu überzeugen, daß sie gegenüber der öffentlichen Meinung ihrer Länder in eine ganz unmögliche Lage ge-

94) Brief Rauschers an Dirksen vom 29. Sept. 1925. AA St.S. ORu, 4. Bericht A239/25 Warschau vom 2. Okt. 1925. BA R43 1/121. Krauski, Bd. I, S. 420-21. - Über einzelne Andeutungen von sowjetischer Seite im Frühjahr und Sommer 1925, daß Moskau in Anbetracht der Verhandlungen Deutschlands mit den Westmächten zu einer Annäherung an Polen gezwungen sein könnte, vgl. Korbelt, S. 162 ff.

raten würden, wenn schon bei den Verhandlungen über den Westpakt ohne ihre Teilnahme über das Schicksal Polens und der Tschechoslowakei entschieden würde. Es bliebe ihnen dann nichts übrig als nachträglich diesen Beschlüssen zu widersprechen und als Störenfriede zu erscheinen oder sie unterwürfig anzunehmen. Sie hatten nicht verlangt, an den Verhandlungen über den Westpakt beteiligt zu werden, sondern nur den Wunsch nach gleichzeitigen Besprechungen mit ihnen an demselben Konferenzort geäußert, was ihnen schließlich trotz des deutschen Widerstrebens von England und Frankreich zugebilligt wurde⁹⁵⁾. Am 6. Oktober reisten Beneš und Graf Skrzyński nach Locarno ab.

Die deutschen Einwände gegen die Teilnahme der beiden Länder mochten auch daher kommen, daß man durch die Behandlung der Ostfragen die Konferenz zu verlängern und zu belasten fürchtete. Scheinbar hatte einige Zeit lang die Ostabteilung des AA und auch die Warschauer Gesandtschaft die Vorstellung gehabt, daß bei diesen deutsch-polnischen Verhandlungen nicht ausschließlich der Schiedsvertrag, sondern auch andere Probleme auf die Tagesordnung kämen; es wurde sogar erwogen, Rauscher nach Locarno zu schicken. Aus Kreisen der Minderheit kam der Vorschlag, Deutschland möge sich den Abschluß des Schiedsvertrages mit Polen durch polnische Vorleistungen honorieren lassen wie etwa den Verzicht auf das sogenannte ~~Wiederkaufsrecht~~ bei deutschen Rentengütern, auf die Liquidation deutschen Eigentums und die Ausweisung der Optanten⁹⁶⁾.

In Stresemanns Absicht lagen derartige Forderungen und Verhandlungen sicherlich nicht, und auch in den am 2. Oktober 1925 vom Reichskabinet beschlossenen Richtlinien für die deutsche Delegation in Locarno hieß es über die östlichen Schiedsverträge nur, daß die Grenzfrage unter keinen Umständen unter ein bindendes Schiedsverfahren fallen dürfe und eine französische Garantie für den deutsch-polnischen und den deutsch-tschechischen Schiedsvertrag ausgeschlossen sein sollte⁹⁷⁾.

- 95) Zu den Gesprächen Skrzyńskis mit Chamberlain und Briand während der Genfer Völkerbundstagung vgl. Balcerak, S. 150 ff.
 96) Brief des Rechtsvertreters der deutschen Minderheit, Bruns, an Ministerialdirektor Kiep nach Locarno vom 7. Okt. 1925. AA Handakte Gaus, 6.
 97) Richtlinien für die Ministerzusammenkunft in Locarno vom 2. Okt. 1925. BA R43 I/425. Gedruckt in: Locarno-Konferenz. Nr. 24.

13) Die Konferenz von Locarno und ihr Ergebnis

Daß dieses letztgenannte Problem eine der größten Schwierigkeiten auf der bevorstehenden Konferenz bilden würde, war allen Beteiligten klar gewesen. Auf der Eröffnungssitzung am 5. Oktober wurde der umstrittene zweite Absatz des Artikels 6 aus dem Vertragsentwurf⁹⁸⁾ nur kurz gestreift, weil man nach Stresemanns erneuter Ablehnung der Meinung war, die Debatte darüber werde längere Zeit in Anspruch nehmen⁹⁹⁾.

Doch gleich am zweiten Tag kam es zu einer ausführlichen, wenn auch erfolglosen Auseinandersetzung darüber zwischen Briand und Stresemann. Nach längeren Ausführungen über die Entwicklung der Sicherheitsfrage seit dem deutschen Februarmemorandum und der Völkerbundsfrage in Deutschland stellte der deutsche Außenminister Briand die Frage: Frankreich habe jetzt zwei Garantien für den Osten, die Schiedsverträge und den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. In welcher Weise wirke sich nun die französische Garantie im Rahmen des Artikels 16 der Völkerbundssatzung aus? Wenn sie unter die Bestimmungen dieser Satzung falle und außerdem klar sei, daß der Völkerbund in jedem Fall den Vorrang haben solle, warum sei dann die Garantie notwendig?

Briand hatte zunächst den längst bekannten französischen Standpunkt bekräftigt, Frankreich sei durch seine Verträge mit Deutschlands östlichen Nachbarn - die sich im übrigen mit den Artikeln 15 und 16 der Völkerbundssatzung im Einklang befänden - in einer Weise gebunden, daß es nicht Garantien für seine eigene Grenze schaffen könne, ohne für seine Freunde zu sorgen. Sollte es sich nur um formelle Schwierigkeiten handeln, die mit der innerpolitischen Lage in Deutschland zusammenhingen, so bekundete Briand sei

98) Entwurf von der Londoner Juristenbesprechung. Der Artikel 6, Abs. 2 besagte, daß das Recht eines der vertragschließenden Teile unberührt bleibe, "in Ausführung einer von ihm für die Beobachtung der am heutigen Tage zwischen Deutschland und Polen sowie zwischen Deutschland und der Tschechoslovakei geschlossenen Schiedsverträge geleisteten Garantie in dem der Völkerbundssatzung nicht zuwiderlaufenden Maße vorzugehen, wenn die zuwiderhandelnde Partei zur Gewalt greift". Locarno-Konferenz, Nr. 20.

99) Die deutschen Sitzungsprotokolle in AA Handakten Dirksen, 19. Locarno-Konferenz. Nr. 25.

seiner Bereitwilligkeit, durch eine vermittelnde Formel die Aufgabe der deutschen Regierung zu erleichtern. Doch bei fundamentalen Meinungsverschiedenheiten und dem Ansinnen an Frankreich, seine Beziehungen zu Polen und der Tschechoslovakei aufzugeben, und auf die Garantie zu verzichten, müsse der Pakt eben scheitern - keine Gefahr, die übrigens auch im Kreise der deutschen Delegation nicht für ausgeschlossen galt. Zugunsten der französischen Garantie führte der Außenminister noch an, daß Deutschland schließlich erklärt habe, die Ostgrenze nicht mit Gewalt ändern, sondern bei allen Schwierigkeiten nach einer friedlichen Lösung suchen zu wollen, wozu der Schiedsvertrag vorgesehen sei. Folglich sei überhaupt nicht einzusehen, warum die Garantie nicht möglich sein sollte.

Auf Stresemanns präzise Fragen erwiderte Briand nach einer Notiz seines deutschen Kollegen mit "einer ziemlich konfuse[n] Rede", nachdem ihm Fromageot einige Unterlagen gegeben hatte. Nicht ganz zu Unrecht wies er darauf hin, daß auch am Rhein ein neuer Konflikt ganz undenkbar wäre und trotzdem dort ein Garantiesystem geschaffen werde. Diese Sondergarantien seien einfach notwendig, weil der Artikel 16 der Völkerbundssatzung noch unvollständig, "nicht organisiert" und nicht lebendig sei. Seine Verpflichtungen seien bisher zum großen Teil moralische geblieben und müßten nun endlich durch die Garantieverträge in die Praxis überführt werden. Es kam auf dieser Sitzung am Nachmittag des 6. Oktober zu keiner Annäherung der Standpunkte, und die Minister mußten sich entschließen, die Frage am nächsten Tag weiterzubehandeln. Dies geschah indessen nicht mehr; die französische Garantie für die östlichen Schiedsverträge tauchte als Beratungsgegenstand einer Vollsitzung der Konferenz überhaupt nicht wieder auf, bis man am 13. Oktober einer inzwischen auf anderem Wege gefundenen Lösung zustimmen konnte. Dem Stil der Konferenz entsprechend wurde diese wichtige politische Frage zwischen den Hauptdelegierten in einzelnen Gesprächen in ihren Hotelzimmern oder auf Ausflügen erörtert und schließlich in den daneben stattfindenden Juristenbesprechungen eine für alle Seiten annehmbare Formel für den Vertragstext gefunden - die "Kronjuristen" Englands, Frankreichs und

Deutschlands hatten bekanntlich einen ganz überragenden Anteil am Erfolg der Konferenz¹⁰⁰⁾.

Im einzelnen ist der Gang dieser Verhandlungen nicht genau bekannt, weil Aufzeichnungen darüber weitgehend fehlen. Auf jeden Fall war aber die französische Garantie der erste und wichtigste Gesprächsgegenstand bei dem Treffen des Reichskanzlers Luther mit Briand in Ascona am 7. Oktober. Während es zunächst so aussah, als ob beide abermals nur die bereits wohlbekannten Gesichtspunkte für und wider diese Garantie vorbringen würden, ergab sich im Laufe der Unterhaltung doch, daß dieses Thema "durchaus diskussionsfähig" war und die französische Tendenz dahin ging, "die Sache auf der Grundlage des Völkerbundsgedankens zu erledigen"¹⁰¹⁾. Von deutscher Seite einen neuen Vorschlag zu machen, wies Luther allerdings zurück, was Briand schließlich veranlaßte, den Versuch einer anderen Regelung auf Grund dieses Gespräches anzukündigen, vielleicht könnten sich Fromageot und Gaus darüber einigen.

Dazu kam es nun zwar in der Juristenbesprechung vom gleichen Tage und in einem Gespräch zwischen Gaus und Fromageot unter vier Augen am 8. Oktober noch nicht, aber der letztere hatte sich doch überzeugen müssen, daß auf eine deutsche Nachgiebigkeit bei der französischen Garantie für die östlichen Schiedsverträge nicht mehr zu rechnen war. Zum ersten Mal tauchte hier in den Darlegungen Sir Cecil Hurst's die Möglichkeit auf, die später auch zum Erfolg geführt hat: der von Deutschland beanstandete zweite Absatz des Artikels 6 könnte wegfallen, wenn der Artikel 2 verändert würde; sein zweiter Abschnitt bezog sich auf die Ausnahmen von dem im ersten Abschnitt festgelegten Kriegsverbot: unter diese mußten nun auch die Artikel 15, Absatz 7 und 16 der Völkerbundssatzung aufgenommen werden.

100) Einen anschaulichen Bericht, wie unentbehrlich die Hilfe von Gaus für die deutsche Delegation war, gibt Staatssekretär Kempner in einem Brief an Pünder in der Reichskanzlei, in dem er die Arbeitslast von Gaus beklagt, der neben Vollsitzungen und den Juristenbesprechungen auch noch "die Delegierten und ihre Begleiter auf die ungeheuer schwierigen Probleme einpauken muß. Vor der Sitzung, nach der Sitzung und auch wieder abends nach dem Essen treffen sich 5-6 Herren im Zimmer des Kanzlers, um staunend [von Gaus] zu hören, wie schwierig die Probleme eigentlich sind". 7. Okt. 1925. BA R43 I/426.

101) Aufzeichnung Luthers vom 7. Okt. 1925. AA St.S. FS, 15 app. 3.

Die wirkliche Entscheidung über den vielumstrittenen Paragraphen fiel aber erst einige Tage später; auf der Vollsitzung am 10. Oktober, die eigentlich nur eine "Verlegenheitssitzung" war, blieben die Artikel 3, 6 und 7 des Londoner Entwurfs¹⁰²⁾ noch immer den Juristen zur Beratung vorbehalten. Am Nachmittag fand dann die berühmte Dampferfahrt auf dem Lago maggiore statt, auf der die Hauptdelegierten Deutschlands, Englands und Frankreichs mit den Juristen fast fünf Stunden lang über den Artikel 16 der Völkerbundssatzung und die französische Garantie für den deutsch-polnischen Schiedsvertrag berieten. Ob die für Deutschland so günstige Entscheidung an diesem Tage wirklich schon gefallen ist, läßt sich mit Sicherheit nicht sagen. Das Telegramm, das Staatssekretär Kempner noch am Abend an die Reichskanzlei nach Berlin sandte, klang überaus vorsichtig:

"Wenn sich auch erstmalig gewisse Lösungen als möglich abzeichneten, so muß immer wieder betont werden, daß in dieser Frage das endgültige Ergebnis sich in keiner Weise übersehen läßt"¹⁰³⁾.

Bekannt wurde das Nachgeben Frankreichs und sein Verzicht auf die Stellung eines Garanten im deutsch-polnischen und deutsch-tschechischen Schiedsvertrag erst auf der 7. Vollsitzung der Konferenz am 13. Oktober 1925, als Sir Cecil Hurst einen abschließenden Bericht über die Arbeiten der Juristen gab und die Beratungen über den Rheinpakt als beendet gelten konnten¹⁰⁴⁾.

Es blieb nun noch übrig, sich über die vorgesehenen Schiedsverträge zu einigen, was kaum Schwierigkeiten bot, da sie im Prinzip ja bereits in London festgelegt worden waren. Angesichts der Übereinstimmung zwischen den Westmächten und Deutschland war der Spielraum für Polen und Tschechen, in den Verhandlungen über ihre Schiedsverträge mit Deutschland etwas zu erreichen, außerordentlich gering geworden. Die beiden Delegationen waren eine Woche lang in der wenig beneidenswerten Lage gewesen, zu den Sitzungen der Konferenz nicht zugelassen zu werden und sozusagen antichambrieren zu müssen, was in ihren Ländern auch bitter empfunden

102) Text: Locarno-Konferenz.Nr.20.

103) Tel.38 Locarno vom 10.Okt.1925. AA St.S. FS,15.

104) Text des Rheinpaktes und der Schiedsverträge: Locarno-Konferenz. Nr.26.

den wurde. Graf Skrzyński lernte Stresemann durch Briands Vermittlung am 12. Oktober kennen, es war ein reiner Höflichkeitsbesuch von 20 Minuten. Einen ebensolchen stattete der polnische Außenminister am folgenden Tage Reichskanzler Luther ab, woran sich dann aber eine längere politische Aussprache mit Stresemann knüpfte. Auch beim Gegenbesuch Luthers am 14. Oktober ergab sich - offenbar in wenig freundlicher Atmosphäre - Gelegenheit zur Erörterung der Optantenfrage, des Zollkrieges und des Schiedsvertrages. Über dessen Einzelheiten verhandelte inzwischen Ministerialdirektor Gaus mit der polnischen Delegation, zeitweise im Beisein des Grafen Skrzyński. Deutsche Aufzeichnungen darüber sind nicht bekannt; aus späteren Äußerungen Stresemanns geht aber hervor, daß es zu recht scharfen Zusammenstößen dabei gekommen sein muß, so daß Gaus sogar bat, ihn von den Verhandlungen mit der polnischen Delegation zu entbinden¹⁰⁵⁾. Wie aus den inzwischen auszugsweise bekannten Berichten der polnischen Vertreter hervorgeht¹⁰⁶⁾, hatten sie verständlicherweise nun in letzter Minute noch einen Versuch gemacht, mit dem Schiedsvertrag soviel wie möglich zu erreichen: wenn schon keine ausdrückliche Anerkennung des status quo, so doch einen Verzicht auf jede Gewaltmaßnahme in einer Art Nichtangriffspakt. In Artikel 1 sollten sich beide Seiten verpflichten, unter keinen Umständen zum Kriege zu schreiten, wovon nur der Fall einer Aggression und Handlungen in Übereinstimmung mit der Völkerbundssatzung ausgenommen waren. Gaus wies dieses Verlangen zurück: "aus politischen Rücksichten" werde die deutsche öffentliche Meinung ein Kriegsverbot "in so absoluter Form" nicht billigen. Die deutschen Vertreter konnten hier unbesorgt eine vollkommen intransigente Haltung einnehmen, - es stand bei den vorsichtigen und wenig entschiedenen Äußerungen Hurst's und Fromageot's in den Besprechungen über den deutsch-polnischen Schiedsvertrag nicht zu befürchten, daß die Westmächte nach ihrer Einigung mit Deutschland noch sehr nachdrückliche Vorstellungen erheben würden, um das Reich zu Zugeständnissen an Polen zu bewegen.

105) Vortrag am 14. Dezember 1925. AA Nachlaß, 33. ADAP. Serie B. I, 1. S. 727-753.

106) Balcerak, S. 187 ff.

Die Präambel des Schiedsvertrages enthielt dann schließlich auch nur Allgemeinheiten. Den Satz, die Parteien seien einig darin, "daß die Rechte eines Staates nur mit seiner Zustimmung geändert werden können", interpretierte Stresemann dahin, noch niemals in der Weltgeschichte wäre eine Grenzänderung vorgekommen ohne die Zustimmung des beteiligten Staates, der Unterlegene habe stets auch sehr nachteilige Verträge als Recht anerkennen müssen¹⁰⁷⁾. Als ein bindender Verzicht Deutschlands auf seine politischen Ziele im Osten konnte diese Vertragspräambel ganz gewiß nicht aufgefaßt werden.

Das Ergebnis der Konferenz von Locarno ist oft gewürdigt worden¹⁰⁸⁾, so daß es hier genügen kann, die für das deutsch-polnische Verhältnis entscheidenden Punkte noch einmal kurz hervorzuheben. Deutschland hatte keine Anerkennung oder Garantie für seine Ostgrenzen aussprechen müssen, und in keinem der Verträge lag ein Hindernis für die deutschen Revisionsbemühungen begründet. Gerade dadurch, daß England und Frankreich sich mit einer Garantie der Rheingrenze zufriedengaben, ließen sie doch bis zu einem gewissen Grade wenigstens Verständnis für den deutschen Standpunkt erkennen. Deutschland hatte auch keinen Gewaltverzicht in einem Vertrage mit Polen erklärt, sondern nur einen einfachen Schiedsvertrag geschlossen, ohne die Garantie einer anderen Macht und deren Recht, bei einem flagranten Bruch des Abkommens sofort und aus eigenem Ermessen gegen den Angreifer vorzugehen. Der Schiedsvertrag sah außerdem für die großen politischen Fragen nur ein Vergleichsverfahren vor, den Spruch der Vergleichsinstanz in einem deutsch-polnischen Konflikt brauchte Deutschland aber nicht anzuerkennen. Dann wurde die Frage zwar dem Völkerbundsrat vorgelegt, doch dieser konnte Deutschland nur mit einem einstimmigen und von Polen angenommenen Beschluß am Kriege mit Polen hindern. Kam dieser einstimmige Beschluß nicht zustande, gewann Deutschland seine volle

107) Siehe S. 84, Anm. 105. Ganz ähnlich beurteilte Stresemann die Präambel in seiner Rede vom 22. Nov. 1925. (VHfZ. 15, 4. 1967). Da die Sitzungen des Zentralvorstandes der DVP vertraulich waren, konnte er ohne Rücksicht auf die Wirkung in der Öffentlichkeit sprechen, die bei solchen Reden wie der vom 14. Dez. 1925 stets in Rechnung zu setzen ist.

108) Bretton, S. 116-125. - Erdmann, S. 143 ff. - Eyck, Bd. II, S. 53 ff. - Korb, S. 179-180. - Wandycz, S. 361 ff.

Handlungsfreiheit zurück. Die praktische Bedeutung dieser Bestimmung hing nach deutscher Auffassung "von der Beurteilung der künftigen politischen Entwicklungsmöglichkeiten" ab¹⁰⁹⁾.

Weiterhin hatte der Artikel 16 der Völkerbundssatzung in Locarno eine Interpretation bekommen, die es Deutschland bei einem polnisch-sowjetischen Krieg gestatten würde, Frankreich an einer sofortigen Hilfeleistung für seinen Verbündeten zu hindern, indem es den Durchmarsch französischer Truppen durch deutsches Gebiet verweigerte. Polen stand dann in einem solchen Konflikt der Sowjetunion vollkommen isoliert gegenüber. Daran änderte im Grunde auch der neue Vertrag nichts, den Frankreich am 16. Oktober 1925 mit Polen schloß und den Deutschland offiziell nicht einmal zur Kenntnis nehmen brauchte, da er kein Bestandteil der Locarno-Verträge wurde. Die alte polnisch-französische Alliance hörte zwar nicht auf zu bestehen, doch war ihr Verhältnis zu dem neuen Abkommen nicht genau definiert, und für Polen verlor sie den bisherigen Wert, der Unterstützung Frankreichs in jedem Falle sicher zu sein, auch wenn Polen nicht ganz eindeutig das Opfer eines Angriffs war. Frankreich bestätigte nun nur noch einmal seine Befugnisse, die ihm auch schon auf Grund der Völkerbundssatzung zustanden: Polen nach dem Artikel 16 sofort zu Hilfe zu kommen, wenn die Abkommen von Locarno verletzt würden in einer Weise, daß Polen sich einem unprovzierten Angriff ausgesetzt sieht, und außerdem nach Artikel 15, Abs. 7, wenn der Völkerbundsrat über einen Streitfall zu keinem einstimmigen Beschluß gelangt war und die Staaten ihre Handlungsfreiheit wiedergewannen - dann aber auch wieder nur bei einem nicht provozierten Angriff auf Polen¹¹⁰⁾. Insgesamt kann also kein Zweifel bestehen, daß Polen in Locarno eine empfindliche politische Niederlage zu beklagen hatte¹¹¹⁾.

Daran konnte auch die optimistische Rede des Grafen Skrzyński im Auswärtigen Ausschuß des Sejm am 21. Oktober 1925 nichts ändern,

109) Aufzeichnung des AA über Fragen des Sicherheitspakts vom 21. August 1925. AA St.S. FS, 13.

110) Text: AA Polit. Abt. II. Pol. 4, 5. Übersetzung: Locarno-Konferenz. Nr. 27.

111) Eine ausführliche Würdigung der Verträge und ihrer juristischen Einzelheiten bei Krasuski, Bd. I, S. 440-450.

in der er alle unerfüllten Wünsche Polens nicht erwähnte und selbst die Verschlechterung des polnisch-französischen Bündnisses nicht zugeben wollte. Er schloß mit den Worten:

"Es ist gewiß kein vollkommener Vertrag, und der Kritik öffnet sich ein weites Feld, aber er ist auch kein Endpunkt, sondern ein Beginn, das Aufzeigen eines Weges; er ist der Beweis der friedlichen Absichten der in Locarno vertretenen Staaten, das Bemühen, einen Ausweg aus der schwierigen Weltlage zu finden"¹¹²⁾.

Ein großer Teil der polnischen Presse erörterte offener die Nachteile des Paktes und die Zwangslage, in der sich Polen bei den Verhandlungen befunden hatte. Doch setzte sich mehr und mehr die Einsicht durch, daß der Einfluß Polens auf den Gang der Ereignisse ziemlich gering gewesen war und daß der Außenminister erreicht hatte, was möglich schien. Da ein Bündnis mit der Sowjetunion nicht in Frage kam und auf der anderen Seite Polen nur die außenpolitische Isolierung drohte, mußten die Verträge von Locarno immer noch als erträglich gelten und Polen danach trachten, seine Sicherheit auf innerpolitischen Frieden, die Stärke der Armee und die bestehenden Bündnisse zu stützen¹¹³⁾.

In Sejm und Senat sah sich die polnische Regierung scharfer Kritik von rechts und links ausgesetzt. In der Debatte der Kommission für Auswärtige Angelegenheiten am 28. Oktober gab Professor Stroński, prominenter Außenpolitiker des Christlich-Nationalen Klubs (Klub Chrześcijański-Narodowy) und Chefredakteur der "Warszawianka", in sehr deutlichen Worten der pessimistischen Stimmung eines immer noch erheblichen Teils der polnischen Öffentlichkeit Ausdruck. Er wies auf die unterschiedliche Behandlung der deutschen Ost- und Westgrenzen hin und hob hervor, daß das ursprüngliche französisch-polnische Bündnis verschlechtert und begrenzt worden war. Außerdem habe der Außenminister in der Note über den Artikel 16 der Völkerbundssatzung ein "billet doux" für Deutschland unterzeichnet. Polen mache sich in diesem Falle mitschuldig an der Vergewaltigung der Völkerbundssatzung; es ermögliche Deutschland den Einzug in den Völkerbund und gleichzeitig die Aufrechterhaltung seiner Ra-

112) Bericht A 251 Warschau vom 24. Okt. 1925. AA GA Polen Pol. 4, 1. Krasuski, Bd. I, S. 450-451.

113) Vgl. dazu auch Balcerak, S. 202 ff.

pallo-Politik. Das Vertragswerk sei schließlich kein einheitliches Ganzes, weil die Garantieverträge Frankreichs mit Polen und der Tschechoslovakei nicht dazu gehörten. Der Friede Europas habe eine empfindliche Schwächung erfahren¹¹⁴⁾. Ebenfalls von nationaldemokratischer Seite wurde Skrzyński vorgeworfen, die wirkliche Lage Polens zu beschönigen und die drohenden Gefahren zu vertuschen. Wie auch im Februar und März 1926 in den Ratifikationsdebatten schlossen sich diesem negativen Standpunkt die Wyzwolenie-Partei, die Bauern-Partei, die Kommunisten und die Vertreter der ukrainischen und weißrussischen Minderheit an.

Diejenigen Gruppen im Sejm, die für die Annahme der Verträge eintraten, hauptsächlich die Sozialisten und die Piast-Partei, verkannten die Mängel der in Locarno getroffenen Vereinbarungen durchaus nicht und erklärten immer wieder das gescheiterte Genfer Protokoll für eine vollkommeneren Friedenssicherung. Doch setzten sie sich schließlich mit ihrer Warnung durch, daß die Ablehnung der Verträge Polen in eine katastrophale Isolierung führen müßte: es würde dann in die Rolle eines Friedensstörers in Europa gedrängt werden und seine Beziehungen zu England und den USA so belasten, daß jede Hoffnung auf wirtschaftliche Hilfe schwinden müsse; das Bündnis mit Frankreich würde weiter gelockert, und Polen verzichte auch noch auf den bescheidenen Anteil an dem Werk von Locarno, den ihm der Schiedsvertrag mit Deutschland gebracht hatte. Sejm und Senat beugten sich dieser Einsicht mit der Ratifikation der Verträge im März 1926 und billigten damit die Außenpolitik des Grafen Skrzyński.

114) Krasuski, Bd.I, S.451 ff. WTB Nr.1190 vom 28. und 29.Okt. 1925. AA St.S. FS,17.

II. Die polnische Kandidatur für einen Sitz im Rat des Völkerbundes

Die Konferenz von Locarno hatte keine Entspannung des deutsch-polnischen Verhältnisses gebracht, im Gegenteil, die Atmosphäre verschlechterte sich, weil die Unsicherheit der polnischen Westgrenzen nun offenkundig geworden war. Auch die Ereignisse des Jahres 1926 waren kaum dazu angetan, hier einen Wandel herbeizuführen.

England und Frankreich hatten in Locarno den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund zur Bedingung gemacht - unvermeidlich gelangte in diesem Zusammenhang der längst bekannte Wunsch Polens nach einem ständigen Sitz im Völkerbundsrat wieder in den Mittelpunkt des Interesses. Der deutsche Widerstand gegen dieses Ziel der polnischen Außenpolitik hatte seinen Grund letzten Endes auch wieder darin, daß sich ein Bezug zur Grenzfrage herstellen ließ. Außerdem gehört die polnische Kandidatur für einen Ratssitz in den Kreis der Probleme, über die zwischen Berlin und Warschau beharrlich geschwiegen wurde, bei denen aber beide Seiten sich umso intensiver bemühten, in Paris, London, Genf und diesmal auch Stockholm durch Einwirkung auf die öffentliche Meinung und nachdrückliche Vorstellungen bei den verantwortlichen Politikern ihr Ziel zu erreichen. Deshalb bedarf die Frage an dieser Stelle der Erwähnung.

Es soll hier nicht der Gang der vielfältigen diplomatischen Aktionen nachgezeichnet werden, die vom Anfang des Jahres 1926 an über die erfolglose Sondersession des Völkerbundes im März und die Arbeiten der Kommission zum Studium der Ratsreform im Mai bis zur Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund und der Wahl Polens auf einen halbständigen Ratssitz im September führten¹⁾. Notwendig ist nur ein Blick auf die Motive, die Deutschland veranlaßten, sich dem Einzug Polens in den Völkerbundsrat mit allen Mitteln zu widersetzen.

Die polnischen Wünsche waren in Berlin seit langem bekannt, doch hatte man sie nie sonderlich ernst genommen und war deshalb höchst überrascht, als Anfang Februar 1926 die Nachrichten immer zahlrei-

1) Vgl. dazu Spenz, S.129 ff.

cher wurden, Briand sei es bei seinem Treffen mit Chamberlain Ende Januar in Paris gelungen, den britischen Außenminister von der Notwendigkeit eines ständigen polnischen Sitzes im Völkerbundsrat zu überzeugen²⁾. Daß Frankreich die polnische Kandidatur unterstützen würde, konnte nicht verwundern. Es hatte diese Zusage, wie sich später herausstellte, schon vor und in Locarno gegeben, möglicherweise sogar als Preis für die Zustimmung Polens zum Sicherheitspakt - auch wenn der polnische Außenminister dies später offiziell nicht zugeben wollte³⁾. Doch ein mögliches "Einschwenken Englands in die propolnische Front" rief in Berlin Bestürzung hervor, obwohl noch längst nicht klar war, ob Chamberlain seine Pariser Zusicherungen angesichts einer uneinheitlichen Auffassung des britischen Kabinetts und des lebhaften Widerstandes der englischen öffentlichen Meinung würde aufrechterhalten können.

Im Auswärtigen Amte jedoch sah man mit der englischen Unterstützung für Polen die Aussicht auf "eine englisch-deutsche Zusammen-

- 2) Diese Nachrichten waren vollkommen zutreffend, wie aus einem Memorandum Chamberlain's für das britische Kabinett vom 1. Febr. 1926 hervorgeht. Die Argumente Briands hatten so starken Eindruck auf ihn gemacht, daß er, der vorher durchaus gegen einen ständigen polnischen Ratssitz gewesen war (s.S. 93, Anm. 11), jetzt die Unterstützung des polnischen Anspruches durch England empfahl. Briand hatte zugunsten seiner Auffassung geltend gemacht, daß Deutschland und Polen in gleicher Stellung im Völkerbundsrat ihre zahlreichen Streitigkeiten viel besser beilegen könnten, in der freundlichen und versöhnlichen Genfer Atmosphäre und mit Hilfe der übrigen Ratsmächte. Außerdem könne Polen sich dann endlich selbst helfen und Frankreich müsse nicht mehr sein Anwalt sein, was stets die Verständigung mit Deutschland erschwert habe. In der französischen Öffentlichkeit würde auch das Ausscheiden Belgiens nicht gern gesehen; käme Polen an seine Stelle, sei es leichter zu ertragen. Schließlich müsse man Rücksicht auf die Stellung des Grafen Skrzyński nehmen, die ohne einen Genfer Erfolg immer schwächer würde. Könne er aber auch ein befriedigendes Ergebnis seiner maßvollen und friedlichen Politik hinweisen, werde auch in Polen der Locarno-Geist größeren Einfluß gewinnen. DBFP IA, 1. Nr. 233.
- 3) Graf Skrzyński erklärte am 25. Febr. 1926 auf eine Frage im Sejm, ob er nicht vor der Unterzeichnung der Locarno-Verträge sich habe Zusicherungen geben lassen für einen ständigen polnischen Ratssitz: nein, in einem Augenblick, der für die große Richtung der polnischen Politik entscheidend sei, treibe er mit Polens Entscheidung keinen Handel und verkaufe sein Wort nicht. - Tel. 42 Warschau vom 25. Febr. 1926. AA RM 10, 4. - Tel. 63 Warschau vom 21. März 1926. AA RM 18, 9. - Briand sagte am 13. März 1926 in einem Gespräch mit Stresemann in Genf, er müsse allerdings beichten, daß er schon vor Locarno das Versprechen eines ständigen Ratssitzes an Polen gegeben habe. AA St.S. Vöra, 5.

arbeit in der polnischen Frage" und damit "die letzte Hoffnung auf eine Bereinigung der deutsch-polnischen Grenzfrage für lange Zeit" dahinschwinden. Die Anerkennung Polens als Großmacht schien unerträglich und die in Deutschland gegenüber Polen stets als besonders wichtig empfundenen Prestigerücksichten empfindlich verletzt, wenn nun Deutschland und Polen "Arm in Arm" in den Völkerbundsrat aufgenommen würden. Für die deutschen Grenzwünsche im Osten fürchtete man hier ein unüberwindliches Hindernis sich erheben zu sehen. Einem Polen gegenüber, dem man den Rang einer Großmacht zuerkannte, würde man wohl in gewissem Sinne verpflichtet sein, seine Grenzen zu respektieren, und vor allem war nicht mehr anzunehmen, daß die übrigen einflußreichen Staaten im Völkerbundsrat auf das ihnen gleichgestellte Polen einen Druck im Sinne der deutschen Revisionsforderungen ausüben würden. Die polnische Position verstärkte sich einfach auch dadurch, daß die Einstimmigkeit der Beschlüsse notwendig war und daher die im Rate vertretenen Staaten vielfach aufeinander angewiesen waren. Man glaubte in Berlin sicher zu sein, das englische Bestreben werde stets dahin gehen, auf deutsche Nachgiebigkeit zu dringen, um deutsch-polnische Gegensätze aus der Welt zu schaffen.

Schließlich gab es noch einen ganz besonderen Grund für die deutsche Enttäuschung über die Zusicherungen Chamberlains für Polen. Wie im folgenden Kapitel darzustellen sein wird, hegte man 1926 in Berlin die Hoffnung, Polen im Zuge einer bevorstehenden internationalen Sanierungsaktion für seine geschwächte Wirtschaft und Währung eine Revision der Grenzen im deutschen Sinne aufzwingen zu können. Die hierzu unentbehrliche englische Hilfe war indessen nicht mehr zu erwarten, wenn England Polen jetzt zu einem ständigen Sitz im Völkerbundsrat verhalf. Ein ihm solchermaßen gleichgestelltes Polen würde England vermutlich nicht finanziell "unter Kuratel" stellen lassen, sondern ihm zu einer Anleihe ohne drückende Bedingungen und scharfe Kontrolle verhelfen. Damit ging die, wie es schien, vorerst letzte Möglichkeit vorüber, eine Grenzrevision im Osten ohne direkte Anwendung von Gewalt durchzusetzen⁴⁾.

4) Aufzeichnung Dirksens vom 9.Febr.1926. AA St.S. O,5.

Daneben gab es noch andere Argumente, die bei der allgemein antipolnischen Tendenz der damaligen deutschen Außenpolitik einen Einzug Polens in den Völkerbundsrat wenig wünschenswert erscheinen ließen. In der Ostabteilung des Auswärtigen Amtes war man der Ansicht, daß auf diese Weise in der deutschen öffentlichen Meinung die Locarno-Politik und der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund vollkommen discreditiert würden; ebenso sei dann ein wichtiger Gewinn der Locarno-Verträge, die Lockerung der französisch-polnischen Alliance, wieder zunichte gemacht, wenn Polen nun auch noch die englische Unterstützung dazu erhielte. Die von englischer und französischer Seite geäußerte Ansicht, Deutschland und Polen könnten leichter zu einem Ausgleich gelangen, wenn sie als gleichberechtigte Mitglieder dem Völkerbundsrat angehörten, überzeugte in Berlin niemanden. Da die Gegensätze zwischen beiden Ländern "Lebensfragen" beträfen, würden sie nur umso schärfer aufeinanderprallen⁵⁾. Ebenso wenig Glauben fand ein unzählige Male vorgebrachtes französisches Argument, die deutsch-französische Verständigung werde leichter sein und raschere Fortschritte machen, wenn Frankreich nicht mehr "mit den polnischen Akten unter dem Arm" im Völkerbundsrat erscheinen müßte. Briand ließ mehrfach durchblicken, er würde es als große Erleichterung empfinden, von der Last der polnischen Wünsche und Beschwerden befreit zu sein⁶⁾. Damit war es ihm wohl gelungen, Chamberlain zu gewinnen, auf deutscher Seite erblickte man in diesen Worten keine Garantie dafür, daß Frankreich auch tatsächlich dann seine "Protektorrolle" aufgeben würde.

Die deutschen Bedenken galten nicht nur einem ständigen Ratssitz für Polen; auch als es im März 1926 so schien, als habe Polen sich mit einem nichtständigen Sitz für den September abgefunden, blieb der deutsche Widerstand bestehen, weil selbst darin ein unerwünschter Zuwachs an Macht und Einfluß für Polen gesehen wurde. Als man sich vor der Genfer Sondersession darüber klar werden mußte, welche Stellung Deutschland einnehmen solle, wenn man von ihm die

5) Aufzeichnung Zechlins vom 26. März 1926. AA St.S. Po, 1.

6) Tel. 145 Paris vom 13. Febr. 1926. AA RM 10, 4.

Tel. 147 Paris vom 17. Febr. 1926. AA St.S. Vöra, 2.

Tel. 225 Paris vom 4. März 1926. AA RM 18, 9.

Zusage verlange, der Wahl Polens auf einen nichtständigen Ratssitz im Herbst nicht zu widersprechen, kam aus der Ostabteilung des Auswärtigen Amtes der Vorschlag, eine solche Zusage von Gegenleistungen auf dem Gebiet der deutsch-polnischen Beziehungen abhängig zu machen⁷⁾. Wenn die Idee auch dann nicht ernsthaft ins Auge gefaßt wurde, bleibt doch bemerkenswert, wie diese Gegenleistungen aussehen sollten und mit welcher Leichtigkeit hier Eingriffe in die polnische Souveränität erwogen wurden, die man keinem anderen Lande zuzumuten gewagt hätte. Um Polen zur Einhaltung einiger Verträge zu zwingen, die es nach deutscher Ansicht verletzt hatte⁸⁾, sollte dem Völkerbund die Einrichtung eines Kontrollorgans vorgeschlagen werden. Dieses würde nicht nur Feststellungen treffen können, welche Leistungen Polen auszuführen habe, sondern die Möglichkeit haben, sie auch durchzusetzen. Dazu sollte ein Kontrollkommissar die Befugnis bekommen, direkte Weisungen an polnische Behörden zu geben. Weil mit Sicherheit zu erwarten stand, daß Polen eine solche Maßnahme des Völkerbundes ablehnen würde, könnte Deutschland dann auch seine Zustimmung zu einem nichtständigen polnischen Sitz im Völkerbundsrat verweigern.

Die bisher erwähnten deutschen Vorbehalte gegen einen polnischen Ratssitz waren natürlich mit wenigen Ausnahmen nicht für die Öffentlichkeit oder die Verhandlungen mit England und Frankreich geeignet. Ließ man in vertraulichen Gesprächen auch gelegentlich durchblicken, daß der Einzug Polens in den Völkerbundsrat für Deutschland besonders schwer erträglich sei und daß Polen aus verschiedenen Gründen⁹⁾ diese Rangerhöhung gar nicht verdiene, sah doch die offizielle Stellungnahme der deutschen Regierung ganz anders aus und war formell fast unangreifbar. Sie bezog sich ausschließlich auf die prinzipielle Seite der Frage einer Erweiterung des Völkerbundsrates. Deutschland verteidigte den Grundsatz, daß nur Großmächte einen ständigen Sitz im Rat haben soll-

7) Aufzeichnung Dirksens vom 2. März 1926. AA St.S. Po. 1.

8) Es handelte sich um Staatsangehörigkeitsfragen nach dem Wiener Abkommen von 1924, Entschädigungszahlungen für enteignete deutsche Ansiedler in Polen und kulturelle Rechte für die gesamte deutsche Minderheit.

9) siehe S. 75.

ministerium, Jackowski, zum ersten Male Rauscher auf die Völkerbundsfrage ansprach und den polnischen Standpunkt für die bevorstehende Versammlung in Genf darlegte, verhielt sich Rauscher "völlig rezeptiv"¹⁵⁾. Die Wahl Polens auf einen nichtständigen Sitz für drei Jahre und die Erklärung seiner Wiederwählbarkeit konnte Deutschland nicht verhindern; es war nur der Prestigeerfolg zu verzeichnen, daß Polen erst eine Woche nach Deutschland in den Völkerbundsrat einzog.

15) Tel. 216 Warschau vom 19. August 1926. AA St.S. Vöra, 10.

III. Finanzsanierung und Grenzrevision

) Politische und wirtschaftliche Verhältnisse in Polen bis zum Staatsstreich Pilsudskis

Das Verständnis einer um die Jahreswende von 1925 zu 1926 im Auswärtigen Amt aufgetauchten Idee, die gewünschte Revision der Ostgrenzen mit einer internationalen Sanierungsaktion für Polens Wirtschaft und Währung zu verbinden, ist es notwendig, zunächst seinen Blick auf Polens innere Lage und seine wirtschaftlichen Verhältnisse zu werfen.

Bis zum Jahre 1925 war es Polen noch nicht gelungen, alle die Schwierigkeiten zu überwinden, die sich beim Aufbau des neuen Staates nach mehr als hundert Jahren der Unfreiheit ergeben hatten. Die drei Teile, die so lange unter verschiedener Herrschaft und unter ganz verschiedenen Bedingungen gelebt hatten, waren noch nicht wieder zu einem einheitlichen Gemeinwesen verschmolzen. Die Gesellschaftsstruktur des Landes ließ immer aufs neue die schärfsten Gegensätze zwischen den einzelnen Klassen aufbrechen. Gruppen- und Klasseninteressen wurde oft die Rücksicht auf das Staatswohl untergeordnet. Auch ein solcher Egoismus und vielfach mangelnde Staatsgesinnung waren, wie wohl zu Recht bemerkt worden ist¹⁾, eine Folge der Teilungen und der Abhängigkeit - man war gewohnt gewesen, den Staat als etwas Fremdes und Feindliches zu betrachten und nicht für ihn und mit ihm, sondern gegen ihn zu wirken. Diese Haltung war in den ersten Jahren der Unabhängigkeit noch nicht verschwunden, was seinen Ausdruck auch in der Geschichte des polnischen Sejms dieser Zeit fand, der doch unter günstigen Umständen einen vermittelnden und verbindenden Einfluß im Lande hätte ausüben können. Durch ein sehr liberales Wahlrecht aber, das die Parteienzersplitterung auf unheilvolle Weise begünstigte, bestanden im Sejm nur selten stabile Mehrheitsverhältnisse. Zuwillige und oft aus Gruppen mit ganz verschiedenen Interessen gebildete Mehrheiten entschieden über wichtigste politische Fragen. Diese Absprachen kamen häufig durch undurchsichtige Kompromisse, Konzessionen und Aufteilung von "Einflußsphären" zwischen Parteien

¹⁾ Pobóg-Malinowski, S.453.

und kleinen Klubs zustande. Die Regierung konnte sich nur durch immer neue Zugeständnisse und Verpflichtungen gegenüber den einzelnen Gruppen halten. Dieser Zustand des Sejm blieb nicht ohne verderblichen Einfluß auf den gesamten Staatsapparat. Die Parteien verteilten unter sich nicht nur Ministerportefeuilles, sondern auch andere Ämter und staatliche Institutionen; es kam vor, daß ein Ministerium oder eine Wojewodschaft bald von dieser, bald von jener Partei abhängig war. Abgeordnete nutzten ihre Stellung zu Eingriffen in die Behörden zugunsten ihrer Parteiinteressen aus, Korruption und Bestechlichkeit nahmen ungewöhnliche Ausmaße an.

Doch nicht nur der Staatsapparat war in solcher Weise von Demokratisierung und Desorganisation bedroht, auch um das Heer und insbesondere die Organisation seiner Führungsspitze entbrannte immer neuer Streit. Er war verbunden mit dem Namen Piłsudskis, des Marschalls von Polen und Staatsoberhaupt nach der Wiedererlangung der Unabhängigkeit. Piłsudski hatte nach der Niederlegung aller Staatsämter 1923 in Sulejówek von seinen schriftstellerischen Arbeiten gelebt, doch pflegte er sich mit Artikeln, Interviews und offenen Briefen auch in die polnische Tagespolitik zu mischen, so daß die Frage seiner Rückkehr in eine hohe Stellung in Staat und Armee nie ganz aus der öffentlichen Diskussion verschwunden war. Seine Verachtung für Sejm und Parteien war bekannt, ebenso seine Mißbilligung aller Versuche der amtierenden Kriegsminister, der Generale Szeptycki und später Sikorski, die parlamentarische Aufsicht über das Heer anzuerkennen und die obersten Kommandobehörden entsprechend einzurichten. Piłsudski, der die Armee als die beste Garantie der polnischen Unabhängigkeit zu betrachten gewohnt war, befürchtete, sie würde so zum Spielball von Parteiinteressen werden, und das wollte er unter allen Umständen verhindern. Mehrfach wurden mit ihm bei Kabinettsumbildungen Verhandlungen über seine Beteiligung an der Regierung angeknüpft, zerschlugen sich jedoch jedesmal. Im Sommer 1925 gelangte dann schließlich sein Streit mit den Generalen Sikorski und Stanisław Haller in die Öffentlichkeit, wo er große Unruhe auslöste und Staatsstreichgerüchte aufkommen ließ.

nicht ganz ohne Einfluß auf die Stimmung im Lande blieb auch die Verschlechterung der außenpolitischen Situation Polens durch Lomarno und das Gefühl des Bedrohtseins durch den deutsch-sowjetischen Vertrag vom Frühjahr 1926.

Seinen entscheidenden Anteil an der allgemeinen Krise aber hatte die sich beständig verschlechternde Wirtschaftslage. Polen, das jahrelang Kriegsschauplatz gewesen und in hohem Maße verwüstet war, hatte unter großen Schwierigkeiten den Wiederaufbau begonnen und 1924 mit der Stabilisierung seiner Währung eine erste Rast bekommen. Doch begann der Złoty bereits 1925 wieder zu sinken, und nur kurze Zeit konnte sein Kurs durch eine Intervention der Bank Polski noch einmal gehalten werden. Aus Kreditmangel im Lande mußte die Industrie ihre Produktion drosseln, aus den Banken wurden in großem Umfang Einlagen abgezogen, so daß viele Betriebe und Geldinstitute zusammenbrachen. Die Arbeitslosenzahlen begannen zu steigen, weil auch zahlreiche öffentliche Arbeiten eingestellt werden mußten. Durch eine Mißernte 1924, den Rückgang der Industrieproduktion und den Fehlschlag einer hohen Besteuerung der großen Vermögen blieben die Staatseinnahmen weit hinter den Ausgaben zurück. Da eine wirksame Ausgabenkürzung im Sejm gegen den Druck der Parteien und Interessenverbände nicht durchzusetzen war, wuchs das Defizit im Staatshaushalt unaufhaltsam weiter. Dazu kam der Ausbruch des deutsch-polnischen Wirtschaftskrieges; die schlechte polnische Handelsbilanz hatte zur Folge, daß die Devisenvorräte in schnellem Tempo schwanden. Die Regierung setzte immer mehr wertloses Geld in Umlauf, die Preise stiegen, während die Löhne weit hinter ihnen zurückblieben.

In dieser wirtschaftlichen Notlage und durch die Verarmung weiter Kreise der Bevölkerung verschärften sich auch die politischen Auseinandersetzungen wieder. Die Linke, besonders die PPS (Polska Partia Socjalistyczna), mußte sich gegen Versuche zur Verlängerung des Arbeitstages auf zehn Stunden wehren und höhere Löhne und Sicherungen für Krankheit und Arbeitslosigkeit durchzusetzen suchen. Monatelang tobte im Sejm ein erbitterter Kampf um ein neues Agrarreformgesetz, das am 10. Juli 1925 zustande kam.

Am Ende des Jahres 1925 war eine Besserung der Lage noch in keiner Weise abzusehen, und als schließlich die Bank Polski neue Interventionen zugunsten des Złoty verweigerte und sein Kurs weiter fiel, trat am 14. November die seit zwei Jahren amtierende Regierung Grabski zurück. In die am 20. November gebildete Koalitionsregierung unter dem Grafen Skrzyński trat auch die PPS ein, mit der Absicht, den "Staat und die arbeitende Klasse" vor der drohenden Katastrophe zu retten²⁾. Das neue Kabinett stand vor einer fast ausweglos scheinenden Situation. Nicht nur flammte die öffentliche Auseinandersetzung über militärische Fragen mit Piłsudski wieder auf, sondern auch die Regierung der "starken Hand" des Innenministers Raczkiewicz erreichte nur ein Zunehmen der Erregung im Lande, die sich im Frühjahr 1926 in mehreren Städten in blutigen Unruhen entlud. Inzwischen fiel der Złoty noch weiter, und die Arbeitslosenzahlen stiegen ebenfalls.

Bei einer aus Parteien mit so gegensätzlichen Interessen zusammengesetzten Regierung bot die Lösung der Hauptaufgabe, des Budgetausgleichs, unüberwindliche Schwierigkeiten: der der Nationaldemokratie angehörende Finanzminister Zdzichowski hatte dafür ein ganz anderes Programm als es die Sozialisten akzeptieren konnten, die fürchteten, daß die gesamte Last den arbeitenden Schichten der Bevölkerung aufgebürdet werden sollte. Da sich ein Ausgleich als unmöglich erwies, traten die PPS-Minister am 20. April 1926 zurück. Die gesamte Regierung Skrzyński demissionierte am 5. Mai, nachdem sie noch ein Budget-Provisorium im Sejm durchgebracht hatte.

Das jetzt einsetzende Tauziehen um die Bildung einer neuen Regierung kostete das Parlament einen erheblichen Teil seines Ansehens im Lande. An sich wäre aufs neue eine Koalition der Rechten mit der Piast-Partei und der kleinen Nationalen Arbeiterpartei unter Witos möglich gewesen. Da aber der 1922 gewählte Sejm in seiner Zusammensetzung längst nicht mehr der politischen Wirklichkeit im Lande entsprach, befürchtete auch Präsident Wojciechowski

2) Rek: Chjeno-Piast. S. 312. - Außerdem waren an der Regierung folgende Parteien beteiligt: die seit den Sejmahlen von 1922 unter dem Namen "Chjena" (Chrześcijańska Jedność Narodowa) zusammengefaßten nationaldemokratischen und konservativen Związek Ludowo-Narodowy, Stronnictwo Chrześcijańsko-Narodowe, Chrześcijańska Demokracja, sowie die Piast-Partei und die Nationale Arbeiterpartei (Narodowa Partia Robotnicza).

inen Sturm der Entrüstung, wenn die neue Rechtskoalition unter Witos bekannt werden würde. Erfolglos suchte er tagelang nach einem anderen Premierminister, auch eine Unterredung mit Piłsudski am 9. Mai blieb ohne Ergebnis, weil die Rechte beim Bekanntwerden dieser Verhandlungen den Präsidenten so unter Druck setzte, daß er sich nun doch am 10. Mai zur Ernennung von Witos genötigt sah. Das erste Interview des neuen Regierungschefs, das eine Regierung der "starken Hand" ankündigte und die Absichten des wieder ernannten Finanzministers Zdzichowski, nun sein Programm für den Budgetausgleich durchzusetzen, das Beamtenentlassungen, Kürzungen von Löhnen, Gehältern und Renten, Erhöhung aller öffentlichen Ausgaben und der Preise für Elektrizität, Gas, Spiritus und Tabak vorsah, erreichten nur den Zusammenschluß der Linken im Sejm. Sie trat mit einer scharfen Kampfansage gegen die neue Regierung an die Öffentlichkeit. In Warschau wuchs die regierungsfeindliche Stimmung rasch, am 11. Mai begannen Straßendemonstrationen unter Losungen wie "Przecz z Chjeno-Piastem !" oder "Niech żyje Naczelnik Wódz Józef Piłsudski !" ³⁾

Piłsudski selbst hatte an demselben Tage die neue Regierung in einem Presseinterview heftig angegriffen, am 12. Mai rückte er an der Spitze von Truppen, die der ihm ergebene Kriegsminister der Regierung Skrzyński, General Żeligowski, bereits seit Ende April zusammengezogen hatte, gegen Warschau vor. Er mochte wohl gehofft haben, daß die Regierung sofort kapituliert und blieb daher vor den Weichselbrücken stehen, doch mehrere von hier aus unternommene Vermittlungsversuche bei Präsident Wojciechowski schlugen fehl. Die Vertreter der Rechtsparteien im Kabinett und die Piłsudski feindlich gesonnenen Militärs waren zum Widerstand entschlossen - Piłsudski eroberte Warschau in blutigen Kämpfen. Den Ausschlag gab schließlich die PPS mit dem Aufruf zum Generalstreik, der den Herantransport regierungstreuer Truppen verhinderte. Witos trat zurück, und in der Nacht vom 14. zum 15. Mai 1926 übergab auch Staatspräsident Wojciechowski sein Amt an den Sejmarschall Rataj, der sofort eine neue Regierung unter Kazimierz Bartel ernannte.

3) Pobóg-Malinowski, S. 476. (Weg mit der Chjeno-Piast-Regierung ! Es lebe der Oberste Befehlshaber J.P.!).

Daß nach der Bildung dieser Regierung, in der Piłsudski das Kriegsministerium übernommen hatte, und der am 1. Juni erfolgten Wahl Ignacy Mościckis zum neuen Staatspräsidenten in den folgenden Monaten verhältnismäßige Ruhe im Lande herrschte, verdankte das neue Regime in ganz besonderem Maße der sich langsam bessenden Wirtschaftslage. Dies war nun zwar, wie inzwischen festgestellt worden ist⁴⁾, kein Verdienst dieser Regierung nach dem Maiumsturz, kam ihr aber natürlich zugute. Sie profitierte hier nicht nur von den Arbeiten ihrer Vorgängerin auf dem Stabilisierungsgebiet, sondern vor allem von der überall in Europa sich wieder belebenden Konjunktur. Die Industrieproduktion begann zu steigen, die Arbeitslosenzahlen sanken. Eine ganz außerordentlich günstige Wirkung auf die polnische Handels- und Zahlungsbilanz hatte der ein halbes Jahr andauernde englische Kohlenstreik: während dieser Zeit konnten ganz neue Märkte für die polnische Kohlenausfuhr gewonnen werden. Zum ersten Mal seit langem war es wieder möglich, ein ausgeglichenes Budget vorzulegen; gegen Ende des Jahres ergaben sich so hohe Überschüsse in der Staatskasse, daß auch Schulden bezahlt, wertloses Geld aus dem Umlauf gezogen und Reserven angelegt werden konnten. Dies verfehlte schließlich auch seine Wirkung auf die polnische Währung nicht, der Złoty konnte langsam stabilisiert werden. Doch hatte die Erfahrung der ersten Stabilisierung, die ebenfalls nur mit den eigenen Mitteln des Landes erfolgt war, gelehrt, daß durch eine schlechte Ernte oder eine ungünstige Handelsbilanz die Währung sofort wieder in Gefahr geraten konnte. Die neue Regierung setzte deshalb auch die Politik der bisherigen fort und bemühte sich zur endgültigen Sicherung um eine Auslandsanleihe. Die große Rolle, die die Anleihefrage während der ganzen Krise seit 1924 in der polnischen Wirtschaftspolitik gespielt hatte, und die Bedeutung, die sie in den Überlegungen der deutschen Regierung schließlich gewann, verlangte noch eine kurze Übersicht über die Entwicklung des Problems.

4) Landau: Wpływ zamachu majowego na gospodarkę Polski. 1962.

2) Das Problem der Auslandsanleihen in Polen

Größere Anleihen hatte Polen nur kurz nach dem ersten Weltkrieg von den Westmächten bekommen, möglicherweise im Zusammenhang mit ihrer Politik gegenüber Sowjetrußland. In den folgenden Jahren bis 1924 war ihm der ausländische Geldmarkt so gut wie verschlossen gewesen, denn natürlich ist der Zustrom fremden Kapitals abhängig vom Vertrauen der Geldgeber in die politische und wirtschaftliche Stabilität des Schuldners; in diesem besonderen Falle mochte auch die Erinnerung an die großen Verluste durch die Oktoberrevolution in Rußland noch allzu frisch sein. Dazu kamen die weitverbreitete Ansicht vom "Saisonstaat" Polen, seine Streitigkeiten mit fast allen Nachbarländern, innere Unsicherheit, die sich in häufigem Kabinettswechsel zeigte, scharfe Gegensätze nicht nur zwischen den einzelnen Gesellschaftsklassen, sondern auch zwischen Endecja⁵⁾ und Piłsudski-Anhängern, schließlich eine schwankende Währung, die Inflation, Defizit im Staatshaushalt, in Handels- und Zahlungsbilanz - all dies machte Polen für große Kapitalanlagen wenig verlockend.

Es ist deshalb kein Zufall, daß die ersten Anleihen erst kamen, als es Ministerpräsident Grabski 1924 gelungen war, die wirtschaftlichen Verhältnisse in gewissem Maße zu stabilisieren. Von Italien bekam Polen in diesem Jahre eine Anleihe für das polnische Tabakmonopol, im Februar 1925 eine weitere des amerikanischen Bankhauses Dillon, Read and Co., außerdem von der Firma Ulen et Co. eine Anleihe für polnische Städte und vom Kreuger-Konzern sechs Millionen Dollar für die Verpachtung des Zündholzmonopols. Diese Gelder deckten nur einen geringen Teil der polnischen Bedürfnisse und waren mit ungewöhnlich schweren wirtschaftlichen Bedingungen belastet, besonders die Dillon-Anleihe. Bei ihr versuchten die Gläubiger, alle polnischen Finanzoperationen in den USA in ihrer Hand zu monopolisieren, so daß Polen ohne ihre Vermittlung für einige Zeit keinen Dollar bekommen hätte. Immerhin waren aber die Bedingungen vorerst rein wirtschaftlicher Natur - die einzige Form von Anleihen, die Grabski, hierin von

5) Endecja ist die übliche Bezeichnung für die polnischen Nationaldemokraten.

der öffentlichen Meinung lebhaft unterstützt, glaubte verantworten zu können. Wie schwierig es war, die Grenze zwischen nur wirtschaftlichen und schon politischen Bedingungen zu ziehen, sollten die folgenden zwei Jahre zeigen.

Es wurde bereits geschildert, daß sich Ende 1925 und zu Beginn des Jahres 1926 die wirtschaftliche Lage Polens wieder erheblich verschlechterte und damit auch die Aussicht auf Auslandsanleihen, die gerade jetzt, wo das Land wieder am Rande des Chaos stand, ganz besonders dringlich waren. Mit Mühe gelang es, von der Federal Reserve Bank in New York und einigen anderen Häusern kurzfristige Interventionskredite zur Stützung der Währung zu bekommen, die zweite Hälfte der Dillon-Anleihe war inzwischen, wie noch zu erwähnen sein wird, an politische Bedingungen geknüpft worden, die Polen nicht annahm. Der Staatsstreich Piłsudskis im Mai 1926 und die damit zunächst verbundene Unsicherheit machte vorerst die Hoffnungen auf neue ausländische Kredite zunichte, die Verhandlungen wurden vielfach abgebrochen, die Kurse polnischer Papiere an den Börsen sanken.

Neben dem privaten Geldmarkt gab es noch eine weitere Möglichkeit, nämlich Anleihen von anderen Staaten zu bekommen. Doch war in einem solchen Falle die Gefahr, daß außenpolitische Ziele und andere politische Bedingungen mit dem Geld verknüpft waren, nicht außer acht zu lassen. Am günstigsten wäre es für Polen gewesen, wenn es von seinem Verbündeten Frankreich die Anleihe hätte bekommen können, doch Frankreich hatte selbst mit großen finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen. Die Vereinigten Staaten kamen bis 1924 nicht in Betracht, solange die Frage der Kriegsschulden nicht geregelt war. Übrig blieben England und das Finanzkomitee des Völkerbundes, das damals gänzlich unter englischem Einfluß stand⁶⁾. Polen hat an beiden Stellen Verhandlungen angeknüpft, die sich jedoch sehr bald wieder zerschlugen. Sie scheiterten an dem Verlangen der Anleihegeber nach einer einschneidenden Kontrolle über die polnischen Finanzen, die weder Grabski noch die öffentliche Meinung des Landes zuzugestehen bereit war. Besonders

6) Moreau, S.214. - Landau, Plan stabilizacyjny. S.96.

er einflußreiche Gouverneur der Bank von England, Montagu Norman, stand in dem Verdacht, Polen gänzlich dem englischen Einfluß unterwerfen zu wollen⁷⁾, Damit verband sich noch die zusätzliche Furchtung, daß England, welches Deutschland als Gegengewicht gegen Frankreich auf dem Kontinent zu begünstigen schien, dann doch die Durchdringung der polnischen Wirtschaft von deutscher Seite her fördern würde - ein Umstand, den man in Polen in keinem Falle zu dulden bereit war⁸⁾.

Als jedoch 1925 die Not so groß wurde, daß allgemein die Auslandsleihe als einzige Rettung galt, mußte auch Ministerpräsident Grabowski seine Haltung ändern, der bisher nur Anleihen auf rein wirtschaftlicher Basis gegen die Verpfändung von Staatsmonopolen zu lassen wollte. Da die Amerikaner im Vergleich zu Deutschland, England oder dem Völkerbundskomitee gegenüber Polen für neutral galten, wandte sich die polnische Regierung nun an die Vereinigten Staaten und willigte ein in die Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse des Landes durch einen amerikanischen Finanzexperten. Professor Kemmerer kam Ende Dezember 1925 zu einem vierzehntägigen ersten Informationsbesuch nach Polen⁹⁾. Bis zum Maiumsturz 1926 hatte die Angelegenheit noch kaum Fortschritte gemacht, doch die neue Regierung beeilte sich, die Einladung ihrer Vorgängerin an Kemmerer zu einem weiteren Besuch in Polen zu erneuern. Sie ging dabei davon aus, daß dem ausländischen Kapital zunächst wieder Vertrauen in die Beständigkeit der polnischen Wirtschaftspolitik angeflößt werden und daß es außerdem die Garantie haben müsse, daß seine Gelder nicht zum Ausgleich des Budgets verwendet würden. Die Voraussetzung dafür waren eine aus eigenen Kräften vorgenommene Balancierung des Staatshaushaltes und die tatsächliche Stabilisierung der Währung, wobei der polnischen Regierung im Sommer 1926 die bereits erwähnten günstigen Umstände zu Hilfe kamen.

Moreau, S.192, S.250.

Marxistische Historiker geben die Begründung, daß nach dem Dawes-Plan England und die USA großes Interesse am Aufschwung der deutschen Industrie hatten. Um aber eine deutsche Konkurrenz auf ihren eigenen Absatzmärkten zu verhindern, lenkten sie die deutsche wirtschaftliche Expansion nach Ost- und Südosteuropa, unter anderem auch nach Polen. Landau: Władysław Grabski.

S.1185 ff., S.1192.

Landau: Misja Kemmerera.

Jetzt konnten, ohne den Druck unmittelbarer Not, der die Annahme auch schwerer Bedingungen erzwungen hätte, Anleiheverhandlungen beginnen, um eine zusätzliche Devisenreserve für die Bank Polski und die gesetzliche Stabilisierung des Złoty zu erlangen. Eine solche Anleihe würde, so hoffte man, dann auch der Auftakt sein für den Zustrom weiteren ausländischen Kapitals, dessen die polnische Wirtschaft so dringend bedurfte¹⁰⁾.

Professor Kemmerer kam im Juli 1926 mit einem großen Mitarbeiterstab für zehn Wochen nach Polen und legte die Ergebnisse seiner Untersuchungen in einem umfangreichen Memorandum nieder. Der größte Teil war währungs- und finanztechnischen Problemen gewidmet, doch gab es auch einzelne wirtschaftspolitische Empfehlungen, die in Polen auf Widerstand trafen. Es handelte sich dabei um Dinge wie die Aufhebung sämtlicher Beschränkungen für die Ausfuhr von Gold, die Notwendigkeit einer Konzentration des Bankwesens, vor allem aber um die Feststellung, es sei für Polen günstiger, Landwirtschaft und Rohstoffgewinnung in den Vordergrund zu stellen und nicht den Aufbau einer eigenen Industrie und den Export ihrer Erzeugnisse zu forcieren. Doch abgesehen davon blieb gar nichts anderes übrig, als die Ratschläge Kemmerers zu akzeptieren, wenn man nicht jede Aussicht auf eine amerikanische Anleihe verlieren wollte.

Die polnische Regierung arbeitete um die Jahreswende von 1926 zu 1927 einen Stabilisierungsplan aus und entsandte Ende Januar 1927 den Vicepräsidenten der Bank Polski, Mlynarski, und Professor Krzyzanowski in die Vereinigten Staaten. Die Verhandlungen mit einer amerikanischen Bankengruppe, an denen sich zeitweise auch der Gouverneur der Federal Reserve Bank, Strong, beteiligte, waren außerordentlich schwierig und zogen sich mit mehreren Unterbrechungen noch ein dreiviertel Jahr hin. Der Stabilisierungsplan mußte ja zuerst die Billigung der Geldgeber finden; der kritischste Punkt war hier der Umfang der ausländischen Kontrolle über die polnischen Finanzen und die Befugnisse für den amerikanischen Berater. Aber auch auf finanziellem Gebiet wurden von polnischer Seite, insbesondere von Staatspräsident Mościcki und Piłsudski,

10) Landau: Plan stabilizacyjny. S.85 ff.

i den Abschlußverhandlungen in Warschau Prestige-Gesichtspunkt in den Vordergrund geschoben. Zum Beispiel wurde ein Emissionskurs verlangt in der gleichen Höhe wie bei der deutschen Anleihe von 1924, auch um den Preis einer für Polen gar nicht günstigen Verkürzung der Laufzeit der Anleihe, der Zinssatz sollte nicht höher sein als beim Stabilisierungskredit für Belgien. Erst am 1. Oktober 1927 konnte der Vertrag unterzeichnet werden über eine Anleihe von 62 Millionen Dollar und 2 Millionen Pfund Sterling, verbunden mit der Annahme des Stabilisierungsplanes durch Polen, über dessen Durchführung ein ausländischer Finanzberater mit weitreichenden Kontrollbefugnissen drei Jahre lang wachen würde¹¹⁾. Die Frage, ob die endlich erlangte Finanzhilfe dann auch die in den gesetzten Hoffnungen erfüllte und vor allem für die polnische Wirtschaft die ersehnten langfristigen Kredite brachte, braucht hier nicht mehr zu interessieren¹²⁾.

Teilweise gleichzeitig mit den polnischen Anleiheverhandlungen in den Vereinigten Staaten hatten Besprechungen zwischen den großen Notenbanken stattgefunden über einen Stützungskredit für den Złoty. Die Überzeugung, daß einer schwankenden Währung am besten durch die Zusammenarbeit der Zentralnotenbanken geholfen werden könne, hatte schon im September 1925 einmal zu Verhandlungen des Vizepräsidenten der Bank Polski mit den Gouverneuren der Bank von England und der Federal Reserve Bank, Norman und Strong, in London geführt. Doch der Widerstand des polnischen Ministerpräsidenten und Finanzministers Grabski gegen jede Form einer ausländischen Kontrolle hatte das Projekt zum Scheitern gebracht¹³⁾. Es wurde im Herbst 1926 wieder aufgegriffen, diesmal unter wesentlich günstigeren Umständen für Polen. Die Zusammenarbeit zwischen Norman und Strong war nicht mehr so eng, die Amerikaner versuchten in Europa eine von England unabhängigere Finanzpolitik zu treiben. Wurde Norman bei seinen Absichten, Polen einer Kontrolle des Völ-

-) Bericht A262/27 Warschau vom 13. Oktober 1927. AA GA Polen/Finanzwesen 2,4. - Bericht A258/27 Warschau vom 19. Oktober 1927. AA GA Polen/Finanzwesen 2,5.
-) Eine sehr kritische Besprechung bei Landau: Plan stabilizacyjny. S. 243 ff. ("Niespełnione nadzieje").
-) Landau: ebenda S. 113-114.

kerbundes zu unterwerfen, auf das lebhafteste von Reichsbankpräsident Schacht unterstützt, so wünschten andererseits die Amerikaner und der Gouverneur der Banque de France, Moreau, zwar eine Beteiligung der Reichsbank an dem Notenbankkredit, akzeptierten aber keinerlei politische Bedingungen von englischer oder deutscher Seite. Nach vielen Schwierigkeiten einigten sich Anfang Juli 1927 die New Yorker Federal Reserve Bank und vierzehn europäische Zentralbanken auf einen Stützungskredit von 20 Millionen Dollar für die Bank von Polen. Die Stabilität der polnischen Währung war damit gesichert.

3) Die deutsche Stellungnahme zur polnischen Sanierung:
Die Ansicht Stresemanns - Die Pläne der Ostabteilung -
Rauschers Warnungen

In Berlin verfolgte man seit dem Herbst 1925 mit Spannung und Aufmerksamkeit, wie der krisengeschüttelte polnische Staat einem völligen Chaos entgegenzutreiben schien, und ebenso seine zahlreichen Versuche, im Ausland wirtschaftliche und finanzielle Hilfe zu erlangen. Hatte man sich in den Jahren bisher kaum der Erkenntnis verschließen können, daß bei einer auch nur einigermaßen sicheren Stellung des polnischen Staates im Innern und nach außen keine polnische Regierung gewillt und in der Lage sein würde, über Gebietsabtretungen überhaupt zu sprechen, so schien es jetzt doch nicht mehr ganz sicher, ob die Not nicht stärker sein würde "als die politischen Programme polnischer Parteien". Die Idee gewann festere Gestalt, als England sich für die Situation in Polen zu interessieren begann und seine Absicht bekundete, dem östlichen Nachbarland Deutschlands mit einer umfassenden Sanierungsaktion zu helfen. Man glaubte in der Wilhelmstraße genügend Anzeichen dafür zu besitzen, daß von allen Ländern in England am meisten Verständnis für die deutsche Unzufriedenheit mit der Grenzziehung im Osten und die deutschen Revisionswünsche vorhanden war. Vielleicht würde also der Versuch glücken, die englische Unterstützung für den Plan zu gewinnen, eine internationale Wirtschaftshilfe für Polen an die Bedingung der Rückgabe der von Deutschland in Versailles abgetretenen Ostgebiete zu knüpfen. Gelang das nicht

und kam Polen wieder zu Kräften, sei es aus eigener Anstrengung, sei es mit Hilfe anderer Staaten, schien für lange Zeit die letzte Möglichkeit vorüberzugehen, Danzig, den Korridor und Oberschlesien zurückzugewinnen. Über die Erfolgsaussichten einer solchen Verbindung von Finanzsanierung und Grenzrevision und den Weg, der einzelnen zu diesem Ziele einzuschlagen war, herrschten im Auswärtigen Amte verschiedene Auffassungen.

Stresemann scheint nur eine ausführliche Äußerung dazu zu existieren, und zwar ein Schreiben an den deutschen Botschafter Sthamer in London vom 19. April 1926.¹⁴⁾ Nach seiner Auffassung war der Zeitpunkt noch nicht gekommen, um in offizieller Form die deutschen Wünsche in England geltend zu machen. Grundsätzlich hielt er es aber für möglich, später, wenn der polnische Staat in einen Zustand völliger Ohnmacht gerate, und inzwischen Deutschlands politische Stellung gegenüber den Westmächten fest und stark geworden war, die Grenzrevision im Zuge einer internationalen Sanierungsaktion durchzusetzen¹⁵⁾.

Am Augenblick fürchtete Stresemann jedoch, wenn England überhaupt darauf einging, so würde nur eine gänzlich unzulängliche Lösung zu erwarten sein; das gleiche galt für eine Sanierung Polens durch den Völkerbund. Deutschland würde dagegen nur den unbeschränkten Wiedergewinn der Souveränität über Danzig, den Korridor, Oberschlesien und einige Teile Mittelschlesiens als befriedigend ansehen können. Bis also die oben genannten zwei Voraussetzungen erfüllt waren, galt es, eine umfassende und dauerhafte Sanierung Polens hinauszuschieben. Dies schien im Frühjahr 1926 umso leichter möglich, als nach den Berichten der deutschen Missionen im Ausland und der Reichsbank für Polen damals keine Aussicht bestand, eine große Anleihe zu bekommen, was ja auch wirklich zutraf. Außerdem konnte man nach Stresemanns Meinung anführen, "daß das Sanierungsproblem viel zu schwierig und kompliziert sei, als daß es mit einem Schlag endgültig gelöst werden könnte". Es fehle bisher an jeder wirtschaftlichen Grund-

1) AA St.S. Po, 1. Gedruckt bei Höltje, S. 254-256.
2) Denselben Gedanken hat Stresemann schon in seiner Rede vor dem Zentralvorstand der DVP am 22. Nov. 1925 ausgesprochen. VHFZ. 15, 4. 1967. S. 429.

lage für eine wirkliche Sanierung Polens. Mit Rücksicht auf die wirtschaftsgeographischen Verhältnisse werde sich eine solche aber kaum ohne deutsche Mitwirkung schaffen lassen, weil nicht nur, selbst ohne Handelsvertrag, die Hälfte des polnischen Außenhandels nach Deutschland ginge, sondern Deutschland auch über die besten wirtschaftlichen Verbindungen nach Polen und die dafür notwendigen Fachkräfte verfüge.

Immerhin durfte die Möglichkeit nicht ganz außer acht gelassen werden, daß sich England und die Vereinigten Staaten ohne Rücksicht auf deutsche Einwände entschlössen, Polen in nächster Zeit zu helfen. Dann hielt Stresemann eine deutsche Beteiligung an der Aktion unbedingt für notwendig, um sie so weit wie möglich beeinflussen zu können. Und zwar sollte das mit dem Ziel geschehen, nur eine eng begrenzte und genau kontrollierte "Stützungsaktion" vorzunehmen, um Polen vor dem völligen Ruin zu bewahren. Die endgültige Sanierung sollte erst stattfinden, wenn Deutschland stark genug sein würde, seine territorialen Wünsche dabei durchzusetzen.

In der Ostabteilung des Auswärtigen Amtes war das Problem natürlicherweise ausführlich erörtert worden. Man hegte hier in einigen Punkten sehr viel weitergehende Vorstellungen als Stresemann und schien vor allem die Erfolgsaussichten optimistischer zu beurteilen. Nachdem Polens außenpolitische Stellung durch Locarno geschwächt worden war, wurde hier nicht ohne eine gewisse Befriedigung die innerpolitische Unruhe und der wirtschaftliche Verfall beobachtet, den "zu fördern oder zum Mindesten nicht aufzuhalten" Dirksen für eine Aufgabe der deutschen Politik erklärte¹⁶⁾. So würde Polen hoffentlich in einen derartigen Schwächezustand geraten, "daß es einer anderweitigen Regelung der deutsch-polnischen Grenzfrage keinen Widerstand wird entgegensetzen können". Die praktische Lösung hinge dann von der "allgemein-politischen Lage" ab. Die deutschen Möglichkeiten der Jahre 1925 und 1926 wohl erheblich überschätzende Erwägungen knüpfte Dirksen schließlich an die damals bestehende Gefahr des Ausbruchs einer Revolution in Polen:

16) Aufzeichnung über Fragen der deutschen Polenpolitik vom 16. November 1925. AA St.S. Po, 1.

"Der Ausbruch der Revolution in Polen eröffnet Deutschland weitere Möglichkeiten des Rückerwerbs der abgetretenen Ostgebiete. Aus der sachlichen Notwendigkeit, seine Stammesgenossen in Polen gegen Anarchie zu schützen und die ihm im Friedensvertrag gewährleistete Verbindung nach Ostpreußen zu sichern, wird es vielleicht weitergehende Forderungen herleiten können. Diese Forderung wäre die eines Einmarsches in die in Anspruch genommenen Gebiete zunächst zur Erfüllung der dem eigenen Interesse dienenden, vorstehend genannten Zwecke; darüberhinaus aber vielleicht auch als Mandatar des Völkerbundes zum Schutze Osteuropas gegen den Bolschewismus.

Die Vorarbeiten für die rein technische Durchführung dieser Aktion wären schon jetzt durchzuführen, da der Ernstfall schon innerhalb kurzer Zeit eintreten kann und dann ein Handeln sofort erforderlich wird".

Die Haltung Englands wurde in der Ostabteilung folgendermaßen beurteilt: es sehe Polen - und das entsprach sicher tatsächlich der englischen Stellung - als Gefahrenquelle und Unruheherd an, der möglichst durch eine allgemeine Beruhigung Osteuropas beseitigt werden müsse. England erstrebe dies teils aus handelspolitischen, teils aus allgemein-politischen Gründen, worunter man die "Verminderung der Bolschewisierung Europas" verstand¹⁷⁾. In wirtschaftlicher Beziehung habe Großbritannien die Absicht, Polens Währung zu sanieren und es gleichzeitig einer Finanzkontrolle zu unterwerfen, entweder mit einer Art Dawes-Plan oder durch eine Völkerbundsanleihe. Dieses englische Interesse an Polen wachse, je schlimmer dort der wirtschaftliche Verfall werde. Man glaubte in Berlin Grund zu der Annahme zu haben, daß England die Beteiligung Deutschlands an dem Sanierungswerk dringend wünsche, weil es die deutsche Sachkunde brauche und davon eine Erleichterung des deutsch-polnischen Ausgleichs erhoffe. Es ergab sich aus einer solchen Auffassung die Frage, was Deutschland auf eine englische Anfrage in dieser Richtung zu antworten habe.

Es wurde durchaus nicht verkannt, welche Vorteile die Beteiligung an der Sanierungsaktion Deutschland bringen konnte: ein Recht auf Mitbestimmung über ihre Art und ihren Umfang "wie auch im Rahmen der polnischen Staatshoheit"¹⁸⁾. Dazu waren später wirtschaftliche Vorteile zu erwarten und möglicherweise auch die Sicherung der

7) Aufzeichnung über Fragen der deutschen Polenpolitik vom 16. November 1925. AA St.S. Po,2.

8) Darunter dürfte eine Kontrolle über das polnische Budget und die auf diesem Wege angestrebte Rüstungsverminderung Polens zu verstehen sein.

deutschen finanziellen Ansprüche an Polen, die vorwiegend auf dem Gebiete der Entschädigung für die Liquidation reichsdeutschen Eigentums in Polen bestanden. Dem stand aber ein gewichtiger Nachteil gegenüber: eine wirtschaftliche Sanierung Polens würde zugleich seine politische Festigung bedeuten und es mit Sicherheit allen deutschen territorialen Forderungen unzugänglich machen. "Nur ein verwesendes Polen wird sich auf diesem Gebiet Zugeständnisse abringen lassen".

Sollte England also bereits in nächster Zeit auf eine Hilfe für Polen drängen, würde nichts übrig bleiben als der Versuch, in London Verständnis für die deutschen Pläne zu wecken, die Finanzsanierung an die Bedingung der Grenzrevision zu knüpfen unter dem Schlagwort "eine Finanzsanierung ohne politische Sanierung ist keine Sanierung". Unter anderen Umständen müsse Deutschland erklären, es lehne die Beteiligung an der Wirtschaftshilfe für Polen ab und werde ihr entgegenarbeiten.

Zunächst galt es in England klarzumachen, daß im Augenblick eine Anleihe, wie Polen sie wünsche, nämlich gegen die Verpfändung des Tabak-, Spiritus- oder Salzmonopols, völlig ihre beabsichtigte Wirkung verfehlen würde. Bei den polnischen Budget-Schwierigkeiten, der schwankenden Währung und der schlechten Finanzwirtschaft würde das Geld bald aufgebraucht sein, ohne einen wirklichen Nutzen gebracht zu haben¹⁹⁾. Eine gründliche und endgültige Sanierung wäre nach deutscher Auffassung nur möglich, wenn die tieferen Ursachen der polnischen Schwierigkeiten beseitigt würden. Auf finanziellem Gebiet gehöre dazu zunächst die Stabilisierung des Złoty-Kurses und sodann ein ausgeglichenes Budget²⁰⁾. Um Polen für lange Zeit aus seinen Schwierigkeiten herauszuhelfen, sei außerdem ein sehr großer Anleihebetrag notwendig. Nach den bisherigen Erfahrungen scheine eine solche Aktion aber nur aussichtsreich, wenn sie unter strenger internationaler Kontrolle, zum Beispiel durch den Völkerbund, stattfindet²¹⁾. In politischer

19) Aufzeichnung Dirksens vom 29. Dezember 1925. AA St.S. Po, 1.

20) Dieses deutsche Interesse an der Balancierung des polnischen Staatshaushaltes hatte seinen ganz besonderen Grund: da sie wohl nicht ohne einschneidende Ausgabenkürzungen gelingen würde, müßte Polen seine Aufwendungen für die Armee bedeutend verringern, die zeitweise fast die Hälfte der Staatsausgaben ausmachten. Dies könnte eine willkommene Schwächung der polnischen militärischen Kraft zur Folge haben: ein solches Polen sei dann weder für Deutschland gefährlich noch biete es einen Anreiz für Bündniskombinationen.

hinsicht aber verdanke Polen seine ungünstige Situation vor allem der Tatsache, daß es mit einem Gebiet belastet sei, das weit über seine ethnographischen Grenzen hinausreiche und das den Grund für Streitigkeiten mit fast allen Nachbarn, insbesondere aber mit Deutschland darstelle. Die vergangenen Jahre hätten gezeigt, daß die Polen nicht imstande seien, den großen Staat zusammenzuhalten und eine gut funktionierende Verwaltung und Wirtschaft aufzubauen, während Deutschland auf der anderen Seite nicht auf die verlorenen Ostgebiete verzichten könne. Solange dieses Problem nicht gelöst sei, werde in Osteuropa weder Ruhe einkehren noch der polnische Staat sich wirklich konsolidieren. Deutschland könne also einer finanziellen Sanierung Polens nicht zustimmen ohne die vorherige Befriedigung seiner Gebietsansprüche, die zugleich die Grundlage für ein normales und friedliches Nebeneinanderleben der beiden Nachbarländer schaffen werde²²⁾.

Die deutschen Forderungen erstreckten sich auf die uneingeschränkte Rückgabe Danzigs, des Korridors mit dem Netzegau (bis zur Linie Schneidemühl-Thorn), eine "Abrundung" im Gebiet der früheren Provinz Posen (jedoch ohne die Stadt Posen und die östlich von ihr gelegenen Gebiete), auf kleine Teile Mittelschlesiens und ganz Oberschlesien. Um für England und auch für Polen diese Wünsche erträglicher zu machen, wollte Dirksen in London die Diskussion über "Zwischenlösungen" anbieten, das heißt, daß die Gebiete nicht sofort in den deutschen Staatsverband zurückkehren, sondern für eine Übergangszeit von höchstens 10-15 Jahren als autonome Gebiete unter Völkerbundsaufsicht stehen sollten²³⁾.

Zahlreiche Fragezeichen und Randbemerkungen, zum Teil von der Hand des Staatssekretärs von Schubert, in den Aufzeichnungen Dirksens vom November und Dezember 1925 zeigen, daß an der Spitze des Auswärtigen Amtes die in Einzelheiten nicht immer ganz klaren Vorstellungen der Ostabteilung durchaus nicht uneingeschränkt geteilt wurden. Abgesehen von dem Gedanken eines deutschen Einmarsches in Polen beim Ausbruch einer Revolution, scheint doch vor allem auch

21) Aufzeichnung Dirksens vom 29. Dez. 1925. AA St. S. Po, 1.

22) Aufzeichnung Roths vom 9. April 1926. AA Handakten Dirksen, 18.

23) siehe Anm. 21; zur Frage der Zwischenlösungen auch S. 140.

der Wille Englands, zum damaligen Zeitpunkt eine Grenzrevision zugunsten Deutschlands durchzusetzen, bei weitem überschätzt. Hätte sich überhaupt eine Möglichkeit geboten, die sehr weitgehenden deutschen Forderungen in London vorzutragen, ohne eine ernstliche politische Verstimmung befürchten zu müssen, so gab es doch kaum einen Anhaltspunkt dafür, daß England für eine deutsche Mitarbeit an der polnischen Sanierung einen so hohen Preis zu zahlen gewillt war.

Auch Rauscher in Warschau vertrat in der Angelegenheit eine andere Auffassung und gab sich die größte Mühe, in Berlin damit durchzudringen. Gelungen ist ihm das zwar nicht, aber er hat schließlich in den meisten Punkten Recht behalten.

Natürlich hatte die Gesandtschaft Warschau regelmäßig über die innere Lage Polens und die zunehmenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten berichtet, und auch in Rauschers Briefen finden sich Äußerungen wie "so kann sich kein Mensch vorstellen, wie der Staat weiterleben soll". Doch mehr als einmal hat Rauscher vor der in Deutschland weit verbreiteten Ansicht gewarnt,

"daß wir nur 'durchzuhalten' und zuzuwarten brauchten, um den sicheren wirtschaftlichen Zusammenbruch Polens zu erleben, dem dann auch der politische folgen werde; aus dem so entstehenden Chaos werde Deutschland seine verlorenen Gebiete herausholen können"²⁴⁾.

Der Grad der Verelendung, den eine so bedürfnislose Bevölkerung wie die polnische, noch dazu in einem Agrarland, zu ertragen vermag, ohne daß deswegen große politische Unruhen ausbrechen, war nach Rauschers Ansicht so hoch, daß auch bei andauernden wirtschaftlichen Schwierigkeiten ein vollkommener Zusammenbruch Polens - "den übrigen Europa kaum dulden würde" - nicht zu erwarten war.

Weiterhin hielt Rauscher die in Berlin so eingehend erwogene und doch immerhin für möglich gehaltene Idee einer Verbindung von Finanzsanierung und Grenzrevision für vollkommen "abwegig". Aus zwei Gründen: einmal habe noch nie in der Geschichte ein Finanzkonsortium, und sei es selbst der Völkerbund,

24) Aufzeichnung, die Rauscher mit einem Brief vom 19. November 1925 an Staatssekretär von Schubert sandte. AA St.S. Po, 1.

"die Macht besessen, einen souveränen Staat gegen finanzielle Hilfe zu territorialen Verzicht zu zwingen. Im Falle Polen dürfte das umso weniger möglich sein, als gerade die ehemals preußischen Teilgebiete das Rückgrat des heutigen Polens sind, dieses also den Träger seiner Staatsgesinnung und seines Nationalgefühls abtreten müßte".

Zum anderen erklärte Rauscher es für ganz unwahrscheinlich, daß ein internationales Finanzkonsortium überhaupt gewillt sein würde, eine Anleihe mit solchen Bedingungen zu belasten, die der ganz besonderen Lage und den Wünschen Deutschlands entnommen wären. Die polnische Sanierung sei vielmehr ein Riesengeschäft, das die internationale Finanz machen wolle und auch eines Tages machen werde.

Rauscher hatte gegen eine Propaganda in der von der Ostabteilung eingeschlagenen Richtung nichts einzuwenden, wohl auch nicht gegen einen vorsichtigen Meinungsaustausch mit London, versprach sich aber keinerlei praktischen Erfolg davon. Er war überzeugt, daß man in England und anderen Ländern für Polen und seine Zukunft außerordentlich interessiert war und angesichts der Lage Polens in zunehmendem Maße von der Angst beherrscht wurde, ohne ausreichende Hilfe werde es dort zu kriegerischen Auseinandersetzungen, zum Beispiel mit Litauen kommen und am Ende könnte "die Grenze des Bolschewismus um einige tausend Kilometer weiter nach Westen rücken"²⁵⁾.

Im Gegensatz zu Dirksen und mit Stresemann war Rauscher allerdings der Ansicht, daß sich Deutschland auch bei der zu erwartenden englischen Ablehnung der territorialen Forderungen unter allen Umständen an der Sanierungsaktion beteiligen sollte. Würde sich Deutschland durch seine Intransigenz von dem Anleihegeschäft ausschließen, wäre die Folge nur, daß die Anleihe ohne deutsche Beteiligung gegeben würde und Polen sich doch in einer für Deutschland unerwünschten Weise konsolidieren könnte. Deutschland würde so jeden Einfluß auf die Art, den Zeitpunkt und die Bedingungen der Sanierungsaktion verlieren und den großen und wichtigen polnischen Markt anderen überlassen müssen²⁶⁾.

²⁵⁾ Brief Rauschers an Dirksen vom 11. Juni 1926. AA St.S. Po, 2.

²⁶⁾ Brief Rauschers an Dirksen vom 4. Dezember 1925. AA HA Wallroth, 33.

Dazu kam die Einbuße eines der wichtigsten Mittel, das nach Rauschers Auffassung Deutschland Polen gegenüber in der Hand hatte: wenn ein Finanzkonsortium territoriale Verzicht nicht erzwingen könne und wolle, so werde es doch zur Sicherung seines Geldes und der gesamten Sanierungsaktion sehr wahrscheinlich auf andere Verzicht dringen, und zwar auf eine Reduzierung des polnischen Budgets. Auch in polnischen Regierungs- und Abgeordnetenkreisen sei man sich inzwischen darüber klar geworden, daß eine wirtschaftliche Gesundung ohne einschneidende Kürzung der Staatsausgaben nicht möglich sei; diese Kürzung würde bei den hohen polnischen Aufwendungen für das Heer vor allem auf diesem Gebiete fühlbar werden. Beteilige sich also Deutschland an der Sanierung, so könne es hier auf ein erreichbares politisches Ziel hinwirken, daß nämlich Polen,

"das Land der zweitgrößten Armee nach Frankreich, auch machtpolitisch auf das Maß reduziert wird, das ihm als einem Mittelstaate zukommt. Nachdem es in Locarno p o l i t i s c h als ein solcher gekennzeichnet und behandelt worden ist, würde diese Zurückdrängung auf das richtige Maß an der Hand der Anleihe auch m i l i t ä r i s c h erfolgen. Der dritte Schritt, die t e r r i t o r i a l e Reduzierung, für welche die zwei ersten unerläßliche Vorbedingungen sind, muß einer fernerer Zukunft vorbehalten bleiben" ²⁷⁾.

Wie erwähnt wurde, hatte Stresemann den Gedanken der Wiedergewinnung der Ostgebiete im Zuge der polnischen Sanierung durchaus nicht zurückgewiesen, beurteilte aber die Möglichkeit, daß der Völkerbund die Aktion übernehmen könne, sehr skeptisch. Er glaubte nicht, daß Deutschland in der Lage sein würde, dort seine Wünsche durchzusetzen. Vielmehr war zu befürchten, daß, wenn es dabei überhaupt zu territorialen Regelungen käme, der Völkerbund dann auch künftig in den entsprechenden Gebieten eine entscheidende Rolle spielen würde, in dem Sinne etwa, daß das Korridorgebiet mit Danzig vereinigt und unter Völkerbundsaufsicht gestellt wird. Dirksen und Zechlin waren der Meinung, daß Deutschland zu einem polnischen Sanierungsantrag in Genf eine ablehnende Stellung einnehmen solle. Rauscher hatte auch in diesem Punkte Bedenken. Die Aktion käme dann ohne Deutschland zustande mit allen bereits geschilderten

27) Siehe S. 114, Anm. 24.

nachteiligen Folgen, und Deutschland hätte mit seinem Widerspruch nur erreicht, sich gegenüber den anderen Staaten im Völkerbunds-rat in eine ganz ungünstige Situation zu manövrieren, was ihm bei seinen übrigen politischen Zielen nur schaden könne.

In der Ansicht, daß Deutschland sich bemühen müsse, eine kleinere Anleihe für Polen auf rein wirtschaftlicher Grundlage gegen die Verpfändung von Staatsmonopolen möglichst zu verhindern, war sich Rauscher mit dem Auswärtigen Amt vollkommen einig. Ein Grund dafür war die Rücksicht auf die im Gange befindlichen Handelsvertragsverhandlungen. Bekam Polen jetzt durch eine Anleihe eine ausgiebige Atempause, würde seine Haltung sich erheblich versteifen²⁸⁾. Im Interesse der deutschen Wirtschaft, die sich später von einer Beteiligung an der großen Sanierungsaktion und von einer wirtschaftlichen Durchdringung Polens beträchtlichen Gewinn versprach, konnte es auch nicht liegen, wenn jetzt für Anleihen die polnischen Monopole und bedeutenden Unternehmen in fremde Hände übergingen.

Das war übrigens ein Argument, das Rauscher auch ausländischen Finanzgruppen gegenüber zu verwenden empfahl, die erwogen, Polen Anleihen für seine Monopole zu gewähren. Man mußte ihnen klar machen, daß ein solcher "Ausverkauf" der besten Sicherheiten, die Polen für die große Sanierungsanleihe zu bieten habe, höchst bedenklich sei²⁹⁾. Da sich Polen bei einer Anleihe auf rein wirtschaftlicher Basis wie der Monopolverpfändung keine Kontrolle seiner Finanzwirtschaft würde aufnötigen lassen, sei außerdem sicher, daß das Geld nicht in der richtigen Weise angelegt, sondern sehr bald "verpulvert" sein würde. Eine umfassende Unterrichtung aller möglichen Geldgeber für Polen von deutscher Seite über die andauernde schlechte Wirtschaftslage, die inneren Schwierigkeiten und das gespannte Verhältnis zu Deutschland hielt auch Rauscher für unerläßlich.

Während man aber in der Wilhelmstraße, bestärkt durch den Reichs-

28) Vgl. dazu S..250 ff.

29) Bericht 828/25 Warschau vom 9.Oktober 1925. AA GA Polen/Finanzwesen 2,1.

bankpräsidenten Schacht, optimistisch dachte über den Erfolg einer solchen intensiven Propaganda, war Rauscher etwas skeptischer. Immer wieder warnte er, man möge nicht außer acht lassen, daß "in der ganzen Welt von den polnischen Anleihebedürfnissen und von der Notwendigkeit der polnischen Sanierung" gesprochen werde³⁰⁾. Der Fall war durchaus denkbar, daß man schließlich dort, wo man die Hilfe an Polen für notwendig hielt im europäischen Interesse, zu dem Entschluß kommen würde, Polen mit einer schnell erreichbaren **Stützungsaktion** zunächst eine Atempause zu schaffen. Der Grund dafür war die Furcht, die Vorarbeiten für die endgültige Sanierung würden soviel Zeit in Anspruch nehmen, daß die polnische Wirtschaft bis dahin vielleicht nicht durchhalten könne³¹⁾.

Zu der Zeit, als Rauscher diese Warnungen nach Berlin schickte, Ende 1925 und Anfang 1926, verhandelte Polen an verschiedenen Plätzen über Anleihen gegen die Verpfändung eines Staatsmonopols, und Professor Kemmerer war eben im Auftrag amerikanischer Finanzkreise zu einem ersten Besuch nach Polen gekommen. Es war schließlich gar nicht zu leugnen, daß die Anleihe auf ein ertragreiches polnisches Monopol ein gutes und verlockendes Geschäft sein würde, und daß Privatbanken sich einzig von dieser Aussicht auf Gewinn leiten ließen.

Vollkommen ohne Beachtung blieb bei der Beurteilung des gesamten Problems sowohl in Berlin als auch in Rauschers Berichten die Möglichkeit, daß Polen - wie es dann tatsächlich geschehen ist - aus eigenen Kräften seine Wirtschaft und seine Währung so weit in Ordnung bringen könnte, daß es sich nicht mehr zur Annahme jeder Bedingung für die große Anleihe genötigt sah. In diesem Falle war auch mit Sicherheit zu erwarten, daß die polnische Regierung eine Beteiligung Deutschlands an der Sanierung zurückweisen würde; diese war in Polen außerordentlich unpopulär, aus der wohlbegründeten Furcht heraus, dann langsam in finanzielle und wirtschaftliche Abhängigkeit von Deutschland zu geraten, was unter Umständen auch

30) Brief Rauschers an Schubert vom 29. Dezember 1925. AA St.S. Po,

31) Brief Rauschers an Schubert vom 8. Januar 1926. AA St.S. Po, 1.

politische Folgen haben konnte³²⁾.

Der Staatsstreich in Polen vom Mai 1926 bestärkte nur die deutsche Geringschätzung der polnischen Fähigkeiten, die schlechte Wege zu verbessern. Dies ergab sich vor allem aus dem äußerst negativen Urteil, das sowohl Rauscher als auch Dirksen über die Persönlichkeit und die Fähigkeiten Piłsudskis hatten. Sie unterschätzten sein persönliches Ansehen im Lande ganz beträchtlich und sprachen ihm jede Chance ab, auf außen-, innen- oder wirtschaftspolitischen Gebiet Polen Beruhigung und Kräftigung zu verschaffen³³⁾. Rauscher vor allem war der Meinung, daß es nun keiner besonderen Propaganda mehr bedürfe, um der Welt zu beweisen, daß es in Polen an innerer Stabilität und Staatsgesinnung gänzlich mangle. Den Schwund des ausländischen Vertrauens werde Polen sowohl bei seinen Wünschen hinsichtlich des Völkerbundsrates als auch bei seinen Anliegeverhandlungen zu spüren bekommen.

Es traf nun allerdings nicht in dem von deutscher Seite erwarteten Maße ein. Im Londoner Foreign Office betrachtete man die Rückkehr Piłsudskis an die Macht nicht ohne ein gewisses Wohlwollen. Die Tatsache, daß die Übernahme der Regierung sich wenigstens in einiger Beziehung in verfassungsmäßigen Formen abspielte, daß Piłsudski keine unbeschränkte Diktatur errichtete und eine Botschaft Leskiskis, des künftigen Außenministers, über die Fortführung der bisherigen friedlichen Außenpolitik und die Hoffnung auf enge Zusammenarbeit mit Großbritannien verfehlten ihre Wirkung nicht. Solche Grenzen der deutschen Propaganda hier gezogen waren, zeigte ein Memorandum aus dem Foreign Office zur Zeit des Umsturzes in Polen:

"German and Russian propaganda, particularly the former, will utilise this incident to demonstrate once again the historical instability of Poland and to spread the usual gloomy rumours about a future partition. Our way of countering that is by an indulgent attitude in regard to the political lapse

- 2) Vgl. dazu eine Aufzeichnung der Abteilung IV für Stresemann vom 6. April 1927, in der ausdrücklich von dem Ziel gesprochen wird, dauernden Einfluß auf Handel und Industrie in Polen zu gewinnen und die Kontrolle über einzelne polnische Produktionszweige. AA GA Polen/Finanzwesen 2,3.
- 3) Bericht A124/26 Ang. IV Warschau vom 15. Mai 1926. AA GW P 3,5a. Brief Dirksens an Schubert vom 25. Mai 1926. AA St.S. P,7a.

of last week and continued benevolence towards the Polish state..."³⁴⁾.

Aus den Vereinigten Staaten reiste wenige Wochen später - trotz des Staatsstreiches - Professor Kemmerer nach Polen, um durch seine Untersuchungen die Grundlage für die große Auslandsanleihe im nächsten Jahr zu schaffen.

4) Deutsche Propaganda gegen eine Auslandsanleihe für Polen

Nach den wiedergegebenen grundsätzlichen deutschen Erwägungen zum Problem der polnischen Anleihe war es selbstverständlich, daß alle polnischen Schritte auf diesem Gebiet auf das genaueste verfolgt wurden. Die deutschen Missionen an dafür wichtigen Plätzen, zum Beispiel in Italien, Wien, der Schweiz und vor allem in den Vereinigten Staaten, berichteten seit 1925 fortlaufend über alle finanziellen Verhandlungen mit Polen, die ihnen bekannt wurden, alle Gerüchte wurden sorgfältig registriert³⁵⁾. Daneben lief eine ausgedehnte deutsche Propaganda mit dem Ziel, allen möglichen Anleihegebern für Polen jegliches Vertrauen in diesen Schuldner zu nehmen. Die polnischen wirtschaftlichen Schwierigkeiten und scharfen innerpolitischen Auseinandersetzungen boten genügend Material dafür. Da seit der Annahme des Dawes-Planes amerikanische Banken in beträchtlichem Umfang in Deutschland engagiert waren, konnte man hoffen, daß auch die Betonung des schlechten Verhältnisses Polens zu Deutschland, seinem wichtigsten Handelspartner, an dem in diesen Darstellungen natürlich Polen allein die Schuld trug, ihren Eindruck nicht verfehlen würde. Vor dem Ende des Zollerkrankes, so wurde man auf deutscher Seite nicht müde zu erklären, sei ein Aufschwung der polnischen Wirtschaft nicht zu erwarten. Waren auch die deutschen finanziellen Forderungen an Polen, vor allem auf dem Liquidationsgebiet, noch längst nicht alle durch das zuständige Schiedsgericht oder die Haager Cour anerkannt, so

34) Memorandum Gregory's (assistant undersecretary of State) vom 12. Mai 1926. DBFP IA, 1. Nr. 529. Das Dokument trägt den Vermerk, daß Sir William Tyrrell und Sir Austen Chamberlain ihr Einverständnis mit der Auffassung Gregory's erklärt hätten.

35) Auch die großen deutschen Banken wurden gebeten, Informationen über polnische Anleiheverhandlungen dem AA zur Verfügung zu stellen und ihrerseits so intensiv wie möglich dagegenzuwirken. Schreiben des AA an die Dt. Bank, die Disconto-Gesellschaft u. a. vom 28. Oktober 1925. AA GA Polen/Finanzwesen 2, 1.

ßen sie sich doch als Propagandamittel gut verwenden. Minder-
atenfragen und das noch immer umstrittene Staatsangehörigkeits-
blem dienten zum Beweise, daß Polen ein wenig zuverlässiger
tragspartner sei. Als Grund dieser Mißstände, auch in Ober-
lesien und in Danzig mit seinen vielen wirtschaftlichen Schwie-
keiten ließ sich dann mühelos die gänzlich unzulängliche und
normales Verhältnis zwischen Polen und Deutschland verhin-
rende Grenzziehung herausstellen, die der Revision bedurfte,
mit endlich Ruhe und Frieden in Osteuropa einziehen konnten.

weit diese deutsche Propaganda im einzelnen ihre Wirkung tat,
schwer abzuschätzen. Botschafter von Maltzan, der in den Ver-
tigten Staaten unermüdlich gegen die polnischen Anleihewünsche
beitete, wußte auch von Gegenwirkungen zu berichten. Es gab in
rika nicht nur weitverbreitete "sentimentale Sympathien" für
en, in Ciechanowski besaß Polen einen in Washington sehr freund-
ch aufgenommenen und sehr geschickten Gesandten, dessen Bemü-
ngen auch durch eine Reise Paderewskis durch die USA unterstützt
den. Unabhängig von aller Propaganda bestand zudem in Amerika
Neigung, europäischen Staaten, die ihre Schulden geregelt hat-
en, beim Aufbau zu helfen, um dabei gleichzeitig den amerikani-
nen Geldüberfluß gewinnbringend anzulegen. Nur nach diesen Ge-
chancen und den Sicherheiten, die der Schuldner bieten konn-
richtete ein großer Teil der amerikanischen Banken seine Ent-
lüsse³⁶⁾.

erhin erscheint es möglich, daß die zweite Hälfte der Anleihe
amerikanischen Bankhauses Dillon, Read and Co. für Polen un-
Einwirkung der deutschen Propaganda scheiterte. Nach polnischen
ichten hatte Dillon sie vom Abschluß des Handelsvertrages mit
Deutschland abhängig gemacht³⁷⁾.

Tel. 571 Washington vom 29. Dez. 1925. AA RM 10,4. - Bericht 594
Washington vom 29. Juli 1926. AA GA Polen/Finanzwesen 1,1.
Landau: Pożyczka Dillonowska. - Grabski (S. 117 ff.) schreibt
überhaupt die Reduzierung der ursprünglich vorgesehenen Summe
dem deutschen Einfluß zu. Dazu paßt auch eine Notiz Stresemanns
vom 25. März 1926 (AA RM 10,4): Vögler habe das AA um Material
zum Handelsvertrag und zur Korridorfrage gebeten, da ein Ver-
treter von Dillon die deutschen Ansichten darüber kennenzuler-
nen wünschte, bevor die zweite Anleihehälfte gegeben würde.

Es kam auch vor, daß polnischen Vertretern bei Sondierungen über Anleihemöglichkeiten in Westeuropa unumwunden erklärt wurde, Polen gelte als Hindernis bei der Verständigung zwischen den Westmächten und Deutschland. Es möge zunächst den Korridor zurückgeben und sich über einen Ausgang zur See durch Memel mit Litauen verständigen, dem England und Deutschland für einige Zeit den Kredit sperren würden. Dann könnte ausländisches Kapital in reichem Maße nach Polen fließen³⁸⁾.

Weniger erfolgreich waren die deutschen Bemühungen, Einfluß auf die Empfehlungen Kemmerers zu gewinnen. Die Botschaft in Washington hatte ihm deutsche Informationen vor seiner Abreise nach Polen im Dezember 1925 zur Verfügung gestellt und ihn auch bewogen, sich auf der Durchreise in Berlin mit Schacht in Verbindung zu setzen. Er vermied dies auf der Hinreise, um in Warschau keinen Verdacht zu erregen. Während seines Aufenthaltes dort hatte Rauscher ihn am 6. Januar 1926 in der Gesandtschaft empfangen; auf der Rückfahrt fand ein Gespräch mit Schacht in Berlin statt, bei dem Kemmerer "einen gewissen Optimismus" bei der Beurteilung der polnischen Sanierungsmöglichkeiten zeigte: es werde Polen mit Energie und Sparsamkeit gelingen, seinen Staatshaushalt in Ordnung zu bringen³⁹⁾. Es gibt kaum Anhaltspunkte dafür, daß Kemmerer sich in wesentlichen Fragen von den deutschen Vorstellungen beeinflussen ließ; kurz vor seinem zweiten Besuch in Polen, im Sommer 1926 äußerte er, er komme ausschließlich für die Polen und wisse auch nicht, ob er diesmal der deutschen Gesandtschaft in Warschau wieder einen Besuch machen könne, weil die Polen dies nicht gern sähen⁴⁰⁾.

5) Hoffnungen auf England

Die intensivsten Bemühungen, seine Ziele hinsichtlich der polnischen Anleihe und der deutschen territorialen Wünsche im Osten zu

38) Brief des Handelsrates der polnischen Botschaft in Paris an Ministerpräsident Grabski vom 15. Juni 1925. Zitiert bei Landau: Władysław Grabski. S. 1199.

39) Tel. Stresemanns an Washington Nr. 15 vom 16. Januar 1926. AA RM 10,4.

40) Aufzeichnung v. Behrs vom 5. Juli 1925. AA St. S. Po, 2.

erreichen, unternahm Deutschland im Frühjahr 1926 in London, und zwar sowohl beim Foreign Office als auch beim Governor der Bank of England, Mr. Montagu Norman. Allerdings handelte es sich im Foreign Office nicht um amtliche deutsche Sondierungen oder eine offizielle Stellungnahme der deutschen Regierung. Das hatte Stresemann aus Vorsicht ausdrücklich abgelehnt, weil die Frage mit "außerordentlicher Behutsamkeit angefaßt werden" mußte. Es bestand stets die Gefahr, daß die englische Regierung in einem solchen Fall sich sofort mit Paris in Verbindung gesetzt hätte und daß auf diesem Wege die deutschen Pläne schließlich auch in Warschau bekannt geworden wären. Die Gespräche, die Sthamer und hauptsächlich Botschaftsrat Dufour-Féronce über die polnische Sanierung mit Sir William Tyrrell führten, spielten sich auf der Basis ab, daß Dufour stets betonte, die Anregungen stammten ausschließlich von ihm, er habe keinen Auftrag und kenne auch die Einstellung seiner Regierung nicht.

Für aussichtsreicher hielten sowohl Stresemann als auch Sthamer die Fühlungnahme mit Norman, und zwar vor allem über den Reichsbankpräsidenten Schacht. Man wußte aus Norman's eigenem Munde, daß Finanzkreise nur ungern Geldgeschäfte mit Politik verknüpften und die Zentralbanken ebenso abgeneigt waren, mit Politikern und Diplomaten über finanzielle Verhandlungen zu sprechen. Die Hilfe Schachts war daher dem Auswärtigen Amt höchst willkommen. Die polnische Sanierungsfrage wurde ständig mit ihm erörtert, Schacht selbst war ein unbedingter Verfechter der Auffassung, daß die Finanzsanierung ohne eine Revision der deutschen Ostgrenzen nicht zustandekommen durfte. Da Norman schon 1925 den Wunsch nach einer Beteiligung der Reichsbank an der Anleihe für Polen angedeutet hatte, schien sich auf diesem Wege für Schacht eine Einflußmöglichkeit zu öffnen.

Sie ist, wie sich später herausstellte, überschätzt worden. Norman war nicht bereit, für die deutsche Mitarbeit weitgehende Bedingungen anzunehmen und Schachts These anzuerkennen, eine Stabilisierung der polnischen Währung ohne Budgetausgleich bedeute keine Sanierung; ein Budgetausgleich aber sei "ohne politische

Bereinigung mit Deutschland" und ohne Abrüstung undurchführbar⁴¹⁾. Norman und ebenso Strong, der Gouverneur der Federal Reserve Bank der Vereinigten Staaten, hatten grundsätzlich den Wunsch, Polen zu sanieren, weil es unerträglich sei, daß die Staaten, die Polen ins Leben gerufen hätten, es jetzt dem Ruin preisgeben, Polens Rettung läge in jeder Weise im europäischen Interesse. Das Mißtrauen Norman's in die polnischen Fähigkeiten und die polnische Finanzwirtschaft änderte an dieser prinzipiellen Hilfsbereitschaft nichts, daraus war nur die allerdings sehr entschiedene Forderung entstanden, daß Polen zur Garantie dafür, daß das Geld auch wirklich seinem Zweck entsprechend angelegt wurde, eine einschneidende Kontrolle seiner Finanzen gestatten müsse durch England oder den Völkerbund, was bei Norman's Einfluß im Genfer Finanzkomitee praktisch dasselbe bedeutete. Norman wußte auch, daß gerade die ausländische Finanzkontrolle von der öffentlichen Meinung Polens leidenschaftlich abgelehnt wurde und es deswegen für die polnische Regierung sehr schwer war, darauf einzugehen. Um seine Forderung dennoch durchzusetzen, bot er seinen ganzen weitreichenden Einfluß auf, damit Polen solange keine, auch keine kleinere, Anleihe erhielt, bis die Not so groß war, daß es sich der Kontrolle beugen mußte⁴²⁾. Daß hier auf englischer Seite auch weniger uneigennützige Motive im Spiele waren, ist wohl anzunehmen. Eine gewisse Rivalität zwischen englischen und amerikanischen Finanzkreisen, auch zwischen den Gouverneuren der beiden Zentralbanken kann nicht ausgeschlossen werden. Ebensowenig kann es eine Frage sein, daß Polen, schon auf Grund seiner reichen Naturschätze, für die britische Bankwelt, die Industrie und britische Handelsinteressen ein außerordentlich verlockendes und gewinnbringendes Betätigungsfeld zu werden versprach. Würde sich damit auch der englische politische Einfluß in Polen erhöhen, konnte das in so unmittelbarer Nachbarschaft der Sowjetunion nur erwünscht sein.

Daß in Berlin überhaupt eine Zeit lang die Hoffnung bestand, England für die deutschen Wünsche gewinner zu können, lag daran,

41) Aufzeichnung Dirksen's über ein Gespräch mit Schacht am 5. Jan. 1926. AA RM 10,4.

42) Tel. 289 London vom 7. April 1926. AA RM 10,4. Bericht A 754 London vom 8. April 1926. AA ~~RM~~ Polen/Finanzwesen 1,1.

daß weder Norman noch Tyrrell sich auf die ersten Andeutungen in ganz ablehnend verhalten hatten. Dufour wiederholte Anfang März 1926 in einer Unterhaltung mit Norman, was auch Schacht schon erklärt hatte: daß man doch die polnische Sanierung nicht nur als ein finanzielles, sondern als ein "hochpolitisches Problem" betrachten möge. Er bat Norman zu überlegen, ob nicht im Zusammenhang mit der Anleihe und im Rahmen des Völkerbundes der nach seiner Ansicht für das Gelingen des Sanierungswerkes unerlässliche Ausgleich zwischen Polen und Deutschland gefunden werden könne. Norman hatte die Anregung immerhin für diskutabel erklärt⁴³⁾. Kurze Zeit später unternahm Dufour einen ähnlichen Vorstoß bei Tyrrell, der sagte:

"das wäre ihm ein ganz neuer Gedanke, den er an und für sich aber für gut halte; er würde sich gleich in Gedanken ernstlich damit befassen".

Allerdings stellte er auch sofort die Frage, ob Dufour eine Idee für die Regelung des Korridorproblems habe, was dieser verneinen mußte⁴⁴⁾. Ende März schien es dann so, als ob die deutsche Anregung doch nicht ganz ohne Erfolg geblieben war, denn nach Mitteilungen Norman's befaßte man sich in London sehr lebhaft mit dem Problem. Sthamer hielt es daraufhin für angebracht, aus der bisher gezeigten Reserve hervorzutreten und die deutschen Gedankengänge offen darzulegen, wozu er um genaue Instruktionen bat⁴⁵⁾. Als der Gouverneur der Bank von England am 6. April im Hause Dufours dinierte, sprach er ganz offen darüber, daß ihn die Verbindung von Finanzhilfe und Grenzregelung doch sehr interessiere und daß er im Augenblick jede Anleihe für Polen verhindere, um Zeit für eine gründliche Beratung darüber zu gewinnen. Freilich gab er auch sogleich zu bedenken, der Völkerbund könne

"nur den Standpunkt Polen gegenüber einnehmen, daß Polen seine politischen und wirtschaftlichen Differenzen mit allen seinen Nachbarn vorher regeln müsse, wenn es die wirklich großen Summen erhalten solle, die zur völligen Wiederherstellung seiner Finanzen erforderlich seien. Auf die Diffe-

3) Bericht A 491 London vom 1. März 1926. AA GA Polen/Finanzwesen 1,1.

4) Bericht A 644 London vom 19. März 1926. AA RM 18,9.

5) Bericht A 689 London vom 30. März 1926. AA GA Polen/Finanzwesen 1,1.

renzen mit Deutschland allein könne der Völkerbund nicht hinweisen"46).

Auf diesen Bericht folgte dann die bereits wiedergegebene ausführliche Instruktion Stresemanns für Sthamer vom 19. April, in der gerade der Weg über Genf als für Deutschland ungünstig abgelehnt wurde. Stresemann wünschte keine Gespräche über die polnische Angelegenheit mit dem Foreign Office und wollte auch Norman gegenüber die weitere Erörterung lieber Schacht überlassen.

Schacht mußte jedoch seine für Ende April geplante Reise auf Anraten Norman's wegen des englischen Generalstreiks verschieben. Bis er eine neue Einladung nach London bekam und Ende Mai endlich fahren konnte, hatte sich die Stimmung in London bereits wieder gewandelt. Daran kann auch ein Treffen Norman's mit Strong seinen Anteil gehabt haben, der, wie man im Auswärtigen Amt zu wissen glaubte, mit der Absicht nach Europa gekommen war, Polen auf jeden Fall zu sanieren.

Am 21. Mai ließ das Foreign Office die deutsche Botschaft wissen, die deutsche Beteiligung an der polnischen Sanierung sei erwünscht, weil man sich davon eine Besserung des deutsch-polnischen Verhältnisses verspreche,

"aber Deutschland dürfe nicht glauben oder gar fordern, daß die Regelung der Frage der deutsch-polnischen Grenze mit der finanziellen Sanierung Polens verquickt werden solle. Das wäre unmöglich. Die Regelung der Grenzfrage müsse einer späteren Zeit überlassen bleiben"47).

Auch Schacht mußte bei seinem Besuch Ende Mai von Norman eine endgültige Ablehnung hören. "Nach allem, was er inzwischen studiert und überlegt hätte", sei die von Deutschland gewünschte Verbindung von Finanzsanierung und Grenzrevision nicht möglich. Schachts Gegenargumentation konnte Norman von dieser Meinung nicht mehr abbringen. Der Reichsbankpräsident hatte nicht nur auf die wirt-

46) Bericht A 754 London vom 8. April 1926. AA GA Polen/Finanzwesen 1,1. Tel. 289 London vom 7. April 1926. AA RM 10,4. Bericht A 754 ist gedruckt in der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, IX, 7. 1961. S. 1607-1619; mit einem Kommentar von Wolfgang Ruge: Ein Dokument über die Förderung der antipolnischen Revanchepolitik des imperialistischen Deutschlands durch die Vertreter des sowjetfeindlichen britischen Finanzkapitals im Jahre 1926.

47) Tel. 426 London vom 21. Mai 1926. AA RM 10,5. - Bericht 1123 London vom 20. Mai 1926. 3726/K170/K026293 ff. Danach soll Lampson geäußert haben: "The solution you have in mind is far too schlaun to be realised".

schäftlichen Schwierigkeiten hingewiesen, die ohne deutsche Mit-
hilfe bei der Sanierung Polens auftreten würden, weil deutsche
und österreichische Banken seit Jahrzehnten die Bankiers Polens
seien und die besten Kenntnisse der wirtschaftlichen Beziehungen
dort besäßen. Er hatte auch auf die politische Gefahr aufmerksam
gemacht, die darin liege, daß das deutsche Volk sich ohne die Lö-
sung der Grenzfrage bei jedem denkbaren Anlaß sich auf der Seite
der Gegner Polens finden werde, während nach einer Grenzrevision
sein gutes Verhältnis zu seinem westlichen Nachbarland Polen die
beste Rückendeckung biete ⁴⁸⁾.

Mit dieser Ablehnung Norman's konnten die deutschen Bemühungen
als gescheitert betrachtet werden. Schacht befand sich im Irrtum,
wenn er auch nun noch glaubte, Deutschland könne in dieser Frage
"gar nicht entschieden genug auftreten", um sein Ziel zu errei-
chen. Denn die Sanierung ohne deutsche Mitarbeit sei zum Schei-
tern verurteilt, und außerdem sei bei einer Weigerung Deutsch-
lands gar nicht sicher, ob sie überhaupt zustande käme. Man wer-
de es in Finanzkreisen als ein sehr gewagtes Unternehmen betrach-
ten, eine Anleihe, selbst unter dem Patronat des Völkerbundes,
zur Zeichnung aufzulegen, die von Deutschland als nächstem Nach-
barn und besten Kenner Polens als gefährdet angesehen werde ⁴⁹⁾.
Schacht irrte ebenfalls in der noch im Frühjahr 1927 vertretenen
Ansicht, die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen hät-
ten noch einen Einfluß auf das Zustandekommen der Anleihe. Er be-
klagte sich bei Stresemann sehr lebhaft über die deutsche Presse,
die die polnische Lage und die Aussichten auf einen Abschluß des
Handelsvertrages viel zu optimistisch beurteilte und damit die
Anleihe nur befördere. Auch sein Versuch, sie noch im letzten Au-
genblick zu torpedieren durch eine Mitteilung an England und Ame-
rika über deutsche Forderungen an Polen in Höhe von 1,3 Milliar-
den für Liquidationsentschädigungen und eine weitere Milliarde
für preußisches Staats- und Kroneigentum in den abgetretenen Ge-
bieten blieb ohne Erfolg. Schacht vermochte höchstens zu verhin-
dern, daß deutsche Bankiers sich an der Anleihe beteiligten -

48) Aufzeichnung Schachts vom 28. Mai 1926. AA RM 10,5.

49) ebenda.

in einem solchen Falle konnte ihr die Notierung an deutschen Börsen versagt werden⁵⁰⁾.

Nachdem seit der Kemmerer-Mission im Sommer 1926 die Führung bei der Sanierungsaktion immer mehr an amerikanische Banken übergegangen war und es allein von Polen abhing, ob es die amerikanischen Bedingungen annahm und dafür die Anleihe erhielt, gab es für Schacht nur noch eine sehr beschränkte Mitsprachemöglichkeit auf dem Gebiete des Stützungskredites der europäischen Zentralbanken für die Bank Polski. Daß die Reichsbank sich auf eine englische und amerikanische Aufforderung hin daran beteiligen sollte, hatte am 11. Mai 1927 auch die Billigung der Reichsregierung gefunden⁵¹⁾, schon aus dem Grunde, weil auch die Reichsbank einmal auf eine solche Hilfe angewiesen sein könnte. Bemühungen Schachts, in diesem Zusammenhang Anfang April auf einem Treffen der Notenbankpräsidenten Deutschlands, Englands, Frankreichs und eines Vertreters der Federal Reserve Bank in Calais die Anleihe für Polen unter rein amerikanischer Kontrolle doch noch aufzuhalten, waren am Widerstand der Amerikaner und des Gouverneurs der Banque de France gescheitert. Moreau hatte am 28. März notiert:

"Il ne faut pas donner à penser que nous entendons éliminer l'Allemagne de la combinaison /d.h. vom Notenbankkredit - M.O. 7, mais nous devons soutenir de toutes nos forces nos amis polonais contre l'impérialisme financier de la Grande Bretagne qui, en l'occurrence, a fait alliance avec le pan-germanisme"⁵²⁾.

Auf diese Weise hatten nicht nur die deutschen Bemühungen, auf dem Wege über die polnische Sanierung die Ostgrenzen zu ändern, keinen Erfolg gebracht, sondern die Anleihe für Polen wurde ohne jede deutsche Beteiligung gegeben. Da aber Deutschlands ausge dehnte Gegenwirkungen in Warschau nicht ganz unbekannt geblieben waren, trugen sie nur dazu bei, daß im Sommer 1926 das deutsch-polnische Verhältnis schlechter denn je war.

50) Briefe Schachts an Stresemann vom 6. und 30. April 1927. AA GA Polen/Finanzwesen 2,3.

51) Protokoll der Kabinettsitzung in Anwesenheit Schachts vom 11. Mai 1927. BA R 43 I/1420.

52) Moreau, S. 267.

f. Die Entwicklung der Revisionsfrage bis zum Ende
der zwanziger Jahre

Der deutsche Widerstand gegen ein Ostlocarno

Die Vorgeschichte der Verträge von Locarno und die deutschen Behauptungen, Einfluß auf die Sanierung der polnischen Wirtschaft zu gewinnen, sind die beiden deutlichsten Beispiele dafür, wie die deutsche Außenpolitik unter Stresemanns Führung bestrebt war, Deutschland an der Ostgrenze in keiner Form zu binden, die später einmal dem immer festgehaltenen Ziel einer Revision im Wege stehen konnte. Dazu gehörte auch, möglichst nichts zu tun, oder zuzulassen, was Polens innere Lage und sein internationales Ansehen zu festigen imstande war. Und schließlich galt es dem Prinzip zur Anerkennung zu verhelfen, daß eine friedliche Revision auch der territorialen Bestimmungen des Versailler Vertrages durchaus keine unrechtmäßige Forderung war. Diese Überlegungen waren maßgebend gewesen für die deutsche Stellungnahme zu den bisher geschilderten Problemen, sie übten einen mehr oder minder starken Einfluß aus auch auf Entscheidungen und Reaktionen in einer ganzen Reihe anderer Fragen.

In der Diskussion über Deutschlands Eintritt in den Völkerbund hatten sie eine Rolle gespielt, zum Beispiel in der Rücksicht auf Artikel 10 der Völkerbundssatzung, der die territoriale Unversehrtheit der in Genf vertretenen Länder anerkannte, und bei dem Gedanken an einen damals für möglich gehaltenen polnisch-litauischen Zusammenstoß¹⁾, bei dem Deutschland unter Umständen durch die Völkerbundssatzung die Hände weitgehend gebunden sein könnten.

Deutlich erkennbar ist der Einfluß der deutschen Revisionswünsche im Osten ebenfalls bei der Stellungnahme zum polnisch-litauischen Konflikt im Jahre 1926 und 1927. Dafür war nicht nur die Furcht ausschlaggebend, ein zeitweise erwarteter Angriff Polens auf Litauen würde die Situation in Osteuropa erheblich verändern, sondern auch in der Öffentlichkeit mehrfach aufgetauchte Pläne, Polen solle den

Korridor an Deutschland zurückgeben und durch litauisches Gebiet mit einem Zugang zur Ostsee über Memel entschädigt werden - Pläne, die in der Wilhelmstraße wenigstens nicht von Anfang an und grundsätzlich zurückgewiesen worden waren²⁾. Schon Ende 1924 hatte Dirksen diese Lösung als "nicht von der Hand zu weisende politische Konstruktion" bezeichnet und überlegt, ob man einen solchen Vorschlag in die Öffentlichkeit lancieren solle³⁾. In der Diskussion vor Locarno waren derartige Erwägungen auch in England und Frankreich so häufig geworden, daß der litauische Gesandte in Berlin sich äußerst besorgt bei Stresemann erkundigte, ob davon in Locarno die Rede gewesen sei und die Frage schon einen "akuten Charakter" angenommen habe⁴⁾. Wie neuerdings die englischen Akten zeigen, scheint auch Briand dem Gedanken nicht gänzlich abgeneigt gewesen zu sein. Nach Chamberlain's Bericht äußerte er Ende Januar 1926:

"that one could not look at the map of East Prussia without feeling that sooner or later some accomodation must be discovered. He repeated the regret ... about the manner in which the Vilna and Memel questinns had been handled or mishandled, and he seemed vaguely to hope that Memel might yet in some way be found to be the key to a solution" 5).

Als dann nach dem Staatsstreich Piłsudskis vom Mai 1926 und der Übernahme der Macht in Litauen durch Voldemaras die Beziehungen der beiden Länder so gespannt wurden, daß die Gefahr eines militärischen Zusammenstoßes zu bestehen schien, gewann die Frage für Berlin wieder an Interesse.

Da an einem Erfolg der polnischen Armee über Litauen nicht gezweifelt wurde, stand in diesem Falle zu befürchten, daß das einzige Kompensationsobjekt für den Korridor in polnische Hände überging und damit auch diese Möglichkeit des Wiedergewinns der Ostgebiete

- 2) Memorandum vom 30. Juni 1925. AA.St.S.O., 4. Nur Ministerialdirektor Wallroth in der Ostabteilung wandte sich vollkommen gegen eine solche Lösung; nicht nur, weil bei einem Tausch litauisches Gebietes gegen den Korridor von Deutschland bestimmt der endgültige Verzicht auf Danzig und Oberschlesien gefordert werden würde, sondern vor allem aus Rücksicht auf die deutsch-sowjetischen Beziehungen, die durch eine von Moskau scharf bekämpfte Vergrößerung Polens durch Litauen schwer belastet werden müßten. Noti Wallroths vom 26. November 1926. AA St.S. Po, 2.
- 3) Brief an Zechlin vom 27. November 1924. AA IV Po Pol. 4, 2.
- 4) Aufzeichnung Stresemanns vom 9. Nov. 1925 AA Nachlaß, 272. S. auch Balcerak, S. 53-54.
- 5) DBFP IA, 1. Nr. 233.

Polen war⁶⁾. Solche Sorgen bestanden nicht nur in der Ostabteilung des Auswärtigen Amtes. Auch Stresemann scheint sie im Sinn zu haben, wenn er ablehnt, was bei der deutschen Politik gegenüber Polen nahezuliegen schien, nämlich Litauen in jeder Weise gegen Polen zu stützen. Einer offenen und starken deutschen Unterstützung für Litauen wurden nicht nur durch die Memelfrage Grenzen gezogen, sondern auch durch die Rücksicht, daß zu enge politische Bindungen an Litauen Deutschland "in schwierige Komplikationen verstricken und gewisse künftige Möglichkeiten verbauen könnten"⁷⁾.

Trotz dieser Abneigung gegen vertragliche Bindungen hatte man in Berlin aber natürlich ein Interesse daran, die Unabhängigkeit Litauens zunächst zu erhalten. Auch abgesehen von der Frage des Kompensationsgebietes für den Korridor sollte sich auf keinen Fall der polnische Machtbereich bis nach Memel ausdehnen, denn damit würde Ostpreußen umklammert und "eine starke politische Barriere zwischen Deutschland und Rußland" gelegt werden.

Auf der anderen Seite konnte aber auch ein bewaffneter Zusammenstoß zwischen Polen und Litauen in Berlin nicht willkommen sein, denn angesichts der drohenden Haltung der Sowjetunion waren die Folgen einer solchen Veränderung des status quo nur schwer abzuschätzen, und es war eine ganz "unzeitige Aufrollung der gesamten Ostprobleme" zu befürchten.

Weder ging man bei Vermittlungsbemühungen nicht so weit wie England und Frankreich, die einen vollständigen politischen Ausgleich zwischen Litauen und Polen begrüßt hätten⁸⁾. Nur gegen die Herstellung eines "modus vivendi ohne Veränderung des gegenwärtigen Gleichgewichtszustandes" war vom deutschen Standpunkt nichts einzuwenden und dem sollte auch nicht entgegengewirkt werden⁹⁾. Da im Augenblick kaum sehr viel mehr erreichbar war,

Aufzeichnung Zechlins vom 19. November 1926. AA St.S. Po, 2.
Schreiben Stresemanns an Hoesch vom 3. Febr. 1927. AA RM 10, 6.
Briand hatte offensichtlich dabei an eine deutsche Mitwirkung gedacht, da Frankreich in Kowno auf Mißtrauen zu stoßen glaubte.
Tel. 162 Paris vom 9. Febr. 1927. AA RM 10, 6.
Tel. 186 an Paris vom 19. Febr. 1927. AA RM 10, 6.

als die politische Beherrschung Litauens durch Polen zu verhindern, schien es im Hinblick auf die deutsche Revisionspolitik noch immer die beste Lösung zu sein, eine endgültige Regelung der zwischen Litauen und Polen umstrittenen Wilna-Frage weiterhin aufzuschieben. Diese Gesichtspunkte bestimmten die deutsche Stellungnahme sowohl zu den Vermittlungsaktionen der Westmächte in Warschau und Kowno als auch bei dem intensiven Meinungsaustausch mit Moskau¹⁰⁾.

Als im September 1927 die polnische Delegation zur Versammlung des Völkerbundes einen Entwurf für einen Völkerbundsbeschuß mitbrachte, der das Verbot des Krieges und den Abschluß von Nichtangriffspakten unter den Mitgliedstaaten vorsah¹¹⁾, waren es wiederum die am Anfang des Abschnitts genannten Grundsätze, die Deutschland zur Ablehnung des Vorschlags veranlaßten. Im Abschluß solcher Verträge und einer über die Völkerbundssatzung (besonders Art.15, Abs.7) hinausgehenden Einschränkung der Bewegungsfreiheit der Staaten vermochte man nur den Versuch zu erblicken, die Verträge von Locarno endlich doch noch auf die Grenzen in Osteuropa auszudehnen und von Deutschland die Anerkennung der territorialen Bestimmungen des Friedensvertrages zu erlangen. Stresemann stand hier bekanntlich mit seiner Ablehnung nicht allein. Daß England keine über die Völkerbundssatzung hinausgehenden Verpflichtungen mehr übernehmen würde, hatte es seit dem Genfer Protokoll und Locarno mehrfach betont. Es gelang dem deutschen Außenminister schließlich auch, Briand, der scheinbar schon vor dem Beginn der Versammlung von der polnischen Absicht gewußt¹²⁾ und zunächst nichts dagegen einzuwenden gehabt hatte, zu bestimmen, sich einer Erweiterung der Locarno-Verträge auf den Osten zu widersetzen.

-
- 10) Die deutsch-sowjetischen Gespräche über die litauische Frage, bei der deutsche und sowjetische Interessen nur teilweise übereinstimmten, sind ausführlich behandelt bei Korbelt, S. 223 ff. in dem Kapitel "Betting on the 'Lithuanian Horse'".
- 11) Politische Verträge, Bd.II,1. S.484 ff.
- 12) Krasuski, Bd.II, S.69 ff.

Die Deklaration, die dann am 24. September 1927 nach langen Beratungen zwischen der englischen, französischen, deutschen und polnischen Delegation von der Völkerbundsversammlung einstimmig genehmigt wurde, hatte im Grunde nur noch eine moralische Bedeutung. Sie verbot den Angriffskrieg als ein internationales Verbrechen und machte die Regelung aller Konflikte mit friedlichen Mitteln zur Pflicht, erlegte aber den Völkerbundsmitgliedern keine über die Satzung hinausgehenden Bindungen auf. Stresemann konnte sich mit Recht rühmen, daß das Zusammenwirken der großen Locarno-Mächte sich als fest und sicher erwiesen und die Pläne Polens, eine neue Sicherung für seine Westgrenze zu gewinnen, vereitelt hatte¹³⁾.

Schon bot schon das folgende Jahr eine neue Gelegenheit für Polen, diese Pläne weiter zu verfolgen: die Debatte über die Rheinland-Räumung. Waren in Polen schon seit Thoiry immer wieder Bedenken gegen eine deutsch-französische Annäherung laut geworden und dauerten die polnischen Versuche, die kompensationslose Räumung des Rheinlandes zu verhindern, auch noch während der Haager Konferenz, so brachte doch der Juni 1928 den Höhepunkt der polnischen Aktion in Paris und heftige Gegenerklärungen auf deutscher Seite, die die seit der Jahreswende 1927/1928 spürbare leichte Entspannung der deutsch-polnischen Beziehungen wieder zunichte machten. Außenminister Zaleski hatte schon im Mai in einer Rede vor der Kommission für Auswärtige Angelegenheiten im Sejm das Interesse Polens an zusätzlichen Sicherheitsgarantien bekundet, wenn Deutschlands Position durch den Rückzug der alliierten Truppen aus dem Rheinland weiter gestärkt werde. Diese Forderung betonte er aufs neue und sehr nachdrücklich bei seinem Besuch in Paris Mitte Juni 1928. Das Räumungsproblem müsse mit aller notwendigen Umsicht geprüft werden, denn es sei sehr viel leichter, die Truppen zurückzuziehen als sie dann wieder einmarschieren zu lassen. Bevor man in solches Pfand wie das Rheinland aufgegeben würde, müsse man sich erst neuer Garantien versichern. Polen sei als Kontrahent des Versailler Traktates in hohem Maße an der Besetzung inter-

3) Tel. der deutschen Delegation Genf vom 10. Sept. 1927. AA RM 10,7. Brief Stresemanns an Reichskanzler Marx vom 21. Sept. 1927. AA Nachlaß, 59.

essiert, denn sie stelle eine Sicherheit für die Ausführung des Friedensvertrages dar; infolgedessen müsse auch Polen an den Verhandlungen beteiligt werden. Es tauchte das schon vor Locarno immer wieder vorgebrachte Argument auf, der Friede am Rhein und der Friede an der Weichsel seien nicht zu trennen und Polen müsse jetzt endlich eine feste Garantie für seine Grenzen bekommen¹⁴⁾. Zaleski wurde hierbei vom größten Teil der polnischen Presse auf das lebhafteste unterstützt, denn man argwöhnte, Deutschland werde die Befreiung von den Fesseln im Westen alsbald zu einer aggressiven Politik im Osten benutzen. Nur der sozialistische "Robotnik" bezweifelte die Klugheit der Aktion Zaleskis. Wie schon in anderen ähnlichen Fällen wies er fast als einzige polnische Zeitung darauf hin, daß die Rheinlandräumung während der Kanzlerschaft Hermann Müllers einen Triumph der deutschen Demokratie und eine Niederlage des Nationalismus bedeute, was für Polen keineswegs gleichgültig sei¹⁵⁾.

Die Tatsache, daß Zaleski seine Äußerungen unmittelbar nach Besprechungen im Quai d'Orsay machte, ohne von französischer Seite Widerspruch zu finden, erweckte das Mißtrauen der Wilhelmstraße und auch der deutschen Presse¹⁶⁾. Man wußte bereits aus den Diskussionen in der französischen Öffentlichkeit, daß die Idee einer kompensationslosen Räumung wenig populär war und daß nach Gegenleistungen auf dem Gebiete der Sicherheit gesucht wurde, besonders nach zusätzlichen Garantien für die polnische Westgrenze¹⁷⁾. Infolgedessen wurde Hoesch beauftragt, bei Briand den Standpunkt der französischen Regierung zu ergründen und die deutschen Bedenken vorzutragen. Denn da Polen nicht reparationsberechtigt war, könne

14) Zaleski, S.175-180. WTB Nr.949 vom 12.Juni und Nr.976 vom 16.Juni 1928. AA St.S. Po,3.

15) Pressetelegramme Nr.20-23 Warschau vom 14.-20.Juni 1928. WTB Nr.1154 vom 17.Juli 1928. AA IV Po Pol.2,26.

16) Selbst eine Zeitung wie das Berliner Tageblatt (Nr.280 vom 15. Juni 1928) wies Zaleskis Einmischung in die Frage der Rheinlandräumung zurück, die Polen absolut nichts angehe, und bezeichnete seine Äußerungen als Entgleisungen.

17) Bericht 1821 Paris vom 15.Juni 1928. AA St.S. Fab,13.

"die Anerkennung seines Interesses an der Räumungsfrage nur unter dem Gesichtspunkt polnischer Sicherheitsbedürfnisse begründet werden, was der Erörterung des gesamten Problems sofort eine äußerst gefährliche Wendung geben würde".

Die deutsche Furcht vor einem Ostlocarno war auch hier wieder bestimmend:

"Die ganze politische Diskussion zwischen uns und der Französischen Regierung über die Räumungsfrage und überhaupt über die allgemeine europäische Politik ist bis in die letzte Zeit hinein ausdrücklich oder wenigstens stillschweigend auf der Basis geführt worden, daß man uns nicht eine endgültige Anerkennung der deutsch-polnischen Grenze oder eine andere Art besonderer Garantien für den territorialen Status im Osten zumuten dürfe".

Sollte die französische Regierung diese Grundlage nicht mehr anerkennen, so sei jeder Diskussion der Boden entzogen und Konzessionen an Polen bedeuteten einen

"sehr ernsten Wendepunkt in der Entwicklung unseres ganzen Verhältnisses zu Frankreich" 18).

Das Gespräch Hoeschs mit Briand war insofern schwierig, weil Briand sogleich dringend bat, der Botschafter möge ihn nicht in eine Polemik gegen den Außenminister eines befreundeten Staates verwickeln, was innen- und außenpolitisch die unangenehmsten Folgen haben und die Räumung nur erschweren werde. Erst nach längerem Drängen und nachdem Hoesch sich mit seiner Person für die Geheimhaltung der Äußerungen verbürgt hatte, erklärte Briand, Zaleski habe mit ihm nicht über ein polnisches Mitbestimmungsrecht bei den Verhandlungen über die Rheinlandräumung gesprochen, und auch er selbst habe in seiner Senatsrede vom 2. Februar 1928 nur die Mitwirkung Englands, Belgiens und Italiens gedacht - diesen Standpunkt vertrete er noch immer¹⁹⁾.

Aus England kamen wenigen Tage später ebenfalls beruhigende Nachrichten. Die Presse hatte die Äußerungen Zaleskis nur wenig beachtet, der "Manchester Guardian" das polnische Mitspracheverlangen scharf zurückgewiesen. Am 27. Juni war dann auch den Erklärungen Chamberlain's im Unterhaus zu entnehmen, daß es in Verbindung mit der Rheinlandräumung kein Ostlocarno geben werde - England

8) Tel. 537 an Paris vom 16. Juni 1928. AA RM 10,8.

9) Tel. 679 Paris vom 22. Juni 1928. AA St. S. Po, 3.

bekräftigte seinen Standpunkt, über die Verträge von Locarno und die Völkerbundssatzung hinaus keine Verpflichtungen mehr zu übernehmen²⁰⁾.

Ein Jahr später, zu Beginn der Haager Konferenz im August 1929, als die Entscheidung über die Rheinlandräumung näher rückte, konzentrierte sich das polnische Interesse noch einmal auf eine Kompensation auf dem Gebiet der Sicherheit. Im Juni und Juli drängte Polen in Paris zum Abschluß eines deutsch-französisch-polnischen Garantievertrages, der endgültig die polnische Westgrenze sichern sollte und dem Opfer eines Angriffs unverzügliche Hilfe ohne die Entscheidung des Völkerbundsrates²¹⁾. In Berlin schenkte man diesen polnischen Aktionen nur noch wenig Beachtung, nachdem inzwischen klar geworden war, daß weder England noch Frankreich die Rheinlandräumung mit dem deutsch-polnischen Grenzstreit zu verknüpfen gewillt war.

Allerdings erwachte schon kurze Zeit darauf neues Mißtrauen, als Briand im Mai 1930 der deutschen Regierung seinen Europa-Plan überreichen ließ. Ihm war zu entnehmen, daß dem Abbau der Zollschranken und einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit gewisse politische Regelungen vorausgehen sollten, die vor allem auch die Unabhängigkeit und den Bestand der kleineren und schwächeren Staaten sichern würden. Briand schien ein System der kollektiven Sicherheit im Sinn zu haben, das sich dann natürlich auch auf den Osten Europas erstrecken würde. Nach der bisherigen deutschen Haltung in solchen Fragen war eigentlich zu erwarten, daß man hierin, wenn nicht ein Ostlocarno, so doch den Versuch sah, den

20) Tel. 435 London vom 28. Juni 1928. AA St.S. Fab, 13. - Nach einer Mitteilung Berthelots an Hoesch über Gespräche mit Chamberlain in London soll Chamberlain nach den Reden Zaleskis dem polnischen Gesandten erklärt haben: er könne diesen Ausführungen in keiner Weise zustimmen, werde sich aber diesmal einer formellen Desavouierung enthalten. Wiederhole jedoch Zaleski seine Forderungen, werde er im Parlament erklären, England sei Polen gegenüber zu keiner Rücksicht in der Räumungsfrage verpflichtet. (Tel. 727 Paris vom 5. Juli 1928. AA St.S. Fab, 13).

21) Tel. 21 an die deutsche Delegation zur Ratstagung in Madrid vom 10. Juni 1929. AA RM 15, 12. Instruktion Zaleskis für den polnischen Botschafter in Paris vom 5. Juli 1929. Nach den polnischen Akten zitiert bei Krasuski, Bd. II, S. 178.

status quo in Europa zu befestigen. Denn daß es im Rahmen eines allgemeinen Systems von Garantie und Schiedsgerichtsbarkeit kaum mehr möglich sein würde, die deutschen territorialen Forderungen durchzusetzen, war nicht zu bezweifeln. Die deutsche Regierung machte aus ihrer längst bekannten Ablehnung jeder solchen Kombination auch diesmal kein Hehl, weder in den Gesprächen mit englischen Diplomaten²²⁾ noch in ihrer offiziellen Antwort²³⁾. Sie stimmt darin der französischen Auffassung zu, erst nach der Erfüllung politischer Voraussetzungen die wirtschaftlichen Probleme zu erörtern, weil

"auch sie davon überzeugt ist, daß die Notlage Europas ihre Ursache in hohem Maße in der gegenwärtigen politischen Gestaltung unseres Kontinents hat. Deshalb kann in der Tat, wenn man die bestehenden Schwierigkeiten wirklich von Grund aus beseitigen will, an diesen politischen Ursachen nicht vorbeigegangen werden. Die Deutsche Regierung kann ihre Ansicht darüber, in welcher Richtung die Lösung dieser politischen Probleme zu suchen ist, als bekannt voraussetzen... alle Versuche einer Besserung der politischen Lage in Europa werden davon abhängen, daß die Grundsätze der vollen Gleichberechtigung, der gleichen Sicherheit für alle und des friedlichen Ausgleichs der natürlichen Lebensnotwendigkeiten der Völker zur Anwendung kommen. Wo bestehende Verhältnisse diesen Grundsätzen widersprechen, müssen wirksame Mittel für ihre Änderung gefunden werden".

Schliesslich darf bei der Aufzählung von Beispielen für die anfangs genannten Grundsätze deutscher Außenpolitik im Hinblick auf eine Grenzrevision im Osten die deutsche Minderheitenpolitik nicht unerwähnt bleiben. Eine eingehende Darstellung dieses äußerst komplizierten Problems würde den Rahmen dieser Arbeit übersteigen²⁴⁾, doch ist ein Hinweis notwendig auf seine Bedeutung für die Revisionsbemühungen. Es war vollkommen selbstverständlich, daß Deutschland vor der Weltmeinung jeden Anspruch und jede Unterstützung für die Rückgabe seiner Ostgebiete verlieren würde, wenn es dort keine nennenswerte deutsche Bevölkerung mehr gab. Ihre Zahl war ohnehin seit dem Ende des Weltkrieges bedenklich zusammengeschmolzen. Das

22) DBFP II, 1. Nr. 188.

23) Politische Verträge II, 2. S. 218 ff. - Erdmann. GWU 1. 1950. S. 16-32.

24) Vgl. Breyer, S. 57 ff.; Bretton, S. 126 ff.; Cygański, S. 19 ff.; Heike, S. 17 ff., 88 ff.; Krasuski, Bd. II, S. 213 ff.

war nicht nur auf den selbstverständlichen Abbau der preußischen Verwaltung und der Garnisonen zurückzuführen, sondern in den Wirren der ersten Nachkriegsjahre und des polnisch-sowjetischen Krieges hatten sehr viele Deutsche das Land verlassen, vielleicht ohne in allen Fällen unbedingt dazu gezwungen zu sein. Dazu kam eine sehr energische, oft rücksichtslose und große persönliche Härten bedeutende polnische Nachhilfe, die vor allem bis 1925, aber in geringerem Maße auch später noch, immer mehr Deutsche aus dem Lande trieb. Es mußte deshalb vom deutschen Standpunkt aus unerläßlich erscheinen, die noch in Polen wohnende deutsche Bevölkerung unter allen Umständen zu erhalten und zu stützen. Dem galt nicht nur die Hilfe des Reiches für die Minderheit auf kulturellem und finanziellem Gebiet, nach Deutschlands Eintritt in den Völkerbund dienten seine Schritte in Genf hauptsächlich diesem Ziel. Sie sollten sowohl in einzelnen Fällen den Klagen der Minderheit Gehör verschaffen, als auch die Kompetenz des Völkerbundes für einen möglichst weiten Kreis von Minderheitenfragen genau festlegen und schließlich ein allgemein anerkanntes und gesichertes Minderheitenrecht schaffen.

In Kreisen der in Polen lebenden Deutschen und vor allem im Auswärtigen Amt war man sich wohl bewußt, daß Deutschland diese Forderungen mit gutem Gewissen und mit Erfolg nur würde vertreten können, wenn es selbst ein einwandfreies und großzügiges Minderheitenrecht aufzuweisen hatte. Deutschland besaß zwar in seinen Grenzen kaum eine zahlenmäßig bedeutende fremde Bevölkerung, aber eine liberale und fortschrittliche Regelung auf diesem Gebiet war auch notwendig im Hinblick auf die erhoffte Grenzrevision. Bei der Bevölkerungsvermischung im Osten Europas war es niemals möglich, eine Grenze zu ziehen, ohne daß irgendein Teil der Bevölkerung unter fremde Herrschaft kam. Es war aber selbstverständlich, daß eine Rückgabe der Ostgebiete an Deutschland auf weniger Bedenken treffen würde, wenn die dort ansässigen Polen einer nach dem Gesetz und in der Praxis gerechten und großzügigen Behandlung sicher sein konnten.

Da von allen deutschen Minderheiten in Europa die kulturelle Autonomie und ganz besonders eigene Schulen als wichtigste Voraus-

ung für die Erhaltung ihrer Eigenart angesehen wurden, drängte das Auswärtige Amt darauf, möglichst durch ein Reichsgesetz in Deutschland lebenden nationalen Minderheiten hier die volle Selbstbestimmung zu gewähren, auch wenn nicht alle davon kulturell so hoch standen, daß sie sie ganz ausnutzen konnten. Es setzte einen erheblichen Kampf mit den inneren Ressorts, bis es wenigstens in Preußen eine vorbildliche Ordnung dieser Frage durchzusetzen war²⁵⁾.

Während dieser ganzen Jahre lief in Deutschland und im Ausland intensive deutsche Propaganda, um auch auf diesem Wege die deutschen Revisionswünsche zu unterstützen - selbstverständlich traf sie fast überall auf ebenso energische polnische Gegenwirkungen. Das Auswärtige Amt erfuhr in diesem Punkte wertvolle Hilfen von einer Einrichtung wie der Wirtschaftspolitischen Gesellschaft, die es sich zum Ziel gesetzt hatte, das Ausland von Unrichtigkeit und Unsinn des polnischen Korridors und der Teilung Oberschlesiens zu überzeugen²⁶⁾. Dies geschah nicht nur durch Herstellung und Verbreitung von Büchern, Broschüren und Zeitungsartikeln, die mit historischen, ethnographischen und wirtschaftlichen Argumenten die Berechtigung der deutschen Ansprüche auf das umstrittene Gebiet darlegten, sondern vor allem auch durch "Anschauungsunterricht". Es wurden möglichst viele und einflussreiche Ausländer, Parlamentarier und Publizisten, zu Besichtigungsreisen eingeladen, die ihnen die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Danzigs und Oberschlesiens, die Abschnürung Ostpreußens und die Grenzziehung an der Weichsel vor Augen führten. Es war notwendig, auch auf diesem Wege das internationale Interesse an den Problemen wachzuhalten und das Ausland in seiner Furcht zu bestärken, hier im Osten Europas, in der wenig glücklichen Grenzziehung zwischen Deutschland und Polen liege eine beständige und höchst gefährliche Bedrohung des Friedens. Nur so würde es wohl möglich sein, die einflußreichen Mächte zum Handeln zu bewegen. Wenn dann eine Neuregelung zugunsten Deutschlands ausfallen müßte, so war man dort lange Zeit fest überzeugt.

Aufzeichnungen zur Minderheitenfrage vom 13. Jan. und 22. Juni 1925. AA Nachlaß, 351. - Aufzeichnung vom 29. Dez. 1928. AA Nachlaß, 350.

Gärtner, M.: Botschafterin des guten Willens. Bonn 1955.

2) Die deutschen Gebietsforderungen im Osten

Der Umfang der deutschen Gebietsforderungen im Osten ist schon einmal kurz angedeutet worden: sie bezogen sich auf Danzig und ganz Pommerellen mit dem Netzegau, die Grenze sollte ungefähr entlang einer Linie Filehne-Czarnikau, dann südlich von Bromberg und 'Thorn und schließlich auf Deutsch-Eylau zu verlaufen. Weiter wurde die Rückgabe ganz Ostoberschlesiens verlangt, einige kleine Teile Mittelschlesiens in den Kreisen Namslau und Großwartenberg und eine Korrektur der Grenze in der alten Provinz Posen, wenn auch nicht die Stadt Posen selbst. Die Notwendigkeit eines polnischen Zugangs zur Ostsee wurde zwar respektiert, er sollte aber nach dem Vorbild der Tschechoslovakei in Hamburg nur durch einen Freihafen in Danzig, unter Umständen auch durch Erleichterungen in Stettin und Königsberg, durch zollfreien Verkehr auf der Weichsel und auf der Bahnlinie Posen-Bromberg-Dirschau-Danzig gesichert werden.

Die erste Aufzeichnung darüber stammt aus der Ostabteilung des Auswärtigen Amtes vom 21.März 1925 ; als man sich dann im Zusammenhang mit der polnischen Sanierung ausführlicher mit der Frage beschäftigte, folgten ihr mehrere, die unverändert den einmal eingenommenen Standpunkt festhielten²⁷⁾. Nur ganz kurze Zeit waren 1925 sogenannte Zwischenlösungen erörtert und bald wieder verworfen worden, insbesondere Stresemann schien sie gänzlich abzulehnen. Sie sahen eine auf zehn bis fünfzehn Jahre berechnete Übergangszeit vor, in der Danzig noch Freie Stadt bleiben könnte, allerdings aus jeder Abhängigkeit von Polen gelöst, in der der Korridor entweder ein autonomes Gebiet werden oder mit dem Freistaat Danzig verbunden sein sollte, und in der schließlich Ostoberschlesien unter deutscher Oberhoheit ebenfalls eine gewisse Autonomie zugebilligt bekam. In Erwägung gezogen hatte man solche Regelungen, um unter Umständen der polnischen Regierung die Hergabe der Gebiete annehmbarer zu machen; verworfen wurden sie, weil ein au-

27) Aufzeichnungen Dirksens vom 21.März, 16.Nov. und 29.Dez.1925. AA St.S.Po,1. Memorandum vom 30.Juni 1925. AA St.S. O,4. Aufzeichnung Roths vom 9.April 1926. AA HA Dirksen,18. Schreiben Stresemanns an Sthamer vom 19.April 1926. AA St.S. Po,1.

onomes Gebilde aus dem Korridorgebiet schließlich doch nicht lebensfähig erschien, weil andererseits aber beim Anschluß an Danzig der bisher rein deutsche Freistaat eine polnische Mehrheit bekommen würde.

Eine Volksabstimmung im Korridorgebiet mußte nach deutscher Ansicht unbedingt verhindert werden, da ein Mitstimmen Danzigs und der seit 1918 abgewanderten und ausgewiesenen Deutschen nicht zu erreichen sein würde. Inzwischen, in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre, war aber die Mehrheit der Bevölkerung polnisch und das Abstimmungsergebnis ganz ungewiß. Bei den deutschen Gebietsforderungen sollte indessen auf diese Polonisierung des Korridorgebiets keine Rücksicht genommen werden. Danzigs Senatspräsident Bahm schlug dem Auswärtigen Amt vor, bei der Wiederangliederung der Gebiete an Deutschland einen Bevölkerungsaustausch, eine Umsiedlung vorzunehmen, traf damit aber bei Staatssekretär von Schubert auf Ablehnung, es sei unmöglich, alteingesessene Grundbesitzer einfach umzusiedeln. Ebenso hielt Dirksen eine solche Aktion für nicht durchführbar, freilich mit dem Zusatz, daß "die Entpolonisierung des Korridors durch andere Mittel leichter erreichbar wäre"²⁸⁾.

An den gesamten territorialen Forderungen hielt Deutschland ohne jede Modifizierung bis zum Ende der Weimarer Republik fest. Als im Ausland Vorschläge auftauchten, die die schlimmsten Härten der Grenzziehung zu beseitigen versuchten, glaubte man, sie "fürchten zu müssen wie das Gift". Es fielen darunter Verbesserungen im Korridorverkehr, die die Abtrennung Ostpreußens weniger spürbar machen sollten, und vor allem eine Grenzkorrektur an der Weichsel: das heißt, Polen könnte vielleicht die fünf Dörfer auf dem östlichen Flußufer zurückgeben und die Grenze in die Mitte des Stromes verlegen; die vielen Unbequemlichkeiten für die Grenzbevölkerung ließen sich ebenfalls ziemlich einfach beseitigen. In solchen Teillösungen vermochte man auf deutscher Seite nur den Versuch einer endgültigen Stabilisierung des Korridors zu erblicken. Denn Deutschland würde sich in jedem Falle den Vorwurf einer Störung

²⁸⁾ Eine Absicht, die an der Spitze des Auswärtigen Amtes sicher nicht geteilt wurde und die jedenfalls mit den erwähnten Überlegungen auf dem Gebiet des Minderheitenrechts nicht zusammenstimmt.

des europäischen Friedens zuziehen, wenn es nach einer derartigen Grenzkorrektur noch weitere Gebietsansprüche stellte. Deshalb mußte, wie der deutsche Konsul in Thorn, Pochhammer, es formulierte, an dem Grundsatz festgehalten werden "aut Caesar aut nihil"²⁹⁾.

Aus demselben Grunde veranlaßte das Auswärtige Amt 1931 die Reichskanzlei, Vorschläge Coudenhove-Kalergis so kurz und kühl zu beantworten, daß der Graf sich nicht zu weiteren Bemühungen in dieser Frage ermuntert fühlen sollte.

Er hatte in einem Schreiben an den Reichskanzler im Februar 1931 folgendes Kompromiß zur Erörterung gestellt: das Danziger Gebiet käme wieder zu Deutschland, für Polen werde ein Freihafen vorgesehen; Deutschland erhielte eine territoriale Verbindung nach Danzig und Ostpreußen in Gestalt einer Eisenbahnlinie, schikanöse Grenzziehungen sollten beseitigt werden und ausgeglichen mit Gebieten an anderen Stellen der Grenze. Zur Sicherung war eine deutsch-französisch-polnische Entente vorgesehen. Ein halbes Jahr später übersandte Coudenhove-Kalergi Brüning einen etwas veränderten und ausführlicheren Vorschlag. Danach sollte der östliche Teil des Korridors mit einer überwiegend deutschen Bevölkerung einschließlich der Stadt Danzig zu Deutschland zurückkehren. Polen würde einen Freihafen erhalten und einen Schifffahrtskanal von Dirschau nach Gdingen, während die Weichselmündung internationalisiert werden sollte. Der westliche Teil des Korridors bliebe polnisch, Deutschlands Verbindung mit Danzig und Ostpreußen würde durch einen doppelten Eisenbahnstrang und eine Autostraße gesichert, die durch Tunnel gelegt werden müßten, wo sie polnische Verkehrsadern kreuzen. Für die übrigen kleineren Korrekturen an der Grenze war streng nach dem Prinzip der Gegenseitigkeit zu verfahren. Diese neue deutsch-polnische Grenze sollte unter der Garantie aller im Völkerbund vertretenen Großmächte stehen, außerdem würden Deutschland und Polen einen Freundschafts-

29) Brief des Regierungspräsidenten Budding aus Marienwerder vom 6. März 1930. AA IV Po Pol.2G,9. Bericht 502/30 Thorn vom 1. Juni 1930. AA IV Po Pol.2G,10.

Vertrag, ein Minderheiten- und ein Wirtschaftsabkommen schließen. Die Stellungnahme des Auswärtigen Amtes war völlig ablehnend, weil es sich nicht würde entschließen können, den bisher vertretenen Standpunkt zu verlassen. Man mache sich zwar keine Illusionen über die Schwierigkeiten, die einer Erfüllung der deutschen Forderungen im Wege stünden, müsse aber grundsätzlich daran festhalten, da ein Abschwenken der deutschen Außenpolitik in diesem entscheidenden Punkte innerpolitisch nicht zu verantworten wäre. Die Vorschläge des Grafen waren daher außerordentlich unerwünscht und es erschien dem Auswärtigen Amt wichtig, ihren Autor in Zukunft von "ähnlichen Extratouren abzuhalten"³⁰⁾.

Friedliche Grenzrevision

Es stellt sich nun die Frage, wie man sich auf deutscher Seite die Erfüllung der deutschen Gebietsansprüche im Osten dachte. In diesem Zusammenhang darf wohl zunächst darauf hingewiesen werden, daß heute kaum mehr ernsthaft in Zweifel gezogen wird, daß der verantwortliche Leiter der deutschen Außenpolitik, Minister Stresemann, die von ihm ebenso wie von der Mehrzahl der Deutschen gewünschte Revision der deutsch-polnischen Grenze nicht mit militärischer Gewalt durchzusetzen gewillt war³¹⁾. Auch der berühmte, nicht eindeutige und verschiedene Auslegung zulassende Jonprinsen-Brief wird nicht zum Beweise ausreichen, daß Stresemann einen Krieg befürwortet hätte, sobald Deutschlands Macht wieder im Steigen begriffen sei. Dazu steht dieser offensichtlich in einer bestimmten politischen Absicht geschriebene und möglicherweise auf die Geisteshaltung des Empfängers und seiner Freunde abgestimmte Brief zu vereinzelt, ihm stehen zu viele anderslautende Äußerungen und Stresemanns Politik - in seinen letzten Amtsjahren auch gegenüber Polen - entgegen.

-
-) Briefe des Grafen Coudenhove-Kalergi vom 27. Februar und 12. August 1931 und die Stellungnahme des AA : BA R 43 I/125.
 -) Bretton, S.137; Erdmann, GWU.6.1955. S.148 ff.; Eyck, Bd.II, S.44 ff.; Kimmich, S.154 ff.; Korbel, S.255-256.

Es findet sich in den deutschen Akten ebenfalls kaum ein Hinweis darauf, daß man in den zwanziger Jahren an anderer Stelle des Auswärtigen Amtes einen Krieg mit Polen ernsthaft ins Auge gefaßt hätte. Diese Möglichkeit ist so selten und dann so vage gestreift worden, daß sich darauf nur schwer Zweifel an den Absichten der damaligen deutschen Außenpolitik gründen lassen³²⁾. Daß eine Grenzrevision mit kriegerischen Mitteln abgelehnt wurde, bedeutet freilich nicht - wie die deutschen Überlegungen zur polnischen Finanzsanierung gezeigt haben - daß man nicht bereit gewesen wäre, polnische Schwierigkeiten und eine polnische Notlage auszunutzen, um den östlichen Nachbarstaat ohne Einsatz von Militär zur politischen Kapitulation, das heißt zur Rückgabe der meisten ehemals preußischen Gebiete zu zwingen.

Eine bewaffnete Aktion wie die von Dirksen einmal kurz erwogene eines deutschen Einmarsches in Polen bei einer Revolution, fand sonst im Auswärtigen Amt und vor allem an seiner Spitze keinerlei Beachtung. Ebenso wurde sehr bald die Hoffnung auf sowjetische Hilfe oder einen neuen polnisch-sowjetischen Krieg aufgegeben. 1925 war er von Zechlin in der Ostabteilung noch als eine Gelegenheit zum Wiedererwerb der verlorenen Gebiete ernsthaft erörtert worden. Er hatte die Möglichkeiten deutschen Eingreifens bei einer polnischen Niederlage und die dabei bestehende Gefahr einer Aktion Frankreichs oder des Völkerbundes gegen Deutschland genau abgewogen³³⁾. Man war in Berlin auch sehr darauf bedacht, die Sowjetunion, die ja ihre eigene, im Frieden von Riga festgelegte Grenze mit Polen nicht als endgültig ansah, von einer Anerkennung oder Garantie der polnischen Westgrenze abzuhalten. Schließlich hatte ein deutsch-sowjetisches Zusammenwirken gegen

- 32) Es handelt sich dabei um Äußerungen wie die Bülow's vom Völkerbundsreferat des AA: "Der Hauptzweck des Völkerbundes, sowohl nach seiner Satzung wie nach seiner bisherigen Praxis ist die Verhinderung neuer Kriege, ein Ziel, an dem uns nicht ganz so viel gelegen ist als den anderen, insbesondere den alliierten Mächten". (Aufzeichnung vom 12. Dez. 1925. AA St.S. Vögen, 4) oder Dirksen's, wenn er nach Locarno schreibt, Deutschland habe anerkannt, "bis auf weiteres auf eine gewaltsame Änderung seiner Ostgrenzen zu verzichten". (Aufzeichnung vom 16. Nov. 1925. AA St.S. Po, 1.)
- 33) Memorandum vom 30. Juni 1925. AA St.S. O, 4. Aufzeichnung vom 25. Aug. 1925. AA HA Gaus, 5.

Polen - gekennzeichnet durch die Formel von der "Zurückdrängung Polens auf seine ethnographischen Grenzen" - in den deutsch-sowjetischen Verhandlungen im ganzen Jahr 1925 und bis zum Abschluß des Berliner Vertrages eine erhebliche Rolle gespielt. Doch hatte zum Beispiel Hoesch in Paris dies von vornherein als "nebelhafte Hoffnungen" bezeichnet, und in der Tat ist ungefähr seit dem Sommer 1926 weder in den deutsch-sowjetischen Gesprächen mehr davon die Rede noch finden sich in den Akten mehr Hinweise auf die Kriegsmöglichkeit. Selbst Zechlin war in einer Aufzeichnung vom Ende des Jahres 1926 zu dem Schluß gekommen, daß von Moskau letzten Endes doch keine Befriedigung der deutschen Interessen im Osten zu erwarten war. Dem dazu notwendigen engen deutsch-sowjetischen Verhältnis standen bei dem scharfen Gegensatz zwischen Moskau und London, bei der sowjetischen Opposition gegen den Völkerbund und den damals gerade sichtbaren deutsch-sowjetischen Meinungsverschiedenheiten in der litauischen Frage zu viele Hindernisse im Wege. Und schließlich war auch nicht abzusehen, ob der Korridor als ein Geschenk der in Polen siegreichen Sowjetunion überhaupt wünschenswert sein konnte³⁴⁾.

Offiziell wurde in Deutschland stets der Artikel 19 der Völkerbundssatzung als Möglichkeit für eine Revision der territorialen Bestimmungen des Friedensvertrages bezeichnet:

"Die Bundesversammlung kann von Zeit zu Zeit die Bundesmitglieder zu einer Nachprüfung der unanwendbar gewordenen Verträge und solcher internationaler Verhältnisse auffordern, deren Aufrechterhaltung den Weltfrieden gefährden könnte" 35).

Daß man wirklich daran geglaubt hat, ist nicht sehr wahrscheinlich. Von Stresemann scheinen wirklich eingehende Äußerungen über die Anwendbarkeit dieser Bestimmung auf die deutschen Revisionswünsche weitgehend zu fehlen³⁶⁾. Die übrigen nicht sehr zahlrei-

34) Aufzeichnung vom 19. Nov. 1925. AA St.S. Po, 2.

35) Der Vertrag von Versailles. Amtlicher Text der Entente und amtliche deutsche Übertragung. Im Auftrage des Auswärtigen Amtes. Berlin 1924.

36) In einer Rede vor dem Zentralvorstand der DVP am 22. Nov. 1925 sagte der Minister: "Wenn wir nun einmal die Frage der Wiedererlangung deutschen Landes im Osten prüfen, nicht an der Hand des Artikels 19 - ich bin nicht ein solcher Säugling der Poli-

reichen Bemerkungen in den deutschen Akten lauten stets skeptisch. Die deutschen Völkerbundsdelegierten bekamen die Anweisung, zwar aus der deutschen Ablehnung des Versailler Vertrages kein Hehl zu machen, nicht aber seine Revision auf Grund des Artikels 19 zu erörtern³⁷⁾. Man glaubte auf keinen Fall, daß er in seiner damaligen Form ausreichen würde, die Änderung der Grenzen herbeizuführen. Hatte man ursprünglich den Gedanken gehabt zu versuchen, die Bestimmung zunächst auf Deutschland nicht unmittelbar betreffende Fälle anzuwenden, um so ihre Tragweite festzustellen und sie dabei auszubauen, so gibt es doch wenig Anhaltspunkte dafür, daß Deutschland nach seinem Eintritt in den Völkerbund ernstliche Anstrengungen in dieser Richtung unternommen hat.

Auch in neueren Untersuchungen ist wieder betont worden, der Artikel 19 sei so unklar formuliert gewesen, daß auf eine Revision bestehender Grenzen kaum zu hoffen war³⁸⁾. Schon sein Verhältnis zu Artikel 10 der Völkerbundssatzung, der die territoriale Inte-

tik, daß ich glaube, mit diesem Artikel etwas zu erreichen, das geht doch im Völkerbund nicht so vor sich, daß da abgestimmt wird, ob Polen den Korridor wieder zurückgeben soll, sondern es ist nur der Hebel, mit dem man ansetzen kann, und das andere ergibt sich aus der weltpolitischen Lage. Aber daß man den Hebel hat, um im gegebenen politischen Moment die Rückgabe des Korridors zu fordern, das ist das, worauf es ankommt... Wenn heute d.h. zur Zeit der Debatte um die polnische Sanierung - M.O.₂ sich eine Situation ergibt, in der Europa sich dafür interessiert, ob Polen nicht auf irgendeinem Wege geholfen werden müßte, und wenn auch die polnische Frage territorial erörtert wird, dann ist es für uns von entscheidender Bedeutung, daß in diesem Moment Deutschland in den besten und herzlichsten Beziehungen zu denjenigen Weltmächten steht, die darüber zu entscheiden haben. Damit ist in Locarno der Anfang gemacht..." (VHfZ.15,4.1967. S.429).

37) Richtlinien für Völkerbundsdelegierte vom 3.Sept.1926.
AA RM 18,12.

38) Problem polsko-niemiecki w Traktacie Wersalskim. S.553 ff.

ität und politische Unabhängigkeit der Mitglieder anerkannte, war nicht bestimmt. Wenn man auch nicht so weit gehen wird zu behaupten, daß man von einer vertraglich festgelegten und in der Praxis existierenden Grenze überhaupt niemals sagen könne, sie sei nicht mehr anwendbar³⁹⁾, so ist doch auf das Verfahren, nach dem Verträge oder eine friedensgefährdende Situation überprüft werden sollen, der Tat kein Hinweis zu finden, weder über die Prozedur noch über Art und Ausführung etwaiger Beschlüsse, über das Stimmrecht oder in einem Konflikt interessierten Parteien oder die Anwendung der Artikel 11-17 bei einer gefährlichen Spannung der internationalen Lage.

Bei dieser Unsicherheit über die Tragweite der einzigen vom Völkerbund vorgesehenen Revisionsmöglichkeit für bestehende Verträge ist es kaum verwunderlich, daß sich die deutschen Hoffnungen in Wirklichkeit weit weniger auf den Völkerbund als auf die Hilfe der östlichen Großmächte konzentrierten. Ohne ihre Zustimmung - davon hatte man sich in Berlin bald überzeugt - würde es keine Änderung der polnischen Westgrenze geben. Dies war ein Grund mehr dafür, von deutscher Seite her zunächst mit allen Kräften auf eine Verständigung mit den ehemaligen Kriegsgegnern hinzuwirken und ganz besonders ein vertrauensvolles Verhältnis zu Frankreich zu gewinnen. Die Äußerungen Stresemanns über diese seine feste Absicht sind zahlreich, zurückhaltender in der Öffentlichkeit, ganz offen im Erlassen an seine Mitarbeiter. So schrieb er 1926 an Sthamer in London:

"Die Mitwirkung Englands ist eine unerläßliche Voraussetzung für eine Lösung /der östlichen Grenzfrage - M.O./ auf friedlichem Wege, und nur eine solche kommt für uns in Betracht."⁴⁰⁾

Er antwortete wenige Monate später dem Grafen Westarp im Auswärtigen Ausschuß des Reichstages mit den Worten:

"Wenn aber einmal die Zeit kommt, in der diese Ostfragen... zur Debatte stehen, dann muß man sich in Deutschland darüber klar sein, daß diese Frage nur mit Frankreich zu lösen ist und daß die Verständigung mit Frankreich der erste Schritt ist, der einmal getan sein muß." ⁴¹⁾

Stresemann erklärte 1927 wieder im Auswärtigen Ausschuß und auch

b) Krasuski vertritt in dem in Anm. 39 genannten Werk diesen Standpunkt (S. 560).

c) 19. April 1926. AA St. S. Po, 1.

d) 7. Oktober 1926. AA Nachlaß, 44.

in einer geheimen Besprechung in Königsberg mit dem Oberpräsidenten und anderen hohen ostpreußischen Beamten, Hoffnung auf eine Besserung der Lage im Osten bestehe ausschließlich im Zusammenwirken mit den Westmächten, in der Fortsetzung der Locarno-Politik⁴²⁾. Man war sich auch sonst in der Wilhelmstraße klar darüber, daß Frankreich den Schlüssel zur Erfüllung der deutschen Ansprüche im Osten besaß und daß ohne eine vollkommene deutsch-französische Aussöhnung auf seine Hilfe nicht zu zählen war. Dazu gehörte nicht nur eine gründliche Wandlung im Verhältnis der beiden Völker, sondern vor allem die "absolute und bindende Sicherheit für Frankreich" gegen jede deutsche Revanche. Das Problem wurde zwar kompliziert durch die Bündnisse Frankreichs mit Polen und der Tschechoslovakei und durch die österreichische Frage, dennoch schien nach Meinung des Auswärtigen Amtes der Versuch nicht ganz aussichtslos, einst eine so enge deutsch-französische Zusammenarbeit herbeizuführen, die dann auch die Berücksichtigung der deutschen Interessen im Osten bringen würde⁴³⁾.

In diesem Sinne ist schließlich das intensive deutsche Werben um Verständnis in der öffentlichen Meinung gerade Englands und Frankreichs zu verstehen und die sorgfältige Registrierung aller Äußerungen ihrer verantwortlichen Politiker, die wenigstens eine gewisse Anerkennung der deutschen Beschwerden über die Ostgrenze vermuten ließen und nicht mehr wie in den ersten Nachkriegsjahren sich mit dem Hinweis auf die Unantastbarkeit der Verträge begnügten.

Das Verhältnis zwischen Deutschland und Polen war von dem Wandel des politischen Klimas in Europa nach der Konferenz von Locarno zunächst völlig unberührt geblieben, ein Meinungsaustausch über die Grenzfrage schien sich ganz von selbst zu verbieten. Außerdem war in Deutschland die Ansicht weit verbreitet, vor einer Änderung der deutsch-polnischen Grenze sei eine Normalisierung des Verhältnisses auf anderen Gebieten weder möglich noch wünschenswert. Man wird aber vielleicht mit aller Vorsicht sagen dürfen, daß Stres-

42) 17. und 19. Dez. 1927. AA Nachlaß, 62. Siehe auch S. 145 Anm. 36.

43) Aufzeichnung Zechlins vom 26. Nov. 1926. AA St. S. Po, 2.

ann ungefähr von 1927 an die Auffassung nicht mehr geteilt hat, durch die Aufrechterhaltung des schlechten Verhältnisses zu Polen sei das Ziel der Grenzrevision am leichtesten zu erreichen. Hat sich von diesem Zeitpunkt an intensiver als früher mit politischen Fragen beschäftigt, wie Handelsvertrag und Liquidationsverhandlungen noch zeigen werden. Dazu stimmt auch eine Äußerung vor dem Auswärtigen Ausschuß des Reichstages: man dürfe das Korridorproblem nicht durch eine scharfe Frontstellung gegen Polen zu lösen suchen⁴⁴⁾. Im gleichen Sinne sprach sich Stresemann nach dem Bericht Antonina Vallentins im Kreise von Journalisten aus⁴⁵⁾. Er sei der Überzeugung, auch in Polen gebe es Staatsmänner und auf die Dauer würde sich selbst die öffentliche Meinung "zu den unentrinnbaren Wirklichkeiten" bekehren, das heißt, sie würde die Vorteile einer deutsch-polnischen Annäherung und enger wirtschaftlicher Zusammenarbeit erkennen. Dazu gehören neben einem Handelsvertrag auch zunächst die Entgiftung der Atmosphäre, man müsse in Deutschland aufhören, über den "Saisonhaat" zu schreiben. Auf den Einwand eines Journalisten, der Minister habe selbst sich oft sehr unfreundlich über Polen geäußert, erwiderte Stresemann:

"Damals wollte ich noch nichts von Polen...Wenn Sie mit einem Manne ein Geschäft abschließen wollen, pflegen Sie ihn auch nicht erst ins Gesicht zu schlagen...Freundschaftliche Beziehungen zu Polen sind die Voraussetzung für eine Regelung..."

diese Vorbedingungen zu schaffen, konnte Stresemann der vollen Unterstützung und unermüdlichen Mitarbeit Rauschers in Warschau sicher sein. Dabei muß die Frage offen bleiben, ob Rauscher auch die Hoffnung geteilt hat, auf diese Weise einer Grenzrevision näher zu kommen. Seine Berichte und Briefe lassen eher darauf schließen, daß er die Erfüllung der deutschen Gebietsforderungen auf friedlichem Wege für ausgeschlossen hielt:

"Die Frage des Korridors ist nicht anders zu lösen, als beim Zusammentreffen zahlreicher günstiger Begleitumstände mit Gewalt. Daher ist sie heute nicht aktuell. Man darf sie gewiß nicht einschlafen lassen, aber in absehbarer Zeit auch nicht lösen wollen" 46).

) siehe S. 147 , Anm. 41.

) Vallentin, S.261 ff.

Aufzeichnung vom 19.Nov.1925. AA St.S. Po,1.

Bericht G1/25 vom 13.Febr.1925. AA RM 15-1,1.

Diese Äußerung stammt aus dem Jahre 1925, aber auch noch drei Jahre später sprach Rauscher von der "Unlösbarkeit der politischen Frage der Grenze"⁴⁷⁾. Gerade dies war für ihn der Anlaß, den Ausgleich mit Polen auf anderen Gebieten zu suchen, auf denen er möglich war. Das geschah nicht nur aus der Einsicht, daß geregelte Wirtschaftsbeziehungen auch für die deutsche Industrie von großem Vorteil waren, daß sich bei einem ruhigen deutsch-polnischen Verhältnis am ehesten deutscher Besitz in Polen erhalten ließ und daß es schließlich auch der deutschen Minderheit förderlich sein würde, wenn es gelänge,

"die deutsch-polnischen Beziehungen bis auf weiteres in ein Fahrwasser normal-korrekturer Beziehungen zu leiten, wodurch für die Minderheit die Gefahr beseitigt würde, die Rückschläge deutsch-polnischer Spannungen ständig zu ihrem eigenen Schaden erfahren zu müssen" ⁴⁸⁾.

Rauscher hielt eine gewisse Normalisierung des deutsch-polnischen Verhältnisses auch ganz einfach deshalb für unumgänglich, weil eine tatsächlich oder scheinbar von Deutschland ausgehende Verschlechterung Deutschland auf internationalem Gebiet stets geschadet habe. Die gefährliche deutsch-polnische Spannung, die durch das beständige Hervorheben jeder noch so kleinen Streitigkeit von deutscher Seite geradezu als unheilbar hingestellt werde, flöße "ihrer unabsehbaren Folgen wegen den anderen Regierungen Angst ein"⁴⁹⁾. Das stärke nur die Position derer, die auf Abhilfe dringen, was damals bedeuten mußte, Deutschland zu einer Garantie des territorialen status quo zu nötigen.

Seinem französischen Kollegen in Warschau, Laroche, gegenüber scheint sich Rauscher ja in dem Sinne ausgesprochen zu haben, daß der Weg zu einer Grenzrevision über eine Verbesserung der deutsch-polnischen Beziehungen führe⁵⁰⁾ - in seiner Korrespondenz mit dem Auswärtigen Amt wird nicht ganz deutlich, ob er wirklich an diese

47) Brief vom 28. Juni 1928 an Köpke. AA St.S. P, 13.

48) Bericht A 286/29 Warschau vom 27. Dez. 1929. AA GW P 3, 7.

49) Brief an Bülow vom 13. Aug. 1930. AA RM 10, 12. Rauscher empfahl auch, "alle die Querelen wenigstens in der Öffentlichkeit endlich einmal abzustoppen", weil durch das Aufbauschen jeder Streitfrage und den andauernden Pressefeldzug gegen Polen seine Arbeit nur unnötig erschwert wurde. Bericht A 296/26 Warschau vom 11. Nov. 1926. 3727/K170/K026743-50.

50) Laroche, S. 67.

öglichkeit geglaubt hat.

Wenn man die deutschen Überlegungen zum Revisionsproblem im Osten bis zum Beginn der dreißiger Jahre überblickt, werden überhaupt klare Vorstellungen über den ungefähr angenommenen Zeitraum und die notwendige Prozedur, wie die deutschen Gebietsansprüche in die Praxis umzusetzen seien, nicht sichtbar. Außer dem Ausdruck mehr oder weniger vager Hoffnungen, daß einmal die Zeit für eine Lösung reifen werde, besitzen wir auch von Stresemann keine Äußerung darüber. Wir wissen nicht, ob er eine bestimmte Idee dafür hatte, deren Verwirklichung er sich nach der Erledigung des Reparationsproblems und der Räumung des Rheinlandes mit aller Energie widmen wollte, ob er unter Umständen sein Einverständnis zu einer Kompromißlösung gegeben hätte, die nicht sämtliche territorialen Ansprüche Deutschlands befriedigte. Deutsche Diplomaten im Ausland mußten auf die Fragen ihrer Gesprächspartner, wie Deutschland sich denn selbst eine Erfüllung seiner Wünsche denken, stets ausweichend und mit ganz unbestimmten Wendungen antworten. Am häufigsten wurden solche Fragen in Danzig gestellt, wenn ausländische Besucher ausführlich über die Lage der Stadt, den Grenzverlauf an der Weichsel und die ostpreußischen Schwierigkeiten unterrichtet worden waren. Sowohl der Senatspräsident als auch der deutsche Generalkonsul entzogen sich regelmäßig solchen "unbequemen Anfragen" durch nichtsagende Ausflüchte, weil in der Wilhelmstraße weder intern noch für die Öffentlichkeit irgendein Lösungsvorschlag oder eine Diskussionsgrundlage existierte⁵¹⁾.

Auf den deutschen Parteien standen besonders die Deutschnationalen Polen mit unversöhnlicher Gegnerschaft gegenüber und verdächtigten jeden Versuch, mit dem östlichen Nachbarstaat in ein erträgliches Verhältnis zu kommen, als schmählischen Verzicht auf die verlorenen Ostgebiete. Zentrum und Sozialdemokraten hatten nicht minder energisch gegen die Ostgrenze protestiert und verließen ihre endgültige Anerkennung, begrüßten aber einen Gewaltverzicht und die Schiedsverträge von Locarno. Besonders die SPD

1) Bericht I G 1097/29 Danzig vom 19. Okt. 1929. AA IV Po Pol. 2G, 8.

hatte stets normale Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern gefordert und billigte später auch das Liquidationsabkommen von 1929 als Auftakt einer lange gewünschten Besserung des deutsch-polnischen Verhältnisses. Sie verkannte wohl am wenigsten, welche Schwierigkeiten einer Regelung der Grenzfrage im deutschen Sinne entgegenstanden, vor allem nach der inzwischen eingetretenen Bevölkerungsverschiebung im Korridorgebiet. Ihr "gemäßigtes Revisionsstreben" war ohne aktuelle Bedeutung, und sie schien einen deutsch-polnischen Ausgleich weniger auf nationalstaatlicher Ebene als von der Einordnung beider Länder in eine übernationale europäische Gemeinschaft zu erhoffen⁵²⁾.

Ob der von Stresemann vielleicht beabsichtigte Weg, erst einen deutsch-polnischen Wirtschaftsvertrag zu schließen und damit eine Ära freundschaftlicher Beziehungen zu eröffnen, in der sich zunächst die Verbundenheit deutscher und polnischer Wirtschaftsinteressen erweisen konnte, schließlich in der Grenzfrage zu einem Übereinkommen geführt hätte, ist nicht mehr zu sagen. Wirklich ernsthafte Bemühungen von deutscher Seite, das Verhältnis zu Polen zu verbessern, befanden sich beim frühen Tode Stresemanns und Rauschers noch ganz in den Anfängen und wurden von ihren Nachfolgern kaum mit der notwendigen Energie fortgesetzt. Krise und politische Radikalisierung in Deutschland ließen eine solche Aufgabe allerdings auch immer aussichtsloser erscheinen.

4) Die Haltung Polens

Zum Verständnis der Problematik der deutschen Revisionsforderung ist zunächst noch ein Blick auf das Land nötig, gegen dessen Grenzen sich die deutschen Ansprüche richteten. Polen ist sicherlich bei den deutschen Überlegungen unterschätzt worden. Hatte man auch die Meinung vom "Saisonstaat" bald aufgeben müssen und machte man keine Wetten mehr darauf, wie lange der polnische Staat

52) Am 24. Januar 1926 erklärte Breitscheid auf einer Veranstaltung der Sozialdemokratischen Partei in Danzig: das Ziel der Sozialdemokraten müsse der Abbau der Zollgrenzen und die Vereinigten Staaten von Europa sein. 3726/K170/K026128 ff. Vgl. auch Breitscheid in der "Neuen Freien Presse" vom 28. Okt. 1929. Matthias, S. 64 ff.

noch bestehen würde, so glaubten weite Kreise in Deutschland doch nie recht an seine wirkliche innere Konsolidierung und den Gewinn einer festen Stellung in Europa. Dazu trug nicht zuletzt die Geringschätzung bei, die man den Polen in Deutschland so häufig entgegenbrachte. Lord D'Abernon hat nicht vollkommen unrecht, wenn er am 18.März 1925 notierte:

"Die Deutschen hassen die Polen. Sie sehen ihre Mängel und verkennen ihre zweifellos guten Seiten wie auch ihre unbestreitbaren Leistungen. Es ist die Verachtung des Baritons für den Tenor - ebenso unbegründet wie unheilbar" 53).

Dem stand auf der anderen Seite nach der neuen Staatsgründung ein vielfach übersteigter polnischer Nationalismus gegenüber und ein für die Deutschen in den ehemals preußischen Gebieten besonders empfindliches polnisches Streben nach dem reinen Nationalstaat, der sich bei ungefähr einem Drittel nichtpolnischer Bevölkerung doch nicht verwirklichen ließ. Für das Verhältnis zu Deutschland waren nicht nur Groll und Mißtrauen gegen die Teilungsmacht erschwerend, sondern auch, daß gerade die früher deutschen und jetzt von Deutschland zurückgeforderten Gebiete eine Hochburg der Nationaldemokratie waren, die stets eine scharfe Frontstellung gegen das westliche Nachbarland befürwortet hatte. Von ihrer Seite her kamen auf Parteitage, in Sejm und Presse die heftigsten Reaktionen gegen die deutschen Gebietsansprüche, sie wünschte und betrieb am eifrigsten die Entfernung der deutschen Bevölkerung aus Posen und besonders aus Pommerellen. Bei Versammlungen, Aufmärschen und ganzen Propagandawochen kündigte der "Verband zum Schutze der Westgebiete" Deutschland unversöhnliche Gegnerschaft an, was nur geeignet war, in deutschen nationalistischen Kreisen Erwidierungen in ebenso militantem und feindlichem Ton hervorzurufen. Zu Besonnenheit und Mäßigung mahnende Stimmen wie die PPS mit ihrer Zeitung "Robotnik" oder der konservative Krakauer "Czas" waren in Polen ebenso in der Minderheit wie auf deutscher Seite die SPD oder die "Germania". Doch wäre es sicherlich falsch, die unzählige Male wiederholte Beteuerung, Polen werde niemals auch nur einen Fußbreit seines Staatsgebietes abtreten und bis zum äußersten darum kämpfen, in jedem Falle als

53) Lord D'Abernon, Bd.III, S.179.

rhetorische und propagandistische Übertreibung abzutun. Der in allen polnischen Kreisen vorhandene zähe Wille, das in Versailles gewonnene Territorium zu verteidigen, ist damals in Deutschland sicher unterschätzt worden. Das Wort Grenzrevision hatte in Polen nun einmal einen ganz besonderen Klang und hinter der Verückung auch nur eines Grenzsteins stand das Gespenst der vierten Teilung des Landes. Daran konnte und wollte sicher auch Marschall Piłsudski nichts ändern, obwohl ihm zeitweise zwar weniger in Deutschland, wohl aber von Briand und Chamberlain, am ehesten die Autorität zugetraut wurde, mit Deutschland zu einer Einigung in der Grenzfrage zu gelangen⁵⁴⁾. Jede polnische Regierung, ganz gleich, welcher Partei Ministerpräsident und Außenminister angehörten oder nahestanden, reagierte mit der gleichen Schärfe auf die deutsche Forderung nach einer Grenzrevision im Osten und konnte dabei des Einverständnisses der öffentlichen Meinung sicher sein. Hatte Grabski während seiner Amtszeit häufig der polnischen Beunruhigung über die Revancheströmungen bei den ehemaligen Teilungsmächten Ausdruck gegeben⁵⁵⁾, so warf Außenminister Zaleski, den man gewiß nicht zu den extremen Nationalisten zählen kann, Deutschland geradezu den Bruch der Völkerbundssatzung vor. In einer Rede in der Gesellschaft zum Studium internationaler Probleme (Towarzystwo Badania Zagadnień Miedzynarodowych) bezeichnete er die "unerhört heftige deutsche Propagandaoffensive" zur Änderung der polnischen Westgrenzen als unvereinbar mit dem Artikel 10 der Völkerbundssatzung und als höchst gefährlich nicht nur für Polen, sondern für den allgemeinen Frieden. Wohl wünsche Polen normale und nachbarliche Beziehungen mit dem Deutschen Reich,

54) Immerhin vermerkte auch Stresemann mit Interesse eine ihm mitgeteilte Äußerung, Piłsudski sei viel mehr an Memel interessiert als an Danzig, und eine weitere, Piłsudski sei der Auffassung, Polen habe zu viele nichtpolnische Einwohner und dies stelle eher eine Schwäche als eine Stärke dar. Notiz Stresemanns vom 15. Dez. 1927. AA Nachlaß, 62.

55) Zum Beispiel in seinem Exposé zur Eröffnung der Sejm-Session am 21. Okt. 1924. AA IV Po Pol. 1, 3. Vgl. auch Skrzyński, S. 85: "In der Frage dieser Länder wird es niemals einen Kompromiß zwischen Polen und Deutschland geben, obwohl der kühle Verstand dazu raten mag. Denn ein solcher Kompromiß ist eine psychologische Unmöglichkeit geworden".

"auf der anderen Seite aber glaube ich, die Meinung des gesamten polnischen Volkes auszusprechen, wenn ich erkläre, daß wir für diese guten Beziehungen den Preis einer Revision unserer Westgrenzen nicht bezahlen werden. Um keinen Preis werden wir einen Zollbreit pommerellischen oder schlesischen Landes abtreten, die seit undenklichen Zeiten polnisch sind... Jeder Pole würde Gut und Blut opfern, um diese Gebiete gegen alle Angriffe zu verteidigen, von welcher Seite sie auch kommen mögen..." 56).

In diesem Sinne hat sich Zaleski öfter ausgesprochen, wenn er die deutschen Gebietsansprüche als völlig unbegründet zurückwies, denn ein großes historisches Verbrechen wie die Teilungen Polens könne keine Rechte schaffen. Er wurde nicht müde, auch in Paris und Genf immer wieder zu warnen, bereits der Gedanke an eine Revision bedeute die Absicht, die bestehende Ordnung umzustürzen und das Gebäude des europäischen Friedens ins Wanken zu bringen. Den deutschen Beteuerungen, die Änderung der Grenze nur auf friedlichem Wege zu wünschen, schenkte man in Polen niemals Glauben. In seiner Lage zwischen zwei großen Nachbarländern, die nicht immer so ohnmächtig sein würden wie kurz nach dem Kriege, fühlte sich Polen durch den deutschen Revisionsanspruch unsicher und bedroht und versuchte bei jeder sich bietenden Gelegenheit, eine internationale Garantie und die Anerkennung Deutschlands für seinen territorialen Besitzstand zu erlangen. Diesem Ziel hatte die Unterzeichnung des Genfer Protokolls gegolten, darauf waren die erwähnten polnischen Bemühungen in Locarno, im Jahre 1927, auf der Haager Konferenz und später wieder die polnische Stellungnahme zu Briands Europa-Memorandum gerichtet.

Dieses polnische Streben nach einer festen Garantie und alle polnischen Erklärungen über die Grenzfrage bekunden den entschlossenen Willen, das im Friedensvertrag gewonnene Gebiet um jeden Preis zu behaupten. Es ist bisher nicht bekannt, ob man sich in polnischen Regierungskreisen jemals mit dem Gedanken irgendeiner Grenzberichtigung, und sei es nur geringen Ausmaßes, beschäftigt hat⁵⁷⁾. Die Kreise, die öffentlich für eine Aussöhnung mit Deutschland eintraten, waren klein, und auch sie konnten zunächst als äußerste

56) Rede vom 9. Januar 1927. Zaleski: Przemowy i deklaracje. S. 61 ff.

57) Leider schweigt auch Krasuski, dem die polnischen Akten zugänglich waren, über dieses Thema.

Konzession nur empfehlen, den Korridor "unsichtbar" zu machen. Die Abtrennung und die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Ostpreußens sollten weniger fühlbar werden durch Verkehrserleichterungen im Korridor, durch zahlreiche Züge, den Wegfall des Visazwanges und der Kontrollen und ähnliche Maßnahmen. Wirtschaftlicher Friede zwischen Deutschland und Polen würde ein übriges tun, die Spannungen um die Grenze allmählich abzuschwächen⁵⁸⁾.

Die wenigen deutsch-polnischen Gespräche, in denen dieses Hauptproblem der beiderseitigen Beziehungen überhaupt einmal erwähnt worden ist, sind leicht aufzuzählen. Es ist niemals mehr als ein tastender Versuch gewesen, der in jedem Falle ohne Folgen blieb.

Wohl aber kam es vor, daß auf Höhepunkten deutsch-polnischer Spannung wie im Juni 1925 Graf Skrzyński Rauscher einmal die deutsche Stellungnahme gegen die polnische Westgrenze vorwarf⁵⁹⁾, im übrigen hatte fast nur der polnische sozialistische Abgeordnete Diamand die Energie, in inoffiziellen Gesprächen in Berlin die Frage gelegentlich zu berühren. Er sprach im April 1925 mit Staatssekretär von Schubert über das deutsche Angebot eines Garantiepaktes und stimmte durchaus zu, als Schubert die Grenze als absolut verfehlt bezeichnete; sie sei in Versailles geradezu geschaffen worden, um Zwietracht zwischen Deutschland und Polen zu säen, daher habe auch die PPS gegen den Vertrag gestimmt. Diamand bedauerte auch, daß zwischen Berlin und Warschau kein Meinungsaustausch auf diesem Gebiete stattfinde. Graf Skrzyński sei nach seiner Ansicht wohl bereit dazu, und er bat um die Erlaubnis, den polnischen Außenminister über dieses Gespräch zu unterrichten. Schubert sagte zwar, daß der polnische Gesandte in Berlin ihn niemals auf das Grenzproblem anspreche und er selbst auch zögere, dies zu tun, aber gegen eine Mitteilung an den Grafen Skrzyński hatte er nichts einzuwenden⁶⁰⁾.

Diamand hat wenig später noch einmal über Staatssekretär z.D. Prof. Julius Hirsch Gespräche anzuknüpfen versucht; er hatte mit

58) Artikel Hermann Diamands in der "Danziger Volksstimme" Nr. 9 vom 12. Jan. 1927.

59) Tel. 137 Warschau vom 15. Juni 1925. AA RM 10,3.

60) Aufzeichnung Schuberts vom 4. April 1925. AA St.S. FS, 6.

Hirsch offensichtlich schon verschiedene Lösungsmöglichkeiten erwogen wie die Neutralisierung der Weichsel und einen polnischen Freihafen in Danzig oder zwei Brücken durch den Korridor entlang der Hauptbahnlinien und Abstimmungsfreiheit in Danzig. Hirsch war sich der Schwierigkeiten durchaus bewußt, die derartigen Erörterungen im Wege standen, hielt es aber für richtig, einen solchen Faden nicht abreißen zu lassen. Da zu dieser Zeit, im Dezember 1925, gerade die deutsche Haltung zur polnischen Finanzsanierung zur Debatte stand, bat Hirsch den Reichsbankpräsidenten Schacht, den polnischen Abgeordneten zu empfangen⁶¹⁾. Schacht erklärte sich zwar bereit dazu, unterstrich aber gleichzeitig seinen Standpunkt, daß ihm ohne die vollständige Rückgabe des Korridors und Oberschlesiens keine Verständigung mit Polen möglich erscheine. Er hielt es ebensowenig wie Dirksen im Auswärtigen Amt für zweckmäßig, Hirsch weiterhin zu solchen Gesprächen zu ermuntern.

Diamand suchte dann im Sommer 1926 Stresemann in Wildungen auf, ohne daß sich eine Annäherung der Standpunkte ergab: der deutsche Minister scheint den Korridor als das Fundament einer Verständigung bezeichnet zu haben, während der Pole ihn die Krone nannte, bei der man nicht beginnen könne. Hirsch bekam schließlich eine Einladung des polnischen Außenministers zu einem Besuch in Polen, offiziell zu einer Studienreise, inoffiziell zu einer Erörterung der Korridorfrage. Er unterrichtete Stresemann von diesem Vorhaben und erbat Unterlagen vom Auswärtigen Amt - irgendein Ergebnis ist nicht bekannt⁶²⁾.

Im Dezember 1926 ergab sich in Genf ein Gespräch Schuberts mit Außenminister Zaleski, das sich zunächst auf den Handelsvertrag und die Liquidationsfrage bezog, bis Zaleski schließlich sagte, die polnische Regierung sei in allen diesen Punkten in einer äußerst schwierigen Lage. Sie sei manchmal durchaus zu Konzessionen bereit, aber die dauernde Erörterung des Grenzproblems in der deutschen Öffentlichkeit und auch durch deutsche Politiker mache dies immer wieder unmöglich. Schubert erwiderte zunächst, es sei sehr schwer, solche Presseäußerungen zu unterbinden. Im

61) Brief Hirschs an Schacht vom 14. Dez. 1925. AA RM 10,4.

62) Brief Hirschs an Stresemann vom 21. Okt. 1926. AA Nachlaß, 45.

übrigen existiere das Problem aber tatsächlich und im Grunde wäre die auch von Zaleski gewünschte Normalisierung der deutsch-polnischen Beziehungen nicht ohne eine Lösung der Danzig-, Korridor- und Oberschlesienfrage denkbar. Er sehe aber vollkommen die Unmöglichkeit ein, zum damaligen Zeitpunkt eine Diskussion zu eröffnen und verlange auch von Zaleski keine Antwort. Der polnische Aussenminister konnte hierauf nur mit einem Hinweis auf die außerordentlichen Schwierigkeiten der Frage erwidern und versichern, daß ihm als einem ehemaligen Aktivisten und durch seine Zusammenarbeit mit den während der Besatzungszeit im Kriege eingesetzten obersten polnischen Behörden das Grenzproblem durchaus vertraut sei⁶³⁾.

Stresemann hatte bei seinem ersten und einzigen Zusammentreffen mit Marschall Piłsudski im Dezember 1927 in Genf keine Gelegenheit gehabt, den empfindlichsten Punkt des deutsch-polnischen Verhältnisses zu berühren. Er empfing aber während seines Aufenthaltes in Cap Martin im Februar 1928 den Fürsten Michail Radziwiłł, der ein Memorandum über diese Gespräche an Piłsudski sandte. Da eine Aufzeichnung Stresemanns darüber zu fehlen scheint, ist der Gang der Unterhaltung nur andeutungsweise diesem Memorandum zu entnehmen. Nach einer Erörterung der allgemeinen europäischen Verhältnisse richtete Radziwiłł an Stresemann die Frage, was zur Beseitigung aller territorialen Ansprüche und zu einer völligen Normalisierung des deutsch-polnischen Verhältnisses auf eine fernere Zukunft hinaus zu geschehen habe.

"Darauf erwiderte mir Seine Exzellenz, daß er mit vollständig leeren Händen nicht vor sein Land treten könne und daß jetzt der letzte und beste Augenblick gekommen sei, um zu einem vollständigen Einverständnis mit Polen zu kommen. Dies begründete der Herr Minister durch seine persönlichen Bestrebungen und durch die persönlichen Eigenschaften Ew. Exzellenz. Hier ging der Minister in verschiedene Einzelheiten ein betreffend mögliche territoriale Änderungen, die wiederzugeben ich für vorzeitig erachte".

63) Aufzeichnung ohne Unterschrift oder Paraphe vom 10. Dez. 1926. Sie befindet sich in den Akten des Staatssekretärs (Po, 2; B pol 3/4 app.) und könnte auch dem Stil nach von Schubert stammen. Gąsiorowski (Stresemann und Poland after Locarno. S. 305) schreibt sie Stresemann zu.

die Frage des Fürsten nach Kompensationen für Polen im Osten und einen anderen Zugang zur Ostsee, womit nur Litauen und Memel gemeint sein können, habe Streseemann nicht prinzipiell ablehnend antwortet. Zugleich habe er "weite Horizonte für eine wohlwollende finanzielle Hilfe Deutschlands" für Polen entworfen und schließlich ein neues Treffen mit Piłsudski in Karlsbad oder Marienbad angeregt⁶⁴⁾.

Dieser Versuch, der doch ganz offenkundig Streseemanns ernste Absicht bezeugt, mit Polen endlich auch über die Grenzfrage ins Gespräch zu kommen, scheint im Sande verlaufen zu sein.

Die ganz besondere Bedeutung für die polnische Reaktion auf die deutschen Revisionsansprüche hatte die deutsche Minderheit in Polen, die die aus dem Grenzstreit herrührenden Spannungen am stärksten zu spüren bekam. Es handelt sich dabei vor allem um die Deutschen in Posen und Pommerellen, die als Angehörige eines bisher von der Teilungsmacht privilegierten Bevölkerungsteils von Anfang an mit Mißtrauen betrachtet wurden⁶⁵⁾. Die unablässige Betonung des Revisionsanspruchs in Deutschland konnte in Polen nicht anders verstanden werden, als daß in der Minderheit die Hoffnung wachgehalten werden sollte, einst wieder zu Deutschland zurückzukehren. Dem solchen Irredentismus leistete in polnischen Augen auch die deutsche Minderheitspolitik im Völkerbund Vorschub, die die polnischen Staatsbürger deutscher Nationalität geradezu zu ermuntern schien zu Klagen beim Völkerbund, wo ihnen die Unterstützung der Weltmacht Deutschland sicher war. Polen fühlte sich auf diese Weise unsicher und bedroht, was sich in Maßnahmen von wechselnder Härte gegen die Minderheit auf kulturellem und wirtschaftlichem Gebiet und einem unüberwindlichen Mißtrauen in ihre politische Loyalität bemerkbar machte. In dieser Beziehung sind wohl auch Unterschiede zu machen zwischen den Deutschen im Posener Gebiet und denen in Pommerellen, die sich noch aktiver und energischer

-) Die Übersetzung des Memorandums befindet sich mit einem Brief des Fürsten vom 12. März 1928 im Nachlaß Streseemanns, Bd. 65.
-) Der Unterschied in der politischen Einstellung zwischen den Deutschen im Westen Polens und denen in Mittelpolen, die niemals im deutschen Staatsverband gelebt hatten, wird in den meisten neueren Darstellungen hervorgehoben. Breyer, S. 57 ff.; Cygański, S. 17 ff.; S. 47.

für die Revision einsetzten, weil im Korridor am ehesten die Hoffnung bestand, wieder an Deutschland angeschlossen zu werden⁶⁶⁾.

Ein Ausdruck solcher Bestrebungen ist eine Aufzeichnung, die führende Vertreter aus diesem Gebiet am 20. Dezember 1930 dem Reichskanzler in Berlin überreichten⁶⁷⁾.

"Gedanken für praktische Arbeit für Ostrevision"

Voraussetzung: Bewußte Führung in Ostrevisionsfragen.
Ordnung der deutschen Finanzen um Aktionsfreiheit zu gewinnen
Aufrüstung, heit zu gewinnen

Grundsatz: Erhaltung des Deutschtums speziell im Korridor-
gebiet (Ostsee-Netze), um

- a) kein polnisches fait accompli entstehen zu lassen;
- b) später nach der Revision nicht eine fast ausschließlich polnische Bevölkerung in den eigenen Grenzen zu haben.

Maßnahmen: I. Planmäßige Förderung und Stärkung des Ost-
revisionswillens in allen Volksschichten in
Deutschland.

II. Weltmeinung vorbereiten und stärken, daß

- a) Ostlage für Deutschland völlig untragbar,
- b) Polen unfähig, die Minderheitenfrage zu lösen und seinen bei der Übergabe der Gebiete in Versailles übernommenen Verpflichtungen (Minderheitenschutz) nachzukommen. (Deutschland muß sich möglichst mit den anderen Staaten - z.B. Litauen, Tschechoslovakei - in Minderheitenfragen einigen, nur nicht mit Polen !)
- c) durch a) und b) europäischer Frieden dauernd schwer bedroht ist.

III. Deutsche Vorposten im abgetretenen Gebiet halten, um Polen sich an ihnen abkämpfen zu lassen und Polens Unfähigkeit in der Minderheitenfrage zu beweisen; um eigene Stärken zu zeigen und Masuren und Kaschuben Vertrauen zur Lösung Ostfrage im deutschen Sinne zu erhalten und sie bei der Stange zu halten; Polens Angriffe auf Ostpreußen, Danzig, Pommern schon hier abzufangen".

Als notwendiges Mittel wird die Vertretung der Minderheitenansprüche in Genf, wirtschaftliche und kulturelle Hilfe des Reiches für

66) Vgl. den Aufsatz von Rhode in: Die deutschen Ostgebiete zur Zeit der Weimarer Republik. S.91 ff., S.102.

67) Vermerk der Reichskanzlei vom 6. Januar 1931 über den Empfang Graebes, v. Koerbers, Hasbachs und Wänglers aus Pommern beim Reichskanzler und eine Abschrift der Eingabe in BA R 43 I/550.

die Minderheit und die Einstellung der deutschen Gesandtschaft und der Konsulate auf diese Aufgaben empfohlen.

Es bleibt natürlich die Frage, ob einer solchen Haltung in den Reihen der Minderheit und überhaupt der deutschen Revisionspropaganda auf die Dauer Boden und Resonanz entzogen worden wären, wenn Polen sich zu einer klugen und großzügigen Behandlung der Minderheit entschlossen und unbeirrt daran festgehalten hätte. Auf der anderen Seite ist aber auch die Frage möglich, ob Polen sowohl der Minderheit gegenüber als auch in anderen Bereichen entgegenkommender gewesen wäre, ohne die unablässige Betonung der deutschen Gebietsansprüche und nach einer deutschen Anerkennung seiner Westgrenze. Einige Andeutungen in dieser Richtung sind gemacht worden, wenn zum Beispiel der Leiter einer polnischen Verhandlungsdelegation in Berlin, Prądyński, 1925 erklärte, sobald die "Infragestellung der polnischen Westgrenze durch Deutschland" aufhöre und damit die polnische Unsicherheit und die Erregung in der Öffentlichkeit behoben seien, wären alle Schwierigkeiten bei den Wirtschaftsverhandlungen, in Ansiedler- und Liquidationsfragen leicht zu lösen und Polen würde zweifellos entgegenkommen⁶⁸⁾. Eine ähnliche Äußerung soll Fürst Janusz Radziwiłł drei Jahre später in Berlin bei einem deutsch-polnischen Parlamentariertreffen gemacht haben, an dem auch die deutschen Abgeordneten im polnischen Sejm teilnahmen: wenn die deutsche Regierung Polen ein Ost-Locarno gewähre, könne die Minderheit auf allen Gebieten, kulturellen und wirtschaftlichen, haben, was sie wolle⁶⁹⁾.

Da aber jede Seite ein Verlassen ihres seit Kriegsende verteidigten Standpunktes als einseitige und unzumutbare Vorleistung mit ganz ungewissem Resultat verstand, ist ein Ausweg aus diesem Dilemma schwer zu erkennen und heute wohl keine Antwort auf die beiden Fragen mehr zu finden.

-
- 58) Aufzeichnung Zechlins vom 18. Sept. 1925. AA St.S. FS, 13.
Zechlin schnitt diesen Vorstoß mit einer kurzen Bemerkung ab.
- 59) Aufzeichnung Dirksens vom 28. August 1928. AA HA Ritter Polen, 8.

5) Hilfe der Westmächte ?

Die deutschen Hoffnungen, trotz des einmütigen polnischen Nein zum Ziele zu kommen, hatten sich zunächst auf die Unterstützung Englands gerichtet. Hier glaubte man spätestens seit der Diskussion um den Garantiepakt von Locarno auch in der öffentlichen Meinung weitgehendes Verständnis für die deutschen Klagen zu finden. Wenn die englische Presse sich auch nicht die Revisionsforderungen Deutschlands vorbehaltlos zu eigen machte, so gab es doch häufig Stimmen, die sehr nachdrücklich auf die Schwierigkeit und Gefährlichkeit der Lage im Osten Europas hinwiesen. Die Teilung Oberschlesiens als wirtschaftlichen Unsinn und den Korridor als geographische Anormalität bezeichnet zu finden, war durchaus nicht selten⁷⁰⁾. Den gegenteiligen, das heißt den polnischen Standpunkt vertrat der unter dem Pseudonym Augur für die Londoner "Times" schreibende Poliakoff, auch war zum Beispiel vom Sekretär der "League of Nation's Union", Wilson Harris, gelegentlich zu hören, "daß der Korridor doch bleiben müsse wie er ist"⁷¹⁾ denn er sei zwar keine gute, aber immer noch die beste mögliche Lösung. Man wird schließlich für die Beurteilung der englischen Auffassung zwei am Ende der zwanziger Jahre erschienene und immer wieder zitierte Bücher englischer Autoren über das deutsch-polnische Grenzproblem nicht mehr so hoch bewerten dürfen, wie es auch noch in neueren deutschen Arbeiten geschieht⁷²⁾. Zu dem Verfasser des 1929 herausgekommenen Werkes "The Polish Corridor and the Consequences", Sir Robert Donald, hatte die deutsche Londoner Botschaft 1925 die Verbindung angeknüpft. Seine Reisen in den Osten wurden gemeinsam von Wirtschaftspolitischer Gesellschaft und Auswärtigem Amt vorbereitet und bezahlt. Als das Werk bis 1927 nicht fertig geworden war, stellte man schließlich von deutscher Seite Dr. von Kries zur Hilfe zur Verfügung, die Druck-

70) Manchester Guardian vom 20. März 1925. AA St.S. FS-Presse, 1.

71) Daily News vom 16. März 1925. Bericht A 711 London vom 19. März 1925. AA IV Po Pol 2, 14. Brief Dufours aus London vom 29. Juni 1925. AA St.S. P, 5.

72) Höltje, S. 141 ff.

bogen wurden u.a. vom Regierungspräsidenten Budding in Marienwerder und vom deutschen Generalkonsul Thermann in Danzig durchgesehen und korrigiert. Auf ähnliche Weise kam die Broschüre "Silesia revisited 1929" von Lt.-Col. G.S.Hutchison zustande, den die Botschaft 1928 an das Auswärtige Amt empfohlen hatte. Er hielt sich im Januar 1929 zu Besprechungen über seine Aufgaben und Bezahlung in Berlin auf; eine ursprünglich geplante weitere Zusammenarbeit mit ihm, die sich auch auf die Korridorfrage erstrecken sollte, scheiterte schließlich, zum Teil an Geldmangel für solche Zwecke auf deutscher Seite⁷³⁾.

Immerhin kamen Äußerungen über die Unhaltbarkeit und Revisionsbedürftigkeit der deutsch-polnischen Grenze auch aus Kreisen der Labour Party⁷⁴⁾, und im Foreign Office ließ man ebenfalls gelegentlich durchblicken, daß man die Versailler Lösung und die Oberschlesien-Entscheidung für wenig glücklich halte. England hatte selbst jede Garantieverpflichtung für diese Grenze abgelehnt, und man war sich auch durchaus im klaren darüber, daß Deutschland sich mit der Abtrennung Danzigs und Ostpreußens so bald nicht abfinden würde:

"...it is not of the slightest use for anyone here to argue that in fact the existence of the Corridor creates but little inconvenience. Neither the question of the size of the Corridor nor the question as to whether trains shall be sealed or not has any bearing of the problem. The German in Hamburg who, in order to visit his property in East Prussia, has either to undertake a sea journey or to pass through foreign territory looks upon this state of affairs as intolerable, and will be conciliated by no concession short of a complete removal of these conditions...the desire for revenge in this people will never be eradicated unless and until some adequate solution shall have been found..."

Dasselbe gelte für die Teilung Oberschlesiens, welche in Deutschland betrachtet werde

"as a gross injustice, and that unless, also, some solution be found, Germany will, on the first favourable occasion,

- 73) AA GA Polen Pol.2G Nr.1. Das deutsch-polnische Grenzproblem. Propaganda. Sir Robert Donald.Hutchison. Bericht v.Kries' über seine Reise nach London vom 5.Juli 1927. 3727/K170/K027260 ff.
74) Bericht A 353 London vom 9.Februar 1925. AA St.S. FS,2. Brief des Grafen Harry Keßler an Schubert über ein Gespräch mit Mac Donald vom 12.März 1925. AA St.S. P,2a.

seek to reverse it, if necessary, by force of arms"⁷⁵⁾. Man verhehlte sich in England die Gefahr nicht, die für den europäischen Frieden in der scharfen und anhaltenden deutsch-polnischen Spannung lag und suchte in verschiedener Hinsicht auf beide Seiten beruhigend einzuwirken. Vor einer Erschütterung der europäischen Nachkriegsverhältnisse durch eine Grenzrevision scheute man aber doch immer wieder zurück, weil sie "the re-writing of the Treaty of Versailles" bedeuten würde. Nicht nur in Frankreich und Polen wurde so oft von der Unantastbarkeit der Verträge gesprochen, auch im Foreign Office gab es diese Ansicht:

"And let us never forget that, at this moment of time, there are certain "s h i b b o l e t h s" we must respect: one of them is the sanctity of the treaty of Versailles" ⁷⁶⁾.

Die Polen genossen sicherlich in England keine besonders großen Sympathien, und man war hier eher geneigt, sie als "a nation of exaltés" zu charakterisieren, doch waren auf der anderen Seite politische Erwägungen über Polen nicht so sehr wie in Deutschland teils von wirklichen Differenzen, teils von Emotionen belastet. Nüchtern betrachtete man den polnischen Standpunkt: mochte das überwiegend aus Prestigegründen und Großmachtstreben erklärliche Festhalten an einem territorialen Zugang zur See in englischen Augen auch unvernünftig erscheinen, man mußte politisch damit rechnen, daß Polen kein Stück seines Landes abtreten wolle. Es hatte ganz einfach auch den Vorteil für sich, das umstrittene Gebiet zu besitzen, und die Bevölkerungsverhältnisse hatten sich inzwischen zuungunsten der Deutschen verändert - aus welchem Grunde, spielte dabei in England eine viel geringere Rolle.

Wie das englische Verhalten bei der Sanierungsaktion für Polen 1926 gezeigt hat, war Großbritannien nicht bereit gewesen, die polnische Notlage für die deutschen Revisionswünsche auszunutzen. Ganz im Gegenteil, seit Marschall Piłsudski die Macht in Polen wieder übernommen hatte, stieg das englische Vertrauen in die Stabilität und Lebensfähigkeit des Staates. Bei der Zuspitzung des englisch-sowjetischen Verhältnisses war wohl auch eine bri-

75) Bericht der englischen Botschaft Berlin über die Lage in Deutschland nach Locarno vom 10. Dez. 1925. DBFP IA, 1. Nr. 141.

76) Notiz Lampson's vom 20. Dez. 1925 zu einem Memorandum über die Grenzfrage. DBFP IA, 1. Nr. 151. Vgl. unten S. 167.

tische antipolnische Politik nicht zu erwarten; der Gedanke, in Polen ein Bollwerk gegen den Bolschewismus stützen und festigen zu müssen, besaß damals in England sicherlich eine Reihe von Anhängern⁷⁷⁾.

Seitdem Chamberlain in Locarno den Grafen Skrzyński zur Einstellung der Optantenausweisungen bewogen hatte - eine Geste, die man in London sehr hoch schätzte - ließ England kaum eine Gelegenheit vorübergehen, in Warschau und Berlin beruhigend einzuwirken und beide Seiten zum Entgegenkommen zu ermuntern⁷⁸⁾. Lord D'Abernon gab sehr deutlich zu verstehen, Deutschland dürfe nicht glauben, eine Grenzänderung als Vorbedingung besserer politischer und wirtschaftlicher Beziehungen erreichen zu können, darauf werde es wohl lange warten müssen. Erst bei einem guten deutsch-polnischen Einvernehmen werde es vielleicht möglich sein, mit Polen auch über die Grenze verhandeln zu können⁷⁹⁾.

Man schätzte es in England außerordentlich wenig, wenn in Deutschland ununterbrochen über die Grenzrevision gesprochen und geschrieben und damit immer wieder Hoffnungen geweckt wurden, die Frage sei in absehbarer Zeit lösbar. Viel eher war London bestrebt, die Angelegenheit zunächst möglichst ruhen zu lassen und

- 77) Bericht A 3213 London vom 19.Okt.1927. AA IV Po Pol.2G,2.
Bericht A 286/29 Warschau vom 27.Dez.1929. AA IV Po Pol.1,5.
78) DBFP IA,1. Nr.34,118. Bericht London A 1123 vom 20.Mai 1926. 3726/K170/KO26293 ff. - Gerade auch am Ende der zwanziger Jahre ließ das Foreign Office häufiger durchblicken, es halte die deutsche Polenpolitik der Nachkriegsjahre für fehlerhaft. Man sah die deutsche Propagandacampagne nicht gern, sondern vertrat die Auffassung, Deutschland behandle Polen ganz falsch und "schneide sich nur ins eigene Fleisch" damit. "Es sei bedauerlich, daß man in Deutschland noch immer nicht bereit sei, die Polen als Gleichberechtigte zu behandeln, und in dieser psychologischen Einstellung liege der Schlüssel der Situation". Deutschland könne sich sehr wohl mit Polen einigen, auch ohne ausdrücklich auf jede Revisionsmöglichkeit zu verzichten. - Bericht A 1466 London vom 24.Juni 1930. 3727/K170/KO27459-63.
79) Bericht Lord D'Abernon's an Chamberlain über ein Gespräch mit Staatssekretär von Schubert vom 26.Nov.1925. DBFP IA,1.Nr.118. Am 11.Mai 1926 äußerte Lampson ebenfalls: ein besseres deutsch-polnisches Verhältnis sei die Voraussetzung für alles andere, und allein der polnische Absatzmarkt müsse doch interessant genug sein, um angenehme Beziehungen herzustellen. Bericht A 1123 London vom 20.Mai 1926. 3726/K170/KO26293 ff.

und hinauszuschieben. Das geht nicht nur aus den deutschen diplomatischen Berichten aus London hervor, in denen sich in zunehmendem Maße Resignation und Enttäuschung bemerkbar machen, daß sich das Foreign Office überhaupt nicht für das Problem interessiere⁸⁰⁾ Aus den englischen Akten ergibt sich dasselbe Bild:

"I am absolutely convinced that the way n o t to solve the German-Polish question is to stir up public discussion about it. Let sleeping dogs sleep - or if they won't, let us try to make them sleep... Let us leave this question severely alone. Our considered views are already on record both at Berlin and Warsaw. I do not think they need revision in any sense. So let us leave it at that. This may seem like stagnation: I do not think it is ! ... Stagnation at times may be and is preferable to earthquakes" 81).

Es muß vielmehr angenommen werden, daß man in England die Hoffnung hegte, die Zeit werde auch den deutsch-polnischen Gegensatz heilen lassen und bei einem besseren deutsch-polnischen Einvernehmen werde die Grenzfrage an Bedeutung verlieren oder es werde überhaupt dann eine direkte Verständigung der beiden Länder zustandekommen.

Chamberlain hat niemals von Deutschland verlangt, ausdrücklich die Hoffnung auf eine Verbesserung der Lage im Osten aufzugeben und scheint eine derartige Lösung für möglich gehalten zu haben: arbeite Deutschland im Völkerbund in freundschaftlichem und versöhnlichem Geiste mit, werde es in einer gewissen Zeit eine Stellung errungen haben, die seine wirtschaftliche Hilfe so notwendig und seine politische Freundschaft so wünschenswert für Polen mache, daß ohne die Einschaltung des Völkerbundes sich ein Ausgleich erreichen ließe⁸²⁾.

"...it seems...that the only way this problem will solve itself is to let the Germans and the Poles have time to

80) Tel.23 London vom 14. Januar 1927. AA St.S. Po,2. Aufzeichnung Schuberts über ein Gespräch mit Lord D'Abernon vom 27. April 1927. AA St.S. FS,22. - Brief des Grafen Bernstorff vom 21. Juli 1928. AA IV PO Pol.2G,5.

81) DBFP IA,1. Nr.151.

82) Chamberlain an Lord D'Abernon vom 18. März 1925. Petrie, Bd. II, S.267-268. - Chamberlain an Sir William Max Muller in Warschau vom 16. Okt. 1925; zitiert in der Anmerkung zu DBFP IA,1. Nr.118. 1927 riet Chamberlain Strésemann ausdrücklich, mit Marschall Piłsudski über das Grenzproblem zu sprechen, er sei der einzige Pole, der hier eine Regelung durchsetzen könne. - Aufzeichnung Stresemanns vom 12. Dez. 1927. AA RM 10,7.

realise that they are dependent to same extent on one another: for example 40 % of Germany's exports go to Poland and so on. If only we can keep peace between them, I hazard the view that is a matter of time until these two neighbouring countries come to realise they must work more or less together. And when they have realised that and go on terms, then many other things may follow" ⁸³⁾.

Für ein abschließendes Urteil liegen die englischen Akten noch nicht vollständig genug vor, aber aus den bisher veröffentlichten Dokumenten ergibt sich doch, daß - wenn England überhaupt eine Grenzänderung befürwortet hätte - an eine Unterstützung der gesamten deutschen Gebietsforderungen im Osten kaum zu denken war. Die Lösungsmöglichkeiten, die im Jahre 1925 im Foreign Office erwogen worden sind, laufen darauf hinaus, Deutschland unter möglichst geringfügigen territorialen Änderungen eine Verbindung nach Ostpreußen zu gewähren, von Schlesien ist kaum die Rede.

Wie Litvinov bei einem Besuch in Berlin Stresemann mitteilte, und wie die englischen Akten neuerdings bestätigen, hatten englische Diplomaten zeitweise sogar eine Neutralisierung Ostpreußens erwogen, ohne allerdings die Zustimmung Chamberlain's oder Lord D'Abernon's zu finden. Der Botschafter berichtete vollkommen zu Recht nach London, ein solcher Vorschlag würde in Deutschland niemals angenommen werden ⁸⁴⁾. In Anbetracht der deutschen Forderungen und der Ablehnung jeglicher Teillösungen müssen aber auch die übrigen im Foreign Office ausgearbeiteten Vorschläge für den deutschen Standpunkt außerordentlich unbefriedigend erscheinen.

In einem ersten Memorandum vom 17. Dezember 1925 ⁸⁵⁾ wird als deutsche Mindestforderung angenommen, deutsches Land dürfe nicht getrennt werden und Deutschland müsse eine Verbindung nach Ostpreußen besitzen. Polen verlange einen freien und sicheren Zugang zur See und daß keine polnische Bevölkerung deutschem Druck und deutschen Entnationalisierungstendenzen wie in der Vergangenheit ausgesetzt sein dürfe. Die Vereinbarung dieser beiden Standpunkte sollte in folgender Weise geschehen:

83) DBFP IA, 1. Nr. 151.

84) Aufzeichnung Stresemanns vom 13. Juni 1925. AA Nachlaß, 272.
DBFP IA, 1. Nr. 34.

85) DBFP IA, 1. Nr. 151.

Aus Danzig und dem Korridorgebiet nördlich einer Linie Tuchel - Neuenburg, also ohne den Netzegau, würden zwei "Länder" unter deutscher Souveränität gebildet, deren ganzes Gebiet unter der Garantie Deutschlands, Polens und des Völkerbundes zu neutralisieren sei. Da der nördliche Teil des bisherigen Korridors eine überwiegend polnische Bevölkerung hatte, sollte das daraus gebildete neue "Land" auf kulturellem Gebiet, verwaltungs- und gerichtsmäßig vollkommen autonom sein. Beide "Länder" würden eine Freihandelszone werden, Eisenbahnen und die Schifffahrt auf der Weichsel sollten einer deutsch-polnischen Kommission mit einem neutralen Präsidenten unterstellt sein; in die Kosten für diese Verwaltung könnten sich Deutschland und Polen teilen. Der Autor dieser Vorschläge, Huxley vom Central Department des Foreign Office, hegte die Hoffnung, Deutschland werde einer solchen Lösung zustimmen, denn sie sei immerhin besser als gar keine. Um Polen zur Annahme zu bewegen, müsse man ihm klarmachen, daß es im Falle einer Weigerung die Unterstützung Englands verlieren werde, und daß auch die Franzosen im Gefühl ihrer eben gewonnenen Sicherheit dann immer weniger geneigt sein würden, sich auf Deutschland zu stürzen, um Polens Ausgang zur See zu verteidigen.

Die Möglichkeit, eine so komplizierte Regelung in die Praxis umzusetzen, wurde von anderen Mitarbeitern des Foreign Office überaus skeptisch beurteilt⁸⁶⁾. Weniger deshalb, weil Deutschland darin kaum eine Erfüllung seiner Wünsche erblicken würde, sondern vor allem, weil bei der bisherigen polnischen Haltung nicht zu erwarten war, daß Polen ein so großes Stück seines jetzigen Territoriums unter deutsche Souveränität zurückkehren ließe. Die äußerste Konzession, zu der man Polen vielleicht nach einiger Zeit und mit viel Geduld und Vorsicht bewegen könne, sei, Danzig seine vollkommene Selbständigkeit wiederzugeben und dann an Danzig, nicht an Deutschland, einen schmalen Streifen an der See zwischen Pommern und Danzig, nördlich von Berent abzutreten. Dieses Gebiet sei nur dünn besiedelt von Kaschuben, die keine besondere Neigung für die augenblickliche polnische Regierung zeigten. Wohl müsse Polen dann den Traum von einem polnischen Hafen in Gdingen aufgeben, doch

86) Minute Collier's (Northern Department des Foreign Office) vom 24. Dez. 1925. DBFP IA, 1. Nr. 159.

alle Fachleute seien sich einig, daß dieser Plan sich sowieso nicht verwirklichen ließe und daß Danzig der natürliche polnische Hafen sei.

Eine solche Lösung habe den Vorzug, nicht wie alle anderen Kombinationen aus Danzig und polnischem Territorium ein unförmiges Gebilde mit halb deutscher und halb polnischer Bevölkerung zu schaffen, sie biete die wenigsten Verwaltungsschwierigkeiten und verlange nur minimale Gebietsabtretungen. Die Hauptverbindung zwischen Deutschland und Ostpreußen verlaufe zwar weiter südlich, doch würden sich Deutschland und Polen über den Güterverkehr schon einigen können, und die nördliche Route von Stettin aus könnten dann die Deutschen benutzen, die es aus sentimentalen Gründen vorzögen, nur durch deutsches Gebiet zu reisen.

Gerade eine solche Bemerkung zeigt, wie im Foreign Office die deutschen Klagen über Korridorschwierigkeiten und die Abschnürung Ostpreußens bewertet wurden. Interessant sind auch die Notizen hoher Beamter des Londoner Außenministeriums wie Lampson und Sir William Tyrrell zu den beiden hier zitierten Memoranden. Sie wurden zum Teil bereits wiedergegeben⁸⁷⁾ und haben alle denselben Grundgedanken: die einzig mögliche und kluge Haltung für England sei, nicht an den gegenwärtigen Stand der Dinge zu rühren⁸⁸⁾.

Auch in Frankreich, dessen Einverständnis und Unterstützung Deutschland für eine Änderung seiner Ostgrenze ebenso brauchte wie die Zustimmung Großbritanniens, konnte seit Locarno von der unbedingten Weigerung Deutschlands gesprochen werden, diese Grenze jemals anzuerkennen und von der Notwendigkeit ihrer Revision, ohne sofort auf scharfe Zurückweisung zu stoßen. Dennoch war fast

87) siehe oben S. 165 und 166.

88) Von deutscher Seite war vor allem während der polnischen Anleiheverhandlungen versucht worden, auch die USA für das Grenzproblem zu interessieren; doch der amerikanische Botschafter erklärte bei einem Besuche Danzigs, die öffentliche Meinung in seinem Lande bekümmere sich nicht um die Details der europäischen Schwierigkeiten. Deutschland, Polen und Danzig, die nun einmal nebeneinander zu leben gezwungen seien, müßten versuchen, in ein erträgliches Verhältnis zu kommen. Derjenige, der den ersten Schritt zur Aussöhnung tue, werde sicher im Vorteil sein. - Bericht IG 914/26 Danzig vom 13. Aug. 1926. 3726/K170/K026427.

zu erwarten, daß dies für lange Zeit der einzige Erfolg sein würde, weil die Schwierigkeiten in Frankreich bei seiner Lage, seinem Sicherheitsbedürfnis und seiner Bindung an Polen durch das Bündnis von 1921 viel größer waren als in England. Wohl konnte man es in Berlin als einen Gewinn betrachten, gerade dieses Bündnis in Locarno gelockert zu haben, doch verlor Frankreich trotz einer unbestreitbaren Abkühlung und immer wiederkehrenden Schwankungen im polnisch-französischen Verhältnis nicht so rasch das Interesse an Polen, wie man es vielleicht anfangs in der Wilhelmstraße geglaubt haben mochte.

Die französischen Auffassungen und Absichten sind bisher nicht sicher zu beurteilen, da französische Akten der Weimarer Zeit zu diesem Thema nicht publiziert sind. Es kann daher hier nur das zusammengestellt werden, was auf deutscher Seite darüber festgehalten worden ist.

Mit Befriedigung hörte Botschafter v.Hoesch in Paris gelegentlich im Quai d'Orsay, daß die Regelung der deutsch-polnischen Grenze im Friedensvertrag ganz "jammervoll" sei und daß unbedingt einmal eine Lösung gefunden werden müsse, die die berechnete deutsche Unzufriedenheit endgültig zu beseitigen vermöge⁸⁹⁾. Briand hatte Deutschland auch ausdrücklich das Recht bestätigt, sich die Möglichkeit einer friedlichen Grenzrevision auf Grund des Artikels 19 der Völkerbundssatzung zu wahren. In dieser Unterhaltung mit Hoesch erklärte der französische Außenminister dasselbe, was er auch Chamberlain gegenüber ausgesprochen zu haben scheint: nach dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund werde es vielleicht bei einer sehr vorsichtigen Politik, mit viel Geduld und gutem Willen dazu kommen, daß die Wirtschaftskraft und das natürliche Schwergewicht Deutschlands eine Verständigung mit Polen und dann auch eine neue Grenzregelung reifen lassen würden⁹⁰⁾. In diesem Sinne

89) Tel.143 Paris vom 5.Febr.1928. AA RM 10,8. - Brief Hoeschs an Schubert vom 29.Jan.1929. AA St.S.Fab,20. In beiden Fällen handelt es sich um Gespräche Hoeschs mit Berthelot, dem Generalsekretär des Quai d'Orsay.

90) Tel.585 Paris vom 6.Aug.1925. AA RM 10,4. - Brief Chamberlains an Lord D'Abernon vom 18.März 1925. Petrie, Bd.II, S.267-268.

hatte Briand nach Chamberlain's Bericht auch den Grafen Skrzyński gebeten,

"not to lose sight of the practical or to live exclusively in the ideal and not to close his mind to any possibility of an arrangement" 91).

Solche Äußerungen sind jedoch nicht unbedingt repräsentativ für die allgemeine französische Auffassung. Marschall Foch sprach die Meinung weiter Kreise aus, wenn er Hoesch sagte, die Grenzziehung sei wohl fehlerhaft, doch ginge es nicht an, an den im Friedensvertrag geschaffenen territorialen Verhältnissen etwas ändern zu wollen. Eine solche Erschütterung des neuen europäischen Systems könne unabsehbare Konflikte zur Folge haben. Der polnische Staat stehe jetzt in ziemlicher Festigkeit da und erheische Respekt; Frankreich sei ihm zu besonderer Hilfeleistung verpflichtet und auch Deutschland müsse ihn respektieren⁹²⁾. In dieselbe Richtung weisen Äußerungen im Quai d'Orsay aus dem Jahre 1930: es sei zwar richtig, daß die deutsche Ostgrenze "peu heureuse" sei, doch wäre es auf der anderen Seite völlig unverständlich, wie die deutsche Regierung Revisionsforderungen anmelden könne, die sich gar nicht realisieren ließen⁹³⁾.

Es herrschte außerdem in Frankreich auch dort, wo die Änderungsbedürftigkeit der Grenze zugegeben wurde, vollkommene Ratlosigkeit, wie dieses Problem in der Praxis auf befriedigende Art und Weise zu lösen sei. Die Äußerungen über Litauen und das Memelgebiet sind zu vage, um zu erkennen, ob ein solcher Gebietstausch im französischen Außenministerium tatsächlich für möglich gehalten wurde. Das gleiche gilt für ein Gespräch Briands mit Stresemann, in dem er seinem deutschen Gesprächspartner lebhaft empfahl, mit Marschall Piłsudski auch über die Grenzfrage zu sprechen. Er werde ihn zu einer weitgehenden Verständigung mit Deutschland bereitfinden, und Piłsudski besitze auch die Macht, eine Regelung in Polen durchzusetzen⁹⁴⁾.

91) DBFP IA, 1. Nr. 233.

92) Bericht A 854 Paris vom 7. März 1928. AA IV Po Pol. 2G, 3.

93) Tel. 822 Paris vom 20. Aug. 1930. AA IV Po Pol. 2, 30.

94) Aufzeichnung Stresemanns vom 11. Dez. 1927. AA RM 10, 7. Tel. 1321 Paris vom 22. Dez. 1927. AA HA Dirksen, 30.

Im übrigen gab man im Quai d'Orsay durchaus zu, daß man sich dort vergeblich den Kopf zerbrochen hatte über eine Möglichkeit, den deutschen und den polnischen Standpunkt zu vereinbaren. Der polnische Widerstand gegen jede Diskussion über die polnische Westgrenze war in Paris nur zu gut bekannt, das polnische Recht auf einen Zugang zur Ostsee wurde respektiert und gegenüber den deutschen Beschwerden immer wieder zu bedenken gegeben, daß die Bevölkerungsverhältnisse im Korridorgebiet sich erheblich verändert hätten und daß jetzt zwischen Ostpreußen und der deutschen Grenze eine überwiegend slavische Bevölkerung wohne. Auf welche Weise diese Lage zustande gekommen war, spielte hier eine ebenso geringe Rolle wie in England⁹⁵⁾.

Auch die Haltung der französischen Regierung im Frühjahr und Sommer 1925, zur polnischen Resolution im Völkerbund 1927, in der Diskussion um die Rheinlandräumung und schließlich Briands Europa-Memorandum lassen eher den Schluß zu, daß Frankreich auf jeden Fall der Festigung des europäischen status quo vor jeder Debatte über eine Grenzverschiebung den Vorzug gab und daß der Versailler Vertrag mit seinen territorialen Bestimmungen ein 'noli me tangere' blieb. Man scheint doch auch in Frankreich ebenso wie in England auf die Wirkung der Zeit gehofft und davon ein Nachlassen des deutsch-polnischen Gegensatzes erwartet zu haben. Bis es dazu kam, mußte diese schwierige Frage möglichst hinausgeschoben werden.

Von einer Unterstützung Frankreichs für die uneingeschränkte Rückgabe der von Deutschland geforderten Gebiete im Osten kann außerdem keine Rede sein. Einiges Verständnis bestand höchstens für die Korridorschwierigkeiten und die Grenzziehung an der Weichsel, die Rückkehr Oberschlesiens zu Deutschland wurde in Frankreich selten befürwortet⁹⁶⁾. Auch beim Besuch Lavals und Briands in Berlin 1931

95) Aufzeichnung des Reichsgerichtspräsidenten Simons über ein Gespräch mit Seydoux vom 27. Okt. 1926. AA Nachlaß, 46. - Tel. 822 Paris vom 20. Aug. 1930. AA IV Po Pol. 2, 30.

96) Aufzeichnung Dirksens vom 13. Juli 1926. 3726/K170/K026376-78. Aufzeichnung Dirksens vom 6. Juli 1928. AA HA Dirksen, 14. Bericht Thorn 502/30 vom 1. Juni 1930. AA IV Po Pol. 2G, 10.

war nur von einer Kompromißlösung die Rede, wobei Laval die Pläne des Grafen Coudenhove-Kalergi im Sinne zu haben schien. Die deutsche Reaktion war wie immer in solchen Fällen schroff und ablehnend:

"Der Herr Reichskanzler beendete diesen Teil des Gesprächs ... sofort mit dem knappen Hinweis, daß in dieser nationalen Frage ... ganz Deutschland, gleichgültig welcher Parteirichtung, erfreulicherweise einer Auffassung sei ... Jede deutsche Regierung müsse und werde darauf bestehen, daß das dem deutschen Volke im Osten bei der Grenzziehung gewordene Unrecht ohne Kompromiß wieder gutgemacht werden müsse" 97).

Noch einmal scheint das Thema in diesen deutsch-französischen Gesprächen nicht berührt worden zu sein.

In der französischen öffentlichen Meinung gab es starke Strömungen, die Polen vollkommen unterstützten und von Deutschland bei jeder sich bietenden Gelegenheit die Anerkennung seiner Versailler Grenzen und neue Sicherheitsgarantien für den östlichen Bundesgenossen Frankreichs forderten. Für ein in Deutschland viel zitiertes Buch, das beweisen soll, wie auch in Frankreich langsam das Verständnis für die Unhaltbarkeit der deutsch-polnischen Grenze wuchs, für René Martels 1930 erschienenes Werk "Les frontières orientales de l'Allemagne" wird möglicherweise dasselbe gelten müssen wie für Donald, Hutchison und Korostovetz' "Quo vadis Polonia ?": es wurde wahrscheinlich ebenfalls vom Auswärtigen Amt inspiriert und unterstützt⁹⁸⁾. Ein Jahr später erschien in Toulon eine Gegenschrift, die schroff und unnachgiebig den polnischen Standpunkt vertrat.⁹⁹⁾ Das Überwiegen der Richtung in der

97) Vermerk Pünders in der Reichskanzlei vom 10. Oktober 1931. BA R 43 I/Nr.125, - Noch eineinhalb Jahre später in Gesprächen Moltkes mit Laroche in Warschau betonte der französische Botschafter die Schwierigkeiten, die Verhandlungen über den Korridor entgegenstanden. Man fürchtete in Polen eine vierte Teilung; nach französischer Auffassung müßte Polen auf jeden Fall Kompensationen erhalten (welche, sagte Laroche nicht); es müsse Gdingen behalten und könne nur einen möglichst kleinen Landstreifen abtreten. Bericht A 77/33 Warschau vom 22. Febr. 1933. 2906/6173/E463397-99.

98) Die Akte über René Martel war mir leider nicht zugänglich. Sie befindet sich aber in derselben Aktengruppe wie die über Donald, Hutchison und Korostovetz, die ich einsehen konnte: AA GA Polen Pol.2 G Nr.1. Das deutsch-polnische Grenzproblem. Propaganda.

99) Schwerer, A.: Les frontières occidentales de la Pologne. La vérité sur le conflit actuel Polono-Allemand. Toulon 1932.

französischen Öffentlichkeit und Presse, die wenigstens ein gewisses Verständnis für den deutschen Protest gegen die Grenzziehung im Osten zeigte, ist nicht erkennbar.

Trotz einer Reihe für Deutschland ermutigender Äußerungen, nicht nur aus England und Frankreich, sondern zum Beispiel auch aus Prag¹⁰⁰⁾, kann doch nicht gesagt werden, daß Deutschland beim Tode Stresemanns oder auch zu Beginn der dreißiger Jahre einem seiner wichtigsten außenpolitischen Ziele, der Revision seiner Grenze mit Polen, wirklich näher gekommen war. Wohl gelang es, in einigen Kreisen des Auslandes die Ansicht von dem provisorischen Charakter der Versailler Grenzziehung aufrechtzuerhalten, aber eine konkrete Aussicht auf eine Änderung des status quo in irgendeiner Form ist nicht erkennbar. Es gibt kaum Anzeichen dafür, daß England oder Frankreich in dieser Frage die Initiative ergriffen, daß sie Deutschland aktiv unterstützt oder auf Polen einen Druck ausgeübt hätten. Polen hatte einen festen Platz unter den europäischen Staaten gewonnen, es war entschlossen, sein Gebiet um jeden Preis zu verteidigen, und die Zahl der in den ehemals preußischen Teilen lebenden Deutschen war auf ein Drittel der Vorkriegszeit zusammengeschmolzen¹⁰¹⁾. Die Zeit schien in diesem Falle nicht für Deutschland zu arbeiten.

Eine solche Einsicht war zweifellos schmerzlich und kommt auch nur selten zum Ausdruck, doch schimmert sie in einzelnen resignierten Bemerkungen auch in der Wilhelmstraße durch¹⁰²⁾.

Ob es in Anbetracht der deutschen Verhältnisse nach dem Sturze der Regierung Hermann Müllers politisch klug war, 1931 und 1932 gerade die Korridorpropaganda einen Höhepunkt erreichen zu lassen

- 100) Aufzeichnung Stresemanns über ein Gespräch mit Präsident Masaryk vom 13. März 1927. AA St. S. Votag, 4. S. auch Gasiorowski: Beneš and Locarno. (The Review of Politics. XX, 2. 1958. S. 209-224).
- 101) Genauere Zahlenangaben bei Rhode. (Die deutschen Ostgebiete zur Zeit der Weimarer Republik. S. 98 ff.)
- 102) Auszug aus einem Brief Dufours vom 22. März 1928. AA IV Po Pol 2G, 3. - Brief des Grafen Bernstorff vom 21. Juli 1928. AA IV Po Pol. 2G, 5. - Brief des Grafen Bernstorff vom 19. Dez. 1928. AA IV Po Pol. 2G Nr. 1. - Aufzeichnung Moltkes vom 16. Sept. 1931 BA R 43 I/125. - Bericht A 2560 Paris vom 1. Juli 1932. 3737/K177/K030526 ff.

und die Revisionsfrage immer wieder in den Vordergrund zu stellen, muß dahingestellt bleiben. Die deutsche Regierung erweckte auf diese Weise sowohl bei der deutschen Minderheit in Polen als auch in Deutschland selbst Hoffnungen, die sie nicht zu erfüllen vermochte. Das konnte ihr bei den Ansprüchen der Deutschnationarier und der hemmungslosen Agitation der Nationalsozialisten schließlich auch innerpolitisch erhebliche Schwierigkeiten bereiten¹⁰³⁾.

Die Frage ist durchaus erlaubt, ob nicht auch ohne die Machtergreifung der Nationalsozialisten Deutschland eines Tages zu wählen gehabt hätte zwischen der Aufgabe seiner Ansprüche im Osten und seinen friedlichen Bestrebungen¹⁰⁴⁾.

103) Warnende Stimmen wie die Leopold Schwarzschilds waren dagegen selten und wurden meistens überhört. Mit scharfem politischen Verstande und in prägnantem Stil verurteilte er "das große Spiel", das die Regierung Brüning noch einmal unternahm, um die Niederlage des Weltkrieges auszulöschen und seine Folgen unter anderem auch an der Ostgrenze zu beseitigen. Wie konnte sie vermuten, daß Frankreich und Polen etwas aufgeben würden, das ihnen vorerst noch die im Kriege erstrittene materielle Überlegenheit über Deutschland sichere, in einem Augenblick, in dem sie angesichts der Strömungen in Deutschland ihre Macht nötiger denn je zu haben glaubten? Als ebensolche Illusion galt ihm die Hoffnung, daß "die Welt" Frankreich und Polen zugunsten Deutschlands unter Druck setzen würde. Habe man nicht im Strudel der Weltwirtschaftskrise erlebt, wie jedes Land, selbst Mussolinis Italien, nach Ruhe strebe und keine Bewegung geduldet würde, die noch eine Ordnung umstoßen wolle? Der einzige Erfolg dieser verfehlten deutschen Politik sei, daß das Reich nun seinerseits bedrängt werde, seinen Revisionsfeldzug einzustellen, denn jetzt wolle Frankreich ein für allemal der jahrelangen Kampagne gegen die Ordnung des Friedensvertrages ein Ende setzen. "Um diese Revisionskampagne - nicht um die Revision! - geht tatsächlich das sogenannte Ringen, das sich jetzt zur letzten Entscheidung zuspitzt. Die Revision selbst - nun, die Realpolitiker mögen erklären, wie sie die glauben erzwingen zu können. Der verstiegenste Illusionist weiß sie jupiterfern. Aber wie kategorisch unerreichbar sie praktisch auch sei und wie ruinös die landeszerstörerische Kampagne auch auf alles wirke, was nur in Ruhe und Sicherheit gedeiht, vor allem auf Kredit und Handel: es ist nicht das proklamierte Ziel des Treibens, es ist das Treiben selbst, das die 'Revisionisten' brauchen, - zu Zwecken, die ganz anderswo liegen". (Die letzten Jahre vor Hitler. Aus dem "Tagebuch" 1929-1933. S. 119-121, S. 155).

104) Vgl. dazu besonders Kimmich, S. 198 ff., 253 ff.

THEIL II.

=====

Einleitung

An der Spitze zweier Kapitel, die dem engeren Bereich der deutsch-polnischen Beziehungen gelten sollen, ist wohl der Platz, den Mann besonders zu erwähnen, der auf diesem Felde, wie sich zeigen wird, einen maßgebenden Einfluß ausgeübt hat: Ulrich Rauscher. Er hat acht Jahre lang, von 1922 bis 1930, das Deutsche Reich in Warschau vertreten. Daß er die großen grundsätzlichen Schwierigkeiten im Verhältnis zwischen Deutschland und Polen nicht zu beseitigen vermochte, war selbstverständlich, aber gerade unter solchen Umständen war es vielleicht mehr als sonst in die Hand der diplomatischen Mission gelegt, ob wenigstens ein erträgliches Zusammenleben der beiden Nachbarvölker sich anbahnen konnte.

Rauscher, von seinen Freunden ein liberaler Intellektueller genannt, war 1884 in Stuttgart geboren und nach dem Studium von Rechtswissenschaften und Literatur in München, Heidelberg, Straßburg und Oxford nur kurze Zeit im Verwaltungsdienst geblieben. Er wechselte über zur Frankfurter Zeitung, die er in Paris und Straßburg mit großem Erfolg vertrat; die Feuilleton-Redaktion entsprach seinen ausgeprägten literarischen Neigungen und Fähigkeiten. Aus der Straßburger Zeit stammte Rauschers Freundschaft mit Friedrich Ebert, die ihn nach den Kriegsjahren in der Politischen Abteilung beim deutschen Generalgouverneur in Brüssel zur Sozialdemokratie führte. Er wurde Pressechef der Volksbeauftragten und später der Reichsregierung, und war in den ersten Monaten der Republik für Ebert und Scheidemann ein unentbehrlicher Helfer mit seiner Weltgewandtheit, seinen blendenden Sprachkenntnissen und seiner vielgerühmten überlegenen Kunst, "während einer Sitzung Aufrufe, Regierungserklärungen, Reden und anonyme Zeitungsmeldungen zu formulieren, die nur noch der Unterschrift bedurften, um herauszugehen, und gelegentlich auch ohne Unterschrift herausgegeben wurden"¹⁾. Seiner Initiative und seiner Feder entstammte auch der berühmte Aufruf zum Generalstreik während des Kapp-Putsches im März 1920, unter den er in diesem gefahrdrohenden Augenblick auf eigene Verantwortung die Unterschriften der sozialdemokratischen Führer setzte.

¹⁾ Brecht, S.206.

Nach einer kurzen Zeit, in der er 1921 die deutschen Interessen in der damals noch selbständigen Republik Georgien vertreten hatte, wurde Rauscher am 9. April 1922 zum Gesandten in Warschau ernannt. Er war der erste deutsche Gesandte seit der Wiederaufrichtung Polens und übernahm damit wohl den undankbarsten und dornigsten Posten, den der deutsche auswärtige Dienst damals zu vergeben hatte. Ohne die diplomatische Karriere durchlaufen zu haben, hat er als einer der wenigen Außenseiter in der Wilhelmstraße seine überaus schwierige Aufgabe glänzend bewältigt. Nach verhältnismäßig kurzer Zeit nahm die deutsche Gesandtschaft einen geachteten Platz im Warschauer diplomatischen Corps ein, und in seinem gastfreundlichen und hochkultivierten Hause hatte Rauscher weitreichende Beziehungen zur polnischen Gesellschaft, zu Adel und Diplomaten, Partei- und Wirtschaftsführern geknüpft und sich persönlich große Beliebtheit errungen. Wichtiger noch als dies war das Vertrauen, das der deutsche Missionschef sich im polnischen Außenministerium und vor allem auch bei Marschall Piłsudski schließlich erworben hatte, und ohne das auf dem so steinigen Felde der deutsch-polnischen Beziehungen nicht einmal das erreicht worden wäre, was am Ende der zwanziger Jahre als Erfolg zu betrachten war. Man wußte in Warschau wohl, daß er die deutschen Interessen unnachgiebig und mit großem Nachdruck vertrat, daß er sich auf der anderen Seite aber nicht von Ressentiments und kleinlichen taktischen Überlegungen leiten ließ, sondern auch die polnischen Möglichkeiten und Wünsche ohne Vorurteil würdigte und in Berlin freimütig für sie eintrat, wenn es notwendig war. Das ist von polnischer Seite auch Stresemann gegenüber mehrfach rückhaltlos anerkannt worden, und noch Beck bestätigt in seinen Memoiren ausdrücklich die niemals nachlassenden Entspannungsbemühungen Rauschers, "... de l'éminent ministre de l'Allemagne à Varsovie, ... esprit large et homme de bonne volonté..."²⁾. Aus den Worten seines französischen Kollegen (Laroche)³⁾ wie aus gelegentlichen Äußerungen in London geht hervor, daß man auch im Warschauer diplomatischen Corps seine persönlichen Eigenschaften und seine politische Haltung zu würdigen wußte; das Foreign Office ging so weit zu behaupten, Rauscher sei die einzige

2) Beck, S.5.

3) Laroche, S.67.

Persönlichkeit, "die das deutsch-polnische Problem richtig erkannt habe"⁴⁾.

In Deutschland sah er sich dagegen seit seiner Amtsübernahme 1922 immer wieder Anfeindungen der Rechten ausgesetzt, obwohl selbst Hindenburg sich anerkennend über ihn geäußert hatte. Ihre Presseorgane griffen ihn nicht nur nach Jahren noch wegen seiner Haltung während des Kapp-Putsches an, sondern warfen ihm auch bei jeder sich bietenden Gelegenheit seine Warschauer Politik vor, seinen angeblichen "Verständigungskomplex". Bei der Polen wenig günstigen Stimmung politisch rechtsstehender Kreise in Deutschland, wo 1929 Graf Albrecht zu Stolberg-Wernigerode die Ansicht vertrat, "der Pole ... [verträge] ... nur die Reitpeitsche" und lege jedes freundliche Entgegenkommen als Schwäche aus, die seinen Übermut reize, war es erklärlich, daß Rauscher hier für "durchaus ungeeignet" auf seinem Posten galt. Es sei zu befürchten, "daß er sich in genau solchen Illusionen über die Polen befindet wie seinerzeit im Kriege der Generalgouverneur von Beseler in Warschau, der sich auch von der bestrickenden Liebenswürdigkeit der Polen einseifen ließ und infolgedessen den maßgebenden Stellen ... ein vollständig falsches Bild über die dortigen Verhältnisse gab..."⁵⁾

Das waren Herabsetzungen aus durchsichtigen politischen Motiven, die Rauscher an der entscheidenden Stelle in Berlin nichts schaden konnten. Wenn ein so guter Beobachter wie Arnold Brecht ihn "entschieden in seinen demokratischen Ansichten, dabei patriotisch antimilitaristisch, aber realistisch in politischen und militärischen Machtfragen" nennt, so dürfte er damit das getroffen haben, was auch Stresemann an Rauscher schätzte. In immer enger werdender Zusammenarbeit erkannte der Minister Rauschers gründliche Kenntnisse und sein treffsicheres, unvoreingenommenes Urteil über Mentalität, politische Strömungen und Möglichkeiten in Polen an. Er hat seinen Gesandten mit Energie nicht nur gegen zahlreiche Angriffe im Reichstag, sondern auch in internen Auseinandersetzungen mit deutsch-nationalen Kabinettsmitgliedern verteidigt, die dem Grundsatz huldigten, ein Sozialdemokrat dürfe in der di-

4) Bericht A 1466 London vom 24. Juni 1930. K170/3726/K027459-63. The Times vom 16. März 1931: Poland an Germany.

5) Brief Stolbergs an Stresemann vom 7. Jan. 1929. AA Nachlaß, 76.

plomatischen Karriere überhaupt nicht avancieren⁶⁾. Gerade als Streseemann sich mit mehr Aufmerksamkeit und Nachdruck den östlichen Fragen zu widmen begann, fand Rauscher bei ihm stärksten Rückhalt und Unterstützung. Das deutlichste Zeichen dafür war Streseemanns bei einem privaten Treffen in Heidelberg an den Pfingsttagen des Jahres 1929 bekundete feste Absicht, Rauscher im Zuge eines bevorstehenden großen Revirements im Auswärtigen Amt zu seinem Staatssekretär zu machen. Hier zeigte sich nicht nur, wie hoch der deutsche Außenminister die Persönlichkeit und das überlegene politische Geschick dieses Mitarbeiters schätzte, es konnte auch bedeuten, daß nach der Rheinlandräumung und der Billigung des Young-Planes die Ostpolitik künftig einen gewissen Vorrang genießen sollte⁷⁾. Der Tod Streseemanns vereitelte diesen Plan. Und als Rauscher ein Jahr später, am 18. Dezember 1930, sechsundvierzigjährig an Kehlkopftuberkulose starb - ganz gewiß "ohne die volle Entfaltung seiner Möglichkeiten erlebt zu haben" - ging gleichzeitig damit eine Ära deutsch-polnischer Beziehungen zu Ende, die er in stärkstem Maße mitgeprägt hatte. Einige ihrer wichtigsten Probleme sollen auf den folgenden Seiten beleuchtet werden.

6) Briefe Streseemanns an Meissner und Pünder vom 15. Febr. 1928. AA Nachlaß, 64.

7) Brief Rauschers an Streseemann vom 30. Mai 1929. AA Nachlaß, 80. Notiz Breitscheids vom 25. März 1930. SPD, Nachlaß Hermann Müller. Eschenburg, S. 221.

I. Die Liquidation deutschen Eigentums in Polen

Vor dem Hintergrund des Grenzproblems, dessen Einfluß in allen Bereichen der deutsch-polnischen Beziehungen stets spürbar bleibt, heben sich zwei Fragen ab, die in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre die Hauptgegenstände direkter Verhandlungen zwischen Berlin und Warschau bildeten und die in der allgemeinen, durch den Grenzstreit geschaffenen Atmosphäre von Mißtrauen und Unsicherheit eine neue Kette von Verwicklungen, Interessengegensätzen und Schwierigkeiten heraufbeschworen. Die erste davon betrifft das Polen im Friedensvertrag gesicherte Recht, alle in den ehemals preußischen Gebieten gelegenen Güter, Rechte und Interessen deutscher Reichsangehöriger "zurückzubehalten und zu liquidieren". Dies bedeutete für Polen eine unanfechtbare und willkommene Möglichkeit, den unerwünschten deutschen Einfluß in den westlichen Landesteilen zu vermindern: da es sich in vielen Fällen um sehr große Grundbesitze handelte, verschwanden mit einem Teil der in der Landwirtschaft beschäftigten Deutschen auch Handwerker, Kaufleute, oft sogar die deutsche Schule und andere kulturelle Einrichtungen. Gerade hieraus erklärt sich aber auch das Interesse des Reiches am Liquidationsproblem und das beständige Bemühen, Polen zum Verzicht auf dieses Recht zu bewegen. Ein mittelbarer Zusammenhang mit der deutschen Revisionspolitik ist unverkennbar: es ist schon einmal angedeutet worden, daß das deutsche Bestreben dahin ging, möglichst viele Deutsche in den an Polen abgetretenen Gebieten zu erhalten¹⁾, denn sonst würde mit der Abwanderung oder Verdrängung der deutschen Bevölkerung auch der Anspruch auf die alten Ostprovinzen erlöschen.

- 1) Welche Formen diese Bemühungen in Einzelfällen annehmen konnten, illustriert ein Brief Dirksens an Zechlin vom 27. Nov. 1924. Er hatte gehört, daß in der Kulmer Gegend ein besonders großes und gut bewirtschaftetes deutsches Gut an Polen verkauft werden sollte, dessen Besitzer überhaupt "nicht sehr viel für das Deutsche geleistet" hatte. Um diesem und ähnlichen Fällen vorzubeugen, stellt Dirksen folgende Maßnahmen zur Debatte: "a) Es wird durch Vertrauensleute festgestellt, ob der Verkauf wirtschaftlich begründet ist oder nicht. b) Wenn nein, wird dem Betreffenden dies mitgeteilt, und er wird gewarnt, daß eventuell folgende Maßnahmen gegen ihn ergriffen würden: c) Verweigerung der Auflassung in Deutschland; Verweigerung der Einreisegenehmigung; Veröffentlichung seines Namens in der Presse; Anzeige beim Ehrengericht seines Regiments oder Korps..." AA IV Po Pol. 4, 2.

(1) Das polnische Liquidationsrecht

Im Artikel 297 b des Friedensvertrages hatten sich die alliierten und assoziierten Mächte das Recht vorbehalten, "alle den deutschen Reichsangehörigen ... gehörenden Güter, Rechte und Interessen innerhalb ihrer Gebiete, ... einschließlich der Gebiete, die ihnen durch den gegenwärtigen Vertrag abgetreten werden, zurückzubehalten und zu liquidieren". Das deutsche Privateigentum im Ausland sollte für die Wiedergutmachungsansprüche der ehemaligen Kriegsgegner haften.

Der Liquidationserlös wurde Deutschland gutgeschrieben und auf die Wiedergutmachungsschuld angerechnet; es blieb dabei dem Reich überlassen, seine Staatsangehörigen für die erlittenen Verluste zu entschädigen. Ohne Zweifel handelte es sich hier um eine ausgesprochene Pfandhaftliquidation. Da Polen derartige aus dem Kriege herrührende Ansprüche gegenüber Deutschland nicht machen konnte, wurde im Artikel 92 Abs.4 des Versailler Vertrages zwar auch ein Liquidationsrecht für den polnischen Staat festgelegt, doch von gänzlich anderem Charakter. Diese Liquidation diente ausnahmslos politischen Zwecken und war Polen zugestanden worden, um den während der preußischen Zeit vom Staat geförderten und befestigten deutschen wirtschaftlichen Einfluß wieder zu beseitigen. In Deutschland wurde dafür der Begriff "Entdeutschungsliquidation" geprägt. Anders als die früheren Kriegsgegner Deutschlands war Polen bei der Liquidation reichsdeutschen Eigentums noch an eine Reihe von besonderen Vorschriften gebunden. Es mußte den Liquidationserlös unmittelbar an den Eigentümer auszahlen; konnte dieser nachweisen, daß die Verkaufsbedingungen oder Maßnahmen des Staates außerhalb seiner allgemeinen Gesetzgebung diesen Preis unbillig beeinträchtigt hatten, konnte er beim deutsch-polnischen Gemischten Schiedsgericht in Paris gegen den polnischen Staat auf eine Zusatzentschädigung klagen²⁾.

2) Drei Monate nach Inkrafttreten des Versailler Vertrages war nach den Bestimmungen in Teil X, Abschnitt VI, zwischen jeder alliierten und assoziierten Macht und Deutschland ein Gemischter Schiedsgerichtshof zu bilden mit je einem Beauftragten der beiden Regierungen und einem neutralen Vorsitzenden. - Zu den Einzelheiten des Verfahrens s. Thieme-Schuster, S.171 ff.

Eng verbunden mit der Liquidation ist die Frage der Staatsangehörigkeit, die noch bis zum Jahre 1930 eine nicht abreißende Reihe deutsch-polnischer Streitigkeiten hervorrief. Polen durfte nur Güter, Rechte und Interessen liquidieren, die beim Inkrafttreten des Friedensvertrages deutschen Reichsangehörigen oder von ihnen abhängigen Gesellschaften gehörten. Zu dieser Gruppe waren natürlich nicht diejenigen Deutschen zu zählen, die nach den Bestimmungen des Friedensvertrages die polnische Staatsangehörigkeit erworben hatten. Dies war möglich auf Grund des Wohnsitzes nach Artikel 91 des Versailler Vertrages und Artikel 13 des Minderheitenschutzvertrages und auf Grund der Geburt nur nach Artikel 4 des Minderheitenschutzvertrages. Danach wurden alle Deutschen polnische Staatsangehörige, die ihren Wohnsitz in den "endgültig als Bestandteil Polens anerkannten Gebieten" hatten. Eine Ausnahme galt nur für diejenigen, die erst seit dem 1. Januar 1900 auf dem jetzt polnischen Staatsgebiet wohnten. Sie konnten nur mit besonderer Genehmigung Polens polnische Bürger werden. Das Jahr 1908 war mit Rücksicht auf das damals erlassene preußische Enteignungsgesetz gewählt, dessen geringe praktische Wirksamkeit wenig bekannt war, das aber eben die Alliierten veranlaßte, Polen das Recht zuzugestehen, solchen Deutschen, die erst danach und möglicherweise auf Grund dieses Gesetzes in das polnische Gebiet gekommen waren, die Staatsangehörigkeit zu verweigern und ihren Besitz zu liquidieren. Nach Artikel 4 des Minderheitenschutzvertrages wurden auch alle Deutschen polnische Staatsbürger, die auf polnischem Gebiet "von dort wohnhaften Eltern geboren sind, selbst wenn sie bei dem Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrages dort nicht mehr ihren Wohnsitz" hatten. Bei der offenkundigen polnischen Tendenz, so viele Deutsche wie möglich zum Verlassen des Landes zu nötigen, war zu erwarten gewesen, daß Polen diese Bestimmungen über die Staatsangehörigkeit ganz eng auslegen und nur möglichst wenigen Deutschen das polnische Bürgerrecht zugestehen würde. Für den hier interessierenden Fall bedeutete das gleichzeitig, daß umso mehr deutsches Eigentum

für reichsdeutsch erklärt und liquidiert werden konnte³⁾.

Zum besseren Verständnis des späteren Ganges der deutsch-polnischen Verhandlungen soll hier zunächst noch ein kurzer Überblick über das eigentliche Liquidationsverfahren gegeben werden.

In Polen gelegene reichsdeutsche Güter, Rechte und Interessen mußten von ihren Eigentümern bei den lokalen Behörden angemeldet werden, die dann diese Unterlagen an das Hauptliquidationsamt in Warschau weiterreichten. Dieses unterrichtete seinerseits die zuständigen Ministerien, so zum Beispiel bei Land- und Waldbesitz das Ministerium für Landwirtschaft und Domänen, bei Handels- und gewerblichen Unternehmungen das Ministerium für Industrie und Handel usw. Dem Hauptliquidationsamt unterstanden die Liquidationskomitees in Warschau und Posen mit weitreichenden Befugnissen: sie trafen die Entscheidung, ob ein Gut der Liquidation unterlag oder befreit werden konnte, setzten die Art und Weise des Verfahrens fest und führten die Liquidation auch selbst aus. Hatte das Komitee aus eigenem Ermessen oder auf Antrag eines Ministeriums

- 3) Die Differenzen in der Auslegung dieser Vertragsbestimmungen bestanden vor allem in folgenden Punkten:
- a) beim Erwerb der polnischen Staatsangehörigkeit auf Grund des Wohnsitzes in der Frage, ob der Wohnsitz vor dem 1. Jan. 1908 begründet und ununterbrochen bis zum 10. Jan. 1920 dort bestanden haben mußte oder ob es genügte, wenn er vor 1908 begründet war und 1920 auf polnischem Gebiet bestand;
 - b) ob die Nachkommen der Deutschen, die vor dem 1. Jan. 1908 ihren Wohnsitz auf polnischem Gebiet hatten, die polnische Staatsangehörigkeit auch dann erwerben, wenn sie selbst ihren Wohnsitz erst nach dem 1. Jan. 1908 dort begründet und beim Inkrafttreten des Versailler Vertrages noch hatten;
 - c) einen dritten Streitpunkt bildete der Wohnsitzbegriff selbst, d.h. ob z.B. ein doppelter Wohnsitz den Erwerb der polnischen Staatsangehörigkeit ermöglichte;
 - d) beim Erwerb dieser Staatsangehörigkeit auf Grund der Geburt bestanden die Meinungsverschiedenheiten darin, ob die Eltern nur zur Zeit der Geburt des Kindes ihren Wohnsitz in polnischen Gebieten haben mußten oder auch noch am 10. Jan. 1920.
- Dem deutschen Interesse entsprach in allen Fällen die weitere, dem polnischen die restriktive Auslegung der Bestimmungen. Nach langjährigen Bemühungen des Völkerbundes, einer Entscheidung des Haager Gerichtshofes und schließlich direkten Verhandlungen zwischen Polen und Deutschland unter dem Vorsitz Kaeckenbecks, des Präsidenten des oberschlesischen Schiedsgerichts, kam es am 30. Aug. 1924 zur Unterzeichnung der Wiener Konvention, die diese Fragen regelte. Der deutsche Standpunkt hatte sich nur in den Punkten c) und d) durchsetzen können.

Vgl. dazu Thieme-Schuster, S. 37 ff.; Krasuski, Bd. I, S. 238 ff.

ein Gut für liquidierbar erklärt und die Art der Liquidation festgelegt, wurde dieser Beschluß im Monitor Polski veröffentlicht und erlangte drei Tage später Rechtskraft. Gleichzeitig wurde im Grundbuch eingetragen, daß die Liquidation eingeleitet sei. Widerspruch, der sich in den allermeisten Fällen gegen die Heranziehung des Gutes zur Liquidation überhaupt richtete, weil der Eigentümer die polnische Staatsangehörigkeit beanspruchte, konnte nur bei demselben Komitee erhoben werden, das den Liquidationsbeschluß gefaßt hatte, und hier wurde auch darüber entschieden. Eine aufschiebende Wirkung hatte der Widerspruch nicht.

Für die Liquidation waren drei verschiedene Verfahrensarten vorgesehen: der freiwillige Verkauf durch den Eigentümer, die Einbehaltung des Gutes zugunsten des Staates und der Zwangsverkauf, der allerdings in der Praxis kaum vorkam. Im ersten Falle setzte das Liquidationskomitee dem Eigentümer eine Frist zum Verkauf, nicht kürzer als ein, nicht länger als sechs Monate. Der Erwerber durfte natürlich kein deutscher Staatsbürger sein, dem polnischen Staate nicht feindlich gesinnt sein und das Gut nicht zu Spekulationszwecken kaufen; bei Landgütern wurde außerdem ein Landwirt verlangt. Der Kaufvertrag mußte dem Liquidationskomitee zur Genehmigung vorgelegt werden, den Kaufpreis bekam nicht direkt der Eigentümer, sondern er wurde hinterlegt, das Komitee zog die Kosten des Verfahrens ein, die stets dem Betroffenen zur Last gelegt wurden, und zahlte dann den Rest an den Verkäufer aus. Daß bei einem solchen Vorgehen der Liquidationserlös im Gegensatz zu den Vorschriften des Friedensvertrages erheblich beeinträchtigt werden konnte, ist ohne weiteres klar: die oft knapp bemessene Frist und der eingeschränkte Käuferkreis nötigten den Eigentümer in vielen Fällen, das Gut weit unter seinem Wert zu verkaufen.

Tat er das dagegen nicht, wurde es nach einem zweiten Beschluß des Liquidationskomitees zum Schätzungspreis und wieder unter Abzug der Verfahrenskosten vom Staat übernommen, der es dann zum Verkauf anbieten konnte. Die Sachverständigen für die Schätzung des Gutes bestimmte allein das Komitee, ohne daß der Eigentümer überhaupt gehört zu werden brauchte - auf diese Weise konnte der Schätzungspreis leicht hinter dem Wert des Grundstücks zurück-

bleiben. Es folgte wieder die Veröffentlichung im Monitor Polski und die Umtragung im Grundbuch. Widerspruch gegen die Beschlüsse des Komitees war mit der einen schon genannten Ausnahme nicht möglich. Wurde das Objekt dem Staat nicht nur zu Eigentum, sondern auch zum Besitz übertragen und verweigerte der bisherige Eigentümer die Herausgabe oder die Räumung des Gutes, konnte er dazu gezwungen werden.

Eine ganz besondere Form stellte die sogenannte "verschleierte Liquidation" dar: hier ließ der Präsident des Hauptliquidationsamtes Güter in Zwangsverwaltung nehmen, ohne ein ordentliches Verfahren einzuleiten. Der Verdacht, daß es sich hier um den Versuch handelte, sich ohne Beachtung der vorgeschriebenen Form in den Besitz von deutschen Unternehmungen zu setzen, wurde dadurch bekräftigt, daß der Verwalter in den meisten Fällen sich weigerte, dem Eigentümer Abrechnungen vorzulegen oder die Erträge des Gutes abzuliefern.

2) Das polnische Annullationsgesetz

Im Zusammenhang mit der Liquidation und besonders mit den späteren deutsch-polnischen Verhandlungen auf diesem Gebiet steht noch eine Reihe anderer Vorschriften des Versailler Vertrages über deutschen Besitz auf polnischem Staatsgebiet. Nach den Bestimmungen im Artikel 256, Abs.1, übernahmen die Mächte, denen deutsches Gebiet zugesprochen worden war, auch gleichzeitig das dort gelegene Eigentum des Reiches und der deutschen Staaten. Dazu gehörte auch alles Eigentum der Krone des Reiches und der Bundesstaaten und das Privateigentum des Kaisers und der anderen königlichen Personen. Zur Ausführung dieser Bestimmungen erließ die polnische Regierung am 14. Juli 1920 ein Gesetz, dessen wichtigste Artikel den folgenden Inhalt hatten:

- a) In allen Grundbüchern des früheren preußischen Teilgebiets tragen die Gerichte überall dort, wo das Reich oder die Krone als "Eigentümer oder Inhaber von dinglichen Rechten" genannt waren, an ihrer Stelle den polnischen Staatsschatz ein.
- b) Wenn die oben erwähnten Eigentümer nach dem 11. November 1918 Liegenschaften veräußert oder belastet hatten oder ein ding-

liches Recht abgetreten oder sonst verändert war, stellen die Gerichte in den Grundbüchern den ursprünglichen Zustand wieder her.

- c) Der polnische Staatsschatz als neuer Eigentümer einer Liegenschaft kann die Entfernung solcher Personen von dem Grundstück verlangen, die sich auf Grund eines Vertrages mit einem der genannten früheren Eigentümer dort aufhalten.

Die Folgen dieses Gesetzes bekamen in erster Linie über zweihundert deutsche Domänenpächter und etwa 4.000 deutsche Ansiedler zu spüren, die die Auflassung ihrer Rentengüter von der preußischen Ansiedlungskommission entweder noch gar nicht oder erst nach dem 11. November 1918 bekommen hatten. Polen betrachtete die Güter infolgedessen noch als Staatseigentum, und die Ansiedler und Pächter wurden ohne jede Entschädigung von ihrem Besitz vertrieben; es blieb ihnen nur der Weg einer Klage gegen den polnischen Staat vor dem Gemischten Schiedsgericht in Paris.

Auf deutscher Seite waren vor allem zwei Einwände gegen die polnischen Auffassungen geltend gemacht worden: daß beim Übergang der in Artikel 256 erwähnten Güter auf den polnischen Staat selbstverständlich nicht nur die damit verbundenen Rechte, sondern auch alle Verpflichtungen ihre Geltung behielten, und weiterhin, daß Polen aus dem Datum des Waffenstillstandes überhaupt keine Befugnis herleiten konnte. Polen hatte sich niemals im Kriege mit Deutschland befunden und war folglich am Waffenstillstand in keiner Weise beteiligt. Erst mit dem Inkrafttreten des Friedensvertrages und damit dem Übergang der Staatshoheit durfte Polen seine Ansprüche geltend machen. Bis dahin konnte das Deutsche Reich über sein Eigentum frei verfügen, und die polnische Behauptung, alle nach dem 11. November 1918 und damit angeblich im Widerspruch zum Waffenstillstandsabkommen erfolgten Abtretungen von Rechten durch Deutschland oder Preußen nicht anerkennen zu können, entbehrte jeder Grundlage.

Da sich unter den vertriebenen deutschen Ansiedlern auch solche befanden, die durch den Friedensvertrag ohne jeden Zweifel polnische Staatsbürger geworden waren, bot sich für den "Deutschtumsbund" eine Möglichkeit, auf Grund des Artikels 12 des Minder-

heitenschutzvertrages von 1919 den Schutz des Völkerbundes anzurufen⁴⁾. Dieser sah sich nach längeren Verhandlungen genötigt, die Haager Cour um ein abschließendes Rechtsgutachten zu bitten, das am 10. September 1923 gegeben wurde und den deutschen Standpunkt in den wichtigsten Punkten anerkannte. Das Datum des Waffenstillstandes hatte danach für Polen keine Gültigkeit, sondern Deutschland oder Preußen waren berechtigt, bis zum 10. Januar 1920 "alle Handlungen...im Rahmen einer normalen Verwaltung" vorzunehmen. Der Gerichtshof wies außerdem die polnische Auffassung zurück, daß Polen das deutsche Staatseigentum frei von allen Lasten erworben hatte; vielmehr trete der polnische Fiskus in die vom preußischen Staat geschlossenen und beim Inkrafttreten des Friedensvertrages bestehenden Verträge ein und habe die entsprechenden Pflichten zu erfüllen. Nach diesen und weiteren speziellen Ausführungen des Haager Gerichtshofes über die einzelnen Ansiedlergruppen war die Annulation dieser Ansiedlungsverträge ohne Zweifel zu Unrecht erfolgt.

Im Zusammenhang mit dem polnischen Gesetz vom 14. Juli 1920 und den deutsch-polnischen Liquidationsverhandlungen ist weiterhin der Streit um das Stickstoffwerk Chorzów in Oberschlesien zu nennen. Am 24. Dezember 1919 hatte das Reich seine Rechte an diesem Werk an die Oberschlesische Stickstoffwerke AG verkauft, die zu den Bayrischen Stickstoffwerken gehörte. Polen erkannte dies nicht an, da der Verkauf nach dem Waffenstillstand stattgefunden hatte, und betrachtete das Werk weiter als Eigentum des Reiches. Es ließ daher im Grundbuch von Königshütte den polnischen Staat als Eigentümer eintragen. Dagegen erhob Deutschland am 15. Mai 1925 eine Klage beim Haager Gerichtshof, der in seinem Urteil vom 25. Mai 1926 den polnischen Standpunkt als falsch zurückweis. Wie schon bei Ansiedlern und Domänenpächtern machte er geltend, daß es dem Reich freigestanden habe, seine Anteile an dem Werk zu verkaufen und daß die Wegnahme weder mit dem Versailler Vertrag noch mit der Oberschlesien-Konvention vereinbar sei. Deutschland verlangte daraufhin natürlich die Herausgabe der Fabrik und eine Entschädigung für die Jahre seit 1922. Die Herausgabe lehnte Polen immer wieder ab, und auch bei den im November 1926 begonnenen Verhand-

4) Klage vom 12. Nov. 1921. Vgl. Krasuski, Bd. I, S. 268 ff.

lungen über einen Schadensersatz waren deutsche Forderung und polnisches Angebot so weit voneinander entfernt, daß keine Einigung zustande kam. Deutschland hatte sich inzwischen damit einverstanden erklärt, auf die Rückgabe des Werkes zu verzichten, weil es 1927 mit dem 1922 enteigneten natürlich nicht mehr identisch war, und weil außerdem deutsche Unternehmen in Polen so viele Schwierigkeiten hatten, daß der Neubeginn wenig verlockend erschien⁵⁾. Trotzdem sah sich Deutschland am 8. Februar 1927 zu einer neuen Klage bei der Haager Cour in der Entschädigungsfrage genötigt. Bevor jedoch eine vom Gerichtshof eingesetzte Experten-Kommission ihre Untersuchungen beendet hatte, kam es am 12. November 1928 zu einer Einigung zwischen der polnischen Regierung und dem Vertreter der beiden Gesellschaften (Bayrische Stickstoffwerke und Oberschlesische Stickstoffwerke AG), Professor Nikodem Caro, über die Höhe des Schadensersatzes mit der für Polen günstigen Bestimmung, daß es diese Schuld mit seinen sonstigen finanziellen Forderungen an das Deutsche Reich verrechnen konnte⁶⁾. Die Regierung in Berlin stimmte der Übereinkunft zu, vor allem auch, um mit Rücksicht auf die allgemeinen deutsch-polnischen Beziehungen diesen Streit endlich aus der Welt zu schaffen.

3) Das Wiederkaufsrecht

Schließlich bedarf noch eines der umstrittensten Probleme aus dem Gebiet des Übergangs der Staatshoheit der Erwähnung, das sogenannte Wiederkaufsrecht bei Rentengütern.

Die preußische Ansiedlungskommission für Westpreußen und Posen hatte seit 1886 ungefähr 26.000 Rentengüter an deutsche Ansiedler im preußischen Teilgebiet Polens vergeben. Bei diesen Rentengütern war statt des vollen Kaufpreises eine Anzahlung und eine dauernd (halbjährlich) zu zahlende Rente vereinbart worden. Um den Übergang solcher Rentenstellen in polnische Hand in jedem Falle verhindern zu können, hatte sich der preußische Staat in den Verträgen außerdem das Recht zum Wiederkauf vorbehalten, wenn

5) Aufzeichnungen vom 27. Nov. 1926 und 25. Febr. 1927. AA St. S.

Bpol 3/4 app. 1. - Vgl. auch Krasuski, Bd. II, S. 151 ff.

6) Vgl. dazu unten S. 199 ff.

der Ansiedler das Grundstück verkaufen wollte oder auch im Falle seines Todes, ebenso bei "schlechter Wirtschaft". Als nach Kriegsende klar wurde, daß Preußen im Osten erhebliche Teile seines Gebietes würde abtreten müssen, suchte die Regierung die Übernahme dieses Wiederkaufsrechts durch den polnischen Staat dadurch zu verhindern, daß sie ihre Rechte an dem gesamten Ansiedlungsunternehmen im Juli und August 1919 an die Deutsche Bauernbank in Danzig verkaufte, ebenso ihre Anteile an dieser Bank. Polen dagegen hat wiederum auf Grund seines Annullationsgesetzes von 1920 diese Verträge nicht anerkannt, weil sie nach dem Waffenstillstand abgeschlossen waren, und nahm das Wiederkaufsrecht für sich in Anspruch. Es erblickte darin ein willkommenes Mittel, diejenigen deutschen Rentengüter, die es wegen der polnischen Staatsangehörigkeit ihrer Eigentümer nicht liquidieren konnte, auf diesem Wege in die Hand zu bekommen und wieder einen erheblichen Teil der deutschen Bevölkerung zum Verlassen des Landes zu zwingen. In der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre befanden sich noch ungefähr 2.000 Rentengüter in deutscher Hand; das bedeutete einen Grundbesitz von etwa 250.000 ha, dessen Wert auf 250 Millionen Mark geschätzt wurde. Diese Ansiedlerfamilien stellten fast ein Drittel der noch in Polen ansässigen deutschen Bevölkerung dar. Da das Wiederkaufsrecht aber vor allem auch beim Tode des Ansiedlers wirksam wurde⁷⁾, war abzusehen, daß dieser deutsche Grundbesitz schon in der nächsten Generation verloren gehen konnte: ein Drittel der Ansiedler war über 60 Jahre alt, ein Drittel zwischen 50 und 60 und ebenfalls nur ein Drittel unter 50. Aus diesen Umständen erklärt sich ohne weiteres das starke Interesse, das in Berlin gerade dem Wiederkaufsrecht geschenkt wurde, und die Bereitschaft, auch größere finanzielle Opfer zu bringen, wenn Polen darauf verzichten würde. Offiziell wurde selbstverständlich von deutscher Seite Polen überhaupt das Wiederkaufsrecht bestritten. Man stützte sich dabei einerseits auf das erwähnte Gutachten der Haager Cour vom 10. September 1923 und auf das Chorzów-Urteil desselben Gerichts vom 25. Mai 1926, aus denen eindeutig

7) Polen hatte in 450 Fällen davon Gebrauch gemacht, allerdings bis 1929 nur zwölfmal die Erben auch tatsächlich vom Grundstück vertrieben. Bemerkungen zu dem deutsch-polnischen Abkommen vom 31. Okt. 1929 vom 14. Nov. 1929. (AA RM 10, 10). Denkschrift vom 7. Dez. 1929. AA HA Ritter, 11.

hervorging, daß das Reich und Preußen bis zum Inkrafttreten des Friedensvertrages am 10. Januar 1920 uneingeschränkt über ihr Eigentum verfügen konnten. Daraus schien ohne weiteres zu folgen, daß auch die Verträge zwischen dem preußischen Staat und der Danziger Bauernbank vom Sommer 1919 zu Recht bestanden und von Polen anerkannt werden mußten. Zusätzlich wurde in Deutschland gegen den polnischen Anspruch auf das Wiederkaufsrecht geltend gemacht, daß dieses Recht nach Sinn und Inhalt so an die Eigenart des "cedierenden Staates" gebunden war, daß es bei einer Staatensuccession nicht auf den "Erwerberstaat" übergehen konnte⁸⁾.

Inoffiziell bestand in Berlin aber doch keine genügende Sicherheit, ob die Verträge des preußischen Staates mit der Danziger Bauernbank, deren Zweck allzu durchsichtig war, vor einem internationalen Gericht als "im ordnungsmäßigen Geschäftsverkehr" abgeschlossen anerkannt werden würden⁹⁾. Ehe man daher vor der Haager Cour einen Prozeß mit ungewissem Ausgang anstrebte, zog man auf deutscher Seite den Versuch vor, Polen in direkten Verhandlungen zum Verzicht auf das Wiederkaufsrecht gegen eine angemessene Kompensation zu bestimmen. Da das stets in unmittelbarem Zusammenhang mit den Liquidationsverhandlungen geschah, werden diese deutschen Bemühungen an der entsprechenden Stelle noch erwähnt werden.

4) Der Beginn der Liquidationsverhandlungen

Die Fragen, die sich aus den Artikeln 256 und 297 des Friedensvertrages ergaben, standen schon im Jahre 1922 auf einem in Warschau vereinbarten deutsch-polnischen Verhandlungsprogramm¹⁰⁾, ernsthaft ist indessen in den folgenden drei Jahren nicht darüber gesprochen worden. Inzwischen hatte Polen die Liquidation deutschen Eigentums in ziemlich großem Umfange begonnen, was im we-

8) Aufzeichnung Zechlins vom 24. Nov. 1927. AA St.S. Bpol 3/4. Juristische Einzelheiten s. Thieme-Schuster, S. 149-150.

9) Erläuterungen zu den deutsch-polnischen Abmachungen vom 31. Okt. 1929. AA RM 10, 10. Vgl. S. 189, Anm. 7.

10) Siehe S. 29.

essentlichen das Verdienst des Präsidenten des Posener Liquidationskomitees, Professor Winiarski's war. Da die Liquidation eine rein politische Maßnahme mit dem ausgesprochenen Ziel der "Entdeutschung" Posens und Pommerellens darstellte, fand sie die stärkste Unterstützung und immer erneuerte Forderungen nach radikaler Durchführung bei der Nationaldemokratie, die ja grundsätzlich eine antideutsche Linie verfolgte und gerade in den betroffenen westlichen Wojewodschaften einen überragenden Einfluß ausübte. Er war also stark, daß sich die Regierung in Warschau in vielen Fällen nicht dagegen durchsetzen konnte, auch wenn der Premierminister Grabski 1924 - vermutlich mit Rücksicht auf seine Budget- und Währungsschwierigkeiten - erklärte, für die Liquidation gäbe er keinen Groschen¹¹⁾, oder wenn Außenminister Graf Skrzyński eine solche aus der Kriegsstimmung herrührende Maßnahme aus allgemeinen außenpolitischen Rücksichten nicht gern sah. Das Posener Liquidationskomitee setzte seine Tätigkeit dennoch unbehindert fort und hatte bis zum Ende des Jahres 1926 ungefähr 100.000 ha ländlichen Grundbesitz enteignet und über etwa 95.000 ha das Liquidationsverfahren eingeleitet¹²⁾. Da Polen bei seinen nicht aufgehören-

11) Zitat bei Krasuski, Bd.II, S.166.

12) Diese Zahlen sind einer Aufzeichnung des AA (IV Pol1990/26) vom 26.Nov.1926 entnommen.(AA St.S. Bpol,1). Ob sie annähernd richtig sind, ist nicht mehr zu ermitteln. Wie neuerdings auch von polnischer Seite (Krasuski, Bd.II, S.167-168) festgestellt wurde, existieren amtliche und verlässliche Angaben auch in Polen nicht. Immerhin kommen die Zahlen, die der langjährige Präsident des Posener Liquidationskomitees, Winiarski, am 13.Jan. 1931 im Sejm nannte, den deutschen Angaben nahe: danach waren insgesamt etwa 170.000 ha deutschen Grundbesitzes wirklich liquidiert worden bis zum Abschluß des Abkommens von 1929. Dem stehen allerdings auf der anderen Seite Zahlen gegenüber, die sich mit den eben angeführten schlecht vereinbaren lassen. Krasuski (Bd.II,S.168) hat offenbar im Zentralarchiv Potsdam gefunden, daß nach deutschen Berechnungen 54.500 ha wirklich liquidiert worden waren, während 55.000 ha durch das Abkommen von 1929 von der Liquidation befreit wurden. Dazu paßt sowohl eine Notiz des AA vom Februar 1929 (AA HA.Ritter,9) über 54.500 ha liquidierten Grundbesitz als auch ein Brief Rauschers vom 17.Nov.1929 (SPD, Nachlaß Hermann Müller), in dem es heißt: "Wir haben die Hälfte des der Liquidation unterworfenen deutschen Besitzes in letzter Minute gerettet..." Da dieser gerettete Besitz im AA übereinstimmend und deshalb vermutlich zutreffend mit 55.000 ha angegeben wird, dürfte dann auch die andere Hälfte, das wirklich liquidierte deutsche Eigentum, mit 54.500 ha richtiger angegeben sein als mit den oben zuerst ge-

den finanziellen Schwierigkeiten gerade in den Jahren 1924 bis 1926 weder in der Lage noch überhaupt gewillt war, für die liquidierten Güter eine dem wirklichen Wert angemessene Entschädigung zu zahlen (sie betrug oft nur 10 bis 15 % davon), hatten fast alle Betroffenen beim deutsch-polnischen Gemischten Schiedsgericht in Paris auf eine Zusatzentschädigung geklagt, was schließlich eine Summe von 140 Millionen Mark ausmachte.

Im Hinblick auf deutsche-polnische Verhandlungen wurde das Liquidationsproblem in Berlin erst im Frühjahr und Sommer 1925 wieder aufgegriffen, und zwar im Zusammenhang mit reinen Wirtschaftsfragen während der Handelsvertragsverhandlungen. Die Ansicht, daß eine solche Verbindung unter Umständen erfolgversprechend sein konnte, wurde nicht nur in Kreisen der deutschen Minderheit in Polen sondern auch in der Ostabteilung des Auswärtigen Amtes vertreten, selbst Rauscher teilte sie in gewissem Maße. Hierbei wurde angenommen, daß Polen an einem Handelsvertrag mit Deutschland ein viel größeres Interesse haben müßte als das Reich, weil der überwiegende Teil seines Außenhandels in das westliche Nachbarland ging. Nach dem Ausbruch des Zollkrieges überwog in Berlin erst recht die Meinung, daß Deutschland zum damaligen Zeitpunkt wirtschaftlich durch den Handelsvertrag nichts zu gewinnen habe, da Polen zur Stützung seiner schwankenden Währung die Einfuhren gesperrt hatte; darüberhinaus hatte man etwas übertriebene Vorstellungen davon, daß ein deutsch-polnischer Handelsvertrag den "internationalen Kredit" Polens bedeutend heben und seine Chancen für eine Auslandsanleihe verbessern würde. Daraus wurde der Schluß gezogen, daß der Handelsvertrag ein ausgesprochenes Geschenk Deutschlands an Polen darstelle, wozu die allgemeinen deutsch-polnischen Beziehungen gar keinen Anlaß böten. Umso näher mußte der Gedanke liegen, Polen, das zu wirtschaftlichen Konzessionen damals

nannten Zahlen. Eine eindeutige Erklärung dieser Differenzen wird sich schwerlich mehr finden lassen. Vielleicht kommen sie zum Teil daher, daß Polen zunächst eine große Zahl solcher Güter für reichsdeutsch und damit für liquidierbar erklärt hatte deren Eigentümer in Wirklichkeit die polnische Staatsangehörigkeit beanspruchen konnten; nach polnischen Angaben (Krauski, Bd. II, S. 169) soll es sich dabei um etwa 90.000 ha gehandelt haben, die so von der Liquidation entgegen den ursprünglichen Absichten ausgenommen werden mußten.

nicht in der Lage war, solche in politischen Fragen abzunötigen. Hier boten sich in erster Linie Wiederkaufsrecht und Liquidationen an, auf die Polen verzichten müsse - nach der Empfehlung der Minderheit v o r jedem deutschen Zugeständnis wirtschaftlicher Art, nach der Auffassung der Ostabteilung wenigstens im Zuge der Handelsvertragsverhandlungen, denn wesentliche polnische Konzessionen auf diesen Gebieten würden selbst einen für Deutschland wirtschaftlich wertlosen Handelsvertrag rechtfertigen¹³⁾. Was die Liquidation anlangte, so dachte Rauscher allerdings sehr skeptisch über einen Erfolg der Verbindung mit den Wirtschaftsfragen:

"Man muß wissen, wie fanatisch die Polen am Versailler Traktat als der einzigen Grundlage ihrer staatlichen Existenz festhalten, um zu verstehen, daß sie sich durch nichts bewegen lassen, auf Rechte aus diesem Vertrag zu verzichten und ihn dadurch zu durchlöchern" 14).

Beim Wiederkaufsrecht dagegen schien auch Rauscher einige Hoffnungen zu haben, da die Polen hier selbst doch nicht ganz sicher seien, ob es ihnen wirklich zustehe.

Der Augenblick, der Herbst 1925, schien für solche Forderungen günstig, solange es keine wirtschaftliche Grundlage für einen Handelsvertrag gab; war sie einmal da, würde es kaum mehr möglich sein, ihn mit politischen Fragen zu belasten. Trotzdem bestand natürlich bei einem ausgesprochenen "Junctim" der politischen und wirtschaftlichen Probleme in den Verhandlungen die Gefahr eines raschen Abbruchs, den Polen dann Deutschland zur Last legen konnte. Das Auswärtige Amt wählte einen Ausweg, der formell nicht so anfechtbar war: nach dem erwähnten Warschauer Programm von 1922 konnten jederzeit die dort festgelegten Themen in der Kommission zur Sprache gebracht werden, die parallel zu den Wirtschaftsverhandlungen über Probleme beriet, die sich aus dem Übergang der Staatshoheit in Posen, Schlesien und dem Korridor in großer Zahl ergeben hatten. Selbstverständlich war es dann möglich, gegenüber den polnischen Delegierten gelegentlich durchblicken zu lassen, daß die Behandlung der einen Frage nicht ganz ohne Rückwirkungen auf die andere bleiben könne.

13) Brief Graebes an Stresemann vom 16. März 1925. AA Nachlaß, 22. Aufzeichnung der Ostabteilung vom 15. Sept. 1925. AA St. S. 0,5.

14) Aufzeichnung Rauschers vom 23. Juni 1925. AA Nachlaß, Politische Schriftstücke, 6.

Die von deutscher Seite im September 1925 angeregten Gespräche über die Anwendung des Artikels 297 des Friedensvertrages begannen Ende November in Warschau; der Chef der polnischen Delegation war Professor Winiarski, der Präsident des Posener Liquidationskomitees, für Deutschland führte der Gesandte Goeppert die Verhandlungen. Sie gerieten sehr bald schon ins Stocken, als die deutschen Forderungen genannt wurden: vollständiger Verzicht Polens auf sein Liquidationsrecht, was nach deutschem Wunsch bedeutete, daß keine neuen Liquidationen mehr begonnen und schon eingeleitete aufgehoben werden sollten. Als Vorbedingung sei dazu die sofortige Einstellung sämtlicher Verfahren für längere Zeit notwendig, um das Verhandlungsobjekt in vollem Umfange zu erhalten. Die polnische Delegation hatte zunächst jede Verhandlung hierüber für unmöglich erklärt, und wie später noch oft in solchen Fällen, mußte Rauscher in direkten Gesprächen mit der polnischen Regierung nach einem Ausweg suchen. Zu seiner Unterstützung sprach Staatssekretär von Schubert in den ersten Dezembertagen auf der Rückfahrt von der Unterzeichnung der Locarno-Verträge in London den Grafen Skrzyński auf die Liquidationsverhandlungen an. Der polnische Premier und Außenminister zeigte sich zwar über die Einzelheiten nicht informiert, doch Schubert hatte den Eindruck, er sei wohl geneigt, sich in Warschau der Sache anzunehmen¹⁵⁾. Der Erfolg dieser Bemühungen war dann schließlich eine gewisse polnische Bereitwilligkeit, über den Liquidationsverzicht gegen eine entsprechende Kompensation zu verhandeln. Nur einen sogenannten "Sursis", den Aufschub aller Verfahren für längere Zeit, glaubte die polnische Regierung nicht zugestehen zu können, die Widerstände im Hauptliquidationsamt und in der öffentlichen Meinung waren zu stark. Doch bekam Rauscher im Außenministerium immerhin die Zusicherung, man werde sich bemühen, daß möglichst in keinem Falle ein "fait accompli" geschaffen werde. Über die Art und die Höhe der erwarteten Gegenleistung wollte die polnische Regierung sich dagegen nicht äußern, sondern wünschte verständlicherweise ein deutsches Angebot zu hören. Zu Beratungen darüber reiste die deutsche Delegation Anfang Dezember nach Berlin zurück. Hier wurde zunächst an dem ursprünglichen Plan festgehalten, wirtschaftliche Konzessionen anzubieten.

15) Aufzeichnung Schuberts vom 4. Dez. 1925. AA St.S. O,5.

schon im Oktober war nach einer solchen gesucht worden, um Polen bei den bevorstehenden Verhandlungen zunächst zum Aufschub aller Liquidationsverfahren zu bewegen. Auch jetzt ging die Kabinetts-Vorlage des Auswärtigen Amtes vom 11. Dezember 1925¹⁶⁾ dahin, daß ein Kohlenkontingent oder ein Kontingent für die Einfuhr von Schweinen und Schweinefleisch - also für zwei der wichtigsten polnischen Exportgüter - zur Debatte gestellt wurde, unter Umständen noch die Freigabe der Schnittholzeinfuhr nach Deutschland. Dabei wurde Wert darauf gelegt, daß diese deutschen Gegenleistungen sofort abzutopfen seien, wenn Polen etwa seine Verpflichtungen auf dem Liquidationsgebiet nicht erfüllen sollte. Gescheitert sind die Vorschläge offensichtlich am Einspruch des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft, der zwar gegen die Holzeinfuhr keine Bedenken hatte, Konzessionen bei Vieh und Fleisch aber unter gar keinen Umständen machen wollte, weil sie für den Handelsvertrag gebraucht würden¹⁷⁾. So blieb nichts übrig als der Versuch, ob Polen mit einer finanziellen Gegenleistung zufrieden sein würde, wofür 10-15 Millionen Mark in Aussicht genommen waren. Diese Summe sollte zunächst weder genannt noch sollte deutlich gesagt werden, daß Deutschland bis zu dieser Höhe die Abfindung derjenigen von der Liquidation betroffenen Deutschen übernehmen wolle, die in Paris auf Zusatzentschädigungen gegen den polnischen Staat geklagt hatten. Zuerst war nur die Andeutung vorgesehen, "daß sich sicher Mittel und Wege finden würden, der zuständigen polnischen Stelle solche Verhandlungen zu erleichtern".

Die Aussichten verschlechterten sich aber sogleich zu Beginn des Jahres 1926, als der polnische Ministerrat beschloß, zwar über den gestillten Verzicht auf die Liquidation zu sprechen, doch nur bei solchen Gütern, wo sie noch nicht begonnen war. Wie eine auf wiederholtes Drängen der deutschen Delegation endlich überreichte Liste ergab, stellte dieser von der Liquidation noch nicht erfaßte Reichsdeutsche Besitz kein lohnendes Verhandlungsobjekt mehr dar. Es wurde in Berlin weiterhin darauf bestanden, daß auch die zwar begonnenen, aber noch nicht zu Ende geführten Liquidationen einbe-

16) AA RM 10,4.

17) Mitteilung des Grafen Kanitz vom 17. Dez. 1925. AA RM 10,4.

zogen würden. Winiarski lehnte nicht nur das ab, sondern kündigte im Gegenteil an, daß auch der Besitz der sogenannten "Geburtspolen" liquidiert werden sollte, was man in Deutschland einen glatten Bruch der Wiener Konvention von 1924 ansah¹⁸⁾. Daraufhin war die deutsche Delegation schon zum Abbruch der Verhandlungen entschlossen, doch machte Rauscher noch einen letzten Versuch beim Ministerpräsidenten, um bei ihm die Einbeziehung der schwebenden Liquidationen und eine Schlichtungskommission für die Staatsangehörigkeitsfragen nach der Wiener Konvention zu erlangen¹⁹⁾. Während es zunächst so aussah, als ob über diese deutsch-polnische Kommission und über die "Geburtspolen" eine Einigung möglich sei, erwiesen sich die im Gange befindlichen Liquidationsverfahren als ein unüberwindliches Hindernis, an dem Anfang März 1926 die Verhandlungen scheiterten. Es darf dabei nicht vergessen werden, daß die Atmosphäre für solche Gespräche damals wenig günstig war, sowohl in Polen selbst als auch in den deutsch-polnischen Beziehungen. Die polnische Regierung hatte mit so großen innerpolitischen Schwierigkeiten zu kämpfen, daß ihr die Liquidationsfrage kaum wichtig genug erscheinen konnte, um hier mit Nachgiebigkeit gegenüber Deutschland einen großen Teil der öffentlichen Meinung gegen sich aufzubringen. Außerdem war die Niederlage von Locarno noch nicht verwunden, die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen gingen nur schleppend, und das Frühjahr 1926 sah schließlich die intensivste deutsche Propaganda gegen die polnischen Anleihewünsche und den Ratssitz im Völkerbund.

5) Die Liquidationsfrage im Jahre 1926

Über die Auswirkungen der Rückkehr Piłsudskis an die Macht durch den Staatsstreich vom Mai 1926 auf die deutsch-polnischen Beziehungen und vor allem so spezielle Fragen wie Liquidationen und Minderheitenpolitik machte man sich in Berlin durchaus keine großen Illusionen. Es konnte nicht verborgen bleiben, wie gering die Autorität auch der neuen Regierung in den westlichen Provinzen Polens war - die Opposition der Nationaldemokratie gegen den Aus-

18) Es handelte sich um diejenigen Deutschen, die auf Grund der Geburt die polnische Staatsangehörigkeit erworben hatten.
Vgl. S. 182, bes. Anm. 3.

19) Tel. 26 Warschau vom 5. Febr. 1926. AA RM 10,4.

gleich mit Deutschland dauerte in unverminderter Schärfe fort. Dennoch unternahm Rauscher schon am 17. Juli einen Versuch, mit dem polnischen Ministerpräsidenten Bartel über die Deutschland damals am meisten interessierenden politischen Fragen, insbesondere die Liquidationen, ins Gespräch zu kommen. Der Premier zeigte sich zwar "völlig unorientiert" auf diesem Gebiete, versprach aber, im Sinne der Anregungen Rauschers im polnischen Minister-rat für einen restlosen Liquidationsverzicht einzutreten²⁰⁾. Für die ebenfalls mit Bartel vereinbarten Gespräche Rauschers im polnischen Außenministerium schickte das Auswärtige Amt eine Instruktion nach Warschau, die einen ganzen Katalog deutscher Forderungen enthielt, auf deren Erfüllung man in Berlin bestehen zu müssen glaubte, um die "Herstellung freundschaftlicher Beziehungen" zu ermöglichen. An der erwähnten Verbindung des Handelsvertrages mit politischen Fragen wurde immer noch festgehalten, auch wenn man das in Warschau nicht ausdrücklich sagen konnte. Rauscher sollte infolgedessen ankündigen - wie er es selbst vorgeschlagen hatte - seine Regierung beabsichtige zwar nicht, hier ein Junktim herzustellen, zweifellos werde das aber in der öffentlichen Meinung und im Reichstag geschehen, wo es keine Mehrheit für den Handelsvertrag gäbe, wenn nicht gleichzeitig die völlig unzeitgemäße Nachkriegsmaßnahme der Liquidation wegfalle. Auf diesem Gebiet waren die deutschen Wünsche unverändert: endgültiger Verzicht auf die Einleitung neuer und Aufhebung bereits eingeleiteter Verfahren sowie die Einsetzung der erwähnten Schlichtungskommission unter einem neutralen Obmann. Weiterhin sollte Rauscher den bindenden Verzicht auf Optantenausweisungen verlangen, die ja nach Locarno nur aufgeschoben waren, und schließlich Verhandlungen über die Fragen aus Artikel 256 des Friedensvertrages, d.h. über die ohne Entschädigung vertriebenen Ansiedler und Domänenpächter und das Stickstoffwerk Chorzów. Ein etwas ungewöhnlicher Auftrag war endlich, daß Rauscher im Interesse der deutsch-polnischen Beziehungen der polnischen Regierung die Berücksichtigung von Wünschen der deutschen Minderheit auf kulturellem und wirtschaftlichem Gebiet nahelegen sollte. Da es sich hier ja um

20) Tel. 183 Warschau vom 17. Juli 1926. AA St. S. Po, 2.

polnische Staatsbürger handelte, bestand die Gefahr einer schroffen Zurückweisung als Einmischung in die inneren Angelegenheiten Polens²¹⁾.

Bei den folgenden Gesprächen mit Minister Zaleski und dem Direktor der Politischen Abteilung im Außenministerium, Jackowski, gewann Rauscher durchaus den Eindruck, daß beide ebenso wie der Ministerpräsident den Willen zur Verständigung hatten, wobei sie wohl auch auf die Unterstützung des Marschalls zählen konnten. Er fand ebenso ein gewisses Verständnis dafür, daß nur eine "Generalvereinigung" aller politischen Fragen gleichzeitig mit den Handelsvertragsverhandlungen einen wirklichen Wert habe. Was die Liquidationen anbelangt, so hatte Jackowski, der als einziger dieses komplizierte Problem wirklich beherrschte, zwar noch immer Bedenken gegen die Einbeziehung der schon begonnenen Verfahren, lehnte sie aber doch nicht mehr vollständig ab. Die Formel, die auch in den späteren Gesprächen dafür gebraucht wurde, hieß, es käme die Einstellung solcher schwebenden Liquidationen in Betracht, bei denen "noch nicht tatsächlich Rechte Dritter" am Liquidationsobjekt entstanden waren. Eine Liste dieser Fälle sollte Rauscher zusammen mit Lipski, dem Direktor der Westabteilung, aufzustellen suchen; dann könne Polen erklären, was es davon freigeben wolle, und Deutschland eine Gegenleistung anbieten. Als besonderen Fortschritt begrüßte Rauscher die Ausschaltung der Delegationen und damit auch des schon auf Grund seiner Stellung im Posener Liquidationskomitee an der Fortführung der Liquidationen interessierten polnischen Delegationschefs Winiarski - die Verhandlungen sollten künftig zwischen Rauscher und Jackowski geführt werden. Für die "Geburtspolen" sagte dieser nun endlich eine Note darüber zu, daß ihr Eigentum nicht liquidiert werden würde. Den neutralen Obmann für die Schlichtungskommission lehnte er dagegen ab; man solle lieber zwei "gentlemen" zusammensetzen, die nicht an ihre Ministerien zu berichten hätten, sondern mit entsprechender Vollmacht die strittigen Staatsangehörigkeitsfragen entscheiden könnten. Zu diplomatischen Verhandlungen über Artikel 256 und das Stichtstoffwerk Chorzów erklärte Jackowski sich ebenfalls bereit²²⁾. Mit diesem Ergebnis begab sich Rauscher zu-

21) Tel. 187 an Warschau vom 28. Juli 1926. AA GW R 4g.1.

22) Aufzeichnung Rauschers vom 1. Aug. 1926. GW R 4g.1.

nächst zu Beratungen nach Berlin; er war unbedingt der Meinung, daß auf der vorgeschlagenen Basis noch einmal der Versuch einer Einigung gemacht werden solle.

Beim nächsten Gespräch mit Jackowski am 12. August²³⁾ mußte er dann allerdings zwei Bedingungen stellen, die den Widerspruch seines polnischen Verhandlungspartners hervorriefen: die geplante Aufstellung einer Liste der Liquidationsobjekte erscheine doch inzwischen als viel zu zeitraubend, und außerdem könne Deutschland überhaupt keine Verhandlungen beginnen ohne die vorherige Zusicherung eines Sursis. Die Liste versprach Jackowski in kurzer Zeit, da genügend Vorarbeiten gemacht waren. Den Sursis hatte die polnische Regierung bisher immer abgelehnt, und auch jetzt erklärte Jackowski, dazu sei eine Anweisung an das Posener Liquidationsamt notwendig, das die Angelegenheit sofort in die Öffentlichkeit bringen und damit starke und sehr unerwünschte Gegenwirkungen auslösen würde. Außerdem stelle ein Aufschub der Liquidationen schon ein Entgegenkommen der polnischen Regierung dar, dem keine deutsche Gegenleistung entspreche, und deswegen werde er im Ministerrat schwer durchzusetzen sein. Überhaupt störe ihn der Gedanke, daß bei einer isolierten Erledigung der Liquidationsfrage Deutschland für den polnischen Verzicht bezahlen werde, was ihm mit der Würde Polens nicht recht vereinbar schiene, oder aber daß der Verzicht ganz ohne deutsche Gegenleistung eine schöne Geste Polens sei, die ebenso wie die Einstellung der Optantenausweisungen ohne Einfluß auf das deutsch-polnische Verhältnis bliebe und über dem nächsten unangenehmen Zwischenfall vergessen werde.

Hieran knüpfte Jackowski einen Vorschlag, der in den folgenden zwei Jahren immer wieder in deutsch-polnischen Gesprächen auftauchte und an dem Polen zunächst das größte Interesse hatte: eine "Generalbereinigung" der wichtigsten Streitfragen zwischen beiden Ländern. Darunter wurde auf polnischer Seite vor allem die sogenannte "Staatenauseinandersetzung" verstanden, über die seit Jahren in einer besonderen Kommission ohne jeden Erfolg verhandelt worden war. Polen hatte sich bei dieser Finanzabrechnung stets als den Gläubiger Deutschlands betrachtet und versprach

23) Brief Rauschers an Dirksen vom 13. Aug. 1926. AA GA IV Po Pol. 2A, 24.

sich davon nicht nur eine günstige Verhandlungsposition, sondern auch größere Geldsummen, ganz besonders die Versicherungsfonds für die abgetretenen Gebiete, vor allem in Oberschlesien, und deutsche Zahlungen für Renten und Pensionen derjenigen deutschen Soldaten und Beamten, die jetzt polnische Bürger waren. Dieser polnische Vorteil verschwand indessen mit dem Dawes-Plan, der Deutschland zunächst von allen Zahlungen im Zusammenhang mit Krieg und Friedensvertrag befreite, solange bis die Reparationen aufgebracht worden waren. Vergeblich protestierte Polen, es sei am Dawes-Plan nicht beteiligt und brauche sich nicht an ihn zu halten. Aus Deutschland Gläubiger wurde es Deutschlands Schuldner: da das Ende der Reparationen nicht abzusehen war, konnte Polen sich kaum mehr Hoffnungen machen, von Deutschland jemals die geforderten Summen zu bekommen; selbst war es dagegen zu Zahlungen an Deutschland verpflichtet für zusätzliche Liquidationsentschädigungen, für Chorzów, für die vertriebenen Ansiedler und Domänenpächter und für die Danziger Bauernbank, da Polen nicht nur das Wiederkaufsrecht für sich in Anspruch nahm, sondern auch die vom preußischen Staat ebenfalls der Bank übertragenen Renten von den Ansiedlungsgütern einzog. Aus diesem Grunde war ein Finanzausgleich mit Deutschland für Polen auch trotz des Dawes-Planes von großem Wert: es verzichtete selbst auf Forderungen, die doch nicht zu verwirklichen waren und tauschte dafür den deutschen Verzicht auf ganz erhebliche Summen ein, zu deren Zahlung es verpflichtet war. Jackowski stellte in seinem erwähnten Gespräch mit Rauscher für diesen Fall dann auch den Verzicht auf Liquidationen einschließlich der schon begonnenen in Aussicht. Er wies auf den Mißerfolg der langjährigen Auseinandersetzung auf dem Finanzgebiet hin und machte den Vorschlag, die Fragen lieber ohne allzu große Rücksicht auf das Detail "in einen Topf zu werfen" und dann zu versuchen "de trancher la question".

Die Reaktion Berlins auf diese polnischen Vorschläge²⁴⁾ ist in gewissem Sinne typisch, wenigstens für die damals in der Ostabteilung des Auswärtigen Amtes für richtig gehaltene Politik gegenüber Polen - an der Spitze des Ministeriums scheint man sich

24) Brief Dirksens an Rauscher vom 17.Aug.1926. AA HA Dirksen Pol. 8. Erlaß IV Po 8888 an Warschau vom 17.Aug.1926. AA GA IV Po. Pol.2A,24.

im Sommer 1926, vermutlich weil Völkerbundsfragen ganz im Vordergrund standen, mit den polnischen Problemen nicht eingehend beschäftigt zu haben.

Schon Rauscher hatte im Gespräch vom 12. August Jackowski vorsichtig darauf aufmerksam gemacht, daß der von ihm gesteckte Rahmen allzu weit erscheine, aber doch die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, bei der Ausschaltung als hoffnungslos erwiesener Fragen zu einem Programm mit einer ganzen Reihe wichtiger Streitpunkte zu gelangen und deren Lösung zu versuchen. Er hatte dann in besserer Kenntnis der Möglichkeiten solcher Verhandlungen und vor allem des Spielraums für polnische Konzessionen in Berlin ausdrücklich empfohlen, das Programm müsse auch für die Polen "genügend Anreiz" bieten - in der Wilhelmstraße neigte man oft sehr viel mehr dazu, von Polen zunächst einmal einseitige Vorleistungen zu verlangen. Das wird auch jetzt wieder sichtbar, wenn Dirksen wieder den Handelsvertrag mit der Liquidationsfrage verbindet und sich beklagt, daß Jackowski ihn überhaupt nicht erwähnt habe bei seinen Vorschlägen über den Liquidationsverzicht. Damit schalte er

"die großen Konzessionen, die wir an Polen zu Gunsten von dessen äußerem Kredit allein durch die Tatsache des Abschlusses eines Handelsvertrages machen"

ganz aus. Nicht unbegründet war dagegen der Einwand, daß, wenn die finanzielle Auseinandersetzung der beiden Staaten in die allgemeine "Bereinigung" einbezogen werden solle, hier wenigstens die Angaben und Summen einen von beiden Seiten anerkannten Wert haben müßten. Das war bisher keineswegs der Fall, denn soeben hatte die polnische Delegation für diese Verhandlungen in Berlin 11 Millionen Dollar zugunsten Polens errechnet, während die deutsche Seite 50 Millionen Mark für das Reich beanspruchte. Und richtig war sicher auch Dirksens Einwand, daß die Fragen aus Artikel 256 (Ansiedler, Domänenpächter, Chorzów, Bauernbank) nicht ohne weiteres gegen polnische Ansprüche an Deutschland aus der Staatenauseinandersetzung aufgerechnet werden konnten. Nach dem Urteil der Haager Cour handelte es sich hier zum Teil um eindeutige Vertragsverletzungen Polens, zum Teil hatte der Gerichtshof wenigstens die polnische Argumentation als un-

richtig abgewiesen. In diesen Fällen war Polen selbstverständlich zur Wiedergutmachung verpflichtet und durfte keine deutschen Gegenleistungen dafür verlangen.

Die Verhandlungen ganz abreißen zu lassen, konnte trotz aller dieser Bedenken wegen der Wichtigkeit der eigentlichen Liquidationsfrage und der Schlichtungskommission nicht im deutschen Interesse liegen. Für den polnischen "Generalbereinigungsvertrag" mochte man sich indessen auch in einer veränderten Form nicht entschließen. Die Begründung, die neben den genannten sachlichen Schwierigkeiten dafür gegeben wurde, ist recht charakteristisch für die damalige Situation:

"Immerhin würde, wenn die beiden Länder sich jetzt prinzipiell über eine Generalbereinigung einigen würden, dieser Tatsache von Warschau aus in der Öffentlichkeit wahrscheinlich große Bedeutung beigemessen werden, und es ist nicht zu verkennen, daß dadurch die deutsche Politik, die auf der einen Seite mit Polen eine solche Vereinbarung trifft, auf der anderen Seite aber gezwungen ist, gegen die polnischen Ratswünsche Stellung zu nehmen, im Ausland unklar und widerspruchsvoll erscheinen würde. Offenbar hofft die polnische Politik, aus einer solchen Situation Nutzen zu ziehen. Aus diesem Grunde kommt eine prinzipielle Bereitschaftserklärung ... vor der Erledigung der Völkerbundsfragen für uns nicht in Betracht".

Rauscher mußte also bei seinen nächsten Gesprächen mit Jackowski am 18. und 19. August 1926 auf den Ausgangspunkt zurückkehren und wieder die bekannten Forderungen nach der Schlichtungskommission der polnischen Erklärung über die Geburtspolen, dem restlosen Liquidationsverzicht und einem sofortigen Sursis stellen. Ganz unerwähnt blieb auch diesmal die "innere Verbindung" zwischen Handelsvertrag und Liquidation nicht; im übrigen werde sich, so kündigte Rauscher an, die Höhe der deutschen Gegenleistung für den Verzicht genauer festlegen lassen, wenn die Studienkommission des Pariser Gemischten Schiedsgerichts ihre Arbeiten beendet habe²⁵⁾.

25) Bei diesem Gerichtshof schwebten ja alle Klagen deutscher Staatsbürger, denen durch die Liquidation ihr Besitz in Polen gegen eine zu geringe Entschädigung entzogen worden war. Die Studienkommission sollte in Polen untersuchen, ob und in welchem Maße Regierungsmaßnahmen, Verkaufsbedingungen und die Lage am polnischen Bodenmarkt den Liquidationserlös beeinträchtigt hatten und daraus einen Maßstab für die Berechtigung der Klagen und die Höhe der Zusatzentschädigung gewinnen.

Jackowski bedauerte selbstverständlich, daß die deutsche Regierung seinen Generalbereinigungsvorschlag nicht erörtern wollte und betonte auch sogleich wieder die Schwierigkeiten des vorläufigen Aufschubs der Liquidationen. Überraschend erklärte er sich aber diesmal zum endgültigen Verzicht auf alle noch nicht begonnenen und nicht zu Ende geführten Liquidationen bereit und bat um eine Erklärung über die deutschen Kompensationen. Rauscher antwortete, wie es schon im Dezember 1925 in Aussicht genommen war, daß sich wohl Mittel und Wege finden ließen, um Polen die Auseinandersetzung mit den Klägern in Paris zu ermöglichen. Er betonte allerdings sogleich, dieses Angebot habe noch nicht die ausdrückliche Billigung seiner Regierung, weil das Gutachten der Studienkommission nicht vorliege und man nicht wisse, wie groß das Opfer sei - die Klagen lauteten auf 120 - 140 Millionen Mark, wovon auch bei Übertreibungen noch eine große Summe übrig bleibe. Jackowski wandte dagegen ein, diese Zusatzklagen schrumpften vermutlich zu einem geringen Betrag zusammen bei den niedrigen Bodenpreisen in Polen und schlug vor, Deutschland möge auch noch die Entschädigungen der Domänenpächter übernehmen, was Rauscher sofort ablehnte. Dagegen machte er im Zusammenhang mit dem Artikel 256 "die als völlig privat gekennzeichnete Bemerkung", in diesem Komplex stecke noch das Wiederkaufsrecht, das Polen nach dem Beispiel des Chorzów-Urteils von der Haager Cour wohl abgesprochen werden und auf das es deshalb vielleicht gegen eine weitere Kompensation am besten verzichten würde.

Die Zurückhaltung Rauschers bei etwas genaueren Angaben über die deutschen Gegenleistungen hatte im wesentlichen einen taktischen Grund. Die vom Reichsfinanzministerium zur Verfügung gestellte Summe von 10 Millionen konnte nach seinem Empfinden nur "desillusionierend" wirken, und es war zunächst verlockender, auf der polnischen Seite die Vorstellung zu befestigen, Deutschland werde die Zusatzentschädigung der von der Liquidation Betroffenen in vollem Umfang übernehmen. Rauscher hat es aber offenbar damals schon für denkbar gehalten, daß das Reich dies bei einem vollständigen polnischen Liquidationsverzicht tatsächlich tut. Er war überzeugt, daß die Deutschen, die in Paris geklagt hatten,

selbst bei einem späteren günstigen Urteil niemals einen Pfennig von Polen bekommen würden. Das Reich mußte ohnehin immer schon mit Vorschüssen aushelfen und würde auch weiter dazu gezwungen sein,

"schon weil die Geschädigten durch ihre Organisationen (Ostbund) und durch popularitätssüchtige Abgeordnete immer erneuten Druck auf die Reichsstellen ausüben werden, die ihrerseits aus parteipolitischen Rücksichten sich diesem nicht werden entziehen können".

Nach Rauschers Auffassung würde Deutschland also in den nächsten Jahren die Summen doch zahlen müssen, für die es jetzt den Liquidationsverzicht eintauschen und damit etwa 60.000 ha deutschen Besitz in Polen erhalten könnte²⁶⁾.

Nachdem Polen jetzt zum ersten Mal seine Bereitwilligkeit erklärt hatte, unter gewissen Umständen auch den deutschen Besitz freizugeben, über den schon Liquidationsverfahren eingeleitet waren, schien es zunächst so, als sei nun in absehbarer Zeit eine Einigung möglich. Doch die Erwartungen, die in Berlin an den Besuch Jackowskis auf der Durchreise nach Genf am 25. August 1926 geknüpft worden waren, erfüllten sich nicht. Er ließ sich in Detailverhandlungen nicht ein, sondern verwies auf die Besprechungen zwischen Lipski und Rauscher; er bat nur noch einmal eindringlich, die deutschen Gegenleistungen für den Liquidationsverzicht zu präzisieren, weil er sonst keine Chance sah, im polnischen Kabinett damit durchzudringen; auch der Generalbereinigungsvorschlag tauchte erneut in den Besprechungen auf²⁷⁾.

Keine Fortschritte in der Sache brachte ebenso eine in durchaus freundlicher und offener Atmosphäre verlaufene Bootsfahrt auf dem Genfer See während der Völkerbundstagung, zu der Außenminister Zaleski und Jackowski Staatssekretär von Schubert und Dirksen eingeladen hatten. Zaleski war zwar nicht abgeneigt, sich der Liquidationsfrage anzunehmen, wies aber auf die starke nationale Opposition hin, die er in Warschau gerade in solchen Punkten zu fürchten habe²⁸⁾.

26) Brief Rauschers an Dirksen vom 20. Aug. 1926. AA HA Dirksen Polen, 8.

27) Aufzeichnung Dirksens vom 25. Aug. 1926. AA St. S. Bpol, 1.

28) Aufzeichnung Schuberts vom 17. Sept. 1926. AA RM 10, 5.

Die Verhandlungen zogen sich trotz aller Anstrengungen Rauschers bei Piłsudski und der polnischen Regierung ohne sichtbare Erfolge bis in den Winter hinein hin; das einzige wichtige Ergebnis war die endliche Einsetzung der Schlichtungskommission für Staatsangehörigkeitsfragen am 21. Dezember 1926, die ein halbes Jahr arbeitete, bis Polen sich auch hier wieder zurückzog, ohne daß die strittigen Fälle alle geklärt waren.

Die Gründe dafür, daß die eigentlichen Liquidationsverhandlungen aufs neue im Sande verliefen, lagen wohl nur teilweise in der Sache selbst, in dem deutschen Zögern, die Kompensation genauer zu bezeichnen, darin, daß Polen die Entschädigung der enteigneten Ansiedler und Domänenpächter einbezog oder am polnischen Festhalten am allgemeinen Finanzausgleich. Die deutsch-polnischen Beziehungen insgesamt waren den Verhandlungen wieder einmal nicht günstig; wie so oft, wenn ein verheißungsvoller Ansatz zu sehen war, brachte ein an sich nicht allzu bedeutender Zwischenfall eine neue scharfe Spannung. Ein typisches Beispiel dafür bietet ein Telegramm, das Stresemann am 27. September 1926²⁹⁾ nicht nur nach Warschau, sondern auch nach Paris, London, Rom und Washington sandte mit der Bitte, die Regierungen zu unterrichten. Es handelte sich um einen Bismarckturm in einem Waldpark, der der Stadt Ratibor gehörte, durch die oberschlesische Grenzziehung aber jetzt auf polnischem Gebiet lag. Obwohl die Haager Cour das Grundstück in ihrem Spruch vom 25. Mai 1926 für nicht liquidabel erklärt hatte, begann Polen, diesen Bismarckturm in ein Denkmal für König Bolesław Chrobry umzuwandeln, der einst Polens Grenzen sehr weit nach Westen vorgeschoben hatte. Die feierliche Einweihung war für Anfang Oktober geplant in Anwesenheit des Marschalls, des Staatspräsidenten, der Regierung und der oberschlesischen Aufständischen-Verbände. Das mußte in Deutschland als eine Provokation aufgefaßt werden, und Stresemann ließ in Warschau vor einer Verschlechterung der deutsch-polnischen Beziehungen durch solche Demonstrationen warnen. Die Handelsvertragsverhandlungen, die ohnehin auf einem töten Punkt angelangt waren, könnten bei der unvermeidlichen Erregung in der deutschen Öffentlichkeit dann nicht im

29) Tel. 219 an Warschau vom 27. Sept. 1926. AA RM 10, 5.

Oktober wieder aufgenommen werden. Das Stocken der Gespräche über das Stickstoffwerk Chorzów trug ebenfalls nichts zur Besserung der Stimmung bei. Für Polen unangenehme Pressekommentare erschienen in Deutschland aus Anlaß der Gemeindewahlen in Oberschlesien am 14. November 1926. Polen hatte dabei eine empfindliche Niederlage erlitten; es waren mehr Stimmen für die deutschen Listen abgegeben worden als beim Plebiszit 1921, wo sogar noch eine große Zahl geborener Oberschlesier mitgestimmt hatte, die nicht mehr dort wohnten. Der deutsche Erfolg war jetzt nur so zu erklären, daß viele Oberschlesier mit nichtdeutscher Muttersprache für die deutschen Listen gestimmt hatten. Daß das in Deutschland zum Anlaß genommen wurde, die Grenzziehung wieder einmal auf das heftigste zu kritisieren, konnte nicht ausbleiben, auch wenn das allen deutsch-polnischen Verhandlungen nur Schaden zufügte³⁰⁾. Die Beziehungen verschlechterten sich weiter, als Zaleski in seiner Rede Anfang Januar 1927 Deutschland geradezu den Bruch der Völkerbundssatzung vorwarf und als schließlich die Handelsvertragsverhandlungen aus einem nicht sehr geschickt gewählten Anlaß von deutscher Seite abgebrochen wurden³¹⁾. Damit waren zunächst wieder für einige Zeit auch die Aussichten auf einen polnischen Liquidationsverzicht geschwunden.

6) Der polnische Generalabrechnungs-Vorschlag

Mit einiger Mühe konnte im März 1927 während der Tagung des Völkerbunderates von Stresemann und Zaleski wenigstens die Wiederaufnahme der Handelsvertragsverhandlungen vereinbart werden: Be-

30) Rauscher selbst hat sich mehrfach gegen das Aufbauschen jeder noch so kleinen deutsch-polnischen Streitfrage in der Öffentlichkeit und den beständigen Pressefeldzug ausgesprochen, der seine Bemühungen nicht erleichterte. (Vgl. S. 150, Anm. 49.) Ebenso beklagte sich Zaleski bei Schubert, daß die dauernde Erörterung der Grenzfrage in Deutschland der polnischen Regierung Konzessionen bei der Liquidation unmöglich mache. (Vgl. S. 157).

31) Vgl. S. 154. Zum Handelsvertrag S. 257 ff. - Zur gleichen Zeit spitzte sich der Streit um die Aufhebung der alliierten Militärkontrollkommission für Deutschland und um die Ostfestungen besonders Königsberg, Glogau und Küstrin, zu. Polen arbeitete in Paris sehr energisch dagegen, Deutschland hier irgendwelche Zugeständnisse zu machen, was in Berlin natürlich nicht unbekannt blieb und verstimmt.

sprechungen über einige grundsätzliche Fragen dieses Handelsvertrages sollten zunächst auf diplomatischem Wege stattfinden und nicht in den üblichen Delegationsberatungen³²⁾. Bis zum Sommer 1927 hatte Rauscher hier einen befriedigenden Erfolg erzielt, und die Atmosphäre war so viel besser geworden, daß im Auswärtigen Amt daran gedacht werden konnte, auch die Liquidationsfrage wieder aufzugreifen. Die Gelegenheit dazu bot sich während der Genfer Ratstagung im Juni, bei der Staatssekretär von Schubert eine längere Unterhaltung "in sehr freundschaftlicher Form" mit dem polnischen Außenminister hatte. Zaleski kam dabei aufs neue auf den polnischen Finanzausgleichs-Vorschlag zurück und regte an, diese Frage doch nicht von den "Bürokraten", sondern lieber von zwei dafür besser geeigneten bevollmächtigten Vertretern der Regierungen verhandeln zu lassen³³⁾. Schubert war über diese Probleme nicht informiert und konnte Zaleski nur zusagen, daß er sich damit beschäftigen und durch Rauscher Antwort geben wolle. Dies geschah Anfang Juli 1927, und Rauscher versicherte, daß die deutsche Regierung zu einem allgemeinen Finanzausgleich "auf möglichst unbürokratischer Grundlage" prinzipiell bereit wäre und um genauere Einzelheiten der polnischen Vorschläge bäte. Sofortige Verhandlungen wurden zunächst auf zwei Gebieten angeregt: über die Abrechnung der gegenseitigen Verwaltungsansprüche aus den früher deutschen Gebieten und über den polnischen Verzicht auf die Liquidation solcher deutscher Besitzungen, an denen "ein privater Dritter noch keine Rechte erworben" hatte³⁴⁾.

Keine Seite widmete sich indessen in den folgenden Monaten der finanziellen Auseinandersetzung mit besonderer Energie. In Berlin hatte man überhaupt nur an der Liquidationsangelegenheit Interesse, und hier gelang es Rauscher mit vieler Mühe bis Ende Juli, die "Posener Liquidierungsmaschine", die sich gerade wieder in Bewegung gesetzt hatte und einige große deutsche Güter bedrohte, anzuhalten und ein polnisches Versprechen zu erlangen, bald eine Liste desjenigen deutschen Eigentums zu überreichen, auf dessen Liquidation Polen bei entsprechender Gegenleistung ver-

32) Vgl. dazu S. 261 ff.

33) Aufzeichnung Schuberts vom 18. Juni 1927. AA HA Ritter Polen, 4.

34) Brief Rauschers an Schubert vom 9. Juli 1927. AA St.S. Bpol, 3.

zichten wolle. Einen formellen Sursis konnte Warschau wegen der schon mehrfach genannten Schwierigkeiten nicht geben, doch fanden vom Sommer 1927 an für eineinhalb Jahre tatsächlich keine Liquidationen mehr statt³⁵⁾.

Die Verhandlungen zwischen der Gesandtschaft Warschau und dem polnischen Außenministerium begannen im September 1927 wieder und zogen sich den ganzen Winter über hin. Polen hatte inzwischen die angekündigten Listen überreicht: Liste A enthielt reichsdeutsches Eigentum, das durch Vererbung oder Verkauf bereits in die Hände Dritter gelangt war, Liste B solche Güter, deren Liquidation die "höheren Interessen des Staates" geboten, insgesamt 42.000 ha und 700 städtische Grundstücke; über den in Liste C verzeichneten deutschen Besitz von 28.000 ha und 500 städtischen Grundstücken schließlich erklärte sich die polnische Regierung zu Verhandlungen bereit³⁶⁾. Zu solchen Gesprächen wollte sich jetzt die deutsche Seite nicht verstehen, denn die in Liste C aufgeführten Güter waren kein lohnendes Objekt mehr. Vor allem hatte eine genaue Prüfung der Listen ergeben, daß eine ganze Reihe von Personen, deren Eigentum hier zur Liquidation vorgesehen war, Anspruch auf die polnische Staatsangehörigkeit hatte; nach deutschen Berechnungen waren aus diesem Grunde 21.000 ha und 270 städtische Grundstücke zu Unrecht von der Enteignung bedroht. Das deutsche Interesse an den meisten angeführten Gütern beruhte nicht zuletzt auch darauf, daß sie an der Grenze oder in dem überwiegend deutsch besiedelten Verbindungstreifen zwischen Pommern und Ostpreußen lagen und dadurch bei einer späteren Grenzänderung wichtig werden konnten. Rauscher mußte also zunächst versuchen, den ganzen auf den drei Listen genannten reichsdeutschen Besitz in die Verhandlungen einzubeziehen. Am liebsten hätte man es auf deutscher Seite gesehen, wenn zuvor der Gesamtumfang des Eigentums festgestellt worden wäre, das sich am 10. Januar 1920 auf polnischem Boden in der Hand deutscher Reichsangehöriger befunden hatte. Doch dazu war die polnische Regierung erst recht nicht zu bewegen, da sie wohl zu fürchten hatte, bei einer solchen Untersuchung würde sich

35) Bericht 87/27 Warschau vom 21. Juli 1927. AA HA Ritter Polen, Brief Rauschers an Schubert vom 21. Juli 1927. AA St.S. Bpol, 36) Krasuski, Bd. II, S. 162 ff.

herausstellen, daß sehr vielen Deutschen ihr Besitz bereits entzogen war, denen eigentlich die polnische Staatsbürgerschaft zustand.

Inzwischen war längst klar geworden, daß die deutsche Kompensation für den Liquidationsverzicht auf dem Gebiete der Klagen gegen den polnischen Staat vor dem Pariser Schiedsgericht gefunden werden müsse und nicht beim Handelsvertrag, wie es einmal vorgesehen war. Wenn so auch in der Sache keine ganz enge Verbindung zwischen den beiden Hauptthemen deutsch-polnischer Verhandlungen in all den Jahren zwischen 1925 und 1930 mehr bestand, konnte doch eine gewisse wechselseitige Beeinflussung nicht ausbleiben. Sie lag vor allem in der Atmosphäre: stockten die Gespräche in einem Bereich, waren meistens auch im anderen keine Fortschritte zu verzeichnen. Mangelndes Entgegenkommen, jede Verzögerung und Absage in der einen Frage waren an denselben Minister und dieselben Beamten des Außenministeriums gerichtet, die auch über den zweiten Verhandlungsgegenstand zu entscheiden hatten. Ein charakteristisches Beispiel dafür bietet eine Krise in den Verhandlungen im Oktober 1927, die vom Handelsvertrag ihren Ausgang nahm und diesmal eindeutig in Berlin verschuldet war, teils aus wirklichen sachlichen Schwierigkeiten, teils aus Interesselosigkeit oder prinzipiellem Widerstand an manchen Stellen, aber auch aus einer gewissen Nachlässigkeit in reinen Formfragen, die im Verhältnis zu Polen gelegentlich zu beobachten ist³⁷⁾. Rauscher sah seine Liquidationsverhandlungen auf diese Weise so gefährdet, daß er in einem Brief an Schubert dem Staatssekretär schließlich auf eindringlichste vor Augen führte, welchen Wert gerade diese Verhandlungen für die Erhaltung des deutschen Besitzes in Polen hatten und wie sie "nur in günstigster Atmosphäre" mit einer gewissen Aussicht auf Erfolg zu führen waren. Er beklagt sich bitter darüber, daß man in Berlin diesen Zusammenhang nicht erkannte und riskierte, durch gar keine oder eine negative Antwort in den damals zur Debatte stehenden Wirtschaftsfragen dem polnischen Außenministerium, das von den Innenbehörden unablässig bedrängt wurde, die Liquidationen wieder aufzunehmen, die Ausdehnung des Liquidationsverzichts und die Aufgabe des Wiederkaufsrechts geradezu un-

37) Einzelheiten s.S. 271 ff.

möglich zu machen. In diesem Fall besonders deutliche, aber auch sonst immer wiederkehrende Schwierigkeiten des Warschauer Gesandtpostens kommen im anschließenden Abschnitt von Rauschers Brief zu Ausdruck:

"...seit Wochen muß ich fast Tag für Tag unter Einsatz meines ganzen Einflusses darum betteln, daß die Liquidationsmaschine stillsteht, gerade in den Fällen, für die Polen noch keinen Verzicht ausgesprochen hat, für die ich ihn aber noch erreichen will. Über die nun beginnende Woche hinaus kann ich das nicht mehr. Ich kann nicht immer mit leeren Händen nur als ewig Fordernder kommen und niemals den gerechtfertigten polnischen Forderungen Genüge tun, ja nicht einmal in der Lage sein, auf courtoise Vorschläge oder Anfragen Antwort zu geben. Man gibt mir das schon zu fühlen und wenn man noch eine gewisse hinwartende Haltung einnimmt so darf ich das auf die Restbestände meines Kredits verbuchen..." 38)

Stresemann selbst rettete diesmal die Situation, und mit der Führung der Handelsvertragsverhandlungen war auch ein Abbruch in der Liquidationsfrage vermieden. Ein wirklicher Erfolg in diesen Gesprächen war dennoch nicht zu verzeichnen, trotz eines neuen Besuchs Jackowskis in Berlin, trotz der Zusammenkünfte Schuberts und Stresemanns mit Zaleski und Piłsudski während der Genfer Ratstagung im Dezember 1927. Von deutscher Seite wurde jetzt immer mehr Wert auf den Verzicht Polens auf das Wiederkaufsrecht im Zuge der Liquidationsverhandlungen gelegt, Polen dagegen kam immer wieder auf seinen Generalabrechnungsvorschlag zurück, obwohl in Berlin mehrfach betont worden war, Deutschland könne nur über finanzielle Leistungen verhandeln, die nicht unter den Dawes-Plan fielen. Stresemann hatte von seinem einzigen Gespräch mit Piłsudski am 9. Dezember einen guten Eindruck von dem Willen des Marschalls, auf jeden Fall zu einer wirklichen und dauernden Entspannung mit Deutschland zu gelangen, und hoffte wohl auch, daß Piłsudski in wichtigen Einzelfragen wie dem Wiederkaufsrecht, den Liquidationen, Chorzów und ähnlichen seinen Einfluß geltend machen würde, um diese Streitpunkte endlich aus der Welt zu schaffen³⁹⁾. Rauscher dachte skeptischer darüber; er hatte zu oft die Erfahrung gemacht, daß Zaleski und der Marschall in ihrer unbestreitbaren

38) Brief Rauschers an Schubert vom 23. Okt. 1927. AA St. S. Bpol,

39) Aufzeichnung Schuberts vom 8. Dez. 1927. AA HA Dirksen Polen, Aufzeichnung Stresemanns vom 9. Dez. 1927. AA RM 10,7. Vermächtnis, Bd. II, S. 243 ff.

Verständigungsbereitschaft, aber in völliger Unkenntnis der Einzelheiten mancher Probleme allgemeine Zusagen machten, die sie dann nicht durchzusetzen vermochten. So fürchtete er auch jetzt, Piłsudski habe bei seinen Äußerungen: "...wir wollen nicht auf halbem Wege stehen bleiben, sondern möglichst alle Fragen regeln; ... die Geheimräte vertrödeln damit viele Jahre, wir können das ganze in sechs Monaten erledigen..." die "nebelhafte Vorstellung einer plus-minus durchgeführten Abrechnung" im Sinne gehabt, die man ihm in Warschau stets präsentiere, "wenn man positive Zugeständnisse in einer aktuellen Frage ablehnen und das ganze auf die lange Bank schieben" wolle⁴⁰⁾.

Das große Interesse Polens an der Aufrechnung der gegenseitigen Ansprüche ist bereits erwähnt worden. Es unternahm am 28. Februar 1928 hier einen neuen Vorstoß und schlug Rauscher wieder die Generalverrechnung "unter weitestgehender Anwendung des Arbitrage-Verfahrens" vor. Nach der endgültigen Feststellung des Saldos, der nach polnischer Ansicht unter allen Umständen zugunsten Polens ausfallen würde, sollte eine Einigung über die Zahlungsart gefunden werden mit Rücksicht auf die Bindung Deutschlands an den Dawes-Plan. Für die Gutschrift einer bestimmten Summe für die polnische Regierung könnte Polen dann auf das Liquidationsrecht verzichten⁴¹⁾. Dieser Vorschlag war nicht klar und in den Einzelheiten genau genug gefaßt, um nicht in Berlin sogleich auf zahlreiche Bedenken zu treffen. Wohl war man sich bewußt, daß Liquidations- und Wiederkaufsfrage in Warschau nun einmal auf diesen Weg der Generalbereinigung verwiesen worden und nur in solchem Zusammenhang zu lösen waren. In Anbetracht der Tatsache, daß die polnischen Forderungen kaum durchzusetzen, die deutschen dagegen in Urteilen internationaler Gerichte anerkannt waren, konnte auch wirklich damit gerechnet werden, daß Polen für ein deutsches Entgegenkommen in diesen Fragen endlich den gewünschten Verzicht aussprechen werde. Dennoch blieben die wochenlangen deutschen Beratungen über das polnische Angebot im Frühjahr 1928 ohne rechten Erfolg. Die Prozedur war vollkommen unklar, auf welche Weise die Forderungen dem

40) Brief Rauschers an Stresemann vom 31. Dez. 1927. AA Nachlaß, 63.
41) Aufzeichnung Rauschers vom 28. Febr. 1928. AA HA Ritter Polen, 7. Krasuski, Bd. II, S. 151.

Gründe und der Höhe nach als berechtigt anerkannt und welche Probleme im Arbitrage-Verfahren entschieden werden sollten. Daß es sehr lange Zeit in Anspruch nehmen würde, war von vornherein zu erwarten; selbst wenn über die deutschen Forderungen in Prozessen eine schnellere Entscheidung möglich war, stellte Polen nach deutscher Ansicht ganz phantastische Ansprüche, scheute aber auf der anderen Seite den Weg vor internationale Gerichte und erschwerte die Verhandlungen außerdem durch dauernde Kompetenzreden und Prozeßverschleppungen. Weiterhin ließen sich zwar die Ansprüche der beiden Staaten gegeneinander vielleicht verrechnen, Schwierigkeiten boten aber die Forderungen von Privatpersonen gegen einen der Staaten und die Beendigung der Prozesse im Haag und vor dem Pariser Schiedsgericht. Das größte Hindernis lag jedoch zweifellos im Dawes-Plan, der der deutschen Seite erlaubte, alle Zahlungen an Polen vorerst abzulehnen; an diesem Recht hielt Deutschland umso energischer fest, um durch Zugeständnisse an Polen keinen Präzedenzfall gegenüber belgischen und rumänischen Ansprüchen zu schaffen.

Aus allen diesen Gründen machten weder Finanz- noch Liquidationsverhandlungen Fortschritte. Bei einem Treffen Stresemanns mit Zalesski in Genf Mitte März 1928 regte der polnische Außenminister an, ein deutscher und ein polnischer Jurist sollten prüfen, welche der polnischen Forderungen unter den Dawes-Plan fielen. Zweieinhalb Monate später erklärte Berlin sein Einverständnis und bat um eine Aufstellung der polnischen Ansprüche. Statt einer Antwort wurde Ende Oktober 1928 die polnische Delegation, die jahrelang in der deutschen Hauptstadt auch über die finanzielle Auseinandersetzung verhandelt hatte, aufgehoben und die offenen Fragen zusammen mit der Generalabrechnung auf den üblichen diplomatischen Weg verwiesen⁴²⁾. Ohne Zweifel haben auch im Jahre 1928 wieder politische Schwierigkeiten, die nichts mit den Liquidationen zu tun hatten, neue Spannungen zwischen Berlin und Warschau hervorgerufen und zum Scheitern dieser mehr als andere von gutem Willen abhängigen Verhandlungen beigetragen: eine Reihe unangenehmer Zwischen-

42) Aufzeichnung ohne Unterschrift vom 25.Okt.1928. AA GA IV Po Pol. 2A,24.

fälle auf dem Handelsvertragsgebiet, die polnische Aktion gegen die Rheinlandräumung und schließlich der schon länger dauernde und im Dezember 1928 auf der Ratstagung des Völkerbundes in Lugano mit dem scharfen Zusammenstoß zwischen Stresemann und Zaleski seinen Höhepunkt erreichende Streit über Minderheitenfragen in Oberschlesien.

Eine ganz neue Wendung brachte eine Ministerbesprechung in Warschau am 7. Dezember 1928. Der zunächst geheimgehaltene Beschluß sah vor, die Liquidation des auf den Listen A und B verzeichneten deutschen Eigentums, die ja seit 1927 geruht hatte, wieder aufzunehmen und nur die Liste C zum Gegenstand von Unterhandlungen zu machen. Ganz offensichtlich war Zaleski in diesem Punkte dem Innen- und dem Kriegsministerium unterlegen und hatte mit Mühe verhindern können, daß die Liste C auch noch verkleinert wurde. Ein bezeichnendes Licht auf die schon gelegentlich angedeutete Problematik des beständigen, oft allzu lauten deutschen Propagandafeldzuges für die Erhaltung der deutschen Bevölkerung in Polen und die Revision der Ostgrenzen wirft eine Äußerung Zaleskis zu Rauscher im Zusammenhang mit dieser Niederlage im polnischen Ministerrat: er sei nicht zuletzt deshalb unterlegen, weil "gewichtige Wortführer der deutschen öffentlichen Meinung den Reichsdeutschen im abgetretenen Gebiet eine Rolle zuschieben", in der die übrigen Minister eine Gefahr für den polnischen Staat sähen⁴³⁾. Diese Schwierigkeiten auch verständigungsbereiter polnischer Politiker wurden in Berlin bei Forderungen nach polnischen Konzessionen allzu leicht übersehen angesichts der eigenen Opposition der Rechten gegen jeden Ausgleich mit Polen.

Am 9. Januar 1929 teilte die polnische Regierung ihren Beschluß vom Dezember in Berlin mit und bat um eine baldige Mitteilung, welche Gegenleistung Deutschland für den Verzicht auf die Güter der Liste C zu geben bereit sei. Ende Januar ließ Polen seine eigene Anregung vom vergangenen Jahr, die Prüfung der polnischen finanziellen Forderungen und ihrer Verbindung mit dem Dawes-Plan durch zwei Juristen, wieder fallen und schlug die baldige Aufnahme von Besprechungen über die Generalabrechnung und die Ernennung

43) Tel. 27 Warschau vom 12. Febr. 1929. AA St. S. Bpol. 6.

Delegierter vor.

In der Liquidationsfrage bekam Rauscher jetzt die Weisung, in Warschau für den Gesamtverzicht auf die in den Listen A, B und C verzeichneten deutschen Güter und den Verzicht auf das Wiederkaufsrecht die Befreiung von den deutschen Klagen auf Zusatzentschädigung vor dem Pariser Schiedsgericht anzubieten. Nach dem Gutachten der erwähnten Studienkommission dieses Gerichtshofes bedeutete das eine Summe von 50 Millionen Mark. Die erste Unterhaltung Rauschers mit dem zuständigen Referenten des Außenministeriums verlief ganz negativ: Oberst Lechnicki erklärte, über das Wiederkaufsrecht überhaupt nicht sprechen zu dürfen, der einzige Verhandlungsgegenstand könne die deutsche Gegenleistung für den polnischen Verzicht auf die Liquidation der Güter aus Liste C sein⁴⁴. Ein Gespräch mit Zaleski brachte kein besseres Ergebnis, worauf Rauscher sich bei Piłsudski melden ließ. Das ursprünglich so negative Urteil über den Marschall hatte längst einer besseren Einsicht in seine Stellung und seine Macht in Polen und auch einem gewissen Vertrauen in seinen Verständigungswillen Platz gemacht. Das lange und in guter Atmosphäre verlaufene Gespräch hatte folgendes Ergebnis: ein Teil der noch zur Liquidation vorgesehenen Objekte wurde aus militärischen Rücksichten vom Generalstab angefordert, den zum Verzicht zu bewegen Piłsudski sich ohne weiteres zutraute. Schwieriger sei es mit der anderen Hälfte, die das Innenministerium zu liquidieren wünsche: die Eigentümer dieser Güter seien entweder "lästige Elemente", die mit den Behörden in ständigem Unfrieden lebten, Leute, die sich "in den Rahmen des polnischen Staates nicht einfügen" wollten oder solche, deren Güter direkt an der Grenze den Schmuggel erleichterten und der Grenzpolizei Schwierigkeiten bereiteten. Doch auch hier erklärte sich der Marschall zu dem Versuch bereit, die Liste etwas zu verkleinern. Ganz ablehnend war er zunächst beim Verzicht auf das Wiederkaufsrecht, der im Kabinett nicht durchzubringen sei. Auch auf Rauschers vorsichtige Anregung, ob nicht die polnische Regierung von sich aus und ohne Zusammenhang mit den deutsch-polnischen Verhandlungen den Beschluß fassen könne, den Wiederkauf bei direkter

44) Tel. 25 Warschau vom 11. Febr. 1929. AA St.S. Bpol, 6.

Erbfolge nicht vorzunehmen und ihn aus politischen Gründen überhaupt zu untersagen, antwortete Piłsudski nur mit sehr vagen Ausdrücken. Immerhin hörte Rauscher am nächsten Tag mit Befriedigung im Außenministerium, der Marschall habe die Weisung gegeben, jedes "fait accompli" bei den Liquidationen zu vermeiden, bis er selbst im März Gelegenheit haben werde, das gesamte Problem zu prüfen⁴⁵⁾.

Doch auch dieser wieder so verheißungsvolle Ansatz teilte das Schicksal aller Verhandlungen der vorausgegangenen vier Jahre: im April ließ die polnische Regierung sagen, die versprochene Prüfung sei erfolgt, doch müsse es bei der Ablehnung der von deutscher Seite vorgeschlagenen Verhandlungsbasis bleiben.

Inzwischen war es aber wenigstens zu einer Einigung über Finanzausgleichsverhandlungen und zur Ernennung der Delegierten beider Seiten gekommen, wenn auch dann bis Anfang Juni nur eine erste Vorbesprechung über Ort, Zeit und Grundsätze solcher Gespräche stattfand. Der Anstoß zur Endphase aller dieser Auseinandersetzungen, die ein halbes Jahr später mit dem Liquidationsabkommen vom 31. Oktober 1929 ihren Abschluß fanden, kam dann im Sommer dieses Jahres von zwei ganz anderen Seiten: vom Völkerbund und durch den am 7. Juni unterzeichneten Young-Plan.

7) Der Beschluß des Völkerbundsrates vom 15. Juni 1929

Im Laufe der bisherigen Verhandlungen war von deutscher Seite schon mehrfach kritisiert worden, daß Polen eine große Zahl solcher Güter liquidiert hatte oder dies noch tun wollte, deren Eigentümer nach den Bestimmungen der Wiener Konvention von 1924 Anspruch auf die polnische Staatsangehörigkeit hatten. Da Polen sich mit Ausnahme der Ende 1926 eingesetzten und bald wieder aufgehobenen Schlichtungskommission niemals zu einer Nachprüfung dieser Fälle bereitgefunden hatte und 1929 die Liquidationen fortsetzte, richteten zwei Vertreter der deutschen Minderheit in Polen, Eugen Naumann und Kurt Graebe, am 25. Februar 1929 eine Beschwerde an den Rat des Völkerbundes. Rauscher, der damals ja

45) Tel. 31 Warschau und Aufzeichnung Rauschers vom 19. Febr. 1929.
Tel. 32 Warschau vom 22. Febr. 1929. AA St.S. Bpol, 6.

noch in Warschau über den vollständigen Liquidationsverzicht verhandelte, befürchtete zunächst davon eine Versteifung der polnischen Haltung. Wegen der Ungewißheit des Ergebnisses seiner Gespräche konnte er aber nicht von dieser Eingabe abraten; als sich dann ihre Erfolglosigkeit herausgestellt hatte, bat die deutsche Regierung am 8. Juni 1929, auf Grund des Artikels 12 des Minderheitenschutzvertrages die Petition auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Völkerbundsrates in Madrid zu setzen. Der Rat beriet am 14. und 15. Juni darüber, und der zustandegekommene Beschluß wurde auf deutscher Seite als ein erfreulicher Erfolg betrachtet. Die deutsche und die polnische Regierung wollten in kürzester Frist Verhandlungen über die Staatsangehörigkeitsfragen aufnehmen unter dem Vorsitz des Präsidenten des Völkerbundsrates oder eines von ihm ernannten Vertreters, wobei an den Belgier Kaeckenbeeck gedacht war. Bis zur nächsten Ratstagung Anfang September sollte ein Bericht über den Ausgang der Gespräche und die getroffenen Maßnahmen vorgelegt werden. Außerdem hatte die polnische Regierung zugesagt, auf Grund der polnischen Staatsangehörigkeit des Eigentümers zu Unrecht vorgenommene Liquidationen aufzuheben und die Güter zurückzugeben, oder, sofern das nicht mehr möglich war, eine angemessene Entschädigung zu zahlen⁴⁶⁾.

Über die Schwierigkeiten solcher Verhandlungen bestanden in Berlin durchaus keine Illusionen, vor allem in Anbetracht der kurzen Zeit bis zum September: die frühere Schlichtungskommission hatte in vier Monaten von 2.000 Fällen knapp 400 erledigt und die schwierigsten schon von Anfang an zurückgestellt. Doch das beinahe unglaubliche Durcheinander, das bei den im Juli und August 1929 in Paris stattfindenden Verhandlungen dann wirklich herrschte, hatte sich nicht vorhersehen lassen. Tiefgehende Meinungsverschiedenheiten in der polnischen Delegation bestimmten diese zu einer auf deutscher Seite als unerträglich empfundenen Verzögerungstaktik; ihre Führung wechselte mehrfach, so daß oft gar nicht klar wurde, wer als maßgebend zu betrachten war. Ohne eine Intervention Schuberts und des deutschen Unterhändlers Geheimrat Martius' bei Za-

46) Wortlaut des Beschlusses in Tel. 35 Dt. Delegation Madrid vom 15. Juni 1929. AA HA Ritter Polen, 10.

leski und Lipski während der gleichzeitig stattfindenden Konferenz über den Young-Plan im Haag wäre kaum eine Einigung zustande gekommen.

Bei den Pariser Besprechungen waren zunächst die Fälle behandelt worden, die in der Beschwerde Naumann-Graebe aufgeführt waren. 160 hatten erledigt werden können; von den übrigen 200 wollte Deutschland 130 vor die Haager Cour bringen. Dabei handelte es sich um 16 große Güter, die Frage der Behandlung juristischer Personen (Genossenschaften, Wohltätigkeitsvereine) und das Problem der Gütergemeinschaft bei Eheleuten. Die übrigen 70 Fälle waren nach deutscher Ansicht für einen Prozeß "ungeeignet" und sollten einem vom Präsidenten der Cour bestimmten Schiedsrichter unterbreitet werden. Der eigentliche Streit entzündete sich aber dann an der deutschen Auslegung des Ratsbeschlusses vom 15. Juni, nach der nun sämtliche Staatsangehörigkeitsfragen endlich geregelt werden sollten. Deutschland hatte daraufhin eine weitere Liste mit 688 Fällen vorgelegt, die nicht in der Beschwerde Naumann-Graebe angegeben waren - die polnische Delegation weigerte sich zunächst, sie offiziell überhaupt entgegenzunehmen. Erst durch die erwähnte Vermittlung im Haag und nach der Verlegung der Verhandlungen nach Genf am 27. August kam überraschend am 30., also gerade noch vor Beginn der Ratstagung, die Einigung zustande: der Streit um die juristischen Personen sollte dem Haager Gerichtshof vorgelegt werden; über die restlichen Fälle aus der Eingabe der Minderheit würden zwei Delegierte beider Regierungen vom 1. Oktober bis zum 1. Dezember verhandeln, daran anschließend bis zum April 1930 sollten die übrigen 688 Fälle zur Sprache kommen; alle hier unerledigten Fragen blieben ebenfalls der Entscheidung der Cour vorbehalten. Diese Verhandlungen über die Staatsangehörigkeit begannen am 1. Oktober in Warschau und wurden auch noch über den Abschluß des Liquidationsabkommens hinaus fortgesetzt⁴⁷⁾.

47) Die Akten über die Einzelheiten der gesamten Verhandlungen befinden sich in AA RM 10,9; St.S. Bpol,7; HA Ritter, Polen,10.

8) Der Young-Plan

Der Grund dafür, warum die im Frühjahr 1929 endlich vereinbarten Gespräche über den Finanzausgleich nicht über die Ernennung der Delegierten und eine erste Vorbesprechung am 1. Juni in Berlin hinausgelangten, lag in der seit Mitte Februar in Paris tagenden Konferenz unter dem Vorsitz Owen Youngs, die eine endgültige Regelung der Reparationsfrage ausarbeiten sollte. Da hier auch die Liquidationen deutschen Eigentums im Ausland und hauptsächlich die finanziellen Ansprüche aller beteiligten Staaten eine Rolle spielten, verlangte das Reichsfinanzministerium, daß alle Verhandlungen mit Polen über die Generalabrechnung zunächst eingestellt würden, bis die Bestimmungen des am 7. Juni 1929 unterzeichneten Young-Plans und ihre Anwendung auf die deutsch-polnische Abrechnung geprüft werden könnten. Da es sich nicht empfahl, den genauen Grund dafür anzugeben, mußte das Auswärtige Amt Anfang Juli in Warschau erklären lassen, die beteiligten deutschen Beamten seien durch die Vorbereitung der Haager Konferenz so vollständig in Anspruch genommen, daß sie sich weder mit dem deutsch-polnischen Finanzausgleich beschäftigen noch auch nur für wenige Tage in die polnische Hauptstadt kommen könnten. Rauscher verließ

um dieselbe Zeit seinen Warschauer Posten, um bis zum Herbst in Deutschland zu bleiben. Daß diese Ausrede bei den Polen keinen Glauben fand, war selbstverständlich - die Reaktion bestand darin, daß das Außenministerium erklärte, es könne nun nicht weiter seine Zusage aufrechterhalten, die Liquidation der auf Liste C verzeichneten Güter einstweilen aufzuschieben.

Aus dem auf der Haager Konferenz vom 6. bis zum 31. August 1929 diskutierten Young-Plan hatte Polen zunächst den Vorteil, daß das Deutsche Reich auf alle seine finanziellen Ansprüche gegenüber den Siegerstaaten des ersten Weltkrieges verzichtete. Das bedeutete für Polen die endgültige Befreiung von einer Schuld von 2,2 Milliarden Goldmark, auf die der Wert des preußischen Staatseigentums in den abgetretenen Ostgebieten geschätzt worden war. Diese Summe schuldete Polen zwar nicht direkt Deutschland, wohl aber der Reparationskommission, die den Wert dieses Staatseigentums auf die deutsche Wiedergutmachungsschuld anzurechnen hatte.

Schwierigkeiten, die auf der Haager Konferenz selbst nicht mehr gelöst werden konnten und einem besonderen, im September in Paris tagenden "Komitee für die Liquidierung der Vergangenheit" überwiesen werden mußten, boten insbesondere zwei Fragen. Die erste betraf die in Artikel 144 des Young-Planes ausgesprochene Empfehlung, alle Liquidationen deutschen Privateigentums im Ausland einzustellen und darüber innerhalb eines Jahres nach dem Inkrafttreten des Plans besondere Vereinbarungen zu treffen. Polen wollte zuerst diese Bestimmung überhaupt nicht gegen sich gelten lassen, da es sich bei den polnischen Liquidationen ja nicht um eine Pfändhaftliquidation, sondern um eine rein politische Maßnahme zur Verminderung des deutschen Einflusses handelte. Der zweite Streitpunkt, bei dem sich Polen in voller Übereinstimmung mit England und Frankreich befand, war das an Deutschland gerichtete Verlangen, nicht nur auf seine Staatsansprüche, sondern auch auf die privaten Forderungen seiner Staatsangehörigen zu verzichten. Daß Polen daran besonders gelegen war, kann bei den mehrfach genannten hohen Ansprüchen Deutscher gegen den polnischen Staat nicht verwundern. Das Reich sah sich hier einer geschlossenen Front seiner Verhandlungsgegner gegenüber, und da die Pariser Kommissionsberatungen gar keine Fortschritte machten, stand man in Berlin vor der Frage, ob durch die weitere Ablehnung des geforderten Verzichts das Problem ungelöst auf die für den Januar 1930 vorgesehene zweite Haager Konferenz übernommen und damit die endgültige Annahme des Young-Planes gefährdet werden sollte. Die deutsche Delegation in Paris riet zu dem Ausweg, die Front der Gegner so weit wie möglich zu spalten und mit den einzelnen Ländern gesonderte Verhandlungen zu führen.

2) Das deutsch-polnische Liquidationsabkommen vom 31. Oktober 1929

Im Falle Polens empfahl sich dies schon aus dem einfachen Grunde, weil ihm gegenüber der Verzicht auf die Privatforderungen ja bereits mehrfach erwogen worden war, aber nur bei polnischen Zugeständnissen, die nichts mit dem Young-Plan zu tun hatten und daher im Haag oder in Paris unter gar keinen Umständen hätten gefordert werden können: die endgültige Einstellung aller, auch

der schon eingeleiteten Liquidationen und vor allem der Verzicht auf das Wiederkaufsrecht. So kam dann auf eine Anregung Rauschers und energische Vorstellungen des Reichsfinanzministeriums am 2. Oktober 1929 eine Kabinettsvorlage des Auswärtigen Amtes⁴⁸⁾ zustande, unter die Stresemann eine seiner letzten Unterschriften setzte. In der Kabinettsitzung am folgenden Tage⁴⁹⁾ in Anwesenheit Rauschers kam Widerspruch gegen das Projekt nur von der Seite des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft, im übrigen stimmte die Regierung zu, Rauscher die folgende Instruktion zu erteilen:

"Einleitend ist auf das Bestimmteste zu erklären, daß die Deutsche Regierung weder jetzt in Paris noch gegebenenfalls später im Haag bereit ist, im Rahmen des Young-Plans den geforderten Verzicht auf die Forderungen deutscher privater Reichsangehöriger gegenüber Polen auszusprechen. Um die sich daraus für alle Beteiligten, auch für Polen, ergebende prekäre Lage zu vermeiden, wolle sie aber versuchen, eine für Deutschland und Polen erträgliche Lösung auf einer umfassenden Grundlage unter Regelung aller zwischen den beiden Ländern zur Zeit schwebenden Probleme zu finden..." Für den Verzicht auf Liquidationen und Wiederkaufsrecht "sei die Deutsche Regierung bereit, über ein Entgegenkommen hinsichtlich einer Regelung der Forderungen deutscher privater Reichsangehöriger zu verhandeln..." Außerdem war für die gleichzeitig auf diplomatischem Wege wieder beginnenden Handelsvertragsverhandlungen eine Konzession in einem für Polen wichtigen Punkte vorgesehen.

Rauscher verhehlte zwar seine Skepsis nicht, war aber unbedingt der Auffassung, daß noch einmal ein Versuch gemacht werden müsse. In tiefstem Geheimnis begann er am 7. Oktober seine Besprechungen mit Zaleski und Lipski, am 8. Oktober mit Unterstaatssekretär Wysocki und Twardowski, dem polnischen Delegationschef für die Handelsvertragsverhandlungen. Abgesehen von der Furcht vor den Widerständen im polnischen Innenministerium war bei allen "eine positive Haltung" nicht zu verkennen - die Möglichkeit eines vollkommenen Ausgleichs wirkte bestechend⁵⁰⁾. Daß nach einer Woche die polnische Antwort noch immer ausstand, erklärte sich aus einem heftigen Kampf innerhalb der polnischen Regierung, über den Rauscher gut informiert war. Am 19. und 20. Oktober reiste er dann nach

48) AA HA Ritter Polen, 11.

49) Protokoll BA R 43 I, Nr. 1439.

50) Tel. 173 Warschau vom 8. Okt. 1929. AA St. S. Bpol, 8.

den polnischen Vorschlägen nach Berlin, wo sie im Kabinett und mit Vertretern der deutschen Delegation in Paris geprüft wurden. Das französische Außenministerium wurde von deutscher Seite laufend unterrichtet, und auf mehrere Weisungen des Quai d'Orsay hin gab Botschafter Laroche in Warschau durch seine Einwirkung auf die polnische Regierung wertvolle Unterstützung, besonders in der kritischsten Phase der Verhandlungen in der letzten Oktoberwoche. Während Geheimrat Martius in äußerst mühseligen juristischen Erörterungen einen hartnäckigen Kampf um einzelne Formulierungen und Worte des geplanten Abkommens führte, gelang es Rauscher durch unerschöpfliche Energie und Geduld und mit seinem ungewöhnlichen Verhandlungsgeschick, die polnischen politischen Konzessionen immer mehr zu erweitern, bis er am Abend des 31. Oktober mit Außenminister Zaleski den Vertrag unterzeichnen konnte, den er fünf Jahre lang vergeblich zu erreichen gesucht hatte.

In dem eigentlichen Abkommen⁵¹⁾, das auf der Haager Konferenz "niedergelegt" werden und gleichzeitig mit dem Young-Plan Gesetzeskraft erlangen sollte, verzichteten beide Staaten auf alle "mit dem Kriege oder dem Friedensvertrag in Zusammenhang stehenden Forderungen finanzieller oder vermögensrechtlicher Art - sowohl des Staates wie seiner Staatsangehörigen" aus der Zeit vor dem Inkrafttreten des Young-Plans. In Artikel 3 verzichtete die polnische Regierung auf jede Liquidation deutscher Güter, Rechte und Interessen nach Artikel 92 und 297b des Friedensvertrages, "soweit sie sich am 1. September 1929 noch in der Hand ihrer Eigentümer oder ehemaligen Eigentümer" befanden. Einige wichtige Zugeständnisse beider Seiten waren in mehreren Brief- und Notenwechseln Rauschers mit Zaleski und Lipski festgelegt. Polen verzichtete darin auf das Wiederkaufsrecht im Erbfall, wenn die Nachfolger gesetzliche Erben im Sinne der §§ 1924 und 1925 BGB und nicht durch eine rechtskräftige gerichtliche Entscheidung wegen Verbrechen oder Vergehen verurteilt waren; ebenso, wenn die Ehefrau die einzige Erbin nach § 1931, Abs. 2 BGB war; schließlich sollten Veräußerungen der Rentengüter unter Lebenden zugunsten von Abkömmlingen in gerader Linie nicht behindert werden. Der

51) Text mit sämtlichen Anlagen AA RM 10,10.

Liquidationsverzicht erstreckte sich zwar nicht auf solche Güter, auf denen "der Betrieb bereits ganz oder teilweise von einer dritten Person geführt" wurde, wohl aber auch auf sämtliche Liquidationen in Oberschlesien, die nach der Genfer Konvention von 1922 erst im Jahre 1937 hätten beginnen dürfen. Deutschland verzichtete in einer der Noten auf die Weiterverfolgung der Streitfälle über die Behandlung juristischer Personen, der ehelichen Gütergemeinschaft und der Erbgemeinschaft aus der Beschwerde Naumann-Graebe⁵²⁾ vor der Haager Cour und sagte direkte Verhandlungen mit Polen darüber zu. Schließlich wurde noch ausdrücklich festgelegt, daß auch die Danziger Bauernbank keine Forderungen an den polnischen Staat mehr habe, sondern daß diese zu Lasten der deutschen Regierung gehen sollten.

Bei einer Würdigung der einzelnen Punkte des Abkommens ist zunächst hervorzuheben, daß der Verzicht auf die Staatsforderungen den Schlußstrich unter jahrelange unerquickliche Verhandlungen zog, bei denen niemals ein Ergebnis abzusehen gewesen war. Es war nicht nur keine genaue Übersicht über die Ansprüche beider Seiten zustande gekommen, an irgendwelche Zahlungen war gar nicht zu denken. Deutschland gewann durch den Dawes-Plan einen generellen Aufschub aller Verpflichtungen außerhalb der Annuitäten - ein Prinzip, das auch in den Young-Plan übernommen wurde und die polnischen Forderungen an das Reich vollends illusorisch werden ließ. Deutschland seinerseits hatte die finanziellen Ansprüche gegenüber den Siegerstaaten im Young-Plan ohnehin aufgeben müssen.

Problematischer war selbstverständlich der Verzicht auf die privaten Forderungen: sie bestanden in Deutschland in einer Höhe von 538,7 Millionen Mark, von denen etwa die Hälfte als durchsetzbar galt; polnische Staatsbürger glaubten, Ansprüche von insgesamt 832 Millionen an das Reich zu haben, was nach deutscher Ansicht noch stärker übertrieben war: ungefähr 80-100 Millionen wurden als gerechtfertigt angesehen. Daß die Übernahme der Entschädigungen der betroffenen deutschen Staatsbürger durch das Reich bei der damals schon äußerst schwierigen Finanzlage nicht ganz unproblematisch war, ist nicht zu leugnen. Auf der anderen Seite waren die dafür notwendigen Ausgaben nicht so hoch, wie es zu-

52) Vgl. S. 215.

nächst scheinen konnte: in sieben Jahren, in denen die Entschädigungsprozesse beim Gemischten Schiedsgericht in Paris schwebten, war nicht ein einziges Urteil ergangen und eine Änderung dieser Lage vorerst nicht abzusehen. Das Reich hatte deshalb bereits mit Vorschüssen von 100 Millionen Mark helfen müssen und wäre wohl auch weiter dazu gezwungen gewesen; für die nun übernommene endgültige Entschädigung glaubte man dagegen, mit einer einmaligen Summe von 50 Millionen auszukommen.

Für Polen war die Befreiung von den dem Namen nach ja über 500 Millionen Mark betragenden deutschen Privatforderungen ein außerordentlich günstiges Geschäft, vorwiegend natürlich in finanzieller Hinsicht, es verschwand damit aber auch noch die dem Ansehen des polnischen Staates wenig zuträgliche Belastung mit hunderten von Klagen vor internationalen Gerichten. Doch hatte Deutschland für seinen Verzicht rein finanzieller Natur einige polnische politische Konzessionen errungen, die bei der damaligen Richtung der deutschen Außenpolitik und der zentralen Stellung, die eine Revision der Ostgrenzen und die dafür unerläßliche Erhaltung der deutschen Bevölkerung in Polen einnahm, das Opfer vollauf gerechtfertigt erscheinen ließen. Der polnische Liquidationsverzicht ging weit über den im Young-Plan empfohlenen hinaus, weil er auch Güter freigab, bei denen bereits die Eigentumsübertragung auf den polnischen Staat erfolgt war. Es handelte sich insgesamt um 900 ländliche Grundstücke, davon $3\frac{1}{4}$ Großgrundbesitze, mit 55.000 ha und um 700 städtische Grundstücke. Als noch größeren Gewinn wurde in Deutschland der polnische Verzicht auf das Wiederkaufsrecht betrachtet, durch den 12.000 deutsche Ansiedlerfamilien in Polen sicher sein konnten, ihren Besitz ungestört erhalten und vererben zu dürfen. Es war dies außerdem ein Vorteil, der in jahrelangen Verhandlungen nicht hatte erreicht werden können und der bei der unsicheren Rechtslage auch bei einem Prozeß im Haag wohl nicht gewonnen worden wäre. Daß schließlich die für 1937 bestehende Drohung der Liquidation für deutsche Unternehmungen in Oberschlesien wegfiel, konnte deren Wirtschaftskraft und Zuversicht nur zugute kommen. Das deutsche Zugeständnis hinsichtlich einzelner Punkte der Beschwerde Naumann-Graebe wog dagegen nicht schwer. Die deutsch-

polnischen Verhandlungen über die wichtigsten hier berührten Staatsangehörigkeitsfragen gingen ja weiter, und Rauscher hatte sich standhaft geweigert, dem dringenden polnischen Wunsch nachzugeben, die Petition an den Völkerbund gänzlich fallenzulassen und auch für die Zukunft auf dieses Mittel zu verzichten. Es darf nicht übersehen werden, daß Polen mit seinen Konzessionen, die es in den vorausgegangenen Jahren stets für unmöglich erklärt hatte, in gewissem Umfange mit seiner bisherigen Politik brach, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln die Zahl der in Polen lebenden Deutschen zu verringern. Und dies geschah, ohne daß Deutschland ein wichtiges politisches Zugeständnis gemacht oder etwa seine Revisionsbestrebungen aufgegeben hatte. Durch das Liquidationsabkommen und den wenige Monate später unterzeichneten Handelsvertrag wurde an sich der Weg frei für eine deutsch-polnische Entspannung auf wesentlichen Gebieten, wie es Stresemann in seinen letzten Amtsjahren gewünscht und woran Rauscher unermüdlich gearbeitet hatte. Warum diese Hoffnung dennoch unerfüllt blieb, wird noch zu besprechen sein.

10) Die Aufnahme des Abkommens in Deutschland und Polen

Über die deutschen Verhandlungen im Oktober 1929 war die Presse nicht unterrichtet worden. Welche Widerstände in der Öffentlichkeit gegen das Abkommen von vornherein erwartet wurden, zeigt die Erklärung Zaleskis bei der Unterzeichnung, er wolle den Vertrag nicht sogleich im Wortlaut veröffentlichen lassen, was Rauscher zusagte. Doch wurde vereinbart, daß "beide Seiten den Vertrag ihrer Öffentlichkeit gegenüber unter Ausnutzung des gesamten Inhalts" vertreten dürften⁵³⁾. Daß auch diese Absprache, die in Deutschland ganz besonders die Betonung der großen "nationalpolitischen" Zugeständnisse Polens gegen nur finanzielle deutsche Leistungen bedeuten mußte, den Sturm der Entrüstung nicht aufzuhalten vermochte, sollte sich bald zeigen.

Um ein Argument der sogenannten "nationalen Opposition", die sich so gern in der Rolle eines Anwalts der "Interessen des deutschen Ostens" und auch der deutschen Minderheit in Polen sah, vorweg al-

53) Tel. 190 Warschau vom 31. Okt. 1929. AA HA Ritter Polen, 11.

unrichtig zu kennzeichnen, soll zunächst auf die Reaktion der von dem Abkommen in erster Linie Betroffenen, der in Polen lebenden Deutschen, hingewiesen werden. Daß es hier in der ersten Überraschung und in Unkenntnis der genauen Bestimmungen des Abkommens nicht an sehr kritischen Stimmen fehlte, konnte nicht ausbleiben, vor allem in den Kreisen, die von der Bromberger "Deutschen Rundschau" vertreten wurden. Sie standen, wie Rauscher dazu äußerte, "nach deutschen Parteibegriffen rechts vom Grafen Westarp", was "schon ein hohes Maß von ostdeutschem Polenhaß" erkläre⁵⁴⁾. Dazu kam, daß in der Minderheit immer leicht die Befürchtung auftauchte, eine wirkliche deutsch-polnische Entspannung könne die Energie der deutschen Minderheitenpolitik überhaupt abschwächen, und bei günstigen Handelsverhältnissen mit Polen werde die deutsche Öffentlichkeit in die Versuchung geraten, sich auch mit der Versailler territorialen Ordnung abzufinden. Und schließlich gab es "wie bei jeder Bewegung, Funktionäre und Professionals, denen die Minderheitenfrage, wahrscheinlich unbekannt, zum Beruf und Metier geworden ist und die aus diesem Grund schon keine, wenn auch segensreiche Abschwächung des Kampfes und der Konjunktur" wollten⁵⁵⁾.

Rauscher hat aber von Anfang an die Meinung vertreten, daß die Deutschen in Polen bei genauerer Kenntnis der Abmachungen anerkennen würden, sie seien "der größte Dienst,...den das Deutsche Reich bis heute seiner Minderheit in Polen zu leisten in der Lage war." Sie wußten schließlich selbst genau, daß die aus propagandistischen Gründen unentbehrlich scheinenden Aktionen im Völkerbund nur geringe Resultate gebracht hatten, ebenso die jahrelangen deutsch-polnischen Verhandlungen. Daran gemessen, mußte der jetzige Erfolg außerordentlich groß erscheinen. Als erster sprach der deutsche Sejmagbeordnete Naumann, der stets eine gemäßigte Politik vertreten hatte, dem deutschen Außenminister in Berlin den Dank der Minderheit aus, es folgte der Ansiedlerverband, dessen Mitglieder durch den polnischen Verzicht auf das Wiederkaufsrecht von der Sorge um die Erhaltung ihres Besitzes befreit waren.

54) Brief Rauschers an Hermann Müller vom 17. Nov. 1929. SPD Nachlaß Hermann Müller.

55) ebenda.

Durch sehr energische Arbeit ist es dem Auswärtigen Amt und insbesondere Rauscher auch gelungen, zunächst in heftiger Opposition verharrende Vertreter der Minderheit wie Senator Hasbach und die Sejmabgeordneten Graebe und v.Koerber so weit von der Notwendigkeit des Abkommens zu überzeugen, daß sie sich bereiterklärten, Anfang Februar 1930, vor Beginn der Reichstagsdebatte, zusammen mit Rauscher den Liquidationsvertrag vor einem ausgesuchten Kreise von Parlamentariern im Hause des Reichstagspräsidenten Löbe zu verteidigen und auf die unabsehbaren Folgen seiner Ablehnung aufmerksam zu machen⁵⁶⁾. Die Behauptungen der deutschen Rechtspresse, im Interesse und auf den Wunsch der Minderheit müsse das Abkommen scheitern, war damit als völlig haltlos erwiesen. Doch war dies bei weitem nicht die einzige Verleumdung. Generell wurde das Abkommen von der Rechten als das gefürchtete "Ostlocarno" verdammt, als "höchste Gefährdung des deutschen Ostens und damit der deutschen Zukunft".⁵⁷⁾ Man konstruierte einen Gegensatz zur Polenpolitik Stresemanns, der ein solches Abkommen niemals gebilligt haben würde - ungeachtet der Tatsache, daß die entsprechende Kabinettsvorlage noch die Unterschrift des verstorbenen Außenministers trug. Rauscher mußte sich die übelsten Beschimpfungen gefallen lassen, der Vertrag sei nur das Erzeugnis seines ungezügelten Ehrgeizes und seines "Verständigungskomplexes", der jede Gewähr "für jene Härte der deutschen Diplomatie" vermissen ließe, die "vielleicht keinem Gegner gegenüber so wichtig sei wie dem polnischen".⁵⁸⁾

Der deutschnationale Abgeordnete Quaatz verstieg sich im Reichstag zu Äußerungen wie

"Wir sind der Auffassung, daß in jedem anderen Lande der Welt ein Unterhändler, der mit einem solchen Abkommen nach Hause kommt, zum Teufel gejagt worden wäre...und ich kann mir wohl Länder vorstellen, in denen man einen solchen Unterhändler und seine Auftraggeber nicht nur zum Teufel gejagt, sondern geteert und gefedert hätte..." 59)

56) Brief Rauschers an Löbe vom 23.Jan.1930. AA St.S. Bpol,9. Die Besprechung fand am 7.Febr. statt.

57) Quaatz (DNVP) in der Reichstagsdebatte am 13.Dez.1929. Hugenberg und Graf Reventlow im Reichstag am 11.Febr.1930. Verhandlungen des Reichstags. Stenographische Berichte. Bd.426.S.355.

58) Berliner Börsenzeitung Nr.21 vom 14.Jan.1930.

59) Verhandlungen des Reichstages. Stenographische Berichte. Bd. 426. S.3555.

Was nun den eigentlichen Inhalt des Vertrages anlangt, so unternahm es Schacht in seinem berühmten Memorandum vom 6. Dezember 1929⁶⁰⁾, durch Äußerungen in der Presse, in der Berliner Gesellschaft und gegenüber interessierten Persönlichkeiten wie den deutschen Sejmabgeordneten, noch mehr Verwirrung und Erbitterung über den Vertrag mit Polen zu stiften. Er erklärte nicht nur der Deutschen Allgemeinen Zeitung, er kenne kein Abkommen, das "so schludrig abgefaßt, so unmoralisch und juristisch so unhaltbar" sei, er machte auch vollkommen falsche Angaben: das Reich verzichte nicht nur auf 500 Millionen Privatforderungen, sondern auf 1,3 Milliarden und Zinsen seit 1927, und weiterhin auf die 2,5 Milliarden, auf die das preußische Staatseigentum im abgetretenen Gebiet geschätzt wurde. Schacht scheute sich nicht zu behaupten, daß diese Summe im Einverständnis mit Stresemann ausdrücklich aus dem Young-Plan herausgenommen und einer späteren "Korridoraktion" vorbehalten worden sei, obwohl er genau wußte, daß Polen die 2,5 Milliarden nicht Deutschland, sondern der Reparationskommission schuldete und daß der Kontenschluß durch die Repko auf einer gemeinschaftlichen Empfehlung aller Beteiligten der Sachverständigenkonferenz beruhte⁶¹⁾.

Über die polnischen Konzessionen wurde ebenso von deutschnationalen Reichstagsabgeordneten und von der rechtsgerichteten Presse in demagogischer Absicht eine ganze Reihe falscher Behauptungen verbreitet: es sei eine Unwahrheit, daß die Minderheit damit gerettet würde, es sei nicht wahr, daß die Liquidationen aufhörten; das Wiederkaufsrecht sei überhaupt kein polnisches Recht gewesen, für dessen Verzicht eine Kompensation nötig war, außerdem habe Polen es in der überwiegenden Mehrheit der Fälle schon angewandt⁶²⁾.

Die Opposition gegen das Abkommen suchte sich sehr bald der Unterstützung des Reichspräsidenten zu versichern. Trotz eines Vortrages,

60) Vgl. Eyck, Bd. II, S. 284 ff. Schacht, S. 322.

61) Zwei Aufzeichnungen Curtius' vom 30. Nov. 1929. AA RM 10, 10. Tel. 204 Warschau vom 19. Nov. 1929. AA St. S. Bpol, 8.

62) Vgl. dazu S. 189, bes. Anm. 7.

den Rauscher am 1. Dezember bei Hindenburg gehalten hatte, gelang es ihren Vorstellungen, einen Brief des Präsidenten an Curtius zu veranlassen, in denen er zunächst seinen Zweifeln Ausdruck gibt, die er "allgemein in die Vertragstreue der Polen setze" und so dann eine Verbesserung und Ergänzung des Abkommens in einzelnen Punkten verlangt, die noch zu erwähnen sein werden⁶³⁾.

Doch waren es in diesem Falle nicht nur Deutschnationale und Nationalsozialisten, in deren Chor auch diesmal die Kommunisten - freilich aus ganz besonderen Beweggründen⁶⁴⁾ - einstimmten, harte Kritik am Abkommen mit Polen kam ebenfalls aus den Parteien der Regierungskoalition, die Volkspartei war am Anfang gespalten, das Zentrum fast geschlossen dagegen. Daran änderten auch die eingehenden Beratungen im Auswärtigen Ausschuß des Reichstages nichts, zu denen Curtius Rauscher am 27. November hatte nach Berlin kommen lassen, um mit seiner Unterstützung einen leichteren Stand zu haben. Die Regierung gelangte zu der Überzeugung, daß sich im Reichstag keine Mehrheit für das Abkommen in seiner ersten Form finden werde und daß neue Verhandlungen über Verbesserungen versucht werden müßten.

Im Angesicht des Entrüstungssturmes in der deutschen Öffentlichkeit wird der Stoßseufzer des Leiters des Polen-Referats im Auswärtigen Amt, Noebel, verständlich, es möge "auch in Polen einen recht erheblichen innerpolitischen Krach geben", da wir es dann etwas leichter haben".⁶⁵⁾ Die Aufmerksamkeit in Polen war zunächst auf die Zusammenstöße Piłsudskis mit dem Sejm konzentriert.

63) 4. Dez. 1929. AA RM 10, 10. Gedruckt bei Hubatsch, Nr. 69; im Kommentar dazu (S. 98) wird allerdings übersehen, daß der Brief weniger Hindenburgs eigenen Bedenken entsprang als vielmehr ein Erfolg der "nationalen Opposition" war, die beim Reichspräsidenten - wie Meißner dem AA mitteilte - heftige Vorstellungen erhoben hatte. Gerade die von Hindenburg erwähnten Punkte, Grenzzonenverordnung und Agrarreform, waren Argumente, deren sich die Opposition wider besseres Wissen und aus ganz anderen als sachlichen Gründen bediente. Über die Handhabung der Grenzzonenverordnung (vgl. S. 279 ff.) waren dem AA niemals Klagen vorgetragen worden; zur Agrarreform s. S. 232 ff.

64) Thälmann witterte in seiner Reichstagsrede vom 11. Febr. 1930 hinter dem Abkommen "dunkle Abmachungen zwischen dem deutschen und polnischen Imperialismus gegen die Sowjetunion". Verhandlungen des Reichstags. Stenographische Berichte. Bd. 426. S. 39.

65) Brief Noebels an Rauscher vom 5. Nov. 1929. AA GW R 4m, 1.

gewesen und auf die Vertagung des Parlaments, aber Rauscher sollte Recht behalten mit seiner Prophezeiung, daß "auf die Posener in diesem Falle wirklicher Verlaß" war. Außenminister Zaleski mußte sich Verrat am Vaterlande vorwerfen lassen und die Frage, wieviel Geld er von Deutschland für den Vertrag bekommen habe. Der immer wiederkehrende Haupteinwand richtete sich dagegen, daß die polnische Regierung für finanzielle Vorteile politische Zugeständnisse gemacht und nationale Lebensinteressen preisgegeben habe. Sie verzichte auf die Ausführung des Friedensvertrages, und anstatt den feindlichen deutschen Einfluß in Polen endgültig zu beseitigen, sanktionierte sie das Werk der preußischen Ansiedlungskommission. Polen mache eine fremde und durchaus nicht befreundete Regierung zur Vertreterin eines Teils seiner Staatsbürger und dulde ihre Einmischung in polnische Angelegenheiten. Mit der Erhaltung und Stärkung der deutschen Bevölkerung in Polens Westprovinzen werde nur den deutschen territorialen Wünschen Vorschub geleistet. Außerdem wurde bezweifelt, daß das Opfer den erhofften Erfolg bringen werde, denn die deutsch-polnischen Beziehungen würden so lange nicht besser sein, wie der deutsche Revisionsanspruch bestehe. Der Verband zum Schutze der Westgebiete (Związek Obrony Kresów Zachodnich) und die Nationaldemokraten organisierten den ganzen November über in Warschau und vor allem in den großen Städten Posens und Pommerellens Kundgebungen und Protestdemonstrationen gegen das Abkommen, um es auf diese Weise im Parlament zu Fall zu bringen⁶⁶⁾.

Daß der Vertrag in solcher Art in beiden Ländern zum innenpolitischen Zündstoff werden konnte und die Atmosphäre, die er eigentlich durch die endliche Beseitigung jahrelanger Auseinandersetzungen bessern sollte, gründlich vergiftete, lag nicht zuletzt daran, daß er in eine Zeit schwerster innerpolitischer Wirren in Polen wie in Deutschland fiel: hier durch den ausbrechenden Kampf Piłsudskis mit dem Sejm, dort durch die schwere Finanz- und Wirtschaftskrise und die in jeder Beziehung maßlose Agitation der Deutschnationalen Hugenbergs und der Nationalsozialisten.

66) Polnische Pressestimmen zum Abkommen befinden sich in großem Umfang in AA RM 10,11 und GW R 4m,3. Über die Debatten im Sejm vgl. Krasuski, Bd.II, S.205 ff.

11) Neue Verhandlungen über eine Verbesserung des Abkommens

Auf Grund von Beratungen innerhalb der Regierungsparteien waren schließlich mehrere Listen von Wünschen zustande gekommen, ohne deren Erfüllung Minister Curtius keine Aussicht auf die Ratifikation des Abkommens im Reichstag sah. Rauscher bekam daher am 11. Dezember 1929 den Auftrag, wieder Verhandlungen mit der polnischen Regierung zu beginnen und neue polnische Konzessionen zu erreichen⁶⁷⁾. Es handelte sich dabei hauptsächlich um die Ausdehnung und Präzisierung des Verzichtes auf das Wiederkaufsrecht: wegfallen sollte auf jeden Fall der Vorbehalt wegen Verbrechen und Vergehen (crimes ou délits)⁶⁸⁾, weil auf diese Weise schon bei geringfügigen Vergehen der Sohn eines Ansiedlers gewissermaßen als Zusatzstrafe auch noch sein Erbrecht verliere. Weiterhin sollte Polen auch ausdrücklich auf das Wiederkaufsrecht bei "schlechter Wirtschaft" verzichten - dies war im Grunde völlig bedeutungslos, weil es das Wiederkaufsrecht deshalb niemals angewandt hatte und außerdem bei den Deutschen in Polen die Ansicht bestand, es sei kein Schade, wenn die Ansiedler auf diese Weise zu besonders guter Wirtschaft verpflichtet waren. Neben anderen kleineren Verbesserungen sollte Rauscher bindende polnische Erklärungen zu erlangen suchen, daß Söhne von deutschen Ansiedlern in Polen, die selbst für Deutschland optiert hatten und abgewandert waren, beim Tode des Vaters ihr Erbe antreten und nach Polen zurückkehren konnten, ebenso, daß die polnische Grenzzonengesetzgebung⁶⁹⁾ nicht die Übernahme eines Rentengutes im Erbfolge hinderte. Ein minderjähriger Erbe oder die Ehefrau als Vorerbin sollten ebenfalls keine Schwierigkeiten haben dürfen. Schließlich wurde noch gewünscht, in einem Notenwechsel festzuhalten, daß der "Rechtsstandpunkt" beider Seiten hinsichtlich des Wiederkaufsrechtes vom Liquidations-

67) Eingabe der Abgeordneten Ulitza, Rheinbaben, Emminger, Dauch und Brüning vom 12. Dez. 1929, zu der später auch noch Koch-Weser sein Einverständnis erklärte, und Stellungnahme des Ostausschusses der DVP vom 11. Dez. 1929. - Tel. 246 an Warschau vom 11. Dez. 1929. AA RM 10, 10.

68) Vgl. S. 221 ff.

69) S. S. 279 ff.

abkommen nicht berührt werde. Neben der alleinigen französischen Fassung wurde die Form von Noten- und Briefwechseln bemängelt, in die besonders wichtige Punkte des Vertrages gekleidet waren; der Ostausschuß der DVP forderte ähnlich wie Hindenburg runderheraus die Aufhebung der gesamten polnischen Grenzzonenverordnung und den Schutz der deutschen Großgrundbesitzer in Polen vor der polnischen Agrarreform⁷⁰⁾.

Rauscher erklärte dieses Ansinnen für vollkommen unmöglich, weil es ja den Eingriff einer auswärtigen Macht in die polnische Gesetzgebung bedeutete; von einem Notenwechsel über den Rechtsstandpunkt riet er ebenso ab, dazu genüge wohl eine Bemerkung des Reichsaußenministers bei der Vorlage des Gesetzes im Reichstag. Über die restlichen deutschen Wünsche begann er Ende Dezember neue Verhandlungen in Warschau. Seine Lage, nachträglich um Änderungen eines geschlossenen Abkommens nachsuchen zu müssen, war nicht beneidenswert; daß er es mit einiger Aussicht auf Erfolg tun konnte, war im wesentlichen dem Vertrauen und der Achtung zu verdanken, die man ihm persönlich an höchster Stelle in Warschau entgegenbrachte. Da in Berlin bekannt war, mit welcher Befriedigung das Liquidationsabkommen als wesentlicher Schritt auf dem Wege zu einer Normalisierung der deutsch-polnischen Beziehungen in Frankreich begrüßt worden war, versäumte Curtius es nicht, sich auch für diese neue Phase der Verhandlungen der Unterstützung der französischen Regierung und Laroche's in Warschau zu versichern.

Nach einigen einleitenden Unterhaltungen in der polnischen Hauptstadt wurden die entscheidenden Gespräche nach Genf verlegt, wo während der Ratstagung des Völkerbundes Mitte Januar 1930 Zaleski und Schubert, Rauscher und der polnische Gesandte in Berlin, Roman Knoll, in mühseligen und langwierigen Debatten nach einer Lösung suchten. Für die gleichzeitige Schlußphase der Handelsvertragsverhandlungen hatte die deutsche Delegation eine für Polen wichtige wirtschaftliche Konzession mit nach Genf gebracht, die polnischen Vertreter zeigten sich dafür auf dem Liquidationsgebiet überraschend entgegenkommend. Daß die Verhandlungen noch bis in die letzten Januartage in Warschau sich hinzogen, lag nicht nur

⁷⁰⁾ Zu diesem Problem s. S. 231 ff.

am Widerstand der inneren Ressorts, sondern auch an Zwischenfällen, die durch außerordentlich taktlose deutsche Presseverlautbarungen mit Indiskretionen und falschen Angaben über die Liquidationsverhandlungen im Oktober und durch eine in den Zeitungen zu polenfeindlichen Kommentaren benutzte WTB-Meldung über Äußerungen Hindenburgs zur Korridorfrage entstanden waren. Der Kommentar, den Außenminister Zaleski am 1. Februar 1930 zum Liquidationsabkommen gab, durfte dennoch als ein erfreulicher Fortschritt im Sinne der deutschen Wünsche angesehen werden: minderjährige Erben und die Ehefrau als Vorerbin eines Rentengutes konnten ihren Besitz als gesichert betrachten; der heiß umkämpfte Begriff 'déli' wurde auf Fälle eingeschränkt, in denen Polen der Verzicht auf das Wiederkaufsrecht nicht zugemutet werden konnte. Er umfaßte nur noch Vergehen, die gegen den Staat gerichtet waren wie Fahnenflucht, Geheimbündelei, Entziehung von der Wehrpflicht, Verleitung dazu und andere staatsfeindliche Handlungen. Über das Erbrecht der Ansiedlersöhne, die für Deutschland optiert hatten, bekam Rauscher eine mündliche Zusicherung des polnischen Außenministers.

12) Die polnische Agrarreform

Hatte es nun zunächst den Anschein, als ließe die Opposition gegen das Liquidationsabkommen in Deutschland nach, so sorgte wie nur zu oft im Laufe deutsch-polnischer Verhandlungen ein neuer Zwischenfall dafür, diese Hoffnung alsbald zunichte zu machen. Unkluge Äußerungen des polnischen Agrarreformministers Staniewicz, die in Berlin geflissentlich verbreitet wurden, und die Veröffentlichung der Liste über die Güter, die im Jahre 1930 zur Agrarreform herangezogen werden sollten und durch die die deutschen Grundbesitzer in Polen sich benachteiligt fühlten, gaben den Gegnern des Vertrages ein neues Propagandamittel in die Hand. Die polnische Agrarreform in Posen und Pommerellen war in Deutschland seit mehreren Jahren mit Mißtrauen und Besorgnis verfolgt worden, und man hatte schon mehrfach in Berlin bei deutsch-polnischen Gesprächen die Befürchtung durchblicken lassen, sie

werde zu politischen Zwecken und einseitig zum Schaden der deutschen Grundbesitzer angewandt. Zur besseren Beurteilung des Gewichtes solcher deutscher Einwände ist ein kurzer Rückblick auf die Entwicklung des Problems in den Jahren seit 1925 notwendig.

Die Landreform war in einem überwiegend agrarischen Land wie Polen eine der dringlichsten innenpolitischen Aufgaben, denn in fast allen Provinzen gab es Millionen von landarmen oder landlosen Bauern, während der Großgrundbesitz über ein Fünftel bis ein Drittel des Bodens verfügte. Die Industrialisierung machte viel zu langsame Fortschritte, als daß sie genügend Arbeitskräfte vom Lande hätte abziehen können. Seit dem Wiederaufbau des polnischen Staates waren verschiedene Reformentwürfe diskutiert worden, das wichtigste Gesetz kam jedoch erst am 28. Dezember 1925 zustande. Danach sollten zehn Jahre lang jedes Jahr 200.000 ha Großgrundbesitz parzelliert werden, die Entschädigung erfolgte zu 40 % in bar, zu 60 % in Pfandbriefen. Den Besitzern blieb auf jeden Fall ein Restgut von 180 ha, in den östlichen Wojewodschaften mit ausgesprochenen Latifundien 300 ha, im städtischen Bezirken 60 ha. Dazu kamen Obstgärten, Wege, Gebäudefläche, Gewässer und größere Forsten, für besondere Kulturen (Zuckerrüben, Saatgut) konnten Zusatzflächen gewährt werden. Das Verfahren war folgendermaßen geordnet: bis zum 10. Januar eines jeden Jahres gab das Agrarreformministerium bekannt, wieviel Land in den einzelnen Wojewodschaften parzelliert werden mußte; es war dabei den Grundbesitzern überlassen, dies freiwillig zu tun. Stellte sich am Ende des Jahres heraus, daß die vorgeschriebene Fläche nicht aufgebracht war, bestimmte das Agrarreformministerium bis zum 10. Januar des nächsten Jahres auf einer öffentlich bekanntgegebenen Liste die Besitzer, denen Zwangsaufkauf angedroht wurde. Vorgenommen wurde dieser Zwangsaufkauf jedoch erst, wenn bis zum Ende dieses zweiten Jahres noch immer nicht parzelliert worden war.

Die erste solche Liste, die für das Jahr 1926 in den auf deutscher Seite allein interessierenden Wojewodschaften Posen und Pommerellen veröffentlicht wurde, schien einen Verdacht zu bestätigen, der in Deutschland sogleich beim Bekanntwerden des

Agrarreformgesetzes aufgetaucht war: daß die Reform in chauvinistischen Händen ein Mittel werden konnte, die deutsche Bevölkerung und den deutschen Einfluß in Polen weiter zu vermindern, indem einseitig der deutsche Großgrundbesitz zur Landabgabe gezwungen wurde, deutsche Landarbeiter bei der Verteilung der Parzellen jedoch unberücksichtigt blieben. Außerdem war die deutsche Minderheit der Auffassung, daß Pommerellen als kleinste Wojewodschaft in unverhältnismäßig großem Maße zur Agrarreform herangezogen wurde. Da hier etwa 60 % des Großgrundbesitzes in deutscher Hand waren (in Posen nur 36 %), wurde das Mißtrauen nur umso stärker. Von polnischer Seite wurde dagegen geltend gemacht, daß gerade Posen und Pommerellen mit zusammen etwa 8.000 ha pro Jahr von 1927-1930 stets nur sehr kleine Auflagen erhalten hatten im Vergleich zu den 200.000 ha, die für ganz Polen vorgesehen waren. Das wichtigste und auch nach internen deutschen Aufzeichnungen in weitem Umfang zutreffende polnische Gegenargument war, daß alle anderen Wojewodschaften jedes Jahr freiwillig mehr parzellierten als verlangt wurde und nur in Posen und Pommerellen die Aufstellung von Listen und die Androhung von Zwangsankauf überhaupt notwendig war, weil die deutschen Großgrundbesitzer sich in der Mehrzahl der Fälle weigerten zu parzellieren⁷¹. Nach polnischen Angaben sind von 1925 bis 1929 in den beiden westlichen Wojewodschaften zusammen 29.287 ha polnischer und 31.456 ha deutscher Besitz parzelliert worden; der Anteil der freiwilligen Abgaben betrug in Posen bei polnischem Besitz 13.611 ha, bei deutschem nur 2.081 ha, in Pommerellen war das Verhältnis noch schlechter: 0.056 zu 713 ha - daher sei es zu erklären, daß auf den Namenlisten oft der deutsche Besitz überwiege⁷²). Anknüpfend an diese Namenlisten hatte die deutsche Minderheit 1926 und 1927, dann wieder 1929 und 1930 Eingaben an den Völkerbund gerichtet wegen einseitiger Anwendung des Gesetzes gegen die deutsche Bevölkerung Polens⁷³). Den ersten Beschwerden ist nicht statt-

71) Bericht Posen vom 20. Juli 1927 und vom 25. Aug. 1927. AA GW R Aufzeichnung v. Schacks vom 6. Febr. 1930. - Tel. 30 Warschau vom 18. Febr. 1930. AA St. S. Bpol, 9.

72) Interview des polnischen Agrarreformministers vom 21. Febr. 1930. AA RM 10, 11. Vgl. auch S. 237-238.

73) Aufzeichnung Trautmanns vom 30. April 1930. AA RM 10, 11.

gegeben worden mit Rücksicht auf die polnischen Angaben über die freiwillige Parzellierung. Auch ein guter Kenner dieser Verhältnisse, der deutsche Generalkonsul Vassel in Posen, hatte eine ganze Reihe von Bedenken gegen die Beschwerden - allerdings auf seine Bitte "nur für den inneren Dienstgebrauch", da sie "in der deutschen Öffentlichkeit in Polen...übelgenommen" würden. Er verkannte durchaus nicht, daß die Agrarreform eine gefährliche Waffe in polnischer Hand sein konnte und daß ein gewisser Protest der Minderheit dagegen vielleicht angebracht war. Doch war er mit seinen Berichten bestrebt zu verhüten, "daß die eigenen Leute Opfer der eigenen Propaganda" werden. Bei genauerer Betrachtung hatte sich doch gezeigt, daß für die Jahre 1927 und 1928 das Verhältnis zwischen deutschem und polnischem Besitz längst nicht mehr so ungünstig war und viel besser der wirklichen Verteilung entsprach. Außerdem war bis Ende 1928 kein einziger Hektar tatsächlich zwangsparzelliert worden, auch 1929 geschah das nur in ganz geringem Maße; dazu wuchs in Polen selbst der Widerstand gegen die Agrarreform: es fehlten Geld und wirklich befähigte Ansiedler für die Parzellen, so daß auch noch ein Rückgang der Erträge zu fürchten war. Nach Vassels Berichten war es ihm in Posen "unter Ausnützung günstiger persönlicher Konstellationen" gelungen, Nachteile für die deutschen Großgrundbesitzer überhaupt zu verhindern, und bei einiger Geschicklichkeit hoffte er das auch für die Zukunft. Von den 1926 und 1927 eingereichten Beschwerden der Minderheit, die der Generalkonsul sachlich nicht für gerechtfertigt hielt, befürchtete er dagegen nur polnische Verärgerung, die sich dann viel eher in einer Benachteiligung der Deutschen äußern könne; der Wojewode von Posen fühle sich durch die Eingaben an den Völkerbund "schwer verletzt".⁷⁴⁾

Deutschland hatte formell natürlich keine Möglichkeit, bei der polnischen Regierung wegen der Handhabung eines polnischen Gesetzes gegenüber polnischen Staatsbürgern Vorstellungen zu erheben. Erst in der überhitzten Atmosphäre des Kampfes um das Liquidationsabkommen in den ersten beiden Monaten des Jahres 1930 ließ sich das Auswärtige Amt von der Opposition unter Druck setzen, in Warschau

74) Berichte Posen vom 18. Jan. 1927; 20. Juli 1927; 25. Aug. 1927; 1. Okt. 1927; 23. Febr. 1928; 24. Okt. 1928. AA GW R 1a, 1.

einen Vorstoß wegen der Agrarreform zu unternehmen. Den Anlaß boten einerseits in Berliner parlamentarischen Kreisen lebhaft erörterte Äußerungen des polnischen Agrarreformministers, daß das deutsch-polnische Abkommen keinerlei Einfluß auf die Behandlung der Minderheit haben und Polen so lange nicht ruhen werde, bis der polnische Besitz im Westen wieder auf den Stand von 1772 gebracht sei⁷⁵⁾. Andererseits wurde wie üblich am Anfang des Jahres in Polen die Liste mit den Namen derjenigen Besitzer veröffentlicht, die zur Parzellierung gezwungen werden sollten. Deutscher Besitz war diesmal mit 10.655 ha wieder stärker belastet als in den vergangenen drei Jahren, wenngleich nicht mehr als die Minderheit von vornherein angenommen hatte: sie rechnete mit einer Abgabe von 12.500 ha im Jahr. Für die deutschen Rechte war es dennoch Grund genug, einen neuen Propagandafeldzug gegen das Liquidationsabkommen einzuleiten⁷⁶⁾, auch der Reichspräsident verlangte in seinem erwähnten Brief an Curtius die Sicherung des deutschen Besitzes vor der polnischen Agrarreform. Die Opposition arbeitete mit der Behauptung, daß durch die Agrarreformmaßnahmen die jetzt unter großen Opfern von der Liquidation befreiten 55.000 ha deutschen Besitzes in wenigen Jahren in polnische Hand zurückfließen würden. Das Auswärtige Amt war im Grunde durchaus imstande zu erkennen, daß dies überhaupt kein Argument gegen den Vertrag vom 31. Oktober 1929 war: die Agrarreform betraf zunächst die 12.000 Ansiedlerstellen und den städtischen Besitz gar nicht, und die 55.000 ha geretteter Großgrundbesitz wären ohne das Abkommen durch die Liquidation sowieso verloren gewesen, und zwar neben der jährlichen Landabgabe für die Agrarreform. Von Polen zu verlangen, die von der Liquidation freigegebenen großen deutschen Güter überhaupt nicht zur Agrarreform heranzuziehen, hätte die Schaffung eines privilegierten reichsdeutschen Grundbesitzes in Polen bedeutet und war ihm kaum zuzumuten. Bei der Übersicht über die gesamte Bodenfläche, die sich noch in deutscher Hand befand, ergab sich auch, daß der Schaden durch die Agrarreform sich

75) Tel. 26 an Warschau vom 17. Febr. 1930. Tel. 30 Warschau vom 18. Febr. 1930. AA St. S. Bpol, 9.

76) Die Zeitungsartikel trugen Schlagzeilen wie "Der neue polnische Raubzug gegen den deutschen Grundbesitz" (DAZ vom 15. Febr. 1930; Der Tag vom 16. Febr. 1930).

in Grenzen hielt: selbst wenn man die von der Minderheit angenommene Höchstziffer von 12.500 ha jährlicher Abgabe zugrundelegte, was in den zehn Jahren der Geltung des Gesetzes 125.000 ha bedeutete, so blieben von den 618.000 ha deutschen Besitzes zusammen mit der von der Liquidation befreiten Fläche noch immer weit über eine halbe Million Hektar übrig. Umso sonderbarer ist es, daß das Auswärtige Amt zunächst den Argumenten der Opposition aufgesessen ist und gegen die erwähnte Behauptung nichts einzuwenden wußte⁷⁷⁾. Rauscher bekam daher am 18. Februar 1930 von Curtius die Weisung, bei Zaleski wegen der übermäßigen Belastung des deutschen Besitzes in Posen und Pommerellen durch die Agrarreform und wegen der Äußerungen Staniewicz's offizielle Vorstellungen zu erheben. Curtius wollte sich auch nicht mehr mit mündlichen Zusicherungen begnügen, die Zaleski schon im November 1929 gegeben hatte, sondern verlangte eine polnische Erklärung in Notenform, ohne die er für das Liquidationsabkommen im Reichstag keine Chancen sah⁷⁸⁾. Rauscher gab seiner Verwunderung über eine solche Zumutung in einem Brief an den Reichskanzler deutlich Ausdruck:

"Die Leute im Amt, welche das diplomatische Geschäft verstehen, ringen ja überhaupt schon seit Wochen die Hände angesichts all dessen, was mir hier an Aufträgen zugemutet wird. Es ist wohl außer Vergleich mit den Anforderungen, die man an andere Gesandte stellt". 79)

Wenn es Rauscher überhaupt gelang, in einer Lage, in der sonst "jeder Gesandte mit ähnlichen Forderungen vor die Tür gesetzt worden wäre", einen Erfolg zu erlangen, so ist das ausschließlich seiner persönlichen vertrauensvollen Stellung zu den polnischen Ministern und seinem überlegenen diplomatischen Geschick zu danken gewesen. Er bekam von Zaleski die erneute Zusicherung - mit der Ermächtigung, sich später darauf zu berufen - daß Polen nicht daran denke, die Agrarreform zu einer Waffe gegen die Minderheit zu machen, außerdem die vertrauliche Mitteilung, daß eine Novelle zum Agrarreformgesetz nur noch 100.000 ha jährlich zur Parzellierung vorsehe. Für die Öffentlichkeit gab Staniewicz der Nachrichtenagentur Iskra am 21. Februar ein mit Rauscher bespro-

77) Tel. 13 an Warschau vom 29. Jan. 1930. AA St.S. Bpol, 9.

78) Tel. 30 an Warschau vom 18. Febr. 1930. AA St.S. Bpol, 9.

79) Brief an Hermann Müller vom 19. Febr. 1930. SPD Nachlaß Hermann Müller.

chenes ausführliches Interview, in dem er ausdrücklich versicherte, daß für die Agrarreform keinerlei politische Tendenzen maßgebend seien und Polen nicht daran denke, den von der Liquidation freigegebenen Besitz auf diese Weise in die Hand zu bekommen⁸⁰⁾. Der Minister sagte Rauscher schließlich noch zu, in Zukunft bei deutschen Gütern die Zusatzflächen über 180 ha hinaus reichlicher bemessen zu wollen⁸¹⁾.

Zur gleichen Zeit, als dieses Hindernis für die Ratifikation des Liquidationsabkommens beseitigt worden war, gelangte die Reichsregierung auch zu der Überzeugung, daß der Vertrag mit Polen nicht wie von manchen Seiten behauptet wurde, verfassungsändernd war und einer Zweidrittelmehrheit im Reichstag bedurfte. Mit einem deutschen Erfolg endeten schließlich heftige Zusammenstöße zwischen der deutschen und der polnischen Delegation auf der zweiten Haager Konferenz im Januar 1930. Polen hatte versucht, das Liquidationsabkommen zu einem festen Bestandteil der Haager Verträge zu machen, damit auf diese Weise der deutsch-polnische Ausgleich in den Rahmen der allgemeinen europäischen Ordnung eingefügt würde und Polen endlich die Isolierung überwand, in die es durch den Dawes-Plan und mehr noch in Locarno geraten war. Die deutsche Delegation wußte dies zu verhindern, und der Konferenz wurde lediglich vom Abschluß des Abkommens offiziell Kenntnis gegeben. Die erste Lesung im Reichstag fand am 11. Februar 1930 statt, und hier kam es noch einmal zu stürmischen Auseinandersetzungen mit allen bekannten Argumenten. Nach der zweiten Beratung am 6. März sprachen sich bei der Abstimmung am 12. Sozialdemokraten, Demokraten, Volkspartei und der überwiegende Teil des Zentrums für das Abkommen aus, dagegen stimmten DNVP, Christlich-nationale Arbeitsgemeinschaft, Wirtschaftspartei, Nationalsozialisten und Kommunisten⁸²⁾. In Polen verzögerte sich aus innerpolitischen Gründen die Ratifikation noch um ein ganzes Jahr. Kurze Zeit nach der Annahme des Gesetzes im Reichstag war die Sejm-Session in Warschau geschlossen worden, und Piłsudski hatte die Absicht geäußert,

80) AA RM 10,11.

81) Tel. Warschau (ohne Nr.) vom 19. Febr. 1930. AA GW R 1a,3.

82) Verhandlungen des Reichstags. Stenographische Berichte. Bd. 426.

das Kabinett Sławek sollte zunächst einige Monate ohne das Parlament regieren. Das Schicksal internationaler Verträge war auf diese Weise ganz unsicher geworden, und die in Erwägung gezogenen Aushilfsmittel schienen wenig erfolgversprechend: die Opposition würde sich wohl zu einer außerordentlichen Sejm-Session nur zur Ratifikation einer Reihe von internationalen Abkommen nicht verstehen, sondern die erste Sitzung zum Sturze der Regierung benutzen. Überlegungen, wie weit man das deutsch-polnische Abkommen ohne die Zustimmung des Parlaments in Kraft setzen könne, blieben ohne Ergebnis. Erst im Januar 1931 leitete die Regierung einem inzwischen ihren Wünschen besser entsprechenden Sejm die Haager Verträge und das deutsch-polnische Abkommen zu. Die Auseinandersetzungen, besonders in der großen Debatte am 11. März, waren nicht minder heftig als im Reichstag, doch wurde auch hier der Vertrag mit den Stimmen des Regierungsblocks, der PPS und der nationalen Minderheiten gegen Zentrum und Rechte angenommen⁸³⁾. Am 21. April 1931 endlich wurden dann die Ratifikationsurkunden des so lange und heiß umstrittenen Abkommens ausgetauscht.

83) Krasuski, Bd. II, S. 205-209.

II. Der Handelsvertrag

Das zweite Hauptproblem deutsch-polnischer Verhandlungen zwischen 1925 und 1930 stellte der Handelsvertrag dar, und wenn ein polnischer Historiker urteilt, auf keinem Gebiete habe sich das Dilemma im Verhältnis zwischen beiden Ländern so deutlich und zugleich so verhängnisvoll gezeigt als auf dem der gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen¹⁾, so ist dem nichts hinzuzufügen. Es hat wohl nur wenige Handelsverträge gegeben, um die so lange und so erbittert gekämpft worden ist und die in solchem Maße von rein politischen Zielen abhängig und bestimmt waren. Hinter dem Wort "Handelsvertragsverhandlungen" verbirgt sich ja auch ein neunjähriger schwerer Wirtschaftskrieg, der seine Wurzeln nicht so sehr in unvereinbaren wirtschaftlichen Interessengegensätzen als vielmehr in den grundsätzlichen politischen Streitfragen zwischen Deutschland und Polen hatte, die in den vorangegangenen Kapiteln dargestellt oder wenigstens angedeutet sind.

1) Der Ausbruch des Wirtschaftskrieges

Die wirtschaftliche Bedeutung der Handelsbeziehungen zwischen Polen und Deutschland ist auch in neuerer Zeit mehrfach gewürdigt worden²⁾, so daß sie hier nur noch einmal ganz kurz umrissen zu werden braucht. Im Jahre 1924 stand Deutschland weit an der Spitze aller Handelspartner Polens: 43,2 % der polnischen Ausfuhr gingen in das westliche Nachbarland, 34,4 % der polnischen Einfuhr kamen von dort; es gab nur wenige Waren von Bedeutung, bei denen Deutschland nicht die erste Stelle als Lieferant oder Abnehmer einnahm. Der deutsche Außenhandel war nicht in diesem hohen Maße auf ein einziges Land konzentriert, die Anteile der einzelnen Partner waren sehr viel geringer; immerhin stand Polen mit 4,9 % unter den europäischen Ländern an vierter Stelle im deutschen Import, als Abnehmerland mit 6 % sogar an dritter: es hatte 1924 deutsche Waren im Werte von 399,6 Millionen Reichsmark bezogen.

1) Krasuski, Bd.II, S.77.

2) Vgl. Böhme (Zeitschrift für Ostforschung.12.1963.S.500-518); Krasuski, Bd.I, S.474-509; Puchert, S.11 ff.

Wenn daraus auch hervorgeht, daß die Bedeutung des wirtschaftlichen Austausches für Polen um vieles größer war als für Deutschland, so darf doch nicht übersehen werden, daß die deutsche Industrie bei der damaligen Wirtschaftslage des Reiches und den hohen Reparationslasten auf den polnischen Markt nur schwer verzichten konnte; die lange gemeinsame Grenze, verhältnismäßig kurze Transportwege und das deutsche Interesse am Transit nach Ostpreußen und vor allem der Sowjetunion ließen ebenfalls einen regen Handelsverkehr nützlich erscheinen. Mit Ausnahme der Kohleförderung, einzelner Zweige von Metallurgie, Chemie und Holzverarbeitender Industrie bestand auch zunächst keine scharfe Konkurrenz, sondern die Wirtschaftsstrukturen beider Länder ergänzten sich: Polen lieferte überwiegend Rohstoffe, Halbfabrikate und landwirtschaftliche Erzeugnisse nach Deutschland, während es selbst hochwertige Industriegüter kaufte.

Bei allen diesen Angaben ist schließlich nicht zu vergessen, daß sie sich auf eine Zeit beziehen, in der der Handel nicht durch einen die Interessen beider Partner voll berücksichtigenden Vertrag geregelt war, sondern von einigen allgemeinen Vorschriften des Friedensvertrages, die einseitig Deutschland belasteten. Bei normalen Verhältnissen war durchaus ein sehr viel lebhafterer wirtschaftlicher Austausch vorauszusehen. Die wichtigste der wirtschaftlichen Bestimmungen in den Artikeln 264-267 des Versailler Vertrages war die einseitige Gewährung der Meistbegünstigung durch Deutschland an alle alliierten und assoziierten Staaten, darunter auch Polen, bis zum 10. Januar 1925.³⁾ In der Oberschlesien-Konvention von 1922 war außerdem vorgesehen, daß Deutschland nach Arti-

3) Das bedeutete vor allem eine erhebliche Erschwerung der deutschen Ausfuhr und im wesentlichen den Verzicht auf den Abschluß von Handelsverträgen für diese Jahre. Hätte Deutschland mit einem wichtigen Handelspartner einen Vertrag geschlossen mit günstigen Zöllen und Niederlassungsbedingungen, wäre es wegen der Meistbegünstigungsklausel verpflichtet gewesen, diese Vorteile allen alliierten und assoziierten Staaten einzuräumen. Dafür jedoch, daß so viele Staaten und mögliche Konkurrenten dieselben Rechte genießen würden, gewährte kaum ein Land Deutschland seinerseits wirtschaftliche Konzessionen und Einfuhrerleichterungen. Das Fehlen von Handelsverträgen in den ersten Nachkriegsjahren bedingte so auch eine große Unsicherheit für den deutschen Export.

kei 224 drei Jahre lang, also bis zum 15. Juni 1925, die zollfreie Einfuhr von Waren aus dem polnisch gewordenen Landesteil gestatten müsse in einer Höhe, die dem Jahresdurchschnitt von 1911-1913 entsprach. Danach wurde eine Kontingentsliste mit den einzelnen Gütern aufgestellt, deren wichtigstes und schließlich den Streit auslösendes die Kohle war: es kamen im Monat ungefähr 500.000 Tonnen Steinkohle aus Polnisch-Oberschlesien zollfrei nach Deutschland, was natürlich der polnischen Handelsbilanz sehr zugute kam. Als 1925 dann diese einseitigen Vorteile für Deutschlands ehemalige Kriegsgegner nacheinander erloschen, ergab sich auch für Polen die Notwendigkeit, Verhandlungen über einen Handelsvertrag mit Deutschland anzuknüpfen.

Sie begannen nach längerem deutschen Zögern Anfang Januar 1925 in Berlin und hatten ein am 13. Januar vereinbartes Provisorium zum Ergebnis, das bis zum 1. April im wesentlichen den bisherigen Zustand aufrechterhielt. Am 1. März sollten neue Verhandlungen über einen endgültigen und umfassenden Handelsvertrag beginnen, die indessen bis zum Juni keine Fortschritte gemacht hatten, es war in keinem Punkte eine Übereinstimmung erreicht worden. Der Grund dafür lag dabei ganz überwiegend in der Hoffnung auf deutscher Seite, mit dem Herannahen des von Polen gefürchteten 15. Juni 1925, d.h. dem Ablauf der deutschen Verpflichtung, die ober-schlesische Kohle zollfrei auf den deutschen Markt zu lassen, werde Deutschland von Polen immer günstigere Bedingungen im geplanten Handelsabkommen erzwingen können. Es folgten die bekannten und vielerörterten Maßnahmen und Gegenmaßnahmen, die den unheilvollen Wirtschaftskrieg einleiteten: am 19. Mai verordnete die polnische Regierung gegen den Widerstand ihrer Handelsvertragsdelegation eine Reihe von Zollerhöhungen, die sich formell gegen alle Länder richteten, die keinen Handelsvertrag mit Polen besaßen, vorwiegend aber den deutschen Außenhandel trafen. Immerhin war dies eine Maßnahme Grabskis, die hauptsächlich zur Stützung der Währung und der polnischen Handelsbilanz gedacht war und nur für etwa drei Monate gelten sollte, bis die Ernte wieder höhere Überschüsse in der Ausfuhrbilanz bewirken würde. Der nächste Schritt auf deutscher Seite war die Anweisung des Reichswirtschaftsmini-

steriums vom 12. Juni an den Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligung, daß die bisher zollfreien Waren aus Polnisch-Oberschlesien vom 15. Juni an nicht nur zollpflichtig, sondern auch den damals noch bestehenden deutschen Einfuhrverboten unterliegen würden. Bei derartigen Gütern war der Import nicht grundsätzlich verboten, sondern nur in jedem einzelnen Falle von einer besonderen Genehmigung abhängig, die für in der deutschen Industrie unentbehrliche Waren erteilt werden konnte, für Polens Hauptexportartikel, die Kohle, aber von Anfang an gänzlich untersagt war. Die polnische Antwort stellte ein am 20. Juni bekanntgegebenes, vom 24. an wirksames Einfuhrverbot für eine große Zahl aus Deutschland stammender Waren dar, worauf im Reich am 1. und 8. Juli die gleiche Maßnahme gegen polnische Waren folgte, am 2. Juli außerdem eine Reihe von Kampfzöllen auf polnische landwirtschaftliche Produkte und Holz. Die polnische Regierung erweiterte am 19. Juli noch einmal ihre Verbotsliste für Waren deutscher Herkunft⁴⁾. Der Wirtschaftskrieg war in vollem Gange.

Die Aufnahme dieser Entwicklung im deutsch-polnischen Verhältnis war auf beiden Seiten der Grenze sehr verschieden, und trotz der im Sommer sowieso schon gespannten Beziehungen löste die neue Verschärfung nirgends einhellige Zustimmung aus. In Berlin wurde nicht einmal im Auswärtigen Amt eine einheitliche Auffassung vertreten. Welche Hoffnungen dort an den wirtschaftlichen Ruin Polens, den man durch den Zollkrieg nur zu beschleunigen hoffte, geknüpft wurden, ist im Rahmen der Anleiheverhandlungen bereits dargestellt worden. Im Falle Oberschlesiens schien es durch eine Sperrung der deutschen Grenze für seine Kohlen besonders leicht, den "wirtschaftlichen Unsinn" der Teilung des Industriegebiets und die Notwendigkeit seiner Rückkehr zu Deutschland zu zeigen. War Polnisch-Oberschlesien durch die Ausfuhrsperrre erst einmal abgeschnitten und sich selbst überlassen, würde es bald vollständig verfallen. Daß ein so radikales Mittel auch der deutschen Bevölkerung und dem deutschen Kapital in Ostoberschlesien schweren Schaden zufügen müßte, wurde zwar nicht übersehen, aber doch nicht als Hinderungsgrund betrachtet: bei noch lange fortdauernder pol-

4) Zu den einzelnen Warenarten s. Puchert, S. 56-57.

nischer Herrschaft ließen sich die Deutschen in Ostoberschlesien sowieso nicht halten⁵⁾. Mit dem Herannahen des 15. Juni und damit des wirtschaftlichen Bruches aber wurde jedenfalls an höchster Stelle in der Wilhelmstraße eine gewisse Skepsis fühlbar. Stresemann notierte an diesem Tage:

"Die außenpolitischen Dinge drängen sich zusammen...völlig unklar ist schließlich der Fortgang der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen. Wir können einen Zollkrieg nicht brauchen, denn wir exportieren für 400 Millionen Mark Waren nach Polen. Andererseits können wir aber auch die polnische Kohle nicht ungehemmt hereinlassen, denn gegenwärtig haben wir in Deutschland eine Kohlenkrise in größtem Maßstab, und in Waldenburg herrscht infolgedessen beinahe Hungersnot. Einen Ausweg aus dieser Situation zu finden, wird sicherlich außerordentlich schwer sein, zumal die Presse ganz überwiegend auf Seiten der deutschen Kohlenindustrie (Hugenberg) steht und man mit dem Gedanken eines wirtschaftlichen Bruches mit Polen spielt. Als wenn wir in der heutigen Situation auf derartige Ausfuhrmengen verzichten könnten !..." 6)

Auch Rauscher, der noch am 15. Juni nach einer Unterhaltung mit dem polnischen Außenminister ein von Skrzyński vorgeschlagenes vorläufiges Abkommen in Berlin sehr empfohlen hatte⁷⁾, erblickte zunächst für Deutschland mehr Nachteile als Vorzüge in dem bevorstehenden Handelskrieg. An erster Stelle stand die Schädigung der deutschen Industrie, die einen großen Markt an ihre Konkurrenten, besonders die Tschechoslowakei und Oesterreich, verlieren würde, den nach der Beendigung des Kampfzustandes wiederzuerobern erhebliche Zeit und Mühe kosten konnte, wenn das überhaupt in vollem Umfange gelang. Danzig, das ja zum polnischen Zollgebiet gehörte, mußte unter einer Absperrung vom Handel mit Deutschland schwer zu leiden haben, ebenso Ostoberschlesien, wo schließlich auch die

5) Aufzeichnung Ritters vom 13. Nov. 1924. AA Nachlaß, Politische Schriftstücke, 4.

6) AA Nachlaß, 272. Ähnliche Bedenken äußerte Stresemann auch in der Kabinettsitzung am 30. Juni 1925: die deutsche Kultur in Oberschlesien werde in kurzer Zeit vernichtet, was außenpolitisch gefährlich sei, da damit einer künftigen Entscheidung über das umstrittene Gebiet in einer für Deutschland ungünstigen Weise präjudiziert werde. Mit dem Ausschluß der oberschlesischen Industrie vom deutschen Markt setze sich Deutschland außerdem in Widerspruch zu seinen eigenen Behauptungen, daß nämlich dieses abgetrennte Industriegebiet für das Reich unentbehrlich sei. Protokoll der Kabinettsitzung. BA R 43I, Nr. 1109.

7) Tel. 137 Warschau vom 15. Juni 1925. AA RM 10, 3.

deutschen Unternehmungen zusammenbrechen und in großer Zahl deutsche Arbeiter und Angestellte entlassen würden. Daß die Atmosphäre eines schweren Wirtschaftskrieges die Lage der gesamten deutschen Bevölkerung in Polen nicht erleichterte, war ohne weiteres vorauszusehen; nach Rauschers Ansicht waren trotz des damaligen unerfreulichen Zustandes noch wesentliche Verschärfungen bei polnischen Maßnahmen auf diesem Gebiete möglich⁸⁾.

Daß der Zollkrieg auch in wichtigen Zweigen der deutschen Exportindustrie nicht begrüßt wurde, war selbstverständlich; die meisten Klagen kamen aus Niederschlesien und Westoberschlesien. Die westoberschlesische Kohlenindustrie war nicht in der Lage, bei Vollbeschäftigung die übrige Industrie in diesem Gebiet mit genügend billiger Kohle zu versorgen, ohne die sie nicht konkurrenzfähig war. Auch die niederschlesische Industrie, die nach dem Verlust des russischen vollkommen auf den nahegelegenen polnischen Markt angewiesen war, erlitt durch die Grenzsperrre höchst bedenklichen Schaden. Sie verbrauchte nicht nur in großen Mengen ostoberschlesische Kohle und Eisen, sondern verlor einfach die Absatzmöglichkeit für zwei ihrer wichtigsten Güter, Textilien und Maschinen vieler Arten. Selbst Hamburg beklagte sich, daß die polnischen Importeure Waren aus Übersee immer mehr über Danzig bezögen⁹⁾.

Uneingeschränkte Zustimmung fand der Wirtschaftskrieg nur in einzelnen Zweigen der deutschen Industrie, ganz besonders bei den Kohlenkonzernen. Auf diesem Gebiet herrschte seit Beginn des Jahres 1925 eine schwere Absatzkrise in allen deutschen Revieren, die die Haldenbestände rasch anwachsen ließ und außerordentlich viele Feierschichten notwendig machte. Die Forderung, ausländische Kohle in dieser Situation vom deutschen Markt auszuschließen, war daher bis zu einem gewissen Grade verständlich. In Polen mußte es aber natürlich übel vermerkt werden, daß englische Kohle weiterhin in großem Umfang nach Deutschland kam, weil eine Sperrung der englischen Kohleneinfuhr aus wirtschaft-

8) Aufzeichnung Rauschers vom 23. Juni 1925. AA Nachlaß, Politische Schriftstücke, 6.

9) Puchert, S. 62; S. 102 ff.

lichen und politischen Gründen sich damals für das Reich von selbst verbot. Nicht ohne Befriedigung betrachtete auch die westoberschlesische Hüttenindustrie die Ausschaltung der Konkurrenten aus Polnisch-Oberschlesien.

Überwiegend aus politischen Gründen fand der Ausbruch des Wirtschaftskampfes in der Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen und bei einem großen Teil der deutschen Minderheit in Polen ungeteilten Beifall. Deutsche Berichte aus Danzig und Posen betonten immer wieder, daß der Zollkrieg trotz der schweren Schäden für Danzigs Handel und die deutsche Land- und Forstwirtschaft in Posen und Pommern der erste Schritt der deutschen Nachkriegspolitik gegenüber Polen sei, der von den Deutschen vorbehaltlos begrüßt werde. Die einzige Befürchtung ginge dahin, daß Deutschland den Kampf nicht radikal genug führen und zu früh abbrechen könnte: die Spekulationen auf den wirtschaftlichen und daraus folgenden politischen Zusammenbruch Polens, den das Reich durch einen unerbittlichen Zollkrieg und die Verhinderung von Auslandsanleihen befördern sollte, spielten hier bei der Minderheit eine ebenso große Rolle wie zeitweise in der Wilhelmstraße. In einer merkwürdigen Verkenntnis ihrer Lage glaubten offenbar große Teile der in Polen lebenden Deutschen, ihre Zukunft nur von der "völligen Niederringung Polens" erwarten zu können: allein der vollkommene wirtschaftliche Ruin, in seinem Gefolge kommunistische Unruhen in Kongreßpolen und Galizien sowie eine Autonomiebewegung im alten preußischen Teilgebiet würden die polnische Regierung zu einer Änderung und "Loyalisierung" ihrer minderheitenfeindlichen Politik zu zwingen vermögen¹⁰⁾.

- 10) Bericht IG 1656/25 11 Danzig vom 25. Nov. 1925. K170/3726/K02599-91. Bericht IG 1839 Danzig vom 30. Dez. 1925. K170/3726/K026063-1. Bericht Posen vom 27. Jan. 1926. K170/3726/K026122 ff. Danzigs Senatspräsident Sahn schrieb am 14. Sept. 1925 an Reichskanzler Luther, er habe dem Chef der deutschen Delegation für die Handelsvertragsverhandlungen, Lewald, erklärt, "daß seine Mission eine welthistorische Bedeutung habe, von deren geschichtlicher Erfüllung viel mehr abhängt als eine Regelung gegenwärtiger Wirtschaftsbeziehungen, sondern vielleicht die Basis für die künftige Gestaltung der Ostgrenzen Deutschlands..." Sahn hatte diese Mahnung für notwendig gehalten, weil er in Lewald einen zu nachgiebigen Unterhändler zu finden glaubte. BA R 43I, Nr. 1106.

Auch in Polen hatte es zunächst keine einheitliche Auffassung gegeben; vornehmlich die Handelsvertragsdelegation und die Vertreter der meisten Ministerien empfahlen eine passive Haltung angesichts der deutschen Grenzsperre und weitere Verhandlungen mit dem Ziel, die polnischen Ausfuhrmöglichkeiten nach Deutschland wiederzugewinnen¹¹⁾. Mehr und mehr setzte sich aber die Meinung durch, die Herausforderung anzunehmen und den deutschen Export nach Polen zu unterbinden: es war nicht sicher, ob polnische Nachgiebigkeit in Deutschland nicht eher als Furcht vor einem kräftemessen gewertet und als Ermutigung zu immer radikaleren Maßnahmen verstanden worden wäre. Auch die Warschauer Presse schwenkte bald auf diese Linie ein und appellierte an den Patriotismus der Polen, auch unter Opfern gegen den deutschen Angriff zusammenzustehen¹²⁾. Daß diese Opfer bei der ohnehin schlechten Wirtschaftslage Polens außerordentlich schwer sein würden, wurde indessen an keiner Stelle verkannt. Am katastrophalsten war die Lage in Ostoberschlesien, wo im Bergbau und fast allen Industriezweigen zahlreiche Betriebe stillgelegt und die Arbeiter entlassen werden mußten¹³⁾; die dadurch entstandene unzufriedene und erregte Stimmung war innerpolitisch nicht ganz unbedenklich. In Posen und Pommerellen wurde in erster Linie Land- und Forstwirtschaft hart betroffen. Die polnische Regierung mußte trotz der schwierigen Haushaltslage mit Steuervergünstigungen und Frachttarifsenkungen auf der Staatsbahn für die oberschlesische Industrie helfen, ebenso mit Unterstützung für Arbeitslose und Kurzarbeiter in Oberschlesien. Die Ausfuhrsperre bedingte außerdem einen empfindlichen Rückgang der Devisenbestände, und zunächst einmal verschlechterten sich durch den Wirtschaftskampf in gewissem Maße auch die polnischen Aussichten auf eine Auslandsanleihe. Einige, zum Teil noch im Aufbau befindliche Zweige der polnischen Industrie dagegen konnten sich von der Handelssperre Schutz vor der deutschen Konkurrenz und eine ungestörte Entwicklung versprechen. Polen bekam auch das von Stresemann gefürchtete Propagandamittel gegen die deutschen

11) Grabski, S.171 ff.

12) Tel.130 Warschau vom 13.Juni 1925. AA RM 10,3.

13) Einzelheiten s. bei Puchert, S.83 ff.

Grenzrevisionsforderungen in die Hand: jetzt, da Deutschland sich selbst von der oberschlesischen Produktion abspernte, war die Theorie sehr leicht als haltlos zu erweisen, es könne ohne dieses Industriegebiet nicht existieren. Der wichtigste Vorteil, den Polen sich von der wirtschaftlichen Auseinandersetzung mit Deutschland versprach, würde jedoch erst nach längerer Zeit sichtbar werden: eine größere wirtschaftliche Unabhängigkeit von seinem westlichen Nachbarland und die Anknüpfung guter Handelsbeziehungen zu anderen Staaten. Die einseitige Bindung des polnischen Außenhandels an Deutschland wurde in Polen in zunehmendem Maße als belastend und unerträglich empfunden, hauptsächlich, weil bei der 1925 und 1926 kaum verhüllten politischen Feindschaft beider Länder der überlegene deutsche wirtschaftliche Einfluß und die ständige Gefahr seiner Ausnutzung zu politischen Zwecken Furcht einflößten.

2) Die Handelsvertragsverhandlungen bis zum Abbruch im Frühjahr 1927

Auf das sorgfältigste wurden während der Sommermonate des Jahres 1925 in Deutschland wie in Polen die ersten Auswirkungen des Wirtschaftskrieges auf die Gegenseite beobachtet. Das war, jedenfalls in Berlin, von einer gewissen Bedeutung für die für September vorgesehene Wiederaufnahme der Handelsvertragsverhandlungen: damals herrschte hier noch überwiegend Optimismus, Polen werde sich nach den ersten schweren Schädigungen seiner Wirtschaft nachgiebiger zeigen. Dies wurde weniger auf dem Handelsgebiet selbst erwartet, wo Polen sich zum Schutze seiner Handelsbilanz und vor allem der wankenden Währung fast restlos vom Import abgeschlossen hatte, nicht nur gegenüber Deutschland, sondern auch bei anderen Ländern. Hier war zunächst nicht abzusehen, wie eine Grundlage für den Handelsvertrag gefunden werden könnte. Umso nachdrücklicher versuchte man auf deutscher Seite, politische Fragen mit dem Handelsvertrag zu verknüpfen. Nachdem der Optantenstreit in Locarno beigelegt worden war, boten sich ganz besonders Liquidationen und Wiederkaufsrecht dafür an¹⁴⁾. Ebenfalls nicht rein wirtschaftlicher Natur war das Problem der Nie-

14) Siehe S. 192 ff.

derlassung deutscher Staatsangehöriger zu wirtschaftlichen Zwecken in Polen, von dem noch zu sprechen sein wird - auch hier glaubte Deutschland, nur bei steigendem Druck auf Polen die gewünschten Zugeständnisse erlangen zu können.

Bei den im September 1925 in Berlin begonnenen Verhandlungen hatte die polnische Delegation zur raschen Beendigung des Kampfzustandes und um Zeit zur ungestörten Arbeit an einem großen Handelsvertrag zu gewinnen, zunächst eine provisorische Regelung vorgeschlagen mit Kontingenten für die Güter, die mit Einfuhrverboten belegt waren, mit gegenseitiger zolltarifarischer Meistbegünstigung¹⁵⁾ und speziellen Zollsensungen in etwa 50 Positionen. Da Deutschland an einem solchen Provisorium keinerlei Interesse zeigte, kam es im November 1925 endlich zu einer Einigung, zunächst einen Voroder Kernvertrag anzustreben, der die wichtigsten in Handelsverträgen üblichen Gebiete umfassen sollte: Niederlassungsrecht, zolltarifarisches Meistbegünstigung, Zollbindungen in gewissem Umfang, Aufhebung zahlreicher Einfuhrverbote, Vereinbarung von Kontingenten, wo die Verbote generell bestehen blieben, Verhandlungen über eine beschränkte Einfuhr von polnischem Vieh und Fleisch nach Deutschland.

Bei einem Überblick über die deutsch-polnischen Gespräche in den folgenden Monaten ist von besonderer Energie und einheitlicher, straffer Führung wenig zu merken. Vornehmlich auf deutscher Seite verursachte die fortbestehende Hoffnung, Polen werde sich bei anhaltendem scharfem Wirtschaftskampf nur umso nachgiebiger zeigen, immer neues Zögern und Wechsel in der Taktik. Auf solchen Zeitge-

- 15) Dies war eine polnische Konzession, um die sich die deutsche Delegation im Frühjahr 1925 vergeblich bemüht hatte. Polen hatte damals als Gegenleistung vollkommen freien Handel verlangt, vor allem die Aufhebung von deutschen Einfuhrbeschränkungen und -kontingenten. Anfang 1925, als die im Friedensvertrag von Deutschland allen alliierten und assoziierten Mächten zugestandene einseitige Meistbegünstigung erloschen war, begann Deutschland gerade erst mit einer Reihe von Staaten Handelsvertragsverhandlungen, hatte also noch keinem Land niedrige konventionalzölle zugestanden, von denen bei Meistbegünstigung auch der polnische Handel profitiert hätte. Polen dagegen besaß eine Reihe von Handelsverträgen, und Deutschland wäre auf Grund der Meistbegünstigungsklausel ohne Gegenleistung in den Genuß aller Zollsensungen gekommen, die Polen zum Beispiel Frankreich zugestanden hatte. Vgl. Krasuski, Bd.I, S.480.

winn war auch berechnet, daß im Dezember 1925 die Idee eines Kernvertrages teilweise wieder aufgegeben wurde. Für diesen Zweck war ursprünglich eine kleinere deutsche Zollwunschlister für Mitte Dezember angekündigt worden mit 150-200 Positionen des polnischen Zolltarifs, bei denen Deutschland eine Zollsenkung wünschte. Plötzlich aber schwenkte das Auswärtige Amt, wohl nicht ganz ohne Einfluß der wirtschaftlichen Zentralverbände, wieder um und ließ die sogenannte große Zollliste aufstellen, die über 500 Positionen enthielt und nicht vor Ende Januar 1926 der polnischen Delegation würde überreicht werden können. Selbst bei bestem Willen auf beiden Seiten mußten für die Prüfung so umfangreicher deutscher Wünsche in Warschau und die anschließenden Verhandlungen der Delegationen mehrere Monate veranschlagt werden, in denen dann der Kamp fzustand in unverminderter Schärfe andauerte.

Rauscher war mit diesem Gang der Dinge außerordentlich unzufrieden und äußerte seinen Unmut auch ganz offen in seiner Korrespondenz mit Staatssekretär v. Schubert. Wie schon aus seiner Stellungnahme zum polnischen Sanierungsproblem¹⁶⁾ hervorging, hielt er durchaus nichts von der Auffassung, Deutschland brauche nur zuzusehen und abzuwarten, um bald den völligen Zusammenbruch Polens zu erleben. Natürlich begrüßte auch er einen gewissen durch den Wirtschaftskrieg verursachten Druck auf Polen, um es damit deutschen Handelswünschen geneigter zu machen. Doch war er stets überzeugt, daß schon im Hinblick auf die Schäden, die der Kampf Deutschland brachte, ein wirtschaftlich günstiger Handelsvertrag ohne Rücksicht auf politische Wunschträume jederzeit geschlossen werden müsse. Rauscher versäumte dabei selten, in Berlin auf berechnigte polnische Wünsche aufmerksam zu machen, ohne deren Erfüllung ein Handelsvertrag für Polen überhaupt keinen Reiz haben konnte: ein Kohlenkontingent von mindestens 200.000 t im Monat und eine Exportmöglichkeit für landwirtschaftliche Produkte nach Deutschland. Die Verzögerungstaktik des Auswärtigen Amtes und die mit der großen Zollliste erfolgte Festlegung der Verhandlungen auf mehrere Monate kritisierte Rauscher deshalb so heftig, weil er von dieser "unelastischen" Methode eines Tages Nachteile für Deutsch-

16) Siehe S. 114 ff.

land befürchtete: in dem Augenblick, in dem Polen eine kleinere oder größere Auslandsanleihe und einen Stützungskredit für seine Währung bekam - was Rauscher nicht für so ausgeschlossen hielt wie die Wilhelmstraße - würde sich durch diese wirtschaftliche Atempause seine Haltung bei den Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland ganz von selbst versteifen. Geschah das, bevor die langen Beratungen über die deutschen Zollwünsche abgeschlossen waren, würde Deutschland plötzlich einem starken und unnachgiebigen Verhandlungsgegner gegenüberstehen oder wieder die Taktik ändern und auf die kleine Zollliste zurückgreifen müssen, was der deutschen Position zweifellos wenig zuträglich sein würde. Diese Warnungen fanden damals in Berlin kein Gehör, auch Staatssekretär von Schubert war der Überzeugung, bei den Handelsvertragsverhandlungen mit Polen nichts versäumt zu haben¹⁷⁾. Mit längeren Pausen und schleppend gingen die Beratungen über Zolltarife und Einfuhrkontingente bis zum Sommer noch einige Zeit weiter, jedoch ohne irgendeinen sichtbaren Fortschritt. Daß in solchen Fällen jede Seite die andere für das Scheitern verantwortlich macht, ist vollkommen üblich; Polen hatte es hier insofern leicht, als Deutschland noch immer in Verbindung mit dem Handelsvertrag politische Fragen ins Spiel brachte. Welchen Eindruck das auf einen interessierten Beobachter wie das Foreign Office machte, das mehrfach in Berlin wie in Warschau beruhigend einzuwirken gesucht hatte, zeigen die jüngst veröffentlichten britischen Dokumente. Auf einen Bericht des englischen Gesandten in Warschau, Sir Willam Max Muller, über den trostlosen Stand der polnisch-deutschen Wirtschaftsgespräche schrieb Chamberlain am 9. Februar 1926 an Lord D'Abernon:

"...The insatiability of the German Government in demanding ever fresh concessions, often in extraneous matters, before they will conclude and carry out an agreement on any particular subject, has been a disagreeable feature of their recent dealings with the Western Powers. The same tendency is revealed in their negotiations with the Polish Government, the course of which only confirms the feeling, that unreasonableness and obstinacy are faults with them rather than

17) Briefe Rauschers an Schubert vom 29. Dez. 1926 und vom 8. Jan. 1926. Brief Schuberts an Rauscher vom 6. Jan. 1926. AA St.S. Po, 1. Brief Rauschers an Dirksen vom 11. Juni 1926. AA St.S. Po, 2.

with their neighbours." 18)

Während so die Handelsvertragsverhandlungen auf einem toten Punkt angelangt waren, veränderte sich im Sommer 1926 die Lage in sehr erheblichem Maße, indem sich nämlich zu zeigen begann, daß die in Deutschland so lange getriebene "Spekulation à la baisse", d.h. auf den wirtschaftlichen Ruin Polens, verfehlt gewesen war. Es hatte das erste Jahr des Wirtschaftskrieges besser überstanden als es selbst wohl zunächst angenommen hatte. Die polnische Handelsbilanz war schon Ende 1925 wieder aktiv gewesen, teils wegen einer ausgezeichneten Ernte, teils, weil bei gleichzeitiger Importsperre die Entwertung des Złoty den polnischen Export erleichterte und ein sogenanntes Valutadumping ermöglichte. Am wichtigsten war jedoch dann 1926 die im Rahmen der Anleiheverhandlungen bereits erwähnte Konjunkturbelebungsanleihe in ganz Europa, von der auch Polen profitierte: die Industrieproduktion stieg wieder und die Arbeitslosenzahlen gingen zurück. Den Anstoß zur endgültigen Besserung und Stabilisierung des polnischen Wirtschaftslebens gab jedoch der ebenfalls schon genannte Streik der englischen Kohlenarbeiter, der vom Mai bis zum Ende des Jahres 1926 dauerte. Die polnische Kohle wurde jetzt nicht nur in großen Mengen auf dem sonst von England beherrschten skandinavischen Markt verkauft, Großbritannien selbst sah sich zu ihrem Import gezwungen. Gab es hier natürlich nach dem Ende des Streiks einen Rückschlag, so konnte Polen doch einige der neugewonnenen Märkte behaupten. Die Waffe des Wirtschaftskrieges begann stumpf zu werden, umso mehr, als Polen im nächsten Jahr auch noch die große Stabilisierungsanleihe ohne jede Mitwirkung Deutschlands bekam.

Diese Entwicklung veranlaßte schließlich das Auswärtige Amt in Berlin, seinerseits den Gang der künftigen Wirtschaftsverhandlungen mit Polen zu überdenken. Die Atmosphäre war an sich dafür

18) DBFP IA, 1. Nr. 256. Vgl. auch Nr. 415, 450, 459.

Die ständigen unfreundlichen Klagen, besonders Schuberts, über Polen wurden in London als vollkommen unberechtigt empfunden. Chamberlain schrieb am 24. April 1926 an Lord D'Abernon: "As long as Germans persist in treating Poles as Pariahs it does not lie in their mouths to complain of Polish ill-will to Germany. It is Germany's own fault if Polish-German relations do not improve, for Germans go out of their way to mark their contempt and hatred for Poles on all occasions even to you and me..." (Nr. 459).

nicht ungünstig: die erste Zusammenkunft des neuen polnischen Außenministers Zaleski mit Schubert während der Völkerbundstagung im September 1926 in Genf war in offener und freundlicher Form verlaufen, Zaleski brachte mehrfach seinen festen Willen zum Ausdruck, das Verhältnis zu Deutschland endlich zu verbessern. Auch Rauscher hatte in Warschau den Eindruck gewonnen, daß in den maßgebenden politischen Kreisen der Wunsch nach einem baldigen Abschluß des Handelsvertrages spürbar war, und empfahl dringend, jetzt energisch und zielstrebig zu verhandeln und jede neue Verschärfung im deutsch-polnischen Verhältnis überhaupt zu vermeiden¹⁹⁾. So leicht konnte man sich jedoch in der Ostabteilung der Wilhelmstraße nicht von den bisherigen Plänen und Vorstellungen trennen²⁰⁾. Wohl wurde auch hier die Besserung der wirtschaftlichen Lage Polens nicht ganz übersehen, doch galt sie nur für vorübergehend und ein neuer Zusammenbruch als unvermeidlich. Immer noch beharrte man im Herbst 1926 auf dem Standpunkt:

"Je größer die Zwangslage ist, in der sich das Land befindet, desto größer wird die Geneigtheit zu wirtschaftlichen Konzessionen an uns sein. Es liegt daher, rein wirtschaftlich betrachtet, in unserem Interesse, die Verhandlungen so lange hinauszuzögern, bis diese Zwangslage uns einen möglichst günstigen Verhandlungsabschluß gewährleistet."

Hielten Wallroth und Zechlin noch immer an der alten Theorie fest, der Weg zu einer Anleihe für Polen führe nur über den deutsch-polnischen Handelsvertrag, so konnten sie ihn aus diesem politischen Grunde damals überhaupt nicht wünschen. Denn die Anleihe würde ja nach ihrer Auffassung Polen so festigen, daß keine Aussicht auf Durchsetzung der deutschen territorialen Forderungen mehr bestand²¹⁾. Immerhin verschloß Zechlin sich nicht ganz der Einsicht, daß bei polnischem wirtschaftlichem Entgegenkommen

19) Den baldigen Abschluß des Handelsvertrages hielt auch Staatssekretär Pünder in der Reichskanzlei für geboten, denn vor einer solchen Verständigung würde Polen wohl nicht aufhören, "Deutschlands politische Verabredungen mit den Westmächten" zu stören. Notiz Pünders vom 6. Dez. 1926. BA R43I, Nr. 1106.

20) Aufzeichnung Zechlins vom 5. Okt. 1926. AA RM 10, 5.

Aufzeichnung Wallroths vom 19. Nov. 1926. AA IV Po Pol. 2, 22.

21) Vgl. S. 108 ff.

ein solches von deutscher Seite nicht völlig verweigert werden durfte, schon um aus allgemeinen politischen Rücksichten den Anschein der Sabotage zu vermeiden. Vor allem aber würde

"der deutschen Wirtschaft, die neue Absatzmärkte dringend braucht, ein günstiger Handelsvertrag nur schwer vorenthalten werden können."

Während Rauscher indessen schon im Juni 1926 die Auffassung vertreten hatte, "eine neue Verquickung der Vertragsverhandlungen mit anderen Fragen, z.B. mit dem Problem der Liquidation" sei "heute ja wohl untunlich geworden", hielt die Ostabteilung ohne Änderung an dieser Forderung fest:

"Da aber der Handelsvertrag für Polen politisch einen wesentlichen Vorteil bedeutet, wird auch Deutschland sich gewisse politische Vorteile sichern müssen, und zwar auf dem Gebiete der Deutscherhaltung der abgetretenen Provinzen."

Darunter wurde die Einstellung der Liquidation, der Verzicht Polens auf das Wiederkaufsrecht, eine korrekte Anwendung des Artikels 256 des Friedensvertrages und ein Niederlassungsabkommen im Rahmen des Handelsvertrages verstanden, das "unserer Absicht der Erhaltung und Stärkung des Deutschtums in Polen Erfolg verheißt".

Um die Verhandlungen überhaupt wieder in Gang zu bringen, berieten die beteiligten deutschen Ressorts und das Reichskabinett Mitte Oktober 1926 über die wirtschaftlichen Konzessionen, die Polen angeboten werden könnten. Mühsam kam ein Kompromiß zustande, das sowohl der Chef der deutschen Delegation, Lewald, als auch der deutsche Unterhändler in der Zolltarifkommission, Ministerialdirektor Ernst vom Reichsfinanzministerium, sehr skeptisch beurteilten: gegen den Widerspruch des Arbeitsministers sollten höchstens 200.000 t Kohle monatlich angeboten werden, keine Einfuhr von lebenden und geschlachteten Rindern oder lebenden Schweinen. Nur nach langen Debatten gelang es, das Ernährungsministerium dazu zu bewegen, 1.000 geschlachtete Schweine pro Woche nach Oberschlesien und die unbeschränkte Einfuhr geschlachteter Schweine für Fabriken sowie bereits verarbeiteten Schweinefleisch zuzugestehen. Über die für Polen so wichtigen Schnittholz- und Getreidezölle wurde noch kein Beschluß gefaßt, weil die deutschen Unter-

händler bei den geringen übrigen Angeboten gar keine Chance für ihre Verhandlungen sahen²²⁾.

Nicht zuletzt wohl aus diesem Grunde beschloß am 8. November 1926 der Handelspolitische Ausschuß der Reichsregierung, zunächst ein ganz anderes Problem, an dem Deutschland sehr viel lag, das der Niederlassung deutscher Reichsangehöriger in Polen, in den Vordergrund zu stellen, und wenn Polen hier keine befriedigenden Erklärungen abgäbe, eine allgemeine Verhandlungspause eintreten zu lassen. Um die Niederlassungsfrage hatte sich vom Beginn der Wirtschaftsgespräche im Frühjahr 1925 an ein hartnäckiger und erfolgloser Streit entsponnen. Die deutsche Delegation hatte gleich zu Anfang auch hier die Rechte der meistbegünstigten Nation gefordert, was Polen Deutschland unter keinen Umständen zugestehen wollte. In den meisten Handelsverträgen waren zwar den jeweiligen Staatsangehörigen weitgehende Rechte auf Niederlassung, Gründung von Unternehmen usw. auf dem Gebiet des anderen Teils eingeräumt, doch hatte auch diese Frage im Verhältnis zwischen Deutschland und Polen einen überwiegend politischen Charakter. So berechtigt in vielen Fällen aus wirtschaftlichen Rücksichten die Niederlassungsforderung war, so sicher ist doch, daß Deutschland mit der Ausdehnung dieses Rechtes auf einen möglichst weiten Kreis von Personen das Ziel verfolgte, die Zahl der deutschen Bevölkerung in Polen und vor allem in den abgetretenen Gebieten wieder langsam zu erhöhen. Das geht aus der oben zitierten Aufzeichnung des Auswärtigen Amtes, der sich noch andere ähnliche an die Seite stellen ließen, klar hervor. Gerade dies aber wollte Polen auf gar keinen Fall zulassen, denn "es hätte die langjährigen und kostspieligen Anstrengungen in Richtung auf eine Entdeutschung des Landes zunichte gemacht"²³⁾. Schon der Begriff "Niederlassung", der sich nach den ursprünglichen deutschen Forderungen auch auf landwirtschaftliche Angestellte aller Art erstrecken sollte, erweckte in der polnischen Öffentlichkeit die unangenehmsten Asso-

22) Kabinettsvorlage des AA vom 3. Okt. 1926 und Protokoll der Sitzung des Reichsministeriums vom 15. Okt. 1926. BA R 43 I, Nr. 1415. Aufzeichnung Eisenlohrs über die Ressortsbesprechungen vom 9. Okt. 1926. AA St. S. B po, 1.

23) Krasuski, Bd. II, S. 83.

ziationen und Erinnerungen an das preußische Ansiedlungswerk vor dem ersten Weltkrieg - eine Stimmung, gegen die die Regierung in Warschau nur schwer ankämpfen konnte und wollte. Die polnische Handelsvertragsdelegation hatte von vornherein den Standpunkt vertreten, es genügten für Kaufleute, Industrielle und Handelsgesellschaften solche Rechte, die ihnen gestatteteten, die deutsch-polnischen Handelsbeziehungen in voller Freiheit abzuwickeln, die polnische Regierung könne sich jedoch nicht der Möglichkeit berauben, den Zustrom ausländischer Arbeitskräfte nach den Bedürfnissen der wirtschaftlichen Situation und des polnischen Arbeitsmarktes zu steuern²⁴⁾. Hiervon befürchtete wiederum die deutsche Seite, Polen würde durch entsprechende innere Gesetzgebung nach Belieben ganze Personenkreise vom Niederlassungsrecht auszuschließen imstande sein. Man kam schließlich überein, daß die Bestimmungen über Einreise und kurzfristigem Aufenthalt für alle Staatsangehörigen beider Seiten möglichst großzügig sein sollten, das Recht auf Niederlassung könnten jedoch nur Personen beanspruchen, die "zu wirtschaftlichen Zwecken" in das Gebiet des anderen Staates kamen. Die Verhandlungen stockten hierauf für mehrere Monate über der Auslegung des Begriffs "zu wirtschaftlichen Zwecken". Der Austausch immer neuer Vorschläge für die Fassung der Niederlassungsbestimmungen im Handelsvertrag erwies sich als vollkommen fruchtlos. Der Grund hierfür mag auch in dem äußerst mangelhaften deutschen Entgegenkommen auf die polnischen Zoll- und Kontingentwünsche gelegen haben, an denen Polen viel mehr lag als am Niederlassungsrecht. Der Chef der polnischen Delegation, Prądyński, hatte zwar eine Weile mit dem Gedanken gespielt, Deutschland die Meistbegünstigung zuzugestehen, weil es sich nicht mit geringeren Rechten als alle anderen Handelspartner Polens zufrieden geben würde, doch war er gleichzeitig bedacht, diese Konzession dadurch ungefährlich zu machen, daß in den übrigen Handelsverträgen Polens mit anderen Staaten das Niederlassungsrecht wesentlich eingeschränkt wurde. In die Praxis wäre das wohl nicht so leicht umzusetzen gewesen, und die Instruktion des polnischen Ministerrates für Prądyński lautete auch anders: er sollte deutschen Kaufleuten

24) Krasuski, Bd.I, S. 500 ff.

und Industriellen auf dem Gebiete der Einreise, des Aufenthalts, der Niederlassung, der Gründung von Handelsunternehmen, des Erwerbs von unbeweglichem Eigentum und der Steuern die Meistbegünstigung "nicht ohne zwingende Notwendigkeit" einräumen²⁵⁾. Dahinter verbarg sich wohl die Absicht, Konzessionen auf dem Niederlassungsgebiet nur zu machen, wenn Deutschland die Erfüllung der polnischen Exportwünsche, besonders bei Kohle, Vieh und Fleisch, in Aussicht stellte. Da hiervon um die Jahreswende 1926/27 keine Rede sein konnte, waren die Verhandlungen wieder bedenklich ins Stocken geraten.

Wenn darauf im Februar 1927 von deutscher Seite der formelle Abbruch erfolgte, so hatte das noch einen ganz besonderen Anlaß. Seit Jahren schon hatte es immer Zeiten gegeben, zu denen Deutschland wie Polen Staatsangehörige des anderen Landes auswiesen. Im Falle Deutschlands hatte es sich meistens um polnische Arbeiter gehandelt, hauptsächlich um die sogenannten Saisonarbeiter, die vor dem Kriege in großer Zahl, meist zur Ernte, nach Deutschland gekommen und danach regelmäßig wieder abgewandert waren. Während des Krieges war dieser "Carenzzwang" oft nicht durchzuführen gewesen und viele der polnischen Arbeiter waren in Deutschland geblieben. Deutschland verlangte später ihre Rückkehr nach Polen, über deren Modalitäten jedoch in jahrelangen Verhandlungen keine Einigung zustande kam. Gelegentlich war es dann vorgekommen, daß deutsche Arbeitgeber den Polen kündigten oder Behörden einzelner deutscher Länder Ausweisungen verfügten. Als Repressalie hierfür oder einfach im Zuge der allgemeinen polnischen Maßnahmen zur Verringerung der deutschen Bevölkerung in Polen waren sehr häufig Reichsdeutsche ausgewiesen worden, nicht nur aus industriellen oder landwirtschaftlichen Unternehmen, auch Pastoren und Lehrer. Vom Frühjahr 1924 an hatte diese Praxis jedoch auf Grund eines "Gentlemen-Agreement" zwischen Rauscher und Außenminister Zamoyski nachgelassen, bis die polnische Regierung 1926 wieder davon zurücktrat. Ausweisungen und die Nichtverlängerung von befristeten Aufenthaltsgenehmigungen häuften sich besonders in Oberschlesien, wo der neue Wojemode Grażyński einen rücksichtslosen Kampf gegen die schlesischen Autonomiebestrebungen unter der Füh-

25) Krasuski, Bd.II, S.83.

rung Korfanty's und gegen die deutsche Minderheit begann. Während der Niederlassungsverhandlungen empfand man in Berlin solche Maßnahmen als unerträglichen Affront und benutzte im Februar 1927 die Verweigerung der weiteren Aufenthaltserlaubnis für vier leitende deutsche Angestellte der Oberschlesischen Kleinbahn- und Elektrizitätswerke AG zum Abbruch der gesamten Wirtschaftsverhandlungen. Trotz tagelanger fieberhafter Bemühungen Rauschers im polnischen Außenministerium, beim Ministerpräsidenten und bei Marschall Piłsudski war es nicht gelungen, die Rücknahme der Ausweisungen zu erzwingen. Auch auf die kategorische deutsche Forderung, daß die Wiederaufnahme der Handelsvertragsverhandlungen erst möglich sei nach einer generellen Regelung der polnischen Ausweisungspraxis, war in Warschau stets geantwortet worden, es sei vollkommen ausgeschlossen, einem fremden Staat ein Einmischungsrecht in polnische Verwaltungsmaßnahmen zu geben. Erst nach der Intervention Rauschers bei Piłsudski am 18. Februar wurde ein Ausweg sichtbar: Zaleski schlug vor, zunächst unter Ausschaltung der Öffentlichkeit auf diplomatischem Wege eine grundsätzliche Übereinkunft in Niederlassungs- und Ausweisungsfragen zu suchen und erst dann nach durchgreifenden personellen Veränderungen die Delegationsverhandlungen wieder beginnen zu lassen²⁶⁾.

Die Lage nach dem Abbruch der deutsch-polnischen Gespräche war in jeder Beziehung unerfreulich²⁷⁾. Man mochte die Geschicklichkeit der polnischen Ausweisungsmaßnahmen verschieden beurteilen - daß Deutschland sie zum Anlaß für einen so radikalen Schritt nahm, wurde nicht nur in Polen, sondern auch in England, Frankreich und teilweise in Deutschland selbst als Vorwand betrachtet. Den wahren Grund glaubte man - nicht vollkommen ohne Berechtigung - bei der neuen Reichsregierung zu finden, der vier deutsch-nationale Minister angehörten. Die gerade für den polnischen Handelsvertrag so wichtige Position des Ministers für Ernährung und Landwirtschaft nahm mit Martin Schiele ein Mann ein, der diesem Abkommen auf Grund seiner allgemeinen Wirtschaftspolitik, seiner starken Bindungen an die Interessen der ostdeutschen Landwirtschaft und der in seiner Partei verbreiteten prinzipiell polenfeindlichen Haltung noch

26) Tel. 69 Warschau vom 22. Febr. 1927. AA RM 10,6.

27) Vgl. auch S. 205-206.

zahlreiche Steine in den Weg legen sollte. Schon in der ersten Ressortbesprechung am 11. Februar 1927 über die polnischen Fragen hatte er die bisher in Aussicht genommenen landwirtschaftlichen Konzessionen, die ja selbst die deutschen Unterhändler für ganz unzulänglich ansahen, für so weitgehend erklärt, daß er sich ihre Nachprüfung vorbehalten müsse, was praktisch ihrer Rücknahme gleichkam²⁸⁾. Auch die deutsche Rechtspresse hatte allzu laut über den Abbruch der von ihr stets mit Mißtrauen bedachten deutsch-polnischen Verhandlungen frohlockt, als daß nicht der Verdacht auftauchen mußte, die hinter ihr stehende Partei sei nicht ganz schuldlos daran. Wenn man auch die Proteste und Verdächtigungen in der polnischen Öffentlichkeit ohne weiteres zu übersehen bereit war, so wurde doch dem Auswärtigen Amte das Unbequeme der deutschen Situation recht deutlich bewußt, als die ersten Telegramme aus Paris und London eintrafen, aus denen die dort herrschende Verstimmung gegen Deutschland zu ersehen war. Selbst wenn wie üblich die polnische Propaganda hier das Ihrige dazu getan hatte, so sah man doch weder in England noch in Frankreich die Ausweisungen, zu denen Polen ein formales Recht zugebilligt wurde, als hinreichenden Grund für den Abbruch an, der als ein ungerechtfertigtes Druckmittel auf Polen galt²⁹⁾. Auch im deutschen Reichstag kam es zu einer lebhaften Debatte über diese Fragen. Wenn die Redner des Zentrums und der Demokraten auch nicht die DNVP direkt beschuldigten, so bezeichneten sie doch den deutschen Schritt als unverständlich und bedauerlich und setzten sich für eine baldige Fortführung der Verhandlungen ein. Beide, Kaas und Haas, verwarfen es als unsinnig, Polen durch wirtschaftlichen Druck zur Nachgiebigkeit in der Grenzfrage zwin-

- 28) Vermerk der Reichskanzlei vom 12. Febr. 1927. DA R 43 I, Nr. 1106. Der Reichsverband der Deutschen Industrie dagegen und im Anschluß daran auch das Reichswirtschaftsministerium hatte sich von Anfang an gegen den Abbruch der Verhandlungen mit Polen ausgesprochen. Tel. 73 an Warschau vom 12. Febr. 1927. AA RM 10, 6. Brief Pünders an Stresemann vom 24. Febr. 1927. AA Nachlaß, 51.
- 29) Tel. 73 London vom 12. Febr. 1927. AA HA Dirksen Polen, 31. Bericht A326 London vom 16. Febr. 1927. AA IV Po Pol. 3 Polen/England, 2. Bericht A754 London vom 29. März 1927. AA GA Polen/Finanzwesen, 2, 2. Tel. 184 Paris vom 14. Febr. 1927. AA St. S. B po, 1. Tel. 226 Paris vom 22. Febr. 1927. AA St. S. B po, 2.

gen zu wollen: der Weg zu einer auch von ihnen gewünschten friedlichen Revision der Ostgrenzen führe nur über gute und enge Wirtschaftsbeziehungen und kulturelle Zusammenarbeit. Am schärfsten war die Stellungnahme Breitscheids:

"Wir wiederholen hier noch einmal, daß wir diesen Abbruch der Verhandlungen beklagt und verurteilt haben...und nicht zum wenigsten wegen der Motive, die sowohl von der Seite der Regierung wie von der Seite der Regierungsparteien dabei zum Ausdruck gebracht wurden. Ich mache nur darauf aufmerksam, daß ein deutschnationales Organ, die "Pommersche Tagespost", damals den Abbruch der Verhandlungen begrüßte, weil den Polen gezeigt werden müsse, daß sie eben keine gleichberechtigte Nation seien, daß sie hinuntergedrückt würden auf die Stufe und in den Stand, in den sie eigentlich gehörten, d.h. wohl in den Stand der Diener und Lakaien der anderen Staaten. Wir erinnern weiter daran, daß es nicht zuletzt die agrarischen Interessen gewesen sind, deren Vertreter den Abbruch mit Genugtuung willkommen hießen, und wir sagen endlich, daß es Leute gegeben hat, die vielleicht glaubten, daß jetzt der erste Schritt dazu getan werden könne, um auf irgendeine nicht friedliche und schiedliche Weise die Grenzen im Osten zu Deutschlands Gunsten zu verändern..." 30)

3) Vom März 1927 bis zum Wiener Protokoll

Die Anregung Zaleskis, zunächst auf diplomatischem Wege eine Lösung für einige wichtige Fragen des Handelsvertrages, besonders auf dem Niederlassungsgebiet, zu suchen, wurde im Auswärtigen Amt günstig aufgenommen. Stresemann erklärte sich bereit, auf der bevorstehenden Ratstagung des Völkerbundes Anfang März bei einem Zusammentreffen mit dem polnischen Außenminister die Verhandlungen wieder anzuknüpfen. Gewünscht wurde auf deutscher Seite vor allem, in irgendeiner Form eine Sicherung vor neuen Ausweisungen allein auf Grund der deutschen Reichsangehörigkeit oder der Lage auf dem polnischen Arbeitsmarkt zu bekommen, wenigstens für die Dauer der Verhandlungen. Über die Polen am meisten interessierenden Punkte des Handelsvertrages dagegen, die Schweine-, Kohlen- und Holzausfuhr, herrschte unter den Berliner Ressorts weitgehende Uneinigkeit; weil darüber aber auch in diplomatischen Verhandlungen nicht "prinzipiell", sondern nur mit konkreten Zahlenanga-

30) Verhandlungen des Reichstags. Stenographische Berichte. Bd. 392. 22. und 23. März 1927. S. 9819 ff; 9833 ff; 9867 ff.

ben gesprochen werden konnte, zu denen die deutsche Regierung damals nicht in der Lage war, riet das Auswärtige Amt dem Reichsminister, sich auf die Zusicherung zu beschränken, die bisherigen Konzessionen aufrechterhalten und noch nicht ausgehandelte Fragen entgegenkommend regeln zu wollen. Rauscher, der diesmal selbst mit nach Genf fuhr, hatte das Gespräch der beiden Außenminister am 9. März so gut vorbereitet, daß es trotz dieser vagen Auskunft in freundlicher Atmosphäre verlief und die Wiederaufnahme der Handelsvertragsverhandlungen brachte. Zaleski kam den deutschen Wünschen weiter entgegen als in Berlin erwartet worden war, wenn er diplomatischen Verhandlungen über das Aufenthalts- und Niederlassungsrecht deutscher Reichsangehöriger in Polen vor allen übrigen Wirtschaftsgesprächen zustimmte und für drei Monate einen vollständigen Ausweisungssursis versprach. Wie gefährdet diese Übereinkunft war und wie skeptisch ihr Erfolg beurteilt wurde, zeigt das überaus kurze Communiqué, mit dem die Presse sich begnügen mußte: es wurde nur die Tatsache der Ministerbesprechung mitgeteilt und die Hoffnung ausgesprochen, die bestehenden Schwierigkeiten beheben zu können³¹⁾. Von einer Bekanntgabe des Inhalts der Vereinbarung wären, diesmal hauptsächlich in Polen, wohl die heftigsten Proteste zu befürchten gewesen. Beide Regierungen billigten bald darauf das Ergebnis der Außenministergespräche, das deutsche Reichskabinett allerdings mit dem Zusatz, daß keinerlei Wirtschaftsverhandlungen vor einer befriedigenden Übereinkunft über das Niederlassungs- und Ausweisungsrecht stattfinden dürften³²⁾. Kurz nach dem Beginn der Besprechungen Rauschers mit dem Direktor der Westabteilung im polnischen Außenministerium am 25. März 1927 bat Lipski jedoch um "Aufklärung" über den grundsätzlichen deutschen Standpunkt in den für Polen wichtigsten wirtschaftlichen Fragen, über das Kohlenkontingent und die Vieh- und Fleischeinfuhr. Rauscher, der an den Kabinettsbeschluß gebunden war, mußte wegen neuer Instruktionen

31) Tel. 25 Genf vom 10. März 1927. AA HA Ritter Polen, 4.

32) Protokoll der Ministerratssitzung in Anwesenheit des Reichspräsidenten vom 15. März 1927. AA HA Ritter Polen, 4. Gedruckt bei Hubatsch, Nr. 60.

Tel. 102 Warschau vom 21. März 1927. AA St. S. Bpol, 3.

nach Berlin reisen und konnte hier seinen Vorschlag durchsetzen, den polnischen Gesprächspartnern zwar keine Wirtschaftsverhandlungen, wohl aber eine "Auskunft" über die Haltung der deutschen Regierung in den genannten Fragen noch im Laufe seiner Besprechungen über das Niederlassungsrecht in Aussicht stellen. Doch bereits während dieser Beratungen im Handelspolitischen Ausschuß und im Kabinett kündigten sich in aller Deutlichkeit die Widerstände an, die vornehmlich in der Agrarfrage die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen bald wieder an den Rand des Scheiterns bringen sollten und für die hauptsächlich der Ernährungsminister Schiele verantwortlich war³³⁾. Rauscher sah sich gezwungen, seine nächsten Warschauer Gespräche nur zögernd und ohne Beschleunigung zu führen, weil gar nicht abzusehen war, ob und wann die Reichsregierung über die Agrarfragen einen Beschluß fassen und er zu der versprochenen Auskunft imstande sein würde. Die Schweineeinfuhr nach Deutschland, von den Deutschnationalen mit dem Bestand der ostdeutschen Landwirtschaft und dem Fortgang der Siedlung im Osten verknüpft, war nach Stresemanns Worten eine der schwersten Belastungsproben für die Regierungskoalition geworden.

Rauschers Zurückhaltung bei den Niederlassungsverhandlungen hatte aber noch einen zweiten Grund: die polnische Regierung plante ein neues Gesetz zum Schutze des Arbeitsmarktes, und erst daran würde sich zeigen, ob die deutschen Wünsche nach einem möglichst uneingeschränkten Niederlassungsrecht für Angestellte erfüllbar waren. Es zeugt von dem großen Vertrauen, das Rauscher in Warschau genoß, daß ihm die Gesetzesvorlage zur Verfügung gestellt wurde, bevor sie dem polnischen Ministerrat zugeleitet war. War es schon für einen fremden Gesandten eine schwierige Aufgabe, mit dem polnischen Außenminister über einen polnischen Gesetzentwurf und seine Änderung zu verhandeln, so war die Begleitmusik, die dazu aus Deutschland herüberschallte, wenig geeignet, Rauschers Arbeit zu erleichtern. Der deutschnationale Vizekanzler und Reichsjustizminister Hergt hatte am 1. Mai 1927 auf einer Parteitagung der DNVP in Beuthen eine Rede über "Ostmarkenpolitik" und die "unge-

33) Siehe S. 264 ff.

lösten Fragen des deutschen Ostens" gehalten, die zusammen mit den Kommentaren der deutschen Rechtspresse in Polen tiefe Verstimmung auslöste und auch zu einem offiziellen Protest Olszowskis in Berlin führte. Es ist Rauscher dennoch gelungen, durch seine Einwände den polnischen Gesetzentwurf so weit zu mildern, daß nicht mehr alle ausländischen Arbeitnehmer davon bedroht waren, durch einen Federstrich des Wojewoden ohne Begründung und ohne Einspruchsmöglichkeit jederzeit ihre Arbeitsgenehmigung in Polen zu verlieren. Es kann an dieser Stelle schon vorweggenommen werden, daß Rauscher in einer am 21. Juli 1927 unterzeichneten Vereinbarung auch eine Regelung des Niederlassungsrechts für den künftigen Handelsvertrag erreicht hat, die für Deutschland sehr viel günstiger war als bei allen früheren Verhandlungen. Sie sicherte die Niederlassung für selbständige Kaufleute und Industrielle, für Angestellte mit besonderer fachlicher Vorbildung, in leitenden und Vertrauensstellungen, sogar für Angestellte in landwirtschaftlichen Nebenbetrieben wie Mühlen, Molkereien, Brennereien und Saatzuchtanlagen, ebenso für die Angehörigen der meisten freien Berufe; ausgenommen waren nur Handwerker, Klein-kaufleute und umherziehende Händler. Polen hatte schließlich auf eine lange geforderte Bestimmung verzichtet, daß die innere Gesetzgebung von den Niederlassungsvereinbarungen unberührt bleiben solle. Dieses weite polnische Entgegenkommen war vor allem den Bemühungen Lipskis und Zaleskis zu danken, die einen nicht minder heftigen Kampf mit den inneren Ressorts auszufechten hatten wie oftmals das Auswärtige Amt in Berlin. Es ist umso erstaunlicher gewesen, als Rauscher "auf anderen für die Polen lebenswichtigen Gebieten nicht das leiseste Zugeständnis machen oder auch nur in Aussicht stellen konnte".³⁴⁾

Er vermochte die in Warschau versprochene Auskunft über die Haltung der Reichsregierung in den Agrarfragen nicht zu geben, weil darüber inzwischen in der deutschen Öffentlichkeit und innerhalb des Kabinetts ein erbitterter Streit ausgebrochen und jeder Beschluß unmöglich geworden war. Während die landwirtschaftlichen

34) Tel. 160 Warschau vom 17. Mai 1927. Bericht 682/27 Warschau vom 7. Juli 1927. AA HA Ritter Polen, 4 und 6.

Interessenverbände immer lauter gegen einen Handelsvertrag mit Polen protestierten, hatte es das Ernährungsministerium verstanden, seit dem März 1927 stets aufs neue die Entscheidung über die Fortführung der Verhandlungen und die dafür notwendigen deutschen Zugeständnisse zu sabotieren und hinauszuschieben. Das geschah zunächst mit einer am 19. April vorgelegten Denkschrift Schieles³⁵⁾, die nicht nur nachweisen sollte, daß ein Handelsvertrag mit Polen den Ruin der Landwirtschaft bedeute und überhaupt für die deutsche Volkswirtschaft ohne Nutzen sei, sondern auch, wie das Auswärtige Amt über das Generalkonsulat Posen erfuhr, "gewissen hiesigen Posenschen Kreisen den Rücken stärken wollte, die aus ganz anderen Gründen einen Handelsvertrag überhaupt ablehnten". Im Gegensatz zu Stresemann und Curtius hatte Schiele stets die Forderung nach wirtschaftlicher Autarkie für Deutschland, wenigstens auf dem Landwirtschaftsgebiet, vertreten und es sich zur Aufgabe gemacht, die deutsche Wirtschaftspolitik "von allzu einseitig gesehener Industriepolitik auf Agrarpolitik" umzustellen³⁶⁾. Daher versuchten auch die Deutschnationalen seit 1925 und in verstärktem Maße 1927 mit Erfolg, im Reichstag immer mehr Zollerhöhungen bei landwirtschaftlichen Produkten durchzusetzen, um ausländische Konkurrenz mit niedrigeren Preisen vom deutschen Markt fernzuhalten. Im Falle des polnischen Handelsvertrages war die DNVP nicht nur die Vertreterin der Interessen des ostdeutschen und ostpreußischen Großgrundbesitzes, sie widerstrebte ihm nicht allein aus ihrer grundsätzlichen Abneigung gegen jeden Ausgleich mit Polen, sondern verknüpfte auch noch "eine große nationalpolitische Aufgabe... in den deutschen Ostmarken" damit. Schiele hatte schon in seiner Denkschrift behauptet, der deutsche Osten mit Ostpreußen könne als "Bollwerk des Deutschtums" nur lebensfähig erhalten werden, wenn man nicht durch Agrarimporte aus Polen seinen gesunden Bauernstand ruiniere und damit die "Ostsiedlung" vernichte.

"Wo fremdes Volkstum auf Grund eigener großer Geburtenüberschüsse in der Lage und vor allem auch gewillt ist, auf die Bezirke unseres uralten deutschen koloniallandes überzugrei-

35) AA HA Ritter Polen, 4.
36) Vgl. dazu Schiele, S. 4-7.

fen, ergibt sich mehr denn je die Notwendigkeit, den Bestand des dem deutschen Volke gehörigen Territoriums zu sichern durch die planmäßige Schaffung eines festen Bollwerkes urwüchsigen, bodenständigen heimatfrohen Volkstums. Das ist der Sinn der Ostsiedlung." 37)

Und in diesem Sinne galt auch Schiele und seinen Parteifreunden der bekämpfte Handelsvertrag mit Polen als "für das Schicksal des deutschen Ostens entscheidend". Daß in ihren Äußerungen das populäre Argument nicht fehlte, mit dem Widerstand gegen einen wirtschaftlichen Ausgleich mit Polen den Interessen der deutschen Minderheit zu dienen, ist fast selbstverständlich. Welche Einschränkungen hier aber zu diesem Zeitpunkt bereits notwendig sind, zeigt die Bereitwilligkeit eines führenden Vertreters dieser Minderheit, des Sejmabgeordneten Naumann, nach Berlin zu reisen und Schiele nachdrücklich klarzumachen, daß die Minderheit den Vertragsabschluß als in ihrem Interesse gelegen betrachte und "in diesem Zusammenhang von einer Vertretung anderer politischer Gesichtspunkte abzusehen bitte". Auch nach Naumanns Ansicht war oh-
ne eine begrenzte Schweineeinfuhr aus Polen, deren Gefahren in Deutschland weit übertrieben würden, kein Handelsvertrag zu erlangen³⁸⁾.

Der Ernährungsminister kritisierte in seiner Denkschrift vom 19. April nicht nur die bisherige Verhandlungsmethode, sondern leugnete die Notwendigkeit eines Handelsvertrages mit Polen überhaupt. Die wenigen Gewinne für einzelne Industriezweige könnten die Schäden nicht aufwiegen, die die deutsche Kartoffel-, Roggen- und Fleischproduktion zu tragen haben würde. Er wollte einen Vertrag mit Polen nur zulassen auf der Grundlage gegenseitiger zolltarifarischer Meistbegünstigung, ohne jede Vieh- oder Fleischeinfuhr und mit erhöhtem deutschen Kartoffelzoll, sonst sei der vertragslose Zustand und selbst der Wirtschaftskrieg vorzuziehen. Schiele erreichte zwar auch noch in einer Kabinettsitzung am 14. Juli 1927, daß wieder der Beschluß über eine Fortführung der deutsch-polnischen Verhandlungen bis Ende August aufgeschoben wurde, doch unwidersprochen war seine Denkschrift nicht geblieben.

37) Schiele, S.15.

38) Brief Gauschens an Stresemann vom 22.Sept.1927. AA RM 1b,27. Über gegensätzliche Strömungen unter den Deutschen in Polen in Bezug auf diese Fragen vgl. Krasuski, Bd.II, S.101.

In einer ausführlichen Stellungnahme vom 5. Mai 1927³⁹⁾ hatte Reichswirtschaftsminister Curtius die dringende Notwendigkeit eines Handelsvertrages für die deutsche Industrie nachgewiesen und einige Unrichtigkeiten in den Berechnungen Schieles zu diesem Punkte. Er bestritt auch energisch, daß ein Handelsvertrag mit gewissen landwirtschaftlichen Zugeständnissen den Ruin der deutschen Landwirtschaft bedeuten würde. Es war ja bekannt, daß Oberschlesien von jeher aus dem an Polen gefallenem Gebiet versorgt wurde, ebenso die ostdeutschen Industriegebiete aus Posen und Pommerellen, an die verkehrsmäßig und geschäftlich enge Bindungen bestanden hatten. Curtius erklärte sich im Gegensatz zu Schiele auch mit einem eingeschränkten Niederlassungsrecht für selbständige Kaufleute und die aus wirtschaftlichen Gründen nötigen Angestelltengruppen einverstanden, wie es dann am 21. Juli 1927 vereinbart wurde. Ein reiner Meistbegünstigungsvertrag bringe ausserdem keinen Nutzen, denn Deutschland brauche besondere Zollermäßigungen und Zollbindungen. Selbst wenn die deutsche Zollwunschliste nochmals verkleinert würde, habe Deutschland schließlich zusätzliche Wünsche für die Seehäfen und die Durchfuhr nach der Sowjetunion, und bei einer solchen Reihe von Forderungen müßte Polen bei der Einfuhr von Vieh und Kohle bis an die Grenze des Vertretbaren entgegenkommen werden. Darunter verstand Curtius wenigstens die Aufrechterhaltung der Angebote vom Oktober 1926, keine Erhöhung des Kartoffelzolls und Entgegenkommen bei Holz- und Getreidezöllen. Das Auswärtige Amt unterstützte den Wirtschaftsminister hierin lebhaft; Stresemann erwartete von einer Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Verhandlungen nicht nur günstige Wirkungen auf die übrige deutsche Außenpolitik, es wurde in der Wilhelmstraße auch als peinlich empfunden, nach den polnischen Zugeständnissen in der Niederlassungsfrage die in Warschau gegebene Zusage nicht erfüllen zu können.

Rauscher befand sich in der unangenehmsten Lage, weil in der Presse bereits Rücktritts-Gerüchte aufgetaucht waren, vor allem aber hatte er seit Monaten immer neue deutsche Forderungen in Warschau vertreten müssen, ohne selbst je anders als mit vollkommen leeren

39) AA RM 10,6.

fen, ergibt sich mehr denn je die Notwendigkeit, den Bestand des dem deutschen Volke gehörigen Territoriums zu sichern durch die planmäßige Schaffung eines festen Bollwerkes urwüchsigen, bodenständigen heimatfrohen Volkstums. Das ist der Sinn der Ostsiedlung." 37)

Und in diesem Sinne galt auch Schiele und seinen Parteifreunden der bekämpfte Handelsvertrag mit Polen als "für das Schicksal des deutschen Ostens entscheidend". Daß in ihren Äußerungen das populäre Argument nicht fehlte, mit dem Widerstand gegen einen wirtschaftlichen Ausgleich mit Polen den Interessen der deutschen Minderheit zu dienen, ist fast selbstverständlich. Welche Einschränkungen hier aber zu diesem Zeitpunkt bereits notwendig sind, zeigt die Bereitwilligkeit eines führenden Vertreters dieser Minderheit, des Sejmba-geordneten Naumann, nach Berlin zu reisen und Schiele nachdrücklich klarzumachen, daß die Minderheit den Vertragsabschluß als in ihrem Interesse gelegen betrachte und "in diesem Zusammenhang von einer Vertretung anderer politischer Gesichtspunkte abzusehen bitte". Auch nach Naumanns Ansicht war ohne eine begrenzte Schweineeinfuhr aus Polen, deren Gefahren in Deutschland weit übertrieben würden, kein Handelsvertrag zu erlangen³⁸⁾.

Der Ernährungsminister kritisierte in seiner Denkschrift vom 19. April nicht nur die bisherige Verhandlungsmethode, sondern leugnete die Notwendigkeit eines Handelsvertrages mit Polen überhaupt. Die wenigen Gewinne für einzelne Industriezweige könnten die Schäden nicht aufwiegen, die die deutsche Kartoffel-, Roggen- und Fleischproduktion zu tragen haben würde. Er wollte einen Vertrag mit Polen nur zulassen auf der Grundlage gegenseitiger zolltarifarischer Meistbegünstigung, ohne jede Vieh- oder Fleischeinfuhr und mit erhöhtem deutschen Kartoffelzoll, sonst sei der vertragslose Zustand und selbst der Wirtschaftskrieg vorzuziehen. Schiele erreichte zwar auch noch in einer Kabinettsitzung am 14. Juli 1927, daß wieder der Beschluß über eine Fortführung der deutsch-polnischen Verhandlungen bis Ende August aufgeschoben wurde, doch unwidersprochen war seine Denkschrift nicht geblieben.

37) Schiele, S.15.

38) Brief Rauschers an Stresemann vom 22.Sept.1927. AA RM 1b,27. Über gegensätzliche Strömungen unter den Deutschen in Polen in Bezug auf diese Fragen vgl. Krasuski, Bd.II, S.101.

In einer ausführlichen Stellungnahme vom 5. Mai 1927³⁹⁾ hatte Reichswirtschaftsminister Curtius die dringende Notwendigkeit eines Handelsvertrages für die deutsche Industrie nachgewiesen und einige Unrichtigkeiten in den Berechnungen Schieles zu diesem Punkte. Er bestritt auch energisch, daß ein Handelsvertrag mit gewissen landwirtschaftlichen Zugeständnissen den Ruin der deutschen Landwirtschaft bedeuten würde. Es war ja bekannt, daß Oberschlesien von jeher aus dem an Polen gefallenem Gebiet versorgt wurde, ebenso die ostdeutschen Industriegebiete aus Posen und Pommerellen, an die verkehrsmäßig und geschäftlich enge Bindungen bestanden hatten. Curtius erklärte sich im Gegensatz zu Schiele auch mit einem eingeschränkten Niederlassungsrecht für selbständige Kaufleute und die aus wirtschaftlichen Gründen nötigen Angestelltengruppen einverstanden, wie es dann am 21. Juli 1927 vereinbart wurde. Ein reiner Meistbegünstigungsvertrag bringe ausserdem keinen Nutzen, denn Deutschland brauche besondere Zollermäßigungen und Zollbindungen. Selbst wenn die deutsche Zollwunschliste nochmals verkleinert würde, habe Deutschland schließlich zusätzliche Wünsche für die Seehäfen und die Durchfuhr nach der Sowjetunion, und bei einer solchen Reihe von Forderungen müßte Polen bei der Einfuhr von Vieh und Kohle bis an die Grenze des Vertretbaren entgegenkommen werden. Darunter verstand Curtius wenigstens die Aufrechterhaltung der Angebote vom Oktober 1926, keine Erhöhung des Kartoffelzolls und Entgegenkommen bei Holz- und Getreidezöllen. Das Auswärtige Amt unterstützte den Wirtschaftsminister hierin lebhaft; Stresemann erwartete von einer Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Verhandlungen nicht nur günstige Wirkungen auf die übrige deutsche Außenpolitik, es wurde in der Wilhelmstraße auch als peinlich empfunden, nach den polnischen Zugeständnissen in der Niederlassungsfrage die in Warschau gegebene Zusage nicht erfüllen zu können.

Rauscher befand sich in der unangenehmsten Lage, weil in der Presse bereits Rücktritts-Gerüchte aufgetaucht waren, vor allem aber hatte er seit Monaten immer neue deutsche Forderungen in Warschau vertreten müssen, ohne selbst je anders als mit vollkommen leeren

39) AA RM 10,6.

Händen zu kommen. In einem großen, außerordentlich eindringlichen Bericht vom 5. Mai 1927⁴⁰⁾ warnte er vor den Folgen eines neuen und dann nicht mehr gutzumachenden Abbruchs der Verhandlungen. Gerade im Sommer 1927 hatte sich ja die wirtschaftliche Situation Polens entscheidend verbessert, nicht nur auf Grund der allgemein guten Konjunktur, sondern vor allem, weil die große Anleihe nahe bevorstand. Polen bekam diese Anleihe, ohne daß der Handelsvertrag mit Deutschland geschlossen war, es konnte damit seine Währung endgültig stabilisieren, die Wirtschaft weiter beleben und war nicht mehr durch die Not zu Zugeständnissen an Deutschland gezwungen. Eine Versteifung seiner Haltung in den Handelsvertragsverhandlungen war die unausbleibliche Folge. Der Wirtschaftsaufschwung hatte aber auch noch ein anderes Ergebnis gebracht: eine erhebliche Zunahme der polnischen Kaufkraft. Die so lange durch Importbeschränkungen zurückgedrängte Nachfrage nach ausländischen Waren setzte sich mehr und mehr durch, und die polnischen Einfuhrziffern stiegen in schnellem Tempo. Wenn auch nach Rauschers Erwartung die Anleihegeber bestimmte wirtschaftliche Vorteile in Polen eingeräumt bekommen würden, so blieb Deutschland doch eine wesentliche Vergünstigung: die geographische Lage und die lange Gewöhnung an deutsche Waren in Polen. Trotz aller Zollkriegsmaßnahmen war die deutsche Ausfuhr nach Polen noch immer gestiegen, wenn auf der anderen Seite auch das langsame Wachsen der Marktanteile der bedeutendsten Konkurrenten, Englands, Frankreichs und der USA, nicht zu übersehen war. Doch glaubte Rauscher damals, daß durch den baldigen Abschluß eines Handelsvertrages dieser Entwicklung noch Einhalt geboten werden könnte. Er äußerte die allerschwersten Bedenken gegen einen Abbruch der Verhandlungen, der diesmal endgültig sein müßte. Mit dem Verzicht auf eine Regelung der deutsch-polnischen Handelsbeziehungen schloß sich Deutschland nicht nur von der damals so günstigen Einfuhrkonjunktur in Polen aus, sondern er bedeutete in absehbarer Zeit auch den Verlust des polnischen Marktes. Der Wirtschaftskrieg würde in aller Schärfe und zum Nachteil Deutschlands fort dauern; ohne vertragliche Vereinbarungen auf dem Niederlassungsgebiet würden die Ausweisungen wieder

40) Nr. 403/27. AA HA Ritter Polen, 4.

beginnen und die Tage der deutschen Industriellen und Angestellten in Polen gezählt sein. Ungünstige Wirkungen auf die Lage der deutschen Minderheit waren mit Sicherheit zu erwarten, ebenso ein sehr nachteiliger Einfluß auf die aussenpolitische Stellung Deutschlands. Eine Verschärfung des wirtschaftlichen Konfliktes mußte ja unvermeidlich auf das politische Gebiet übergreifen, und Deutschland würde es diesmal schwer haben, die Schuld daran zurückzuweisen. Daß das nicht ohne Einfluß auf die an einer Beruhigung des deutsch-polnischen Gegensatzes interessierten Regierungen der Großmächte bleiben könnte, war selbstverständlich, und Rauscher sah politische Ziele wie die Rheinlandräumung gefährdet. Er kannte aber den Widerstand in Deutschland gegen ein Wirtschaftsabkommen mit Polen viel zu gut, um zum damaligen Zeitpunkt an die Möglichkeit einer erschöpfenden Regelung dieses Problems zu glauben. Als Ausweg schlug er den Versuch vor, zu einer beschränkten Übereinkunft zu kommen, die den Abbau der Kampfmaßnahmen brachte, die zolltarifarische Meistbegünstigung, ein eng begrenztes Niederlassungsrecht und die Geltung der bereits ausgehandelten polnischen Zollsenkungen für deutsche Gegenleistungen bei Kohle und Schweinen, ohne die jedes Handelsabkommen mit Polen illusorisch bleiben mußte. Ob die polnische Regierung für einen solchen Vorschlag Verständnis zeigen würde, blieb abzuwarten; Rauscher erklärte sich jedenfalls bereit, einen Versuch zu machen und auch einflußreiche Persönlichkeiten in der Umgebung Piłsudskis und in der polnischen Wirtschaft dafür zu gewinnen.

Im Auswärtigen Amt verfehlte dieser Bericht seinen beabsichtigten Eindruck nicht, und der Direktor der Ostabteilung, Wallroth, setzte sich energisch für Rauschers Ideen ein. Stresemann jedoch sah zunächst keine Möglichkeit, damit im Kabinett durchzudringen. Erst als Anfang Juli die verhältnismäßig günstige Vereinbarung über das Niederlassungsrecht zustande gekommen war, unternahm er einen neuen Versuch. Nach der Kabinettsvorlage des Auswärtigen Amtes war die Erklärung der Reichsregierung, ob sie nun auch zu wirtschaftlichen Verhandlungen mit Polen bereit sei, nicht mehr zu umgehen; es solle die unkontingentierte Einfuhr von Schweinefleisch in Fabriken und die Durchfuhr durch Deutschland angeboten

werden, ein Kohlenkontingent von 350.000 t im Monat sowie eine Zollsenkung bei Kartoffeln und Schnittholz. Wie schon erwähnt wurde, hat Schiele, vom Reichsinnenminister unterstützt, es wiederum verstanden, eine Entscheidung darüber zu verhindern. Der Beschluß des Kabinetts lautete dahin, das Ergebnis der Niederlassungsverhandlungen befriedige zwar nicht endgültig, eröffne aber doch den Zugang zu neuen Wirtschaftsverhandlungen mit Polen. Die Regierung wolle vor dem 1. September 1927 über diese Frage beraten und der polnischen Regierung dann ihren Standpunkt mitteilen⁴¹⁾. Die Regierung in Warschau gab sich damit zufrieden, wohl in der Hoffnung, daß eine neue Zusammenkunft Stresemanns mit Zaleski bei der Völkerbundstagung im September endlich eine günstige Wendung in den Verhandlungen herbeiführen würde.

Es sollte sich jedoch bald zeigen, daß Schiele seinen Widerstand noch nicht aufgegeben hatte. Den ganzen August über versuchte er, die beschlossene Kabinettsberatung überhaupt zu verhindern, lehnte jedes landwirtschaftliche Zugeständnis an Polen ab und drohte mit seinem Rücktritt, falls er im Kabinett überstimmt werde. Während Stresemann in Norderney weilte, bemühten sich Schubert und Ministerialdirektor Ritter von der handelspolitischen Abteilung verzweifelt, den Ernährungsminister umzustimmen; auch Rauscher warnte noch aus dem Urlaub davor, den Kabinettsbeschluß wieder aufzuschieben. Da von der bevorstehenden Völkerbundstagung diesmal keine bedeutenden Ergebnisse erwartet wurden, konzentrierte sich die allgemeine Aufmerksamkeit mehr als gewöhnlich auf das Treffen zwischen Stresemann und Zaleski, und schon im Interesse seiner eigenen Stellung mußte der deutsche Außenminister deshalb angesichts der polnischen Vorleistungen zu den notwendigen Konzessionen in der Lage sein. Die offenkundige Schuld am Scheitern der Verhandlungen konnte ihn in eine sehr unangenehme Situation bringen, Schiele versuchte dagegen nicht nur in einem Brief an Stresemann nach Norderney die Entscheidung wieder bis zum Herbst zu vertagen, sondern auch den Reichspräsidenten für seine Zwecke einzuspannen. Er hatte Hindenburg auf einem Ausflug über die Streitigkeiten um

41) Kabinettsvorlage des AA vom 12. Juli 1927. Protokoll der Kabinettsitzung vom 14. Juli 1927. BA R 431, Nr. 1422.

den deutsch-polnischen Handelsvertrag unterrichtet und ihn gebeten, für die Kabinettsitzung Ende August seinen Urlaub zu unterbrechen und wegen der angeblichen Gefährdung des Ostens nach Berlin zu kommen. Es ist Meissner aber offenbar gelungen, das zu verhindern⁴²⁾.

Das Auswärtige Amt hatte während dieser ganzen Zeit und auch nach dem Erscheinen der polnischen Verordnung über Maximalzölle⁴³⁾ vom 11. August daran festgehalten, daß vor der Völkerbundstagung präzise Beschlüsse gefaßt werden müßten. Es bestand darauf auch noch in seiner Kabinettsvorlage vom 26. August 1927⁴⁴⁾, während Stresemann Schiele schon in seinem Antwortbrief aus Norderney weit entgegengekommen war. Er vermied auf diese Weise scharfe und die Koalition belastende Auseinandersetzungen in der umstrittenen Sitzung des Reichsministeriums am 30. August, indem er zusagte, sich dem polnischen Außenminister gegenüber "mit einer durch die Lage gebotenen Zurückhaltung äußern" zu wollen. Die Auskunft sollte ganz allgemein und ohne Zahlen gehalten sein: hinsichtlich der Kohle werde Deutschland ein Kontingent anbieten, das über dem zuletzt in den Delegationsverhandlungen genannten liege; bei der Einfuhr von Agrarerzeugnissen solle eine Regelung gefunden werden, die Rücksicht auf die deutsche Land- und Forstwirtschaft nehme, Polen aber doch Zugeständnisse beim Zolltarif ermögliche.

- 42) Notizen Schuberts vom 15. und 16. Aug. 1927. AA St.S. Bpol3/4. Drohungen mit einer "Reichspräsidentenkrise" und dem Austritt der Deutschnationalen aus dem Kabinett hatte Dirksen auch Ende August auf der Ostmesse in Königsberg zu hören bekommen.
- 43) Diese Verordnung erhöhte die polnischen Zölle um 100 % und legte bei den bisher zollfreien Waren Maximalzölle fest gegenüber Ländern ohne geregelte Handelsbeziehungen mit Polen, wenn dort polnische Waren bei der Einfuhr schlechter behandelt wurden als andere. Sie sollte vier Monate nach der Verkündung in Kraft treten. Da Deutschland seine Zusagen nicht erfüllt hatte, konnte es **jetzt nicht die Verordnung zum Anlaß nehmen, die Verhandlungen scheitern zu lassen.** Es sollte nur in Warschau verlangt werden, daß sie bei einer Wiederaufnahme der Handelsvertragsverhandlungen nicht in Kraft trete.
- 44) AA HA Ritter Polen, 5. Verlangt wurde als Mindestmaß deutscher Zugeständnisse die Einfuhr von Schweinefleisch ohne Kontingent für Fabriken; 1000 geschlachtete Schweine pro Woche für Oberschlesien, 700 lebende für das Quarantäneschlachthaus Sassnitz; die Durchfuhr von Rindfleisch; Ein- und Durchfuhr von Wallachen; Einfuhr von lebendem Geflügel für Mästereien und Schlächtereien; Einfuhr von geschlachtetem Geflügel; 250.000 t Kohle im Monat.

Vor der äußerst unbequemen Aufgabe, dieses magere und unbefriedigende Ergebnis in Genf vertreten zu müssen, wurde Stresemann durch eine Krankheit Zaleskis bewahrt, die dem polnischen Außenminister die Teilnahme an der Völkerbundsversammlung unmöglich machte. Da dieses entscheidende Gespräch aber von vornherein den Ministern vorbehalten war, zeigten sich die Polen über die neuerliche Verzögerung zunächst nicht beunruhigt. Das sollte sich indessen bald ändern, und die deutsche Situation wurde immer unerfreulicher. Rauscher war Mitte September nach Warschau zurückgekehrt, und als besondere Courtoisie hatte ihm die polnische Regierung die Entsendung eines "envoyé extraordinaire" nach Berlin angeboten, um von Stresemann die EntschlieÙung der deutschen Regierung zu hören. Auch darauf bekam weder Rauscher noch die Regierung in Warschau eine Antwort. Daß auf diese Weise in Polen der Eindruck entstand, Berlin liege nichts an einer Fortführung der Verhandlungen, war unvermeidlich. Rauscher sah sich Ende Oktober, als die polnische Regierung nunmehr drei Monate ohne jede Mitteilung geblieben war, täglichem Drängen ausgesetzt; Marschall Piłsudski hatte sich bereits mehrfach voller Ungeduld erkundigt, warum der polnische Sondergesandte noch immer nicht nach Berlin gereist sei. Weil er jetzt die Ergebnisse monatelanger Entspannungsbemühungen wieder gefährdet sah, scheute Rauscher sich nicht, mit täglichen Telegrammen, Briefen und Telephongesprächen in Berlin in der dringlichsten Form zur Eile zu mahnen⁴⁵⁾. Diesmal mit Erfolg: Stresemann setzte sich endlich in jeder Beziehung dafür ein, daß eine ernsthafte neue Spannung im Verhältnis zu Polen vermieden werde. Er fand Unterstützung im Handelspolitischen und im Auswärtigen Ausschuß des Reichstages; es gelang ihm, durch eine betont freundliche Rede in Liegnitz die Stimmung in Warschau wieder zu verbessern und er setzte am 27. Oktober eine Kabinettsentscheidung durch, daß der polnische Sondergesandte empfangen werden solle, um endlich die versprochene Auskunft zu bekommen. Schließlich ließ Stresemann am 28. Oktober den polnischen Gesandten

45) Tel. 268 Warschau vom 12. Okt. 1927. AA RM 10,7. Brief Rauschers an Schubert vom 23. Okt. 1927. AA St. S. Bpol, 3. Brief Rauschers an Stresemann vom 30. Okt. 1927. AA RM 10,7.

in Berlin, Olszowski, zu einem längeren Gespräch zu sich bitten, was in Polen allgemein als ernsthafter Beginn neuer Verhandlungen aufgefaßt und begrüßt wurde. Das Ergebnis einer weiteren Kabinettsitzung am 3. November, auf der die so lange umstrittenen deutschen Zugeständnisse auf agrarischem Gebiet festgelegt wurden, war allerdings alles andere als befriedigend. Nach neuerlichen ziemlich scharfen Auseinandersetzungen mit Schiele blieben von dem ursprünglich geplanten deutschen Angebot nur ein Jahreskontingent von 200.000 dz Schweinefleisch für Fabriken und 200.000 t Kohle im Monat übrig, unter Umständen noch eine Vereinbarung über Rund- und Schnittholz. Daß das weder für einen großen noch für einen kleinen Handelsvertrag ausreichte, war von vornherein klar. Vor Stresemann stand die undankbare Aufgabe, dies dem polnischen Sondergesandten begreiflich zu machen. Es würde nur möglich sein, ohne große Verhandlungsdelegationen zu wenigen schriftlichen Abmachungen über einen "modus vivendi" zu kommen, der den allmählichen Abbau des Zollkrieges, eine Vereinbarung über die beiden deutschen Konzessionen und die polnische Gegenleistung dafür bringen sollte⁴⁶⁾.

Als polnischer "envoyé spécial" reiste der Direktor der Politischen Abteilung im Warschauer Außenministerium, Jackowski, am 16. November 1927 in die deutsche Hauptstadt. Das Auswärtige Amt und Rauscher, der sich ebenfalls in Berlin aufhielt, bemühten sich auf alle erdenkliche Weise, ihm einen freundlichen Empfang und eine gute Aufnahme zu bereiten, damit wenigstens die allgemeine Atmosphäre so günstig wie nur möglich war. Jackowskis Verhandlungen mit Stresemann führten am 23. November zur Unterzeichnung des sogenannten Berliner Protokolls⁴⁷⁾, das nun endlich die Wiederaufnahme der Handelsvertragsverhandlungen brachte: da der von beiden Seiten gewünschte umfassende Vertrag sich zur Zeit als unmöglich erwiesen hatte, sollte zunächst der Abbau der Kampfmaßnahmen und ein "modus vivendi" auf der Grundlage der deutschen Angebote angestrebt werden, der "einen Warenaustausch

46) Protokoll der Kabinettsitzung vom 3. Nov. 1927. BA R 43I, Nr. 1425. Tel. 382 an Warschau vom 5. Nov. 1927. AA RM 10,7.

47) Aufzeichnung Stresemanns vom 17. Nov. 1927. AA RM 10,7. Vermächtnis III, S. 231-234. Berliner Protokoll vom 23. Nov. 1927. AA RM 10,7.

unter normalen Bedingungen" zur Folge hätte. Nach dem Abschluß eines solchen vorläufigen Abkommens waren unverzügliche Verhandlungen über einen großen Handelsvertrag vorgesehen. In der Kohlenfrage blieb es den Delegationen überlassen, sich auf eine Menge in der Mitte zwischen dem deutschen Angebot von 200.000 t und der polnischen Forderung von 350.000 t zu einigen und außerdem zwischen den Interessenten beider Länder eine Vereinbarung über den Absatz zu vermitteln. Die größten Differenzen ergaben sich erwartungsgemäß auf dem Agrargebiet. Stresemann hatte die schwierige Lage der deutschen Landwirtschaft in Ostpreußen geschildert und bei Jackowski durchaus Verständnis dafür gefunden: Polen war bereit, auf den Schweine- und Fleischexport nach Ostpreußen zu verzichten. Dennoch standen dem deutschen Angebot von 200.000 dz Schweinefleisch für Fabriken erhebliche polnische Wünsche gegenüber: freie Einfuhr für Schweine- und Rindfleisch, ein Einfuhrkontingent für lebende Schweine nach Schlachthäusern und Fabriken mit Bahnverbindung, die Durchfuhr von Fleisch ohne jede Beschränkung und die Durchfuhr lebender Tiere, vor allem nach Oesterreich, bei Nachweis der Seuchenfreiheit des exportierenden Bezirks. Ferner wünschte Polen Sicherheiten dafür, daß die Länderregierungen nicht mit Hilfe der Veterinärpolizei die kontingente illusorisch machen könnten. In diesem letzten Punkte und bei der Durchfuhr von Fleisch und lebenden Schweinen konnte Stresemann ein gewisses deutsches Entgegenkommen in Aussicht stellen, im übrigen war er an den Kabinettsbeschluß gebunden. Ein erfreuliches Ergebnis der Verhandlungen Jackowskis in Berlin war das am 30. November 1927 in Warschau unterzeichnete Holzabkommen⁴⁸⁾, das zunächst nur für ein Jahr galt, dann aber zweimal verlängert wurde. Deutschland gewährte Polen darin ein größeres Schnittholzkontingent, während Polen die Ausfuhrzölle für Rundholz nicht erhöhte und außerdem den Import kleinerer Kontingente von Autos, bestimmten Porzellanwaren und Textilien aus Deutschland gestattete, der bisher verboten gewesen war. Diese Vereinbarung kam nicht nur den Interessenten beider Seiten zugute, sondern sollte zugleich auch eine günstige Atmosphäre für die bevorstehenden Verhandlungen schaffen.

48) Tel. 306 Warschau vom 30. Nov. 1927. AA HA Ritter Polen, 6. Zur Bedeutung der polnischen Holzausfuhr nach Deutschland vgl. Puchert, S. 130.

Als künftiger Verhandlungsort war inzwischen auf besonderen Wunsch der polnischen Regierung Warschau ausersehen worden, nachdem fast drei Jahre lang in Berlin ergebnislos verhandelt worden war. Rauscher hatte diesen Wechsel lebhaft begrüßt, weil er auf diese Weise die Möglichkeit bekam, in entscheidenden Augenblicken durch seine guten persönlichen Beziehungen zur polnischen Regierung Hindernisse zu überwinden und die Gespräche voranzubringen. Ebenfalls auf einen polnischen Vorschlag hin waren auf beiden Seiten neue Unterhändler ernannt worden. Die Warschauer Regierung vertraute dieses Amt mit Juliusz Twardowski einem Manne an, dessen Ernennung schon "wie ein Programm des Entgegenkommens und des guten Willens wirken" sollte. Twardowski war im Weltkrieg österreichischer Minister gewesen, lebte ständig in Wien, und es hieß von ihm, er beherrsche die deutsche Sprache besser als die polnische. Er gehörte keiner politischen Partei an, verfügte aber über ausgezeichnete Beziehungen in Polen, Deutschland und Oesterreich, besonders in der Wirtschaft⁴⁹⁾. In Berlin konnte Stresemann seinen auch von Rauscher empfohlenen Kandidaten, Ministerialdirektor Ernst vom Reichsfinanzministerium, nicht durchbringen, sondern mußte sich nach einer unerfreulichen Intrige mit der Ernennung des dem Zentrum angehörenden früheren Ernährungs- und Finanzministers Andreas Hermes abfinden. Auf Grund seiner bisherigen Tätigkeit und mehr noch im folgenden Jahr, als Hermes Präsident der Vereinigung der Christlichen Bauernverbände wurde, galt er als ausgesprochener Vertreter landwirtschaftlicher Interessen, was bei den bisherigen Schwierigkeiten gerade in den Agrarfragen kein gutes Vorzeichen für die deutsch-polnischen Verhandlungen war. Die Wahl sollte sich dann auch bald als wenig glücklich erweisen.

Welche Krise der monatelange Kampf um die Fortführung der Handelsvertragsverhandlungen mit Polen ausgelöst hatte, zeigt in aller Deutlichkeit ein Briefentwurf Stresemanns an den Reichskanzler vom 24. November 1927⁵⁰⁾. Der Außenminister wendet sich darin energisch gegen die Autarkietendenzen Schieles - ein solches System bedeute für Deutschland wirtschaftlichen Tod. Es sei wegen seiner

49) Vgl. auch Puchert, S.133.

50) AA Nachlaß, 61. Vermächtnis III, S.235-239.

Reparationsverpflichtungen auf die Steigerung seiner Ausfuhr angewiesen und bedürfe dringend einer Regelung seiner Handelsbeziehungen zu Polen, um sich den großen und unentbehrlichen polnischen Markt wieder zu eröffnen. Stresemann war mit Recht überzeugt, auf die Interessen der Landwirtschaft mehr als die gebührende Rücksicht genommen zu haben und verlangt nun, daß Deutschland loyal am Zustandekommen des Polen zugesagten "modus vivendi" arbeite. Er beklagt sich bitter über die Vorgänge bei der Ernennung von Hermes und äußert schwere Bedenken gegen die Wahl dieses Unterhändlers. Hermes war zu dieser Zeit noch nicht einmal in Berlin anwesend, seine Unterrichtung würde weitere Zeit in Anspruch nehmen, außerdem sei er durch seine Tätigkeit in der sogenannten Enquêtekommision derartig in Anspruch genommen, daß ihm sofortiges und kontinuierliches Verhandeln in Warschau unmöglich sein würde. Stresemann hatte aber mit seinem Namen die Vereinbarung mit Jackowski unterzeichnet, daß ohne jede Verzögerung über den "modus vivendi" und dann sofort weiter über den großen Handelsvertrag verhandelt werden sollte, und er war nicht gewillt, eine Sabotage dieser Zusage hinzunehmen:

"Ist es die Absicht des Kabinetts, daß die Verhandlungen über den definitiven Handelsvertrag nicht unverzüglich aufgenommen und weitergeführt werden sollen, so daß das Kabinett eine dilatorische Behandlung dieser Verhandlungen lieber sieht als eine unverzügliche, so bitte ich, freundlichst hierüber eine Entscheidung herbeizuführen und von meiner weiteren Mitarbeit in diesem Kabinett abzusehen. Ich wünsche das klar und deutlich gerade mit dieser sachlichen Begründung zum Ausdruck zu bringen, damit mir nicht...etwa innerpolitische Gründe untergeschoben werden können. Ich habe keine derartigen innerpolitischen Gründe, aber ich habe die Stellung, die ich im Ausland besitze, dem Vertrauen zu danken, das man bisher in mein Wort gelegt hat..."

Noch schärfer wandte sich Stresemann gegen einen neuen Versuch Schieles, die Verhandlungen alsbald wieder zum Scheitern zu bringen. Der Ernährungsminister hatte in einem Memorandum an die Kabinettsmitglieder erklärt, nur wenn die Industrie bei dem "modus vivendi" sich vollkommen befriedigt zeige, dürfe das Höchstmaß des Schweinefleischkontingents zugestanden werden. Stresemann empfand es als vollkommen unerträglich, daß die Reichsregierung, die doch allein die Verantwortung für den Inhalt des Handelsver-

trages trug, in solcher Form zum Automaten der Wünsche einzelner Organisationen herabgewürdigt werden sollte. Bei einem "modus vivendi" war es selbstverständlich, daß nicht alle Wünsche der Industrie erfüllt werden konnten; wolle Schiele in diesem Falle die 200.000 dz Schweinefleisch wieder herabsetzen, liefe das auf das Scheitern des Provisoriums hinaus.

"Als ich vom Kabinett die Aufgabe übernommen habe, in persönlichen Verhandlungen mit einem polnischen Spezialbevollmächtigten die Handelsvertragsverhandlungen mit Polen wieder in Gang zu bringen, bin ich davon ausgegangen, daß es der Wille des Kabinetts sei, auch zu einem tatsächlichen Abschluß mit Polen zu gelangen, sofern die Voraussetzungen von Polen dazu gegeben sind. Ich möchte keinen Zweifel darüber lassen, daß ich an dieser Auffassung unbeirrt festhalte und mich nicht dazu hergeben werde, unter dem Vorgeben der Erreichung eines Handelsabkommens de facto etwa auf ein Nichtergebnis zuzusteuern."

Stresemann hat daraufhin in einer Kabinettsitzung am 28. November 1927 eine gewisse Genugtuung erhalten, indem die Regierung als ihre "einmütige Auffassung" erklärte, den Abschluß eines Provisoriums auf der Grundlage des Protokolls "ernstlich" anzustreben und dem "modus vivendi" unverzüglich die Verhandlungen über einen endgültigen Handelsvertrag folgen zu lassen. Unter diesen Umständen war die Reichsregierung ferner der Ansicht, daß Hermes sich für die Dauer seiner Tätigkeit als Delegationsführer von anderen Geschäften derartig freimachen müsse, daß die gesamten Verhandlungen mit Polen keine Verzögerung erlitten⁵¹⁾.

Während der langen Pause im Jahre 1927 hatte der Reichsverband der Deutschen Industrie inzwischen selbst die Initiative ergriffen und bei der Spitzenvereinigung der polnischen Wirtschaft eine Zusammenkunft der Wirtschaftsführer angeregt, um wenigstens das Mißtrauen auf beiden Seiten zu vermindern und die notwendige gute Atmosphäre für neue Verhandlungen zu schaffen. Das schlechte politische Klima im Sommer 1927 hatte diesen Versuch zunächst vereitelt, doch gelang er nun im Winter fast gleichzeitig mit dem Beginn der Gespräche zwischen Iwardowski und Hermes. Es fanden am 6. und 7. Dezember 1927 in Berlin und am 27. und 28. Januar 1928 in Warschau zwei

51) Protokoll der Ministerbesprechung. BA R 43 I, Nr. 1425.

Konferenzen führender deutscher und polnischer Industrieller statt, an denen auf ausdrücklichen polnischen Wunsch aber auch Vertreter der Landwirtschaft teilnahmen. Konkrete Ergebnisse haben die Gespräche zunächst nicht gebracht, trugen aber wenigstens auf beiden Seiten dazu bei, die Kenntnisse und das Verständnis für die Wünsche und Besorgnisse der künftigen Vertragspartner zu erhöhen⁵²⁾.

Die am 2. Dezember 1927 begonnenen Verhandlungen zwischen Twardowski und Hermes gerieten schon nach wenigen Tagen wieder in Schwierigkeiten, als Hermes verlangte, daß die Niederlassungsvereinbarung vom Juli in das Provisorium aufgenommen werden müsse, sonst werde er seine Mission niederlegen. Polen lehnte das selbstverständlich ab, denn dieses Problem war dem endgültigen Handelsvertrag vorbehalten. Das mehrtägige Tauziehen endete damit, daß am 8. Dezember im sogenannten Warschauer Protokoll die Verhandlungsbasis gegenüber der Vereinbarung zwischen Jackowski und Stresemann wieder vollkommen verschoben wurde. Es sollte nun doch kein Provisorium, sondern ein kleiner Handelsvertrag angestrebt werden, und die Verhandlungen würden sich auf folgende Punkte erstrecken:

Aufhebung der beiderseitigen Kampfmaßnahmen;
Niederlassungs-, Aufenthalts- und Einreiserecht;
Allgemeine Rechte der natürlichen und juristischen
Personen;
Ein-, Aus- und Durchfuhr;
Zolltarifarische Meistbegünstigung;
Zolltarifabkommen;
Zollförmlichkeiten.⁵³⁾

Diese Lösung sollte sich als wenig glücklich erweisen, denn sie setzte alle die Streitpunkte wieder auf die Tagesordnung, die im Berliner Protokoll im Hinblick auf die unvereinbaren Auffassungen beider Seiten ausgeschlossen worden waren. Wenn Polen jetzt in diesem größeren Rahmen Zugeständnisse auf dem Zollgebiet machen, d.h. Zollsenkungen gewähren sollte, verlangte es dafür natürlich auch eine Erweiterung der deutschen Angebote über das Stresemann-Jackowski-Protokoll hinaus. Hermes mußte sich zwar schließlich zur Anerkennung des Grundsatzes verstehen, daß über Zollermäßigungen nur auf der Grundlage beiderseitiger Zugeständnisse verhandelt

52) AA HA Dirksen Polen, 30. Ausführliche Darstellung mit Teilnehmerlisten bei Puchert, S. 124-130.

53) AA HA Ritter Polen, 8.

werden könne. Doch an eine Verwirklichung dieser Absicht war gar nicht zu denken, weil Schiele inzwischen erklärt hatte, daß nur noch das im letzten Kabinettsbeschuß vorgesehene Schweinefleischkontingent Geltung habe, alle anderen in den früheren Delegationsbesprechungen gemachten kleineren landwirtschaftlichen Zugeständnisse dagegen zurückgezogen seien. Als daraufhin auch noch das Reichswirtschaftsministerium ankündigte, in diesem Falle industrielle Konzessionen ebenfalls rückgängig machen zu wollen, war ein Handelsvertrag bereits wieder illusorisch geworden⁵⁴⁾. Vor dem Bekanntwerden dieser Tatsache in Warschau bewahrten die deutschen Unterhändler zwei polnische Verordnungen, eine wirtschaftlicher Natur und eine andere, die in Berlin zu einem großen politischen Zwischenfall hochgespielt wurde.

Am 13. Februar 1928 erschien in Polen eine Verordnung des Staatspräsidenten über die Valorisierung des Zolltarifs, die durch die endgültige Stabilisierung der polnischen Währung im November 1927 notwendig geworden war. Danach hatten 172 neue Złoty einen Wert von 100 alten, die 1924 100 Schweizer Francs entsprochen hatten. Die Umrechnung der polnischen Zollsätze in die neue Währungseinheit war eine unerläßliche Voraussetzung für den Fortgang der Handelsvertragsverhandlungen. Sie brachte allerdings für die deutsche Seite eine herbe Enttäuschung: eine ganze Reihe von Zöllen wurde überhaupt nicht erhöht, die meisten um 30 %, solche aber, an denen Deutschland ein besonderes Interesse hatte, zum Teil um 72 %. Um diese Neuordnung des Zolltarifs hatte es in Polen heftige Auseinandersetzungen gegeben, weil sich inzwischen in der polnischen Industrie eine Gruppe gebildet hatte, die aus Konkurrenzfurcht den Handelsvertrag mit Deutschland nicht wünschte und der jede Verzögerung willkommen war⁵⁵⁾. Da Polen den von Hermes geforderten Aufschub der Valorisierungsverordnung ablehnte, war die deutsche Delegation Ende Januar bereits wieder aus Warschau abgereist. Bevor jedoch nach einem Ausweg gesucht werden konnte, wurde die Debatte um die Zollvereinbarungen überschattet von einem

54) Tel. des AA an die deutsche Delegation zur Ratstagung des Völkerbundes vom 10. Dez. 1927. AA St.S. Bpol, 5.

55) Vgl. Puchert, S. 139-140.

erbitterten Kampf um die polnische Verordnung über die Staatsgrenzen vom 23. Dezember 1927. In wenigen Wochen war die um die Jahreswende spürbare Détente zwischen Deutschland und Polen wieder vergessen, die eben noch ihren Ausdruck gefunden hatte in einer sehr konzilianten Rede Zaleskis am 9. Januar 1928 und in den Worten Stresemanns über den Handelsvertrag in einer Reichstags-sitzung am Ende dieses Monats⁵⁶⁾.

Die Grenzzonenverordnung enthielt Bestimmungen über einen ziemlich breit bemessenen Grenzstreifen von 30 Kilometern, durch die unter anderem die Bewegungsfreiheit von Ausländern eingeschränkt wurde. In Deutschland empfand man diese Maßnahme außerdem als einseitig gegen die deutsche Minderheit gerichtet, die ja zu einem erheblichen Teil in der Nähe der Grenze lebte. Besonders entrüstete Kommentare riefen die Artikel 9, 11, 12 und 23 hervor. Im Artikel 9 bekam der polnische Staat das Recht, im Interesse des Grenzschutzes in der 30-Kilometer-Zone Enteignungen vorzunehmen, was nach deutscher Ansicht eine beständige Unsicherheit für die dort Ansässigen bedeutete. Artikel 11 schuf die Möglichkeit, bei geringfügigen Zoll- oder Steuer-"Kontraventionen" den Aufenthalt in der Grenzzone zu untersagen; die deutsche Forderung ging dahin, das auf Fälle rechtskräftiger Verurteilung wegen Spionage oder gewerbsmäßigen Schmuggels einzuschränken. Artikel 12 machte den Erwerb von Immobilien in der Grenzzone durch Ausländer von einer Genehmigung des Ministerrates abhängig, die in dessen freiem Ermessen lag. Wenn es sich um Immobilien handelte, durfte außerdem ein Ausländer ein Erbe in der Grenzzone nur antreten, wenn er gesetzlicher Erbe war; fehlte diese Voraussetzung und erbte er auf Grund eines Rechtsgeschäftes, mußte er ebenfalls um eine Genehmigung nachsuchen. Schließlich konnte der Wojewode den Besitz, die Pachtung, Nutzung und Verwaltung von Grundstücken, Handel, Gewerbe,

56) Verhandlungen des Reichstags. Stenographische Berichte. Bd. 394. S. 12493. - Zaleski hatte erklärt: "Mit Zufriedenheit muß ich feststellen, daß wir im Laufe des verflossenen Jahres vonseiten der Leitung der deutschen Außenpolitik mehrfach Beweise guten Willens und auch von Anstrengungen feststellen konnten, um trotz außerordentlich schwieriger innerpolitischer Bedingungen gutnachbarliche Beziehungen zwischen beiden Ländern herzustellen." WTB Nr. 50 vom 10. Jan. 1928. AA RM 10, 8.

die Leitung und Ausbeutung von Arbeiten und Unternehmen in der Grenzzone mit Rücksicht auf das Staatswohl, die Sicherheit und öffentliche Ordnung verbieten. Artikel 23 gab der polnischen Regierung ein Ausweisungsrecht auch schon bei geringfügigen Verletzungen des Grenzzonendekrets. Soweit die Minderheit von den neuen Bestimmungen betroffen war, besaß die deutsche Regierung kein formelles Recht zu Protesten. Dagegen wurden sogleich überall Befürchtungen laut, das Gesetz verschlechtere die Lage der Reichsdeutschen in Polen so sehr, daß das Niederlassungsabkommen vom 21. Juli 1927 illusorisch geworden sei. Wenn sich auch bei eingehender Prüfung im Auswärtigen Amt ergab, daß formaljuristisch kein Widerspruch bestand, so war doch nach Auffassung der Ostabteilung "eine neue Situation" entstanden, die man nicht hinzunehmen gewillt war. Rauscher bekam am 24. Januar 1928 den Auftrag, in Warschau zu erklären, die Verordnung habe in Berlin "aufs höchste befremdet" und gefährde die Verhandlungen. Er sollte darauf dringen, daß sie insoweit nicht in kraft trete, als sie den Bestimmungen der Oberschlesienkonvention und des künftigen Niederlassungsabkommens widerspreche, zum mindesten müsse sie für die deutsche Grenze aufgeschoben werden, um den weiteren Verhandlungen nicht vorzugreifen. Bei Zaleski und Jackowski erhob Rauscher daraufhin sehr nachdrückliche Vorstellungen und machte aus seinem Pessimismus keinen Hehl. Beide versicherten ihm, das Dekret sei während ihrer Krankheit im November 1927 im Ministerrat besprochen worden und ihnen unbekannt gewesen, Jackowski gab auch durchaus zu, daß es in manchen Punkten wenig durchdacht sei und zu weit gehe.

Nachdem Rauscher am 7. Februar noch erfahren hatte, Zaleski habe die Entscheidung des Ministerpräsidenten angerufen und halte eine günstige Lösung für sicher, ruhte die Angelegenheit den Februar über, und die Hoffnungen konzentrierten sich aufs neue auf eine Begegnung zwischen Zaleski und Stresemann während der Genfer Rats-tagung im März. Das Auswärtige Amt war entschlossen, von dem polnischen Außenminister noch in Genf eine bindende Zusage zu verlangen und damit zu drohen, daß die deutsche Delegation nicht wie vorgesehen am 15. März nach Warschau zurückkehren werde, wenn die

Grenzzonenverordnung nicht vorher "bereinigt", d.h. für die polnische Westgrenze insgesamt oder wenigstens in den genannten Artikeln aufgehoben sei. In einem anderthalbstündigen Gespräch mit Stresemann am 11. März 1928 gab Zaleski zwar ohne weiteres zu, daß die Verordnung viel zu weit gehe und stellte auch eine Novelle bis zum 19. März in Aussicht, ohne sich jedoch über den Umfang der Änderungen äußern zu wollen oder zuzusagen, daß Rauscher das neue Gesetz vor der Veröffentlichung zu sehen bekäme⁵⁷⁾. Rauscher selbst hatte in der Zwischenzeit in Warschau bei stundenlangen Gesprächen mit Jackowski einige Einzelheiten über die heftigen Auseinandersetzungen innerhalb der polnischen Regierung erfahren. Jackowski war aber nach seinem Eindruck noch nie so vorsichtig in seinen Äußerungen und des Enderfolgs so ungewiß gewesen wie diesmal, ebenso schiene Zaleski am Ende seiner Einflußmöglichkeit. Auch in einer Unterhaltung mit dem Vizeministerpräsidenten Bartel am 11. März mußte Rauscher nur neue Warnungen vor einer diplomatischen Intervention hören, denn der Marschall habe sich die Entscheidung über die Grenzzonenverordnung allein vorbehalten und würde von irgendeiner deutschen Einmischung auf das empfindlichste verletzt sein. Rauscher "erpreßte" von Bartel an diesem Tage nicht mehr als Stresemann zur gleichen Zeit in Genf von Zaleski erfuhr, daß nämlich eine Abänderung des Dekrets beschlossen sei und noch vor Ende März erscheinen würde⁵⁸⁾. Er sah aber sofort die darin liegende Gefahr, daß das Außenministerium hier mit größter Mühe und heftigen Kämpfen etwas durchsetzen könnte, was in Berlin dann nicht befriedigte, und daher rührte seine ständig wieder vorgetragene Bitte, vor der Veröffentlichung Einsicht in das neue Dekret nehmen zu dürfen. Nachdem Rauscher am 13. März auch noch Twardowski um Vermittlung gebeten hatte, unternahm er am 14. nach der Rückkehr Zaleskis aus Genf bei ihm und bei Jackowski einen letzten Versuch, doch wiederum vergebens. Sie sahen sich nicht in der Lage, ihm den Gesetzestext zu zeigen, versicherten aber, er entspräche sicher den deutschen Wünschen und boten an, ihn am Tage der Ankunft der deutschen Delegation in Warschau zu veröffent-

57) Tel. 61 Genf vom 12. März 1928. AA RM 10, 8.

58) Tel. 36 Warschau vom 5. März 1928. Tel. 43 Warschau vom 11. März 1928. AA RM 10, 8.

lichen.

Damit reiste Rauscher am 15. und 16. März nach Berlin zur Teilnahme an einer Kabinettsitzung. Bei seiner Rückkehr brachte er einen ungewöhnlich liebenswürdigen Brief Stresemanns für Zaleski mit nach Warschau, in dem zunächst der gute Wille und die Verständigungsbereitschaft des polnischen Außenministers vorbehaltlos gewürdigt werden, dann aber in überaus höflichen Wendungen doch wieder die Bitte nach Auskünften über die neue Grenzzonenverordnung erscheint⁵⁹⁾. Stresemann wollte sich einfach nicht der Gefahr aussetzen, die Delegation nach Warschau zu schicken, die bald darauf veröffentlichte Gesetzesnovelle als unannehmbar zu empfinden und dann die deutschen Unterhändler wieder zurückrufen zu müssen. Bei der Überreichung dieses Schreibens am 17. März erfuhr Rauscher den Beschluß der polnischen Regierung, am 19. das Dekret zu veröffentlichen, und auf seine erneute dringende Bitte sagte ihm Zaleski den Text noch für den 17. zu. Er hat dieses Versprechen nicht mehr einhalten können, und Rauscher erfuhr zwei Tage später zu seiner Bestürzung, daß im polnischen Kabinett die chauvinistischen Mitglieder den Sieg davongetragen hatten: die Novelle brachte nach deutscher Auffassung und besonders in den genannten Artikeln keine wesentlichen Veränderungen gegenüber dem bisherigen Gesetzestext. Nachdem er nur wegen dieser Grenzzonenverordnung in knapp sieben Wochen fünfzehn offizielle Demarchen gemacht und daneben zahlreiche Gespräche geführt hatte, deren Einzelheiten nicht festgehalten sind, war Rauscher über den Mißerfolg schwer enttäuscht.

"Die Grenzzonenverordnung und ihre vorläufige Erledigung hat mich nahezu krank gemacht. Es ist sicherlich notwendig und gut, wenn man mit dem Herzen bei den wichtigen Sachen ist, die man zu betreiben hat. Aber es kann auch zu weit gehen und in diesem Fall habe ich mich persönlich so getroffen gefühlt, daß ich eigentlich wirklich die Flinte ins Korn werfen wollte. Aus meinem heutigen Bericht werden Sie sehen, daß ich aber mit einiger Anstrengung mich zu meinem alten trostlosen Beruf zurückgefunden habe, den Faden nicht ganz abreißen zu lassen." 60)

59) 16. März 1928. AA Nachlaß, Politische Schriftstücke, 7.

60) Brief Rauschers an Schubert vom 22. März 1928. AA St. S. Po, 3.

Die Vorschläge, die Rauscher zugleich mit diesem Brief an den Staatssekretär sandte, lösten zunächst einmal eine Kontroverse mit der Ostabteilung im Auswärtigen Amt aus. Ohne über die Möglichkeiten nachzudenken, wie die Polen ausgerechnet in diesem Augenblick zu weiteren Konzessionen bewogen werden könnten, war man hier entschlossen, die Delegationsverhandlungen nicht wieder beginnen zu lassen, bevor die polnische Regierung nicht zu jedem einzelnen Punkt der deutschen Beschwerden eine präzise Stellungnahme abgegeben habe. Zechlin wollte selbst mit Hermes nach Warschau fahren, um nicht nur derartige bindende Zusagen zur Grenzzonenverordnung herbeizuführen, sondern auch noch "weitere Garantien" auf dem Niederlassungsgebiet. Die Grenzzonenverordnung habe "einen so tiefen Einblick in die eigentlichen Ziele der polnischen Regierung verschafft", daß die Bestimmungen des Abkommens vom 21. Juli 1927 nicht mehr ausreichend seien⁶¹⁾. Rauscher sah damit jede Verhandlungsmöglichkeit zerstört, denn es sei doch

"ein zu toller logischer Sprung, wenn man in einem gegebenen Moment mehr zu verlangen beschließt, weil sich herausstellte, daß der andere weniger zu geben entschlossen ist."

Er schlug vielmehr vor, von diplomatischen Gesprächen wieder zu Handelsvertragsverhandlungen überzugehen und auf diesem Felde vielleicht doch noch zum Ziel zu kommen. Zunächst sollten die beiden Bevollmächtigten zusammentreffen und nach einem Ausweg suchen. Das Grenzzonendekret enthielt in vielen Punkten keine strengen Vorschriften, sondern gab den polnischen Behörden nur bestimmte Möglichkeiten in die Hand - vielleicht ließen sich über die noch ausstehenden Ausführungsbestimmungen die größten Schärpen mildern. Diese Hoffnung hatte Rauscher aus einem "gewissen Katzenjammer" in Warschau geschöpft, der über die einheitliche Ablehnung der Gesetzesnovelle in der deutschen Presse herrschte, und zwar auch in den mehr links gerichteten Zeitungen, die sonst dem Handelsvertrag sehr wohlwollend gegenüberstanden⁶²⁾. Der Vorschlag fand Zustimmung auf einer Ministerbesprechung am 27. März, und Rauscher bekam noch am gleichen Tage von Stresemann die Anweisung, bei Zaleski einen Notenwechsel zu verlangen mit ei-

61) Brief Dirksens an Rauscher vom 20. März 1928. AA HA Dirksen Polen, 3.

62) Bericht A 72 und Brief Rauschers an Dirksen vom 22. März 1928. AA HA Dirksen Polen, 3.

ner polnischen Erklärung, die Grenzzonenverordnung sei "nicht gegen das Deutschtum gerichtet" und werde auch nicht so gehandhabt werden. Hermes hatte darüberhinaus noch eine Zusatzforderung durchgesetzt, daß nämlich nach einer solchen polnischen Zusicherung zuerst wieder die Niederlassungsfrage in einer besonderen Kommission weiterbehandelt werden müßte, volle Handelsvertragsverhandlungen jedoch nicht aufgenommen würden⁶³⁾. Rauscher erlangte schon am folgenden Tage die Zustimmung Zaleskis zum Notenwechsel und zur Niederlassungskommission unter dem Vorbehalt einer Rücksprache mit Marschall Piłsudski. Allerdings hatte der polnische Außenminister sofort erklärt, gleichzeitig mit den Niederlassungsbesprechungen müßten auch alle anderen Kommissionen der beiden Handelsvertragsdelegationen ihre Arbeit an den Wirtschaftsfragen wieder aufnehmen, was er auch in dem Notenwechsel fordern werde. Die folgenden Gespräche über Form und Inhalt der auszutauschenden Noten zeigten, daß die polnische Regierung hinsichtlich der Grenzzonenverordnung tatsächlich zu dem gewünschten Entgegenkommen bereit war, dagegen jede neue Vorleistung auf dem Niederlassungsgebiet kategorisch ablehnte. Zaleski wollte nur beim Austausch der Noten erklären, er sei einverstanden mit der Behandlung aller Fragen aus dem Warschauer Protokoll vom 8. Dezember 1927, also auch des Niederlassungsproblems, und er habe gegen die Bildung einer solchen Kommission nichts einzuwenden. Dafür erwartete die polnische Regierung eine deutsche Zusage, daß nunmehr die gesamten Handelsvertragsverhandlungen zur gleichen Zeit wieder aufgenommen werden sollten. Rauscher war bei seiner genauen Kenntnis der Warschauer Verhältnisse und seiner Gesprächspartner der festen Überzeugung, damit "das äußerste Maß dessen herausgeholt zu haben", was die Polen damals geben wollten. Ohne das deutsche Zugeständnis der gleichzeitigen Aufnahme von Wirtschafts- und Niederlassungsverhandlungen sah er keine Einigungsmöglichkeit und empfahl es daher dringend. Er wußte außerdem nur zu genau, daß in diesem Augenblick keine Änderung der Grenzzonenverordnung mehr zu erreichen war, weil in Warschau die Auffassung bestand, nun genügend Gesetze unter deutschem Druck geändert zu haben. Als sehr

63) Protokoll der Ministerbesprechung vom 27. März 1928. BA R 43 I, Nr. 1107. Tel. 74 an Warschau vom 27. März 1928. AA St. S. Bpol, 5.

viel wirkungsvollere und eher erfolgversprechende Methode sah Rauscher es an,

"gerade die wirtschaftlichen Fragen auf der Grundlage des Stresemann-Jackowski-Abkommens so schnell und so positiv wie möglich zu fördern, den Polen damit vor Augen zu führen, daß wir an einer schnellen Schaffung des Handelsvertrages wirklich interessiert seien, ihnen gleichzeitig zu zeigen, welche Vorteile ein solcher Vertrag ihnen bringen würde, der polnischen Regierung also einen Anreiz zu schaffen, damit sie ebenfalls auf den Abschluß hinarbeite und dann im gegebenen Moment beim Endsput, wo die beiderseitigen letzten Konzessionen gegeneinander abgewogen werden, und der eine wie der andere noch etwas zulegt, unsere Postulate in der Niederlassungsfrage mit durchzureißen. Dann hätten wir in einer ganz anderen Atmosphäre und unter Hinweis auf unsere positive Haltung in den Polen hauptsächlich interessierenden wirtschaftlichen Dingen die Grenzzonenverordnung verhandeln können, sei es, daß wir dann Ausführungsbestimmungen dazu erreicht hätten, welche die schlimmsten Fehler ausmerzen, sei es, daß wir in einem Schlußprotokoll eine Ausnahmestellung für unsere Leute erreicht hätten..." 64)

Daß das Auswärtige Amt und Minister Hermes sich damals diesen Standpunkt nicht zu eigen machten, sollte den Beginn der Verhandlungen noch über ein halbes Jahr hinauszögern. Das deutsche Festhalten an Prestige Gesichtspunkten verschlechterte schließlich die eigene Verhandlungsposition und machte der polnischen Regierung eine abwartende Haltung leicht, die zu einem Teil allerdings auch durch neue Auseinandersetzungen in Polen um den Handelsvertrag überhaupt und von der Spekulation auf eine Polen freundlicher gegenüberstehende Linksregierung nach den Reichstagswahlen im Mai 1928 bedingt war. In Berlin war man nicht nur von dem mit so vieler Mühe durchgesetzten Notenwechsel über die Grenzzonenverordnung unbefriedigt, sondern beharrte auch darauf, daß am 20. April zunächst die Rechtskommission für die Niederlassungsfragen zusammenzutreten und die Wirtschaftskommissionen erst am 1. Mai folgen sollten, wenn in der ersteren ein befriedigendes Ergebnis zu erwarten stehe⁶⁵⁾. Es ist Hermes zwar bei einer privaten Zusammenkunft mit Twardowski in Wien gelungen, im Wiener Protokoll vom 13. April 1928 die Anerkennung dieser deutschen Forderung zu erreichen, doch desavouierte die polnische Regierung wenige Tage später ihren Be-

64) Brief Rauschers an Schubert und Bericht A 77/28 vom 1. April 1928. Brief Rauschers an Köpke vom 10. Mai 1928. AA St.S. Bpol, 5.

65) Protokoll der Kabinettsitzung vom 4. April 1928. BA R 43 I, Nr. 1430.

vollmächtigten und trat der Vereinbarung nicht bei. Sie wollte keine "question préalable" anerkennen, sondern verlangte nach wie vor die gleichzeitige Aufnahme aller Verhandlungen. Der daraufhin anhebende und bis zum Juli fortdauernde "Notenkrieg" bewirkte nichts weiter, als die deutsche Seite in eine weniger gute Ausgangsposition für die künftigen Gespräche zu bringen - es war nur ein Pyrrhussieg gewesen, den Hermes in Wien errungen hatte. Die sachliche Verbindung, daß die Grenzzonenverordnung eine neue Behandlung des Niederlassungsproblems notwendig mache und Deutschland zur Wiederaufnahme der übrigen Verhandlungen dann bereit sei, wenn hier ein befriedigendes Resultat vorliege, wurde immer mehr verwischt. Nur noch aus Prestigerücksichten wurde eine formelle Vorleistung Polens verlangt, wenn Rauscher bereits am 2. Mai in Warschau erklären durfte, von einer "question préalable" sei keine Rede, denn es sei ja nicht der vollständige Abschluß der Niederlassungsverhandlungen zur Bedingung gemacht worden und in den zehn Tagen zwischen dem Zusammentritt der verschiedenen Kommissionen könne sowieso die Niederlassungsfrage nicht zu Ende diskutiert werden⁶⁶⁾.

In einer Sitzung des neuen Reichskabinetts am 9. Juli 1928⁶⁷⁾ wurde dann stillschweigend dieser Vorbehalt fallengelassen und, wie Rauscher es von Anfang an empfohlen hatte, die Verhandlungen über eine Verbesserung der Grenzzonenverordnung bis zu einem günstigeren Zeitpunkt zurückgestellt. Die hier beschlossene Note an Polen war in versöhnlichem Tone gehalten und regte eine neue Zusammenkunft der beiden Delegationsführer an, um endlich die Wiederaufnahme der Verhandlungen festzulegen. Rauscher erhielt in einem Gespräch mit Lipski am 11. Juli die Zustimmung der polnischen Regierung zum Verhandlungsbeginn gleichzeitig in allen vier Kommissionen; als Thema für die Rechtskommission gestand Polen zu, das Niederlassungsabkommen vom 21. Juli 1927 in eine juristisch einwandfreie und für den Handelsvertrag geeignete Form zu bringen, und die Nachprüfung, ob dieses Abkommen noch im Einklang mit der inzwischen erfolgten Gesetzgebung beider Staaten, also insbesondere mit der polnischen Grenzzonenverordnung stehe. Weiterhin

66) Tel. 94 und 95 an Warschau vom 2. Mai 1928. AA St.S. Bpol, 5.

67) Protokoll BA R 43 1, Nr. 1431.

wurde nochmals ausdrücklich bestätigt, daß die Niederlassungsver-
einbarung ein Minimum darstelle, das von keiner Seite geschmälert
werden dürfe, daß jedoch der Äußerung zusätzlicher deutscher Wün-
sche nichts im Wege stehe⁶⁸⁾. Auf dieser Grundlage einigten sich
dann Twardowski und Hermes am 17. Juli 1928 in Warschau, die Dele-
gationsverhandlungen am 10. September wieder beginnen zu lassen,
und am folgenden Tage wurden auch die Noten ausgetauscht, in de-
nen die polnische Regierung versicherte, die Grenzzonenverordnung
richte sich in keiner Weise gegen die Angehörigen irgendeines Staa-
tes, also auch nicht gegen Deutsche und werde auch in Zukunft nicht
in einem solchen Sinne gehandhabt werden.

Damit ging eine Verhandlungspause von einem dreiviertel Jahr zu
Ende, die von neuen schweren Belastungen des deutsch-polnischen
Verhältnisses erfüllt war. Die in diesen Monaten im Vordergrund
stehenden Streitpunkte sind deshalb in ihrer ganzen Breite ge-
schildert worden, weil sie ein typisches Beispiel bieten für die
Art und Weise, die charakteristischen Schwierigkeiten und Miß-
verständnisse deutsch-polnischer Verhandlungen, und vor allem da-
für, wie tief die von Grund auf vergiftete politische Atmosphäre
auch in den wirtschaftlichen Bereich hineinzuwirken vermochte. Es
ist nicht gelungen, das zu verhindern, obwohl auf beiden Seiten
bei den für die Außenpolitik Verantwortlichen der gute Wille
zweifellos vorhanden war.

4) Neue Verhandlungen bis zum Sturze von Hermes

Die nach dem Streit um die Grenzzonenverordnung mit so vieler Mü-
he gebaute Brücke zu neuen Verhandlungen sollte sich schon bald
als äußerst gebrechlich erweisen. In den ersten Besprechungen der
beiden Delegationen Mitte September 1928 überreichte Twardowski
einen polnischen Vorschlag für das künftige Handelsabkommen, der
von gegenseitiger zolltarifarischer Meistbegünstigung und völli-
ger Freiheit des Warenverkehrs ausging. Da Deutschland aber trotz
der Genfer Konvention über die Aufhebung der Ein- und Ausfuhrver-
bote vom 8. November 1927 das Einfuhrverbot für Kohle aufrechter-

68) Brief Rauschers an Schubert vom 12. Juli 1928. AA HA Ritter
Polen, 7.

halten hatte und auf Grund einer sehr weiten Auslegung des Artikels 4 der Konvention mit veterinärpolizeilichen Begründungen die Vieh- und Fleischeinfuhr weitgehend unterband, verlangte Polen auf diesen Gebieten wenigstens hohe Kontingente: 500.000 t Kohle im Monat, 600.000 lebende Schweine und 50.000 Rinder im Jahr, außerdem die unbegrenzte Einfuhr von Fleisch nach Deutschland. Daß diese Forderungen in voller Höhe nicht durchzusetzen waren, wußte man in Warschau selbstverständlich. Doch über die deutsche Antwort auf die polnischen Vorschläge entspann sich in Berlin wieder eine heftige Auseinandersetzung. In genauer Kenntnis der polnischen Verhältnisse und vor allem derjenigen polnischen Forderungen, ohne deren Erfüllung der Handelsvertrag für Polen keinen Wert hatte, kam Rauscher Anfang Oktober mit sehr bestimmten Vorstellungen nach Berlin, für die er im Auswärtigen Amt und im Handelspolitischen Ausschuß der Reichsregierung mit der üblichen Ausnahme des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft Unterstützung fand. Es sollte "diesmal mit offenen Karten und ohne die ewige Taktik", auch ohne Rücksicht auf die bisherigen polnischen Zugeständnisse, den Verhandlungspartnern völlige Klarheit über das Höchstmaß der deutschen Konzessionen gegeben und dann abgewartet werden, was sie dafür bieten wollten. An erster Stelle war nach Rauschers Überzeugung das Angebot der unbeschränkten Einfuhr von Fleisch in die deutschen Fabriken und von lebenden Schweinen in alle deutschen Seeschlachthäuser notwendig (Bremen, Hamburg, Flensburg, Kiel, Lübeck, Wismar, Rostock, Sassnitz). Denn der Schweineexport nach Deutschland war für Polen nicht nur unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten, sondern auch aus Prestigerücksichten von Bedeutung: es wurde dort als großer Vorteil für die gesamte Handelspolitik betrachtet, wenn die Schweine "in das veterinärpolizeilich reinlichste Land der Welt" importiert werden durften. Zusammen mit den früheren deutschen Zugeständnissen für die Einfuhr von Geflügel und die freie Durchfuhr für Fleisch, einem höheren Kohlenkontingent, Entgegenkommen beim Holz und einigen zollpolitischen Konzessionen würde sich ein deutsches Angebot ergeben, das für Polen anziehend genug war, um als Verhandlungsgrundlage angenommen zu werden.

Das Auswärtige Amt konnte in der ersten Oktoberhälfte in keiner der zahlreichen Besprechungen im Handelspolitischen Ausschuß und im Kabinett damit durchdringen. Das Reichsinnenministerium begründete seinen Widerstand mit veterinärpolizeilichen Rücksichten, obwohl zwei sehr angesehene Sachverständige, der preußische und der württembergische Chefveterinär, den Import in deutsche Fabriken und Seeschlachthäuser für unbedenklich erklärt hatten; das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft führte wie bisher schon wirtschaftspolitische Argumente ins Feld. Ausschlaggebend war, daß der deutsche Delegationsführer, Minister Hermes, bei seiner Gebundenheit an die Interessen der Landwirtschaft und in vollkommener Verkenntung der wirklichen Bedürfnisse der Gegenseite ebenfalls die notwendigen agrarischen Zugeständnisse nicht machen wollte und damit auch im Kabinett durchdrang. Es blieb ihm gestattet, mit seiner undurchsichtigen, hinzögernden und auch bei den loyalsten Polen nur tiefes Mißtrauen weckenden Verhandlungsmethode fortzufahren, indem er stets nur Andeutungen über seine "erheblichen Möglichkeiten" machte, von Twardowski aber genaue Angaben über die polnischen Konzessionen verlangte. Die Antwort, die er am 14. Oktober 1928 auf die polnischen Vorschläge vom September gab, hielt sich durchaus in diesem Rahmen. Twardowski mußte aus ihr zunächst die Ablehnung aller polnischer Wünsche für den Vieh- und Fleischexport heraushören, ohne mit der dann folgenden vagen Andeutung etwas anfangen zu können, es gäbe gewisse Möglichkeiten, bei den Kontingenten für Schweinefleisch und Kohle unter Umständen über das Berliner Protokoll von 1927 hinauszugehen. Der einzige Erfolg dieser Hermes'schen Taktik war, daß der polnische Delegationschef am 16. Oktober die Verhandlungen bei einer solchen Sachlage für gegenstandslos erklärte und die deutsche Delegation aus Warschau abreiste⁶⁹⁾.

Im Auswärtigen Amt war man über diese von Rauscher vorhergesagte Entwicklung außerordentlich bestürzt. Nicht allein, weil der Handelsvertrag im Interesse der deutschen Industrie wünschenswert oder jetzt die deutsche Position unangenehmer denn je war: man würde ja die notwendigen Zugeständnisse eines Tages doch machen

69) Protokoll der Ministerbesprechung vom 18. Oktober 1928. BA R 43 I, Nr. 1433.

müssen und nun unter polnischem Druck; dazu hatte der deutsche Delegationschef in Warschau jedes Vertrauen verloren. Auch aus allgemeinen politischen Rücksichten kam die neuerliche Vertagung der Handelsvertragsverhandlungen durch deutsche Schuld in Berlin höchst ungelegen. Es tauchten nicht nur die mehrfach erwähnten Befürchtungen wieder auf, eine weitere Verschärfung auf wirtschaftlichem Gebiet würde die Verhandlungen über den polnischen Liquidationsverzicht unmöglich machen und nicht ohne Rückwirkungen auf die Behandlung der deutschen Minderheit bleiben, auch in einem anderen Punkte würde sie vielleicht der polnischen Politik zu einem unerwünschten Erfolg verhelfen. Es bestand in Berlin der nicht ganz unbegründete Verdacht, eine starke Partei in Polen sei im Augenblick daran interessiert, die zahlreichen Differenzen mit Deutschland offen zu halten, um den Westmächten die Unmöglichkeit einer Einigung zu demonstrieren und unter Hinweis auf die deutsche "Bedrohung" ein Mitspracherecht bei Rheinlandräumung und Reparationsregelung und letztlich das begehrte Ostlocarno durchzusetzen. Wurde jetzt der Wirtschaftskrieg durch deutsche Schuld weiter verlängert, konnte das nur diese polnischen Bestrebungen begünstigen⁷⁰⁾.

Bei der deutschen Industrie, die den Handelsvertrag mit Polen immer dringender verlangte, machte sich nach der neuen Unterbrechung der Verhandlungen ebenfalls wachsende Ungeduld bemerkbar. Sie suchte zunächst Besprechungen mit den landwirtschaftlichen Spitzenverbänden, doch ohne Erfolg; man verzichtete bald auf weitere sachliche Auseinandersetzungen, weil die Landwirtschaft trotz der Gefahr eines endgültigen Abbruchs der Verhandlungen sogar an einem Kontingent für den Fleischimport in Wurstfabriken festhielt, ohne jedoch die Industrie von ihren Argumenten überzeugen zu können⁷¹⁾.

Vom 8. bis zum 12. November 1928 reiste dann der Direktor der Bayerischen Stickstoffwerke, Professor Nikodem Caro, nach Warschau und erlangte zunächst eine für beide Seiten sehr vorteilhafte

70) Brief Rauschers an Schubert vom 18. Okt. 1928. AA HA Dirksen Polen, 34. Brief Rauschers an Stresemann vom 25. Okt. 1928. AA Nachlaß, 292. Brief Dirksens an Rauscher vom 8. Nov. 1928. AA HA Dirksen Polen, 34.

71) Aufzeichnung von industrieller Seite vom 7. Nov. 1928. AA St. S. Bpol, 5. *

Einigung über das Stickstoffwerk Chorzów, die seiner Gesellschaft daneben einige wichtige Importvergünstigungen in Polen einbrachte. Außerdem benutzte er als Vertreter der deutschen Industrie die Gelegenheit zu zahlreichen Gesprächen über den Handelsvertrag, sowohl mit maßgebenden Politikern, angefangen vom Staatspräsidenten Mościcki, dem Marschall, Ministerpräsident Bartel und den Ministern Zaleski und Kwiatkowski als auch mit polnischen Industriellen und Twardowski. Er war immer wieder mit brennendem Interesse auf den Handelsvertrag angesprochen worden und hatte einen ziemlich genauen Eindruck von seinen Aussichten und Möglichkeiten wie von der polnischen Einstellung dazu bekommen. Caro zog aus seinen Erkundigungen denselben Schluß, der aus Rauschers Berichten in Berlin längst bekannt war, daß nämlich kein Handelsvertrag zu bekommen sei ohne die freie Einfuhr von Schweinefleisch, ein Kontingent von mindestens 300.000 lebenden Schweinen jährlich und 250.000 t Kohle im Monat. Er war weiter der Meinung, Polen werde beim Niederlassungsrecht noch entgegenkommen, und hatte bei Twardowski Einsicht nehmen können in die polnischen Beschlüsse über die deutsche Zollwunschliste: von mehreren hundert Positionen waren fast alle bis auf 10 oder 12 genehmigt, bei denen Twardowski auch noch Entgegenkommen zugesagt hatte. Außerdem seien die Polen bereit, auf die Belieferung Ostpreußens und der übrigen deutschen Ostprovinzen mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen zu verzichten.

Caro hatte sich daneben jedoch ein Bild machen können vom Wachstum der polnischen Industrie, die sich während des Zollkrieges und durch den steigenden Konsum im Lande sehr vergrößert hatte. Je stärker aber der Einfluß dieser Kreise wurde, desto mehr schwand die Aussicht, den Handelsvertrag in Polen durchzubringen. Sowohl Kwiatkowski wie auch Zaleski und der Staatspräsident warnten vor einem weiteren Hinauszögern der Verhandlungen, denn wenn sich die Industrie erst mit den politischen Gruppen verbände, die den Frieden mit Deutschland überhaupt nicht wollten, werde der Widerstand gegen den Handelsvertrag unüberwindlich.

Caro hatte sich schließlich überzeugen müssen, daß die Stellung von Hermes unhaltbar geworden war. Voller Mißtrauen sehe man in

ihm nur den Vertreter der Landwirtschaft, und nach den letzten Erfahrungen mit seiner Verhandlungstaktik fehle der Glaube, daß er wirklich den Vertrag zustande bringen wolle. Die politisch so wichtigen Verhandlungen mit Polen gehörten nicht in die Hände eines Exponenten bestimmter wirtschaftlicher Kreise, sondern in die Rauschers.

Um sie überhaupt wieder in Gang zu bringen, empfahl Caro, nach dem Muster seiner Chorzów-Besprechungen, das ganze Problem zunächst einmal auf privater Ebene verhandeln zu lassen. Zur Überwindung der deutschen Schwierigkeiten von agrarischer Seite machte er den folgenden Vorschlag: die 300.000 polnischen Schweine stellten ein Objekt von 45 Millionen Mark dar, dagegen erwarte die deutsche Industrie eine Ausfuhr nach Polen in Höhe von einer Milliarde. Der Preisunterschied zwischen den deutschen und den polnischen Schweinen mache etwa 4,5 bis 9 Millionen Mark aus; diese Belastung von einem Prozent der erhofften Ausfuhrsumme könne die Industrie wohl tragen und in irgendeiner Form den deutschen Schweinezüchtern zukommen lassen. Unter Umständen könne auch die Industrie das gesamte Schweinekontingent in eigenen Schlachthäusern an der Grenze zu Polen aufnehmen und verarbeiten lassen⁷²⁾.

Nachdem zunächst zur Verbesserung der Atmosphäre das Holzabkommen um einige Wochen verlängert worden war, wurde für die nächsten Besprechungen Hermes' mit Twardowski Anfang Dezember 1928 der Caro'sche Vorschlag aufgegriffen und den Polen neben einem Kohlenkontingent von 350.000 t ein privater Vertrag zwischen einer entsprechenden deutschen und einer polnischen Gesellschaft über den Schweineexport angeboten. Die deutsche Seite würde sich danach verpflichten, über die Seeschlachthöfe 9.000 - 11.000 Schweine pro Woche abzunehmen, wovon die Hälfte zum Weiterverkauf ins Ausland bestimmt war. Das bedeutete für Polen eine feste Absatzgarantie ohne jedes Risiko; darüberhinaus sollte die unbegrenzte Durchfuhr durch Deutschland auf eigene Gefahr hin möglich sein. Die polnische Forderung nach dem Import von Rindern und Rindfleisch dagegen wurde endgültig abgelehnt. Als Ge-

72) Bericht Caro's über seine Reise nach Polen vom 14. Nov. 1928.
AA RM 10,8.

genleistungen verlangte Hermes wie früher schon polnische Zollsenkungen und Einfuhrkontingente, die Gleichstellung der deutschen Ostseehäfen mit den polnischen, vor allem bei den Eisenbahntarifen, und die Beteiligung der deutschen Schifffahrt an der Beförderung polnischer Auswanderer.

Wegen der inzwischen immer heftiger gewordenen polnischen Auseinandersetzungen über den Handelsvertrag zögerte Twardowski mit der Antwort; in der Öffentlichkeit wurden die deutschen Angebote von vornherein als völlig ungenügend bezeichnet. Als einziger Ausweg bot sich wieder ein Vermittlungsversuch Rauschers an, dem es tatsächlich nach intensivsten Verhandlungen mit dem Handelsminister und Twardowski gelang, zunächst mündlich eine Reihe polnischer Zusagen zu erlangen, die noch in einem Protokoll über die Ansichten und Entschlüsse der polnischen Regierung zum Handelsvertrag niedergelegt werden sollten. Trotz der durch den Zusammenstoß zwischen Streseman und Zaleski auf der Ratstagung des Völkerbundes in Lugano am 15. Dezember 1928 wieder gespannten Beziehungen war dieses am 21. Dezember überreichte Protokoll so, daß Rauscher es unbedingt als Grundlage für die Wiederaufnahme der Delegationsverhandlungen und für den sofortigen Abschluß eines neuen Holzabkommens ansah. Das letztere gelang ihm tatsächlich am 19. Januar 1929 in Warschau zusammen mit einem Notenaustausch, bei dem beide Regierungen zusagten, keine Verschärfungen in den gegenseitigen Handelsbeziehungen mehr vorzunehmen. Doch im übrigen wurden in Berlin die polnischen Zugeständnisse vom 21. Dezember wieder als zu gering oder zu ungenau empfunden, und trotz einer sehr energischen Aufforderung Stresemanns, Hermes möchte die Verhandlungen in Warschau beschleunigen, beschränkte sich der deutsche Delegationschef bis Mitte Februar auf einen völlig fruchtlosen Briefwechsel mit Twardowski. Er verlangte darin stets aufs neue die Ausdehnung und Präzisierung der polnischen Angebote, was schon Rauscher von Anfang an für unmöglich erklärt hatte vor der vollen Wiederaufnahme der Wirtschaftsverhandlungen. Daß bei diesem der polnischen Seite durchaus nicht unwillkommenen Hinzögern auch politische Gründe mitspielten, kann nicht bezweifelt werden. Wohl war ein Teil der polnischen Regierung, vor allem der Handels-

minister Kwiatkowski, unbedingt für den Abschluß des Vertrages, doch sah er sich einer wachsenden Opposition im Lande gegenüber. Bei den hinter den polnischen Wünschen zurückbleibenden deutschen landwirtschaftlichen Angeboten waren nicht einmal die polnischen Agrarkreise unbedingte Verfechter des wirtschaftlichen Ausgleichs mit Deutschland, die Industrie dagegen begegnete ihm mit offen eingestandenem Mißtrauen. Der Zollkrieg hatte den engen Anschluß Oberschlesiens an die polnische Wirtschaft gebracht, womit auch bewiesen schien, daß Deutschland Oberschlesien nicht brauche und die Provinz ebenfalls nicht auf das Reich angewiesen sei. Außerdem hatte die Schließung der deutschen Grenze die Anknüpfung von Handelsbeziehungen zu vielen anderen Ländern begünstigt, was wiederum den Ausbau des Hafens von Gdingen beschleunigte. Und schließlich hatten verschiedene Zweige wie die elektrotechnische und chemische Industrie, die Gummi-, Metall- und Textilindustrie in Polen eine überaus günstige Entwicklung genommen, die durch die deutsche Konkurrenz nur beeinträchtigt werden konnte⁷³⁾. Aus diesen Gründen ist der wachsende Widerstand in Kreisen der polnischen Industrie gegen den Handelsvertrag mit Deutschland ohne weiteres zu erklären.

Um den toten Punkt in den Verhandlungen überwinden zu helfen, fuhr Mitte und Ende Februar 1929 Professor Caro zweimal nach Warschau, offiziell nur als Privatmann beziehungsweise Vertreter des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, in Wirklichkeit in Übereinstimmung mit dem Auswärtigen Amt. Der Erfolg seiner Mission war, daß die Polen ihm drei Alternativvorschläge für einen kleineren, mittleren oder großen Handelsvertrag überreichten mit ihren jeweiligen Forderungen und Konzessionen. Obwohl durchaus nicht alle deutschen Wünsche berücksichtigt waren, hielt doch sowohl der Reichsverband als auch Rauscher die polnischen Angebote für eine ausreichende Grundlage zur Fortsetzung der Verhandlungen. Rauscher, der zur gleichen Zeit auf eine möglichst gute Atmosphäre für seine Liquidationsverhandlungen angewiesen war, empfahl vor allem dringend, über noch ungenügenden Zugeständnissen in einzelnen Positionen nicht die günstige Gesamtlage zu übersehen, weil Polen jetzt wirk-

73) Nach den polnischen Akten zitiert bei Puchert, S.148-149.

lich "einen ausgesprochenen Verhandlungswillen gezeigt" habe. Doch weder damit noch mit seinen detaillierten Vorschlägen, wie jetzt die Verhandlungen endlich in kurzer Zeit zu einem für beide Seiten befriedigenden Abschluß gebracht werden könnten, gelang es ihm durchzudringen. Hermes hat sich hier noch einmal gegen immer stärker werdenden Widerstand behauptet und dem Auswärtigen Amt seinen Willen aufzuzwingen vermocht. Caro mußte wider seine bessere Einsicht auf Bitten des Leiters der Handelspolitischen Abteilung in der Wilhelmstraße, Ministerialdirektor Ritters, am 18. März. 1929 an den polnischen Handelsminister einen Absagebrief schreiben und damit das Scheitern seiner Mission besiegeln. Der von Rauescher zu Recht befürchtete überaus schlechte Eindruck dieses Briefes in Warschau konnte nur dadurch gemildert werden, daß Ritter selbst sich nun auf besonderen Wunsch des Reichskanzlers entschloß, am 23. März - wiederum unter Umgehung des deutschen Delegationschefs - in die polnische Hauptstadt zu reisen. Das greifbare Ergebnis dieses Besuches war zunächst nicht groß. Immerhin gelang es Ritter, durch seine mehr private, lockere Verhandlungsführung eine sehr viel freundlichere Atmosphäre herzustellen. Über die Frage, an der bisher immer wieder die Verhandlungen gescheitert waren, den polnischen Schweineexport, wurde beschlossen, nun offiziell den 1928 vorgeschlagenen privaten Vertrag zwischen zwei entsprechenden Gesellschaften zu verhandeln, und zwar nur im kleinen Kreise ohne die großen Delegationen. Ohne Erfolg blieb jedoch Ritters Vorstoß auf dem Zollgebiet; er hatte am 25. März in genauer Kenntnis des Risikos den Polen offen die sämtlichen und äußersten deutschen Konzessionen bei der polnischen Zollwunschliste genannt in der Hoffnung, dafür präzise polnische Angaben über die möglichen Einfuhrkontingente für wichtige deutsche Industrieerzeugnisse zu bekommen. Doch weder Twardowski noch Minister Kwiatkowski sah sich dazu in der Lage, beide konnten nur versprechen, bei ihrer Regierung so viele Zugeständnisse wie möglich zu befürworten und dann schriftlich in Berlin mitzuteilen, worauf Ritter seine Angebote sofort wieder zurückzog. Der Brief, den Kwiatkowski's Kabinettssekretär am 12. April 1929 im Auswärtigen Amt überreichte, brachte allerdings noch immer nicht die gewünschten polnischen

Erklärungen, sondern nur eine neue Einladung Ritters nach Warschau, die er sofort ablehnte⁷⁴⁾.

Rauscher übernahm in dieser verfahrenen Situation aufs neue die wenig dankbare Aufgabe, auf diplomatischem Wege den Gesprächen Caros und Ritters doch noch zu einem Erfolg zu verhelfen. Es ist ihm noch einmal gelungen, die polnische Regierung zu einer Vorleistung, das heißt zur genauen Angabe ihrer gesamten Konzessionen bei Zöllen und Kontingenten zu bewegen, ohne daß sie über die deutschen Gegenleistungen auf dem landwirtschaftlichen Gebiet Klarheit hatte. Das polnische Entgegenkommen ging so weit, daß Rauscher nun wieder in Berlin dringend empfahl, ohne Verzug und zusammenfassend die deutschen Zugeständnisse "im Ausmaß unserer, wohlverstanden, nicht künstlich und taktisch aufgeplusterten Interessen" festzulegen und in Warschau mitzuteilen⁷⁵⁾. Doch bevor hierüber ein Entschluß gefaßt werden konnte, reiste am 27. April Hermes für fünf Tage nach Warschau, nur um zu erklären, alle seit seiner Abreise am 17. Dezember 1928 ohne ihn geführten Verhandlungen existierten für ihn nicht und er lehne sie ab. Während Ritter sich bemüht hatte, auf die polnischen Gedankengänge einzugehen und im Rahmen der deutschen Möglichkeiten Kombinationen zu finden, die den polnischen Forderungen wenigstens in gewissem Maße gerecht wurden, hatte Hermes auf jede Frage der Gegenseite nur ein striktes, unnuanciertes "nein". Ein vollständiger Bruch konnte mit Mühe verhindert werden, weil einige der wichtigsten Fragen fast unberührt blieben, aber alle so mühsam ohne Hermes erzielten Fortschritte in den Verhandlungen waren wieder in Frage gestellt⁷⁶⁾.

Diese eigenmächtige Handlungsweise des deutschen Delegationsführers

- 74) Brief Rauschers an Ritter und Aufzeichnung vom 7. März 1929. Brief Caros an Ritter vom 19. März 1929. Brief Rauschers an Ritter vom 17. März 1929. AA HA Ritter Polen, 9. - Aufzeichnung Ritters über seine Verhandlungen in Warschau vom 23.-26. März 1929. AA St.S. Bpol, 6. - Briefe Rauschers an Hermann Müller vom 7. und 17. März 1929 und Brief Müllers an Rauscher vom 20. März 1929. SPD Nachlaß H. Müller.
- 75) Tel. 61 Warschau vom 24. April 1929. AA St.S. Bpol, 6. Brief Rauschers an Ritter und Bericht A 96/29 vom 25. April 1929. AA HA Ritter Polen, 9.
- 76) Brief Rauschers an Ritter vom 5. Mai 1929. Brief Caros an Ritter vom 6. Mai 1929. AA HA Ritter Polen, 10.

und seine Haltung in den folgenden Wochen des Sommers 1929 beleuchten sehr deutlich, welche unglückliche Wahl die deutsche Regierung mit Hermes getroffen hatte⁷⁷⁾. Die Hauptschwierigkeiten lagen zweifellos darin, daß er nicht wie ein Beamter zur Ausführung seiner Instruktionen gezwungen oder entlassen werden konnte. Dies wäre nur durch einen besonderen Kabinettsbeschluß möglich gewesen, der aber wegen einer Belastung der Regierungskoalition durch Differenzen mit dem Zentrum und aus Furcht, der polnischen Pressecampagne gegen Hermes nachzugeben, immer wieder gescheut wurde. Da Hermes sich mehrfach weigerte, Aufträge des Kabinetts oder des Handelspolitischen Ausschusses auszuführen und mit Rücktrittsdrohungen Nachgeben erzwang, entglitten die Verhandlungen mehr und mehr den maßgebenden und verantwortlichen Stellen in Berlin. Ganz besonders hinderlich war das Hermes'sche "Gastspielprinzip", das heißt, daß er zwischen zahllosen anderen Verpflichtungen immer nur tageweise nach Warschau kam und in wenigen Stunden selbstverständlich keine der schwierigen Fragen zu klären imstande war. Bei einer derartigen Nervosität und dauernden Unterbrechungen war es niemals möglich, im Augenblick unlösbar scheinende Probleme zurückzustellen, die Verhandlungen zunächst in anderen Punkten voranzubringen und dann in günstiger Atmosphäre auf die Schwierigkeiten zurückzukommen. Hermes' beständiger Wunsch, die Verhandlungen wieder nach Berlin zu verlegen, entsprang ebenfalls nicht dem Bestreben, den Vertrag endlich zum Abschluß zu bringen, denn es hatte sich inzwischen zur Genüge erwiesen, daß Fortschritte nur in Warschau zu erzielen waren, wo in besonders kritischen Momenten stets Rauschers gute und enge Beziehungen zur polnischen Regierung zur Verfügung standen. In einem Gespräch mit Stresemann am 28. Mai 1929 wurde dann auch ganz deutlich, daß Hermes den Vertrag nicht wollte: seine Auffassung unterscheide sich grundsätzlich von der Rauschers, der sich vollkommen täusche. Er bestritt nicht nur, daß der Handelsvertrag für die deutsche Industrie günstig sei, sondern faßte seine Meinung dahin zusammen, Polen sei über-

77) Sein Biograph, der sich offenbar ausschließlich auf Mitteilungen von Hermes stützt, übersieht diese Schwierigkeiten vollkommen. Vgl. Reichardt, S. 107-110.

haupt "noch nicht reif" für einen für Deutschland günstigen Wirtschaftsvertrag⁷⁸⁾. Nur mit Mühe ist es dem Reichskabinett gelungen, Hermes die Zusage abzunötigen, vom 1. August an für vier bis fünf Wochen hintereinander in Warschau zu verhandeln. Daß es dazu dann doch nicht kam, lag auch an neuen sachlichen Auseinandersetzungen, an denen er allerdings nicht ganz unbeteiligt war: an den Kontroversen um die Erhöhung des deutschen Schweinezolls. Hermes, der nicht nur an seine Bauernvereine gebunden war, sondern jetzt auch als Reichstagsmitglied Gelegenheit zu ausgedehnter Propaganda unter den Abgeordneten hatte, trat, wie kaum anders zu erwarten, auf diesem Felde ebenfalls für eine Regelung ein, die in Warschau als unannehmbar empfunden werden mußte und den Handelsvertrag weiter verhinderte.

In sachlicher Beziehung waren seit Hermes' Besuch in Warschau Ende April keine Fortschritte zu verzeichnen gewesen. Die Polen hatten aus dem Auftreten des deutschen Unterhändlers schließen müssen, in Berlin herrsche ein beträchtliches Durcheinander; sie hegten sogar den Verdacht, ihre Konzessionen seien "auf hinterlistige Weise herausgelockt" worden, denn es war ja weder der Fortgang der Verhandlungen klar noch, an welche Zusagen sich die deutsche Seite überhaupt gebunden fühlte. Daß angesichts dieser Tatsache die Widerstände in der polnischen Öffentlichkeit und auch in der Regierung wieder wuchsen, war unvermeidlich; es wurde erwogen, als Pressionsmittel nun doch die Maximalzölle gegen Deutschland anzuwenden, was bisher mit Rücksicht auf die schwebenden Verhandlungen unterblieben war⁷⁹⁾. Im Auftrage Zaleskis begab sich am 6. Mai 1929 der polnische Gesandte Knoll, der in Berlin sehr viel mehr Sympathien genoß als sein Vorgänger Olszowski, zu Stresemann, beklagte den durch das Eingreifen von Hermes verursachten Stillstand in den Wirtschaftsverhandlungen und bat um eine Auskunft, wie die deutsche Regierung sie betrachte und wie sie ihre Aussichten beurteile⁸⁰⁾.

78) Aufzeichnung Stresemanns vom 28. Mai 1929. AA St.S. Bpol, 6. Brief Rauschers an Hermann Müller vom 30. Mai 1929. SPD Nachlaß H. Müller.

79) Krasuski, Bd. II, S. 133-134. Über die Maximalzölle s. S. 269 Anm. 43.

80) Aufzeichnung Schuberts vom 6. Mai 1929. AA St.S. Bpol, 6.

Nachdem Knoll am 24. eine nicht sehr befriedigende Antwort bekommen hatte, unternahm er am 29. Mai eine weitere Demarche bei Stresemann. Zu den einzelnen Punkten seiner Anfrage gab das Auswärtige Amt am 7. Juni 1929 die folgende Antwort⁸¹⁾: es sei mit kontinuierlichen Verhandlungen während des Sommers einverstanden; an die Ergebnisse der Besprechungen Caros, Ritters und Rauschers vom Frühjahr wolle man anknüpfen, ohne sich jedoch in allen Einzelheiten zu binden; nach der Besprechung des Schweineimports nach Deutschland solle der gesamte Verhandlungsstoff erörtert werden; für die polnische Rindfleischausfuhr nach Deutschland, die Knoll als unerläßliche Bedingung für den Abschluß bezeichnet hatte, könne jetzt keine Zusage gegeben werden, doch bäte das Auswärtige Amt, die Frage als offen zu betrachten und später zur Entscheidung zu stellen.

In zwei weiteren Noten vom 18. Juni und vom 3. Juli 1929 erklärten beide Regierungen ihre Zustimmung, auf dieser Basis weiter zu verhandeln.

Vom deutschen Standpunkt aus war das nach dem Madrider Beschluß über die Liquidationsfrage⁸²⁾ umso notwendiger, als es jetzt darauf ankam, daß die Gleichzeitigkeit aller Verhandlungen gewahrt blieb, um eine durch die andere günstig beeinflussen zu lassen und

"daß bei den Handelsvertragsverhandlungen nicht das Detail triumphiert und eine kleine Taktik vom Tag zu Tag betrieben wird, sondern daß man mit dem Willen zum Abschluß an die Sache herangeht, um damit die Bereinigung der politischen Fragen zu erleichtern." 83)

Davon war das Reichskabinett wegen neuer Schwierigkeiten mit dem Reichstag und Hermes jedoch weit entfernt. Der Differenzpunkt war jetzt der deutsche Zoll für Schweine und Schweinefleisch geworden. Polen hatte seine Herabsetzung verlangt, eine ziemlich starke Gruppe mit agrarischen Interessen im Reichstag wollte seine Erhöhung, das Kabinett war bisher entschlossen gewesen, den Zoll auf der damaligen Höhe zu binden. Hermes, der im Reichstag eine intensive

81) Aufzeichnung Köpkes vom 7. Juni 1929. AA IV Wirtschaft Handel 13A, 12.

82) Vgl. dazu S. 215 ff.

83) Brief Rauschers an Stresemann vom 26. Juni 1929. AA Nachlaß, 351.

Propaganda für die Zollerhöhung betrieb, weigerte sich auf einer Ministerbesprechung am 2. Juli 1929, eine Instruktion auszuführen, die ihn bei den Verhandlungen mit Polen auf die Zollbindung verpflichtete; auf Hilferdings Frage erklärte er, in diesem Falle zurücktreten zu wollen. Da der Reichskanzler nicht anwesend war, wurde der Beschluß vertagt, um seine Entscheidung einzuholen⁸⁴⁾.

Hermann Müller, der nicht nur mit seiner Partei für den wirtschaftlichen Frieden mit Polen eintrat, sondern von dem mit ihm gut befreundeten Rauscher auch über die Einzelheiten der deutsch-polnischen Verhandlungen unterrichtet war⁸⁵⁾, erklärte sich für die Bindung der Zölle und wollte den Rücktritt von Hermes akzeptieren. Doch aus Furcht vor einer einflußreichen agrarischen Opposition im Reichstag, die durch einen solchen Schritt nur gestärkt werden würde, faßten die Minister am 8. Juli wieder keinen endgültigen Beschluß. Die Situation sollte erst später im vollzählig versammelten Kabinettsrat weiter geklärt werden, bis dahin möge Hermes polnischen Fragen nach den Schweinezöllen ausweichen. Er bekam keine Instruktion, die Zölle zu binden, er durfte nur ihre Bindung nicht von vornherein ablehnen⁸⁶⁾. Doch Hermes wies auch diesen Auftrag zurück, da die Polen auf jeden Fall sofort bei Verhandlungsbeginn diese für sie wichtigste Frage stellen würden und eine ausweichende Antwort nur zum Bruch führen könne. Diese Ansicht wurde bestätigt durch eine polnische Verbalnote vom 18. Juli, in der als Verhandlungsbeginn der 25. Juli vorgeschlagen und die Behandlung der polnischen Zollwünsche vor allen anderen Fragen verlangt wurde. In Warschau war durch die Zolldebatten im Reichstag und die bald folgende, nur Polen betreffende Erhöhung des deutschen Butterzolls erhebliche Unruhe entstanden, so daß die polnischen Forderungen durchaus berechtigt waren. Da sich auf diese Weise ein Umgehen der Zollfrage als unmöglich erwies, eine Kabinettsentscheidung in Berlin aber schon wegen der Erkrankung Müllers und der Abwesenheit der meisten Minister gar nicht herbeizuführen

84) Protokoll der Ministerbesprechung. BA R 43 I, Nr. 1438.

85) Briefe Rauschers an Hermann Müller vom 13. Juni 1929 und 3. Juli 1929. SPD Nachlaß H. Müller.

86) Brief Müllers an Hagenow in der Reichskanzlei vom 4. Juli 1929. BA R 43 I, Nr. 1108. Protokoll der Ministerbesprechung vom 8. Juli 1929. BA R 43 I, Nr. 1438.

war, mußte das Auswärtige Amt am 23. Juli seine Zusage zurücknehmen, den Sommer über verhandeln zu wollen und die polnische Regierung um Aufschub bitten. Unterstaatssekretär Wysocki und Zaleski drückten ihr Befremden und Bedauern über diese Entwicklung aus, während in der polnischen Presse resigniert festgestellt wurde, wenn es nicht einmal dieser deutschen Regierung gelinge, die Widerstände gegen den Handelsvertrag zu überwinden, müsse man überhaupt an einer solchen Möglichkeit zweifeln⁸⁷⁾.

Um in dieser hoffnungslos scheinenden Situation wenigstens eine Geste des guten Willens gegenüber Polen machen zu können, legte das Auswärtige Amt im August 1929 den übrigen Berliner Ressorts einen neuen Plan vor, der sich auch ohne Zustimmung des Reichstages verwirklichen lassen würde. Beide Seiten sollten sich danach durch eine Verwaltungsanordnung die tatsächliche zolltarifrische Meistbegünstigung gewähren, was natürlich das Ende des Zollkrieges bedeutete. Die unlösbaren Fragen der Zollsensenkungen wie der Einfuhrkontingente mußten ausgeschlossen bleiben, ebenso das Niederlassungsrecht und die Vergünstigungen für deutsche Schifffahrtslinien; als einziges sollte ein kleineres Kohlenkontingent für Polen angeboten werden und ein schon 1928 zwischen der Eisenindustrie beider Länder vereinbarter Vertrag über die Aus- und Einfuhr von Schrott und Neueisen in Kraft treten. Da sich die maßgebenden deutschen Minister zu dieser Zeit im Haag aufhielten und wegen der zahllosen Schwierigkeiten in den Reparationsverhandlungen keine Entscheidung über den Handelsvertrag zu erlangen war, machte die Angelegenheit keine Fortschritte bis zu einer Kabinetts-sitzung am 17. September, auf der der Entschluß des Auswärtigen Amtes gebilligt wurde⁸⁸⁾. Obwohl diese neuen Verhandlungen ursprünglich wieder Hermes überlassen werden sollten, fand Hilferding im Kabinett keinen nachdrücklichen Widerspruch gegen sein Verlangen, diese politisch so wichtigen Gespräche gehörten in die Obhut des Auswärtigen Amtes. Der einen Tag später an Rauscher erteilte Auftrag, sich nach mehr als zweimonatiger Abwesenheit wieder

87) Bericht 1105/29 Warschau vom 14. Aug. 1929. AA IV Wirtschaft Handel 13 A, Polen, 13.

88) Kabinettsvorlage des AA vom 7. Sept. 1929. AA St. S. Bpol, 7. Protokoll der Kabinetts-sitzung vom 17. Sept. 1929. BA R 43 I, Nr. 1439.

nach Warschau zu begeben und über ein solches beschränktes Übereinkommen zu verhandeln, veranlaßte Hermes am 25. September endlich zum Rücktritt.⁸⁹⁾ In den folgenden Monaten blieben alle wichtigen Verhandlungen mit Polen in Rauschers Händen, was in Warschau mit unverhohlener Freude und Erleichterung begrüßt wurde.

5) Der Abschluß des Wirtschaftsabkommens

Der deutsche Vorschlag einer sehr begrenzten wirtschaftlichen Vereinbarung wurde in den Gesprächen Rauschers mit Twardowski und hwiatkowski bald erweitert. Die polnische Regierung bot als Konzessionen neben der Meistbegünstigung das bereits 1927 ausgehandelte Niederlassungsrecht, die mit Rauscher im April vereinbarten Einfuhrkontingente für deutsche Industrieerzeugnisse und erklärte sich mit dem privaten Abkommen über Schrott und Eisen einverstanden. Dafür verlangte sie aber ein hohes Kohlenkontingent und vor allem die Ausfuhr von 350.000 dz Schweinefleisch nach Deutschland, weil Polen kein Abkommen auf Kosten seiner Industrie schließen könne, das nicht einmal der Landwirtschaft Vorteile bringe⁹⁰⁾. In der Tat hatte ja auch die von Deutschland vorgeschlagene zolltarifarische Meistbegünstigung für das Reich den größeren Wert, weil Polen in einer ganzen Reihe von Handelsverträgen anderen Ländern, z.B. Frankreich, der Tschechoslowakei, Norwegen, Lettland und Ungarn, niedrige Vertragszölle für viele Waren gewährt hatte, die dann auch Deutschland zugute kommen würden. Die Entscheidung über das von Polen geforderte Schweinefleischkontingent fiel in Berlin auf einer Kabinettsitzung am 3. Oktober 1929 im Zusammenhang mit politischen Fragen. Am gleichen Tage wurde beschlossen, unter dem Eindruck der Haager Konferenz und der aussichtslosen Pariser Beratungen wieder Sonderverhandlungen mit Polen über den Liquidationsverzicht und das Wiederkaufsrecht einzuleiten⁹¹⁾. Um hierfür eine günstigere Atmosphäre zu schaffen, schien ein wirtschaftliches Entgegenkommen unvermeidlich: es sollte ein Kontingent von

89) Brief Hermes' an Stresemann und Rücktrittsgesuch vom 26. Sept. 1929. AA St.S. Bpol, 7.

90) Bericht 1279/29 Warschau vom 26. Sept. 1929. AA HA Ritter Polen, 10.

91) Vgl. S. 219 ff.

200.000 dz Schweinefleisch in Warschau angeboten werden. Polen verlangte im Laufe des Oktober jedoch mehr: nach eineinhalb Jahren sollte die Menge auf 275.000 und nach zwei Jahren auf 350.000 dz steigen. Unter dem Eindruck des günstigen Ausgangs der Liquidationsverhandlungen wurde am 24. Oktober 1929 auch diese Forderung im Reichskabinett gebilligt, allerdings mit 6 zu 6 Stimmen, wobei dann nur das Votum des Kanzlers den Ausschlag gab. Auf Wunsch des Ernährungsministers Dietrich sollten außerdem die Zolleinnahmen aus dem Fleischimport aus Polen in einer Höhe von 6 bis 10 Millionen Mark zur Stützung der Vieh- und Fleischpreise in Deutschland zur Verfügung gestellt werden⁹²⁾. Bis zum November war der kleine Handelsvertrag in den wichtigsten Punkten zu Ende verhandelt, nur die unerquickliche Frage des Schweineimports stand wie seit Jahren noch hindernd im Wege. Es war den Bedenken der Veterinäre und den wirtschaftspolitischen Einwendungen des Ernährungsministeriums schon so weit nachgegeben worden, daß Polen die Schweine nur in bestimmte Fabriken und über die deutschen Seeschlachthöfe einführen durfte. Doch verlangte nun die polnische Regierung die weitere Möglichkeit, den Teil des Kontingents, der auf den ersten beiden Wegen nicht abzusetzen war, in polnischen Schlachthäusern an der deutschen Grenze unter deutscher Veterinäraufsicht schlachten zu lassen und dann auf dem freien Markt in Deutschland zu verkaufen. Obwohl Deutschland also die Überwachung dieser Schlachthäuser in der Hand hatte oder in der Praxis durch die Abnahme des gesamten Kontingents über Fabriken und Seeschlachthöfe den dritten Weg unnötig machen konnte, wollten die Veterinärsachverständigen unter keinen Umständen eine solche Zusicherung an Polen geben. Kurz vor dem Abschluß des Vertrages gerieten die Wirtschaftsverhandlungen so noch einmal in eine Krise, was für die deutsche Seite umso unerwünschter war, als Rauscher ja zur gleichen Zeit über Verbesserungen des Liquidationsabkommens vom 31. Oktober 1929 verhandeln sollte und dafür auf den guten Willen seiner polnischen Gesprächspartner angewiesen war. Die entscheidenden Besprechungen fanden während der Ratstagung des Völkerbundes im Januar 1930 in Genf statt, wo Staatssekretär v. Schubert

92) Protokoll der Ministerbesprechung vom 24. Okt. 1929. BA R 43 I, Nr. 1439.

Zaleski als Ersatz für den geforderten Absatz von Fleisch auf dem freien Markt eine private Absatzgarantie für das gesamte Schweinekontingent anbot. Der Reichsverband der Deutschen Industrie mit seinem starken Interesse an guten Wirtschaftsbeziehungen zu Polen hatte sich nach der Anregung Caros von 1928 bereit-erklärt, denjenigen Teil des polnischen Schweinekontingents zu dem in Deutschland üblichen Marktpreis aufzukaufen, der sich auf den anderen beiden Wegen nicht absetzen ließ. Damit war endlich das letzte Hindernis aus dem Wege geräumt, und am Abend des 17. März 1930 konnte Rauscher mit Iwardowski das unter so ungewöhnlichen Mühen und Schwierigkeiten erstrittene Abkommen unterzeichnen.

Es war ein begrenzter Vertrag, der nur durch den Verzicht auf die sonst übliche Zolltarifanlage ermöglicht worden war. Die fehlte, weil sich in Deutschland für landwirtschaftliche Produkte keinerlei Zollbindungen oder -ermäßigungen hatten erreichen lassen. Beide Länder gewährten sich die zolltarifarische Meistbegünstigung, die, wie schon erwähnt wurde, für Deutschland einen bedeutend größeren Wert hatte als für Polen. Alle deutschen und polnischen Zollkampfmaßnahmen sollten mit dem Inkrafttreten des Vertrages ihre Geltung verlieren. Deutschland erlangte freie Durchfuhr nach der Sowjetunion, den Beitritt Danzigs zum Abkommen, ein Niederlassungsrecht nach den Vereinbarungen vom Juli 1927, Kontingente für diejenigen Industrieerzeugnisse, für die in Polen Einfuhrverbote bestanden, und Konzessionen für seine Schiffahrtslinien zur Beförderung polnischer Auswanderer. Polen bekam dafür ein Kohlenkontingent von 320.000 t im Monat, wozu als Saldo noch diejenige Menge kam, die von Deutschland nach Polen exportiert wurde; weiterhin ein Schweinekontingent von 200.000 Stück, das sich in den nächsten zwei Jahren auf 350.000 erhöhen sollte. Lebende Schweine durften nur an die deutschen Seeschlachthöfe, geschlachtete nur in genau bezeichnete Fabriken geliefert werden, doch bekam Polen dafür die Abnahmegarantie des Reichsverbandes der Deutschen Industrie. Auf eine Belieferung Ostpreußens verzichtete es vollkommen; Geflügel und Einhufer durfte es ebenfalls nur unter ganz bestimmten Bedingungen nach Deutschland ausführen. Nach einer Vereinbarung

der beteiligten Industrien lieferte Deutschland außerdem bestimmte Kontingente von Schrott und Steinkohlenrohteer nach Polen und bekam eine genau festgesetzte Menge von Bleioxyd und Bleimennige⁹³⁾.

Schon längst vor der Unterzeichnung, als in Deutschland noch ein heftiger Kampf um das Liquidationsabkommen im Gange war, hatte der Reichskanzler die Aussichten für den Handelsvertrag im Reichstag sehr skeptisch beurteilt. Der Feldzug der deutschen Landwirtschaft gegen das Abkommen mit Polen war selbst bei den Regierungsparteien nicht ohne Erfolg geblieben. Hatte im letzten Augenblick vor der Unterzeichnung schon der Reichspräsident dem Wirtschaftsvertrag noch Schwierigkeiten in den Weg legen wollen, so benutzten die Rechtsparteien den Abschluß selbst als Argument für immer lautere Forderungen nach Zollerhöhungen für die wichtigsten landwirtschaftlichen Produkte. Sie vermochten das auch durchzusetzen, als nach dem Rücktritt des Kabinetts Hermann Müller am 27. März 1930 Schiele, der hartnäckigste Gegner des polnischen Handelsvertrages, wieder Ernährungsminister wurde. Die bald darauf folgenden Zollerhöhungen verschlechterten den Vertrag für Polen in erheblichem Maße und riefen dort große Entrüstung hervor. Es ist Curtius aber gelungen, am 1. Mai auch Schieles Zustimmung zur Verabschiedung im Kabinett und zur Vorlage beim Reichsrat zu erlangen. Dort wurde der Vertrag am 28. Mai 1930 gebilligt und daraufhin dem Reichstag zur ersten Lesung zugeleitet. Nach einer hitzigen Debatte in den letzten Junitagen überwies das Parlament ihn gegen den Widerstand von Deutschnationalen und Kommunisten an die Ausschüsse. Hier wurden aber nun die Beratungen von Tag zu Tag verschoben, weil der inzwischen ausgebrochene Kampf im Reichstag um die Aufhebung der Notverordnungen vom 16. Juli nicht noch durch den umstrittenen Vertrag mit Polen geschürt werden sollte. Zwei Tage später wurde dennoch der Reichstag aufgelöst, und die Wahlen vom 14. September 1930 mit ihrem katastrophalen Ergebnis brachten erst recht keine Möglichkeit, den Handelsvertrag jetzt ratifizieren zu lassen. Obwohl das Auswärtige Amt in der aufs höchste gespannten politischen Situation zwischen Deutschland und Polen den einzigen Weg zu einer

93) Text des Abkommens mit sämtlichen Anlagen. AA RM 10,11.
Aufzeichnung vom 25. März 1930. AA St.S. Bpol, 10.

Besserung auf wirtschaftlichem Felde sah und außerdem angesichts des nahenden Winters mit immer höheren Arbeitslosenzahlen den Verzicht auf die Exportmöglichkeiten nach Polen nicht verantworten wollte, wagte das neue Reichskabinett im Oktober 1930 keinen Beschluß über die erneute Vorlage des Vertrages an den Reichstag. Bei den damaligen Mehrheitsverhältnissen war die Annahme nicht zu erwarten, die bloße Erörterung würde aber möglicherweise die innerpolitischen Spannungen so verschärft haben, daß die wichtigste Aufgabe des Reichstages, die Annahme der dringend notwendigen Finanzgesetze, gefährdet war⁹⁴⁾. Als sich die deutsche Regierung auch 1931 nicht imstande sah, mit Hilfe des Zollermächtigungsgesetzes vom 26. März den Handelsvertrag vorläufig in Kraft zu setzen, war jede Aussicht auf seine Ratifizierung geschwunden. Beide Länder litten schwer unter der großen Wirtschaftskrise, der Zollkrieg dauerte nach einer vorübergehenden Besserung im Jahre 1932 fort, bis er im März 1934 unter ganz anderen Umständen zu Ende ging⁹⁵⁾.

In Polen war die Situation nicht viel leichter gewesen. Eine starke Opposition gegen den Handelsvertrag bestand von Anfang an, und es gab nicht einmal wie in Deutschland im Reichsverband der Deutschen Industrie eine so geschlossene, einflußreiche Gruppe, die unbedingt für ihn eintrat. Während die polnische Landwirtschaft ihre Interessen ungenügend berücksichtigt fand und die Industrie nur Schaden von dem Vertrag erwartete, würdigte die Regierung hauptsächlich den politischen Gewinn für Polen: es habe so viele Beweise seines guten Willens und seiner Bereitschaft zum Ausgleich gegeben, daß das Vertrauen des Auslandes zu Polen sich weiter befestigen und seinen Ausdruck auch im Zustrom neuen Kapitals finden werde⁹⁶⁾.

94) Brief Eisenlohrs an Ritter vom 30. Sept. 1930. AA GA Polen Handel 13 A, 17. Bericht 1590/30 Warschau vom 31. Okt. 1930. Erlaß an Warschau vom 17. Nov. 1930. AA GA Polen Handel 13, 16.

95) Über die letzte Phase des Wirtschaftskrieges s. Krasuski, Bd. II, S. 274-294; Puchert, S. 169-176.

96) Bericht A 105/30 Warschau vom 20. März 1930. AA GA Polen Handel 13 A, 16.

Die Ratifikation des Abkommens war indessen in Polen zunächst ebensowenig möglich wie in Deutschland. Einen Tag nach der Unterzeichnung stürzte das Kabinett Bartel, und Piłsudski war entschlossen, den neuen Premierminister Sławek einige Monate ohne den Sejm regieren zu lassen; das Parlament wurde vertagt, und damit blieb das Schicksal internationaler Verträge ungewiß. In die Zwischenzeit fielen die deutschen Zollerhöhungen bei landwirtschaftlichen Produkten und die Ermächtigung für die Regierung, jederzeit weitere vorzunehmen, was die polnische Opposition gegen den Vertrag wieder stärkte. Wirtschaftskreise verlangten polnische Gegenmaßnahmen in Gestalt von Zollerhöhungen und neuen Einfuhrverboten oder wenigstens neue Verhandlungen mit Deutschland zur Wiederherstellung des Gleichgewichts in dem für Polen so verschlechterten Abkommen. Versuche zu solchen Verbesserungen wurden mehrfach unternommen, vom Auswärtigen Amt jedoch aus Furcht vor innerpolitischen Rückwirkungen stets abgelehnt. Wenn die polnische Regierung den Handelsvertrag im März 1931 dem im November 1930 gewählten Sejm vorlegte, geschah das allein aus politischen Rücksichten und als eine Demonstration gegenüber den Westmächten. Der Sejm nahm ihn am 11. März 1931 an, doch der Staatspräsident unterzeichnete das Gesetz bereits nicht mehr - das Scheitern des Vertrages in Deutschland war ja längst offenkundig geworden.

Der Beginn der Krise

Das Schicksal des Handelsvertrages war keine zufällige Einzelerscheinung, sondern das Symptom einer unheilvollen Entwicklung des deutsch-polnischen Verhältnisses. Zusammen mit dem wenige Monate vorher abgeschlossenen Liquidationsabkommen hatte er eine Art Friedensschluß darstellen sollen oder doch jedenfalls die Einleitung zu einer Phase normaler und ruhiger Beziehungen der beiden Nachbarstaaten. In diesem Sinne war er nicht nur von den unmittelbaren Interessenten, sondern auch von den gemäßigten politischen Kreisen Deutschlands und Polens ebenso wie in London und Paris begrüßt worden. Daß das genaue Gegenteil eintrat und gerade das Jahr 1930 eine entscheidende und im Grunde bis zum Kriege nie wieder ausgeglichene Wende zum Schlechten brachte, war nicht zuletzt bedingt durch die Wirtschaftskrise in einem früher unbekannten Ausmaß und dem gleichzeitigen Zerfall der bisherigen politischen Ordnungen in beiden Ländern mit ihren Folgen der inneren Radikalisierung und des Wiederauflebens schlimmsten chauvinistischen Denkens.

Seit dem Sturze des Kabinetts Hermann Müller, des letzten, das wirklich mit einem funktionsfähigen Reichstag arbeiten konnte, gab es in Deutschland keine Regierung mehr, die sich der anschwellenden Flut antipolnischer Haßausbrüche und Propaganda energisch entgegenstellte. Im Gegenteil, angegriffen und in ihrer Stellung bedroht durch die auf innen- und außenpolitischem Felde jedes Maß verlierende Agitation der Rechten und besonders der nach den Septemberwahlen von 1930 so stark gewordenen Nationalsozialisten, ließ die neue Reichsregierung nicht nur eine laute Debatte in der deutschen Öffentlichkeit über die Grenzrevision im Osten und die Minderheitenfrage zu. Sie wußte sich ihrer innenpolitischen Gegner auch kaum anders zu erwehren, als daß sie deren Vorwürfe des mangelnden Patriotismus und Eintretens für "nationale Ziele" zu entkräften suchte durch betont nationalistische Erklärungen, die sicher nicht immer ihren wirklichen Intentionen entsprachen, in Polen aber einen verheerenden Eindruck machten und entsprechende chauvinistische Reaktionen auslösten.

Die Situation war hier vergleichbar. Nach der Vertagung des Sejm für mehrere Monate, seiner schließlichen Auflösung und während der Vorbereitungen für die Neuwahlen im Herbst 1930 tobte ein erbitterter Kampf zwischen dem Regierungslager der Piłsudski-anhänger und der nationaldemokratischen und linken Opposition. Die Piłsudski-Partei, die wie der Marschall selbst bisher durchaus einen gewissen Ausgleich mit Deutschland gefördert hatte, wollte jetzt ihrer schärfsten Gegnerin, der polnischen Nationaldemokratie, den Ruhm nicht lassen, als einzige unbeirrt und energisch gegen die deutsche Bedrohung der polnischen Westgrenzen einzutreten, sondern suchte sie in ihren antideutschen Kundgebungen und Maßnahmen gegen die Minderheit zu übertrumpfen. Die für die Außenpolitik Verantwortlichen in beiden Ländern mußten tatenlos und resigniert zusehen, wie das Ergebnis jahrelanger Verständigungsbemühungen zunichte gemacht wurde und jede Aussicht auf die Anknüpfung irgendwelcher politischer Besprechungen schwand.

In Polen hatte der Wahlsieg der Nationalsozialisten, die verstärkte Korridorpropaganda, die Diskussion um den europäischen status quo im Zusammenhang mit Briands Europa-Plan, die vorzeitige Rheinlandräumung und mögliche Erleichterungen für Deutschland bei den Reparationen und Rüstungsbeschränkungen die immer schon mehr oder minder stark vorhandene Furcht neu belebt, Deutschland werde sich nun mit aller seiner Kraft einer Revision der Ostgrenzen zuwenden. Die Atmosphäre wurde noch stärker vergiftet und die Spannung auf den Gipfel getrieben durch eine nicht abreißende Reihe von Zwischenfällen, die an sich nicht allzu belangreich waren, vor dem düsteren Hintergrund des Jahres 1930 aber eine unheilstiftende Bedeutung bekamen¹⁾.

Es begann im April mit der Absage einer polnischen Kunstausstellung in Berlin, die als Gegenstück zu einer deutschen in Warschau gedacht war, welche im Jahre zuvor unter dem Protektorat Zaleskis einen großen Erfolg gebracht hatte. Curtius war ursprünglich zur Übernahme der Schirmherrschaft bereit gewesen, sagte sie dann aber als im neuen Kabinett "nicht tragbar" ab, was in Polen eine erhebliche Verstimmung verursachte.

1) Material für den folgenden Abschnitt einschließlich deutscher und polnischer Pressestimmen in AA RM 10, Bd.9,11-13; Abt.IV Polen Pol.2,31-32.

Kurz darauf kündigte die Reichswehr Manöver an der polnischen Grenze an; zweimal war in den vergangenen Jahren auf solche Demonstrationen der Marine in der Danziger Bucht und der Reichswehr in Ostpreußen auf Bitten des Auswärtigen Amtes verzichtet worden, um das Verhältnis zu Polen nicht unnötig zu belasten. Jetzt löste die Ankündigung in der deutschen Rechtspresse große Befriedigung, in Polen erbitterte Kommentare aus.

Den ganzen Sommer über gab es Verletzungen der deutschen Grenze durch polnische Flugzeuge und eine Reihe nicht aufgeklärter Grenzwischenfälle mit Spionageverdächtigungen; selbst die diplomatischen Vertretungen beider Länder wurden in der gereizten Atmosphäre der Agententätigkeit beschuldigt. Da deutsche und polnische Behörden sich bei der Untersuchung solcher Fälle nach Kräften behinderten, wurde die Schuld fast niemals aufgeklärt, was die phantastischsten Vermutungen und Verleumdungen zur Folge hatte. Gerade solche Übergriffe an der Grenze riefen in der nationalistischen deutschen Presse immer neue und heftigere Anklagen gegen die Versailler Grenzziehung und Drohungen gegen Polen hervor.

Den Gipfel erreichte die Erregung im August 1930 mit einer auch von Brüning und Curtius als überaus taktlos empfundenen Rede des Ministers für die besetzten Gebiete, Treviranus, auf einer Kundgebung des Ostausschusses und des Bundes der Deutschen Ostverbände zur 10. Wiederkehr des Abstimmungstages in Ost- und Westpreußen. Nach der Befreiung des Rheinlandes, so verkündete der Minister am 10. August vor dem Reichstagsgebäude, fordere

"der Osten Einheit und Einsatz des ganzen deutschen Volkes, Willen, Zukunftshoffnung. Wir gedenken in der Schwere und Tiefe unserer Seele des zerschnittenen Weichsellandes, der ungeheilten Wunde in der Ostflanke, diesem verkümmerten Lungenflügel des Reiches. Wir denken daran, unter welch' schönem Druck Wilson zur unnatürlichen Abschnürung Ostpreußens gepreßt, zu welchem Zwitterzustand das deutsche Danzig verurteilt wurde. Die Zukunft des polnischen Nachbarn, der seine staatliche Macht nicht zum geringsten Teil deutschen Blutopfern verdankt, kann nur gesichert sein, wenn Deutschland und Polen nicht durch ungerechte Grenzziehung in ewiger Unruhe gehalten werden. Ostdeutschlands Blutstockung bleibt eine europäische Sorge und Gefahr. Die Grenzen des Unrechts halten nicht stand gegen Volksrecht und nationalen Lebenswillen...Weg mit dem Gerede von der Katastrophe, her mit dem Mut, alle Nöte zu bannen! Der Tag wird kommen, wo der Kampf für das Recht Deutschland und Europa befreit hat."

Diese Rede, von der vorher weder Kanzler noch Außenminister etwas gewußt hatten, brachte beide in tiefste Verlegenheit; und wenn auch in Paris und London ein begrenztes Verständnis dafür bestand, daß in Wahlreden manches gesagt wurde, was sonst unterblieb, so empfand doch sowohl Briand als auch das Foreign Office diese Äußerungen als zu stark. Die Berichte der Auslandsmissionen bestätigten das Auswärtige Amt nur in seinen Befürchtungen, daß hier empfindlicher Schaden angerichtet worden war. Auch Rauscher meldete schwerste Bedenken an: jetzt nach der Befreiung des Rheinlandes mußten solche Worte so gedeutet werden, als glaube Deutschland nun freie Hand im Osten zu haben, und das gab allen denen Recht, die die vorzeitige Räumung von Anfang an bekämpft hatten und die sich in Zukunft gegen jede neue Konzession wehren würden. Eine derartige offene Kampfansage an Polen aus dem Munde eines aktiven Reichsministers mußte dort als vollgültiger Beweis des Bedrohtseins gelten und konnte nur zu einer Zurückweisung des deutschen Störenfriedes und einer Versteifung der "Front der Besitzenden" in Europa führen. Die Diskussion des Briand'schen Europa-Memorandums war für Deutschland außerordentlich erschwert: nachdem es für seine an anderer Stelle²⁾ bereits zitierte Antwort in Genf ein gewisses Verständnis gefunden hatte, mußte die Treviranus-Rede

"wie ein authentischer Kommentar wirken, der unsere wohlabgewogenen Vorbedingungen katastrophal vergrößert und wieder einmal den Eindruck erweckt, als trieben wir doppelbödige Politik, an der nur das Gute sei, daß ein besonders forschender Herr hier und da der Katze die Schelle umhänge." 3)

Hatte sich Zaleski am 14. August auf einen scharfen Protest beim deutschen Geschäftsträger v. Rintelen beschränkt und dabei erklärt, er werde sich nicht zu einer Antwort in gleicher Tonart verleiten lassen, denn dann seien in kürzester Zeit diplomatische Beziehungen zwischen Deutschland und Polen nicht mehr möglich, so erreichte die Erregung der Öffentlichkeit in Polen einen Siedepunkt. Sie beschränkte sich nicht auf Haßausbrüche und Protestartikel in der Presse⁴⁾, den ganzen September und Oktober über fanden in den

2) Siehe S. 137.

3) Brief Rauschers an Bülow vom 13. Aug. 1930. AA RM 10, 12.

4) Vgl. Krasuski, Bd. II, S. 297-298.

Städten antideutsche Kundgebungen und Demonstrationen, eine "Westmarkenwoche" und ein "Pommerellenmonat" statt, bei denen es zum Teil auch zu Ausschreitungen kam.

Die deutsche Seite antwortete mit schweren Anschuldigungen wegen der Behandlung der Minderheit im Wahlkampf des Herbstes 1930. Das Auswärtige Amt wußte aus Rauschers Berichten, daß trotz aller Übergriffe der Aufständischen-Verbände in Oberschlesien und einzelner Zwischenfälle in Posen und Pommerellen die Deutschen in Polen nicht am schwersten zu leiden hatten angesichts des Terrors gegenüber dem ukrainischen Bevölkerungsteil und der schändlichen Behandlung der polnischen Opposition. Doch es konnte sich der nationalistischen Agitation und den Vorwürfen wegen seiner angeblich zu versöhnlichen Haltung nicht anders entziehen, als daß es Rauscher zu einer Demarche beauftragte, die bisher immer vermieden worden war, weil Deutschland kein formelles Recht dazu hatte: Bei der polnischen Regierung gegen die Bedrückung der Minderheit im Wahlkampf zu protestieren und deutsche Schritte in Genf anzudrohen. Sie erfolgten bald darauf in der Form von neuen Minderheitsbeschwerden beim Völkerbund, die in Polen immer schon besonders schlecht aufgenommen worden waren.

Die Reihe ließe sich fortsetzen mit Ausweisungen und ähnlichen Zwischenfällen. Rauscher hat die letzten Monate seiner Amtszeit damit verbracht, in Warschau Protestnoten zu überreichen; irgendeinen Ansatzpunkt für Gespräche über politische oder wirtschaftliche Fragen gab es nicht mehr - seinem Grundsatz "keine Ressentiments, sondern kühlsie Interessenpolitik" war jeder Boden entzogen. Nach achtjähriger Arbeit in Warschau stand Rauscher vor dem Scheitern aller seiner Bemühungen und seiner zuletzt in engem Zusammenwirken mit Stresemann betriebenen Politik einer gewissen Normalisierung und Beruhigung des deutsch-polnischen Verhältnisses. Auch er sah keinen Ausweg, wie in einer durch wirtschaftlichen Zusammenbruch und politische Spannungen vieler Arten auf das schlimmste verworrenen Situation Europas ein Ausgleich zwischen zwei Völkern gefunden werden sollte, deren Verhältnis in unglücklicher Weise

durch alte Ressentiments und die in Versailles geschaffene Grenzziehung vergiftet war. Während der Wirtschaftskrieg in unverminderter Schärfe zum Schaden beider Seiten fort dauerte, verharrten die politischen Beziehungen in fast aussichtsloser Stagnation, bis die Nationalsozialisten unter ganz veränderten Bedingungen im Frühjahr 1934 eine Wende herbeiführten in der Gestalt eines trügerischen "Friedensschlusses" von kurzer Dauer.



Lebenslauf

Ich wurde am 30. Mai 1941 als Tochter des Obersts Max Oertel und seiner Ehefrau Ilse in Leipzig geboren. Von 1947 bis 1955 besuchte ich die 37. Grundschule, von 1955 bis 1959 die Karl-Marx-Oberschule in Leipzig, an der ich im Juni 1959 die Reifeprüfung bestand. Im Herbst 1959 siedelte ich nach Westberlin über und legte dort an der Askanischen Schule im Juni 1960 die Ergänzungsreifeprüfung ab. Von 1960 bis 1967 studierte ich an der Freien Universität Berlin und an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn Geschichte und Slavistik. Meine akademischen Lehrer waren die Professoren Beumann, Bräuer, Braubach, Bußmann, Elze, Jablonowski, Philipp, Quirin, Reiter, Striedter und Woltner.

Das Buch ist in zwei Teile gegliedert. Der erste Teil enthält die allgemeine Einführung in die Geschichte der Philosophie, der zweite Teil die Geschichte der Philosophie in Deutschland. Der erste Teil ist in drei Abschnitte unterteilt: 1. Die Philosophie der Antike, 2. Die Philosophie des Mittelalters, 3. Die Philosophie der Neuzeit. Der zweite Teil ist in zwei Abschnitte unterteilt: 1. Die Philosophie der Aufklärung, 2. Die Philosophie der Romantik. Der dritte Teil ist in zwei Abschnitte unterteilt: 1. Die Philosophie der Klassik, 2. Die Philosophie der Romantik. Der vierte Teil ist in zwei Abschnitte unterteilt: 1. Die Philosophie der Romantik, 2. Die Philosophie der Klassik. Der fünfte Teil ist in zwei Abschnitte unterteilt: 1. Die Philosophie der Romantik, 2. Die Philosophie der Klassik. Der sechste Teil ist in zwei Abschnitte unterteilt: 1. Die Philosophie der Romantik, 2. Die Philosophie der Klassik. Der siebte Teil ist in zwei Abschnitte unterteilt: 1. Die Philosophie der Romantik, 2. Die Philosophie der Klassik. Der achte Teil ist in zwei Abschnitte unterteilt: 1. Die Philosophie der Romantik, 2. Die Philosophie der Klassik. Der neunte Teil ist in zwei Abschnitte unterteilt: 1. Die Philosophie der Romantik, 2. Die Philosophie der Klassik. Der zehnte Teil ist in zwei Abschnitte unterteilt: 1. Die Philosophie der Romantik, 2. Die Philosophie der Klassik.

